

Ausgezeichnete Abschlussarbeiten der Erlanger Geschichtswissenschaft 8

**Jakob Felsberger**

# Tschernobyl in Erlangen

Reaktionen und Dynamiken im lokalen Umfeld  
1986-1989



# Tschernobyl in Erlangen

Reaktionen und Dynamiken im lokalen Umfeld  
1986-1989

# **Ausgezeichnete Abschlussarbeiten der Erlanger Geschichtswissenschaft**

Band 8

Hrsg. vom Department Geschichte der  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Jakob Felsberger

# **Tschernobyl in Erlangen**

Reaktionen und Dynamiken im lokalen Umfeld  
1986-1989

Erlangen

FAU University Press

2020

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bitte zitieren als:

Felsberger, Jakob. 2020. *Tschernobyl in Erlangen. Reaktionen und Dynamiken im lokalen Umfeld 1986-1989*. Ausgezeichnete Abschlussarbeiten der Erlanger Geschichtswissenschaft Band 8. Erlangen: FAU University Press. DOI: 10.25593/978-3-96147-286-4.

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Die Rechte an allen Inhalten liegen bei ihren jeweiligen Autoren. Sie sind nutzbar unter der Creative Commons Lizenz BY-SA.

Der vollständige Inhalt des Buchs ist als PDF über den OPUS Server der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg abrufbar:  
<https://opus4.kobv.de/opus4-fau/home>

Umschlagbild rechts:

Copyright: IAEA Imagebank, Photo Credit: USFCRFC, CC BY-SA 2.0  
<https://flickr.com/photos/35068899@No3/5613115146>  
Es wurden Änderungen vorgenommen.

Verlag und Auslieferung:

FAU University Press, Universitätsstraße 4, 91054 Erlangen

Druck: docupoint GmbH

ISBN: 978-3-96147-285-7 (Druckausgabe)  
eISBN: 978-3-96147-286-4 (Online-Ausgabe)  
ISSN: 2196-9671  
DOI: 10.25593/978-3-96147-286-4

# Inhalt

1	Einleitung: die Katastrophe von Tschernobyl in Erlangen.....	1
1.1	Auswirkungen auf Erlangen.....	2
1.2	Forschungsstand zur Katastrophe von Tschernobyl und den Folgen.....	4
1.3	Forschungsstand zu den Auswirkungen in Deutschland .....	9
1.4	Quellen.....	11
2	Ereignisüberblick.....	15
2.1	Der Reaktorkomplex von Tschernobyl .....	15
2.2	Der Unfallablauf .....	18
2.3	Reaktion der sowjetischen Behörden.....	21
2.4	Eintreffen der Strahlung in Deutschland .....	23
2.5	Reaktion der Bundesregierung .....	26
2.6	Reaktionen der Länder und Kommunen .....	30
2.7	Reaktionen der Zivilbevölkerung .....	31
3	Die Berichterstattung der Erlanger Nachrichten .....	35
3.1	Quantitative Analyse .....	35
3.2	Hot Topics im Zusammenhang mit Tschernobyl.....	38
3.2.1	Grenzwertdebatte .....	38
3.2.2	Molke .....	40
3.2.3	Klärschlamm.....	50
3.3	Die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf.....	53
3.3.1	Planung und Bau.....	54
3.3.2	Widerstand gegen die WAA.....	55
3.3.3	Widerstand aus Österreich.....	65
3.3.4	Anhaltender Widerstand.....	68
3.3.5	Das Ende der WAA .....	73
3.3.6	Die WAA und Tschernobyl .....	74
3.4	Weitere Themen mit Kernenergiebezug in den Erlanger Nachrichten.....	76

4	Die Reaktion der Stadt Erlangen auf Tschernobyl.....	79
4.1	Die Katastrophe erreicht Erlangen .....	79
4.2	Der Bericht der Arbeitsgruppe .....	81
4.3	Bewertung der Reaktion der Stadt Erlangen auf Tschernobyl .....	84
5	Der Verein Mütter gegen Atomkraft (MgA) .....	87
5.1	Vereinsgründung.....	87
5.2	Verortung in der Umwelt- und Frauenbewegung .....	89
5.3	Forderungen und Ziele .....	95
5.4	Politisches Engagement .....	95
5.5	Weitere Öffentlichkeitsarbeit .....	99
5.6	Beratungs- und Informationsangebot .....	101
5.7	Engagement für die Kinder von Tschernobyl .....	103
5.8	Vorsorge gegen zukünftige Katastrophen .....	104
5.9	Wandel der Vereinsagenda .....	107
5.10	Verhältnis mit den Erlanger Nachrichten .....	110
5.11	Die Mütter gegen Atomkraft und die Kraftwerk Union AG .....	112
5.12	Selbstwirksamkeitswahrnehmung des Vereins.....	115
6	Die Kraftwerk Union AG .....	117
6.1	Reaktion der KWU auf Tschernobyl .....	118
6.2	Aktionen von Kernkraftgegnern gegen die KWU in Erlangen .....	123
6.3	Auswirkungen auf die Mitarbeiter der KWU .....	125
6.4	Bewertung der Auswirkungen von Tschernobyl auf die KWU .....	130
7	Fazit: Tschernobyl in Erlangen .....	131
	Abbildungsverzeichnis .....	141
	Quellenverzeichnis .....	145
	Literaturverzeichnis.....	147

# 1 Einleitung: die Katastrophe von Tschernobyl in Erlangen

Als die Reaktorfahrer des Kernkraftwerkskomplexes „Tschernobylskaja AES im. W.I. Lenina“ vor inzwischen 31 Jahren um 0:00 am Morgen des 26.04.1986 die Schritte für eine testweise Notabschaltung des Blocks 4 fortführten, welche die vorherige Mannschaft begonnen hatte, ahnte keiner von ihnen, dass dieser Tag als eine der bedeutendsten Zäsuren des 20. Jahrhunderts in die Geschichte eingehen würde.<sup>1</sup>

Eine Stunde und dreiundzwanzig Minuten später<sup>2</sup> explodierte der Reaktorkern und setzte enorme Mengen strahlender und hochgiftiger Radionuklide frei, die mit der Hitze der brennenden Reaktorummantelung in die Atmosphäre aufstiegen. Zunächst wurde das Gebiet um den Reaktor in der Nordukraine und dann Weißrussland so sehr verseucht, dass dort weite Landstriche unbewohnbar wurden. Dann verteilten mit den Radionukliden angereicherte Regenwolken diese durch wechselnde Windrichtungen über weite Teile Europas. Der Unfall wurde so zu einer internationalen Nuklearkatastrophe nie dagewesenen Ausmaßes. Der Name Tschernobyl wurde von diesem Zeitpunkt zum Synonym für die unsichtbare, für den Menschen sensorisch nicht wahrnehmbare Gefahr und das damit verbundene unbestimmte Bedrohungsgefühl, welches mit diesem „Super-Gau“<sup>3</sup> einherging.

In Nordeuropa wurde die Strahlung zuerst am 28. April im schwedischen Kernkraftwerk Forsmark gemessen. Zunächst schien die Großwetterlage Deutschland<sup>4</sup> zu „verschonen“, dann allerdings änderten sich die Verhältnisse und radioaktive Wolkenmassen wurden ab dem

---

<sup>1</sup> Arndt, Melanie: Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, Erfurt, 2012, S. 35.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Als GAU, größter anzunehmender Unfall, wird der sogenannte Auslegungsstörfall bezeichnet, also der schwerwiegendste Unfall, für den die Sicherheitssysteme eines Kernkraftwerks ausgelegt sind. Als Super-Gau werden solche Störfälle bezeichnet, die über die Auslegung hinausgehen und zur Kontamination der Umwelt außerhalb des Kraftwerks führen. Wikipedia: Auslegungsstörfall, <https://de.wikipedia.org/wiki/Auslegungsstörfall> [letzter Zugriff: 31.07.2017].

<sup>4</sup> Im Folgenden wird „Deutschland“ und „die Deutschen“ als Referenz zu Westdeutschland und seinen Bewohnern verwendet. Die DDR war natürlich ebenfalls von der Strahlung betroffen, kann aber wegen der gebotenen Länge dieser Arbeit nicht Teil der Betrachtungen sein.

29. April von Ost-Südost nach Deutschland hineingetragen und regneten vor allem über Bayern und Baden-Württemberg ab.<sup>5</sup>

## 1.1 Auswirkungen auf Erlangen

Auch die mit damals etwas über 100.054 Einwohnern<sup>6</sup> vergleichsweise kleine Universitätsstadt Erlangen, ca. 20 km nördlich von Nürnberg in Mittelfranken gelegen, blieb nicht vom radioaktiven Regen verschont. In Erlangen wurde das Eintreffen der radioaktiven Partikel um ca. 18 Uhr am 29. April von der automatischen Luftüberwachung der auf die Herstellung von Luftüberwachungsgeräten spezialisierten Firma FAG Kugelfischer registriert und an die Stadtverwaltung gemeldet.<sup>7</sup> Die Erlanger Bevölkerung erlebte in den folgenden Tagen und Wochen dieselbe Verunsicherung, wie sie insbesondere überall dort in Deutschland die Bevölkerung erfasste, wo durch die Wetterlage bedingt radioaktive Niederschläge fielen, dazu Arndt:

Die nachfolgenden Tage und Wochen waren von einem Chaos aus Entwarnungen, Alarmmeldungen, Informationen und Desinformationen gekennzeichnet. Experten- und Gegenexperten meldeten sich – mal beschwichtigend und beruhigend, mal panisch und warnend – nahezu pausenlos zu Wort. Die einen verlangten Maßnahmen und gaben Ratschläge zum Schutz vor der Strahlung, die anderen belächelten die vermeintliche Hysterie der anderen.<sup>8</sup>

Dennoch gibt es einige Faktoren, durch die sich Erlangen von der Masse der anderen betroffenen Städte abhebt. Zunächst einmal verfügte Erlangen über eine ungewöhnliche Bevölkerungsstruktur. Ein Großteil der Erlanger Bevölkerung arbeitete entweder bei Siemens,<sup>9</sup> das in Erlangen einen seiner Hauptstandorte hatte (und noch heute hat) und auf das in den 1980er Jahren etwa 80% aller Bürofläche in Erlangen abfielen,<sup>10</sup> oder an der Universität, die 1986 ca. 28.000 Studenten hatte,<sup>11</sup>

---

<sup>5</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 53.

<sup>6</sup> Stadt Erlangen: Statistik aktuell. Monatsbericht November 1986, [https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/o8o\\_stadtverwaltung/dokumente/statistik/3oS\\_B\\_MB\\_1986\\_11.pdf](https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/o8o_stadtverwaltung/dokumente/statistik/3oS_B_MB_1986_11.pdf), S. 2.

<sup>7</sup> Pauly, H. / Witthuhn, W.: Auswirkungen von "Tschernobyl" auf Mittelfranken. Bewertung am Beispiel Erlangen und Umgebung, Erlangen, 1986, S. 42.

<sup>8</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 53.

<sup>9</sup> Eine genaue Zahl ließ sich leider nicht ermitteln.

<sup>10</sup> Interview mit Wolfgang Breyer und Christian Meyer zu Schwabedissen, 20.03.2017, Tondokument, 35:02-38:15 Min. Siehe auch Fußnote 49.

von denen etwa 19.000 in Erlangen wohnten.<sup>12</sup> Zusammen mit der niedrigen Arbeitslosenquote von 4,5% verfügte Erlangen über ein im Vergleich zu anderen Städten überdurchschnittliches Durchschnittseinkommen und überdurchschnittliche Bildung.<sup>13</sup> Die letzteren zwei Faktoren beeinflussen laut dem Politikwissenschaftler Sebastian Bödeker signifikant die Wahrscheinlichkeit, dass sich Menschen politisch engagieren. Dazu zählt er explizit auch ein Engagement in Umweltschutzverbänden, zu denen auch die Anti-Kernkraftbewegung gehört.<sup>14</sup> Entsprechend seiner Argumentation kann man davon ausgehen, dass in Erlangen der Anteil aktiver Kernkraftgegner besonders nach Tschernobyl überdurchschnittlich hoch war.

In der Tat mehrten sich bereits kurz nach dem Unfall in der Erlanger Bürgerschaft die Stimmen, die zum Widerstand gegen die Atomkraft aufriefen. Von besonderem Interesse für diese Arbeit ist hierbei der zu dieser Zeit gegründete Ortsverband der „Mütter gegen Atomkraft“ (im Folgenden: MgA), die aus Sorge um ihre Kinder besonders aktiv gegen die Atomkraft agierten und für den Umstieg auf erneuerbare Energien warben.

In Erlangen hatte auch das Siemens-Tochterunternehmen „Kraftwerk Union AG“ (im Folgenden: KWU), zu diesem Zeitpunkt der führende deutsche und weltweit operierende Kernkraftwerkshersteller, einen seiner Haupt- und Entwicklungssitze. Somit befand sich einer der mächtigsten Kernkraftbefürworter vor Ort.

In der Mitte zwischen diesen beiden Polen befand sich bald die sogenannte „Arbeitsgruppe“ der Stadt Erlangen. Diese wurde von Dr. Helmut Pfister, damals Fraktionsvorsitzender der regierenden SPD im Stadtrat, ins Leben gerufen, nachdem nach Rücksprache mit dem Umweltamt klargeworden war, dass man von der Bundes- und Landesregierung zunächst keine Hilfe bzw. Informationen zum Umgang mit

---

<sup>11</sup> Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg: Ein Streifzug durch 271 Jahre Universitätsgeschichte, <https://www.fau.de/universitaet/das-ist-die-fau/geschichte-der-fau/> [letzter Zugriff: 12.04.2017].

<sup>12</sup> Stadt Erlangen: Demographischer Wandel in Erlangen. Entwicklungen und Tendenzen: Ein Jahrhundert im Zeitraffer, [https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/o8o\\_stadtverwaltung/dokumente/statistik/3oS\\_b\\_2014\\_o8.pdf](https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/o8o_stadtverwaltung/dokumente/statistik/3oS_b_2014_o8.pdf) [letzter Zugriff: 14.03.2017], S. 8.

<sup>13</sup> Stadt Erlangen: Statistik aktuell, S. 1–4.

<sup>14</sup> Bödeker, Sebastian: Die ungleiche Bürgergesellschaft – Warum soziale Ungleichheit zum Problem für die Demokratie wird, <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/189941/die-ungleiche-buergergesellschaft?p=all>, S. 1.

der Strahlung erwarten konnte und dass man auf Selbsthilfe angewiesen war.<sup>15</sup> Herr Pfister arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Radiologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und konnte sowohl seinen eigenen Institutsleiter Prof. Pauly als auch den Leiter des ebenfalls zur FAU gehörenden physikalischen Instituts Prof. Witthuhn sofort für die Arbeitsgruppe gewinnen. Daher wurde sie von Anfang an von hochqualifizierten Wissenschaftlern unterstützt. Neben den genannten Instituten schlossen sich bald nicht nur Städte und Landkreise aus ganz Mittelfranken,<sup>16</sup> sondern auch die Firmen FAG Kugelfischer und KWU der Arbeitsgruppe an.<sup>17</sup> Die Teilnahme des Kernkraftwerkeherstellers wurde dabei von Gegnern der Atomkraft kritisch gesehen und als scheinheilig bezeichnet, war aber aufgrund des Wissens und der technischen Möglichkeiten für die Arbeitsgruppe unverzichtbar.<sup>18</sup>

Mit dieser Konstellation aus einem für die Untersuchung gut greifbaren<sup>19</sup> Verein von Kernkraftgegnern auf der einen Seite und der KWU als einer der wichtigsten Vertreterinnen der Kernkraftbefürworter auf der anderen Seite und der in Erlangen gegründeten Arbeitsgruppe von Gemeinden, Firmen und Universität bietet Erlangen viele interessante Ansatzpunkte für eine Untersuchung und wurde daher für diese ausgewählt. Während es zu den Folgen von Tschernobyl auf der städtischen, gesellschaftlichen Ebene kaum Forschungen gibt, ist die Katastrophe auf höherer Ebene Gegenstand andauernder Forschungsarbeit.

## 1.2 Forschungsstand zur Katastrophe von Tschernobyl und den Folgen

Die genauen Ursachen der Katastrophe von Tschernobyl konnten bis heute nicht vollständig geklärt werden und es kursieren bis zu diesem Tag „mehr oder weniger abstruse Mythen und schwer belegbare Ver-

---

<sup>15</sup> Interview mit Ursula Mann vom Umweltamt Erlangen am 14.03.2017, Mitschrift, S. 1.

<sup>16</sup> Neben den Firmen und den Instituten waren Ansbach, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Schwabach sowie die Landkreise Ansbach, Erlangen-Höchstadt, Forchheim, Fürth, Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim, Nürnberger Land und Roth beteiligt.

<sup>17</sup> Pauly et al.: Auswirkungen von "Tschernobyl" auf Mittelfranken. Bewertung am Beispiel Erlangen und Umgebung, S. 1–3.

<sup>18</sup> Interview mit Wolfgang Breyer und Christian Meyer zu Schwabedissen, 42:05-44:48 Min.

<sup>19</sup> Der Verein hat dem Autor dankenswerterweise sein gesamtes Archiv zur Verfügung gestellt.

schwörungstheorien – von einer lokalen Erderschütterung über explosionsauslösende Magnetfelder bis hin zu einem Sabotageakt“.<sup>20</sup> Allgemeiner Forschungskonsens ist, dass die Explosion im Rahmen eines Sicherheitstests ausgelöst wurde<sup>21</sup> und dass sowohl menschliches Versagen, als auch gravierende Konstruktionsmängel des in Tschernobyl verwendeten Reaktortyps für den Unfall verantwortlich waren.

Die gesundheitlichen, ökologischen und sozioökonomischen Folgen des Unfalls sind hochumstritten. Der offizielle Report des „Tschernobyl-Forums“, eines Zusammenschluss der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO<sup>22</sup>), der World Health Organization (WHO), der Weltbank und verschiedener UNO-Organe,<sup>23</sup> sowie der Russischen Föderation, Weißrusslands und der Ukraine kam 2005 zu dem Ergebnis, dass die tatsächlichen Folgen letztlich deutlich weniger schlimm gewesen seien, als zunächst befürchtet worden war und dass eine „Mehrzahl der ‚kontaminierten‘ Gebiete [...] heute für die Besiedelung und wirtschaftliche Tätigkeit sicher [seien]“.<sup>24</sup>

Zusammen mit einer Reihe weiterer Veröffentlichungen<sup>25</sup> dieser Organisationen zu dem Thema steht dieser Bericht unter massiver Kritik

---

<sup>20</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 35.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> International Atomic Energy Agency (Hg.): Chernobyl, <https://www.iaea.org/newscenter/focus/chernobyl> [letzter Zugriff: 16.07.2017].

<sup>23</sup> Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), UN-Nothilfekordinator (OCHA), Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).

<sup>24</sup> The Chernobyl Forum (Hg.): Chernobyl's Legacy: Health, Environmental and Socio-Economic Impacts. And Recommendations to the Governments of Belarus, the Russian Federation and Ukraine. Second Revised Edition, Vienna, 2006, S. 8.

<sup>25</sup> The Chernobyl Forum (Hg.): Environmental Consequences of the Chernobyl Accident and Their Remediation. Twenty Years of Experience. Report of the UN Chernobyl Forum Expert Group „Environment“ (EGE), Vienna, 2005; The Chernobyl Forum (Hg.): Health Effects of the Chernobyl Accident and Special Health Care Programmes. Report of the UN Chernobyl Forum Expert Group "Health", Geneva, 2006; The Chernobyl Forum (Hg.): Sources and Effects of Ionizing Radiation. Band 2. Annex D – Health Effects Due to Radiation From the Chernobyl Accident, New York, 2008; World Health Organization (Hg.): Chernobyl: The True Scale of the Accident. 20 Years Later a UN Report Provides Definitive Answers and Ways to Repair Lives, <http://www.who.int/mediacentre/news/releases/2005/pr38/en/>; International Atomic Energy Agency (Hg.): INSAG 7- The Chernobyl Accident. A report by the International Nuclear Safety Advisory Group, Vienna, 1992; International Atomic Energy Agency (Hg.): Environmental Consequences of the Chernobyl Accident and their Remediation. Twenty Years of Experience, Wien, 2006; Ministry of Ukraine of Emergencies and Affairs of Population Protection (Hg.): 20 Years After Chornobyl Catastrophe.

von atomkritischen Nichtregierungsorganisationen wie den Ärzten gegen den Atomkrieg (IPPNW<sup>26</sup>) und Greenpeace. Diese werfen dem Forum in ihren Gegendarstellungen unter anderem absichtliche Verharmlosung des tatsächlichen Ausmaßes der Folgen, etwa durch die unterlassene Berücksichtigung von Studien, die auf höhere Opferzahlen kommen, Parteinahme für die Kernkraft und eine methodisch falsche Herangehensweise vor, insbesondere da nur die verstrahlten Regionen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion untersucht wurden, nicht aber die betroffenen Gebiete in West- und Mitteleuropa.<sup>27</sup> Als Gegenstück zum Report des Tschernobyl-Forums neben den Veröffentlichungen von Greenpeace, IPPNW und anderen wurde deswegen „The Other Report on Chernobyl (TORCH)“ von der Grünen Europaabgeordneten Rebecca Harms in Auftrag gegeben, der von deutlich gravierenderen Folgen ausgeht.<sup>28</sup>

Besonders umstritten sind die gesundheitlichen Folgen des Unfalls, insbesondere da es diagnostisch sehr schwierig ist, die von Strahlung potentiell ausgelösten Gesundheitsschäden dieser auch gesichert als

---

Future Outlook, National Report of Ukraine, Kyiv, 2006; The Government of Belarus (Hg.): 20 Years After the Chernobyl Catastrophe. The Consequences in the Republic Belarus and Their Overcoming: National Report, Minsk, 2006; Shoigu, S. K. / Bolshov, L. A. (Hrsg.): Twenty Years of the Chernobyl Accident. Results and Problems in Eliminating Its Consequences in Russia 1986–2006. Russian National Report, Moskau, 2006; Das Tschernobyl-Forum (Hg.): Einflüsse auf Gesundheit, Umwelt sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Empfehlungen für die Regierungen von Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine, Wien, 2005.

<sup>26</sup> IPPNW steht für International Physicians for the Prevention of Nuclear War.

<sup>27</sup> IPPNW (Hg.): 30 Jahre Leben mit Tschernobyl – 5 Jahre Leben mit Fukushima. Gesundheitliche Folgen der Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima, [https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/IPPNW\\_Report\\_T30\\_F5\\_Folgen\\_web.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/IPPNW_Report_T30_F5_Folgen_web.pdf) [letzter Zugriff: 17.03.2017]; Greenpeace (Hg.): The Chernobyl Catastrophe. Consequences on Human Health, [http://www.greenpeace.to/publications/Chernobyl\\_Health\\_Report.pdf](http://www.greenpeace.to/publications/Chernobyl_Health_Report.pdf) [letzter Zugriff: 17.03.2017]; Claußen, Angelika / Paulitz, Henrik / Pflugbeil, Sebastian / Schmitz-Feuerhake, Inge: Gesundheitliche Folgen von Tschernobyl. 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe, [https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Gesundheitliche\\_Folgen\\_Tschernobyl.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Gesundheitliche_Folgen_Tschernobyl.pdf) [letzter Zugriff: 14.12.2016]; Umweltinstitut München e.V. (Hg.): Säuglingssterblichkeit nach Tschernobyl in der BRD. Untersuchung der Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl im April 1986 auf die Säuglingssterblichkeit in schwach- und hochbelasteten Gebieten der Bundesrepublik Deutschland, München, 1991.

<sup>28</sup> Fairlie, Ian / Sumner, David: The Other Report on Chernobyl (Torch). An Independent Scientific Evaluation of Health and Environmental Effects 20 Years After the Nuclear, <http://www.chernobylreport.org/torch.pdf> [letzter Zugriff: 17.03.2017].

Verursacher zuzuschreiben. Somit sind die 31 während bzw. kurz nach dem Unfall hauptsächlich durch akute Strahlenkrankheit umgekommenen Personen die einzigen unbestrittenen Opfer.<sup>29</sup> Der Report des Tschernobyl-Forums von 2005 ging in seiner ersten Ausgabe von 4.000 Todesopfern in der Ukraine, Weißrussland und Russland als Folge des Unfalls aus,<sup>30</sup> in der vorliegenden, zweiten Ausgabe von 2006 wird stattdessen von möglicherweise „several thousand fatal cancers“<sup>31</sup> gesprochen. Der TORCH und eine weitere Studie gehen für das gleiche Gebiet von 8.930 zusätzlichen Krebstoten aus.<sup>32</sup> Weitere Studien nennen für die Weltbevölkerung insgesamt 14.000 bis 30.000 Tote,<sup>33</sup> der aktualisierte „TORCH-2016“ spricht von 40.000,<sup>34</sup> ein Report von Greenpeace sogar von 90.000.<sup>35</sup> Diese Studien weichen vor allem deswegen so signifikant voneinander ab, weil sie andere Risikofaktoren, Durchschnittsstrahlendosen und Expositionsprognosen zugrunde legen und von unterschiedlichen Krebsrisiko- und Mortalitätsraten ausgehen.

Dazu spielt die Debatte um die sogenannte „linear no-threshold (LNT)“-Hypothese eine entscheidende Rolle. Vereinfacht besagt sie im Gegensatz zur „threshold“-Hypothese, dass Strahlung auch in kleinsten Dosen grundsätzlich schädlich ist und dass die erhaltene Strahlendosis sich über die Lebenszeit eines Menschen in ihrer Schädlichkeit aufsummiert, also mehrere Dosen Niedrigstrahlung dieselbe Schädlichkeit haben können wie eine hohe Dose mit derselben Summe. Diese Hypothese wurde zur einflussreichsten Richtlinie im Strahlenschutz, sowohl

---

<sup>29</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 50.

<sup>30</sup> Ramana, M. V.: Nuclear Power: Economic, Safety, Health, and Environmental Issues of Near-Term Technologies, in: Annual Review of Environment and Resources 34 (2009), S. 127–152, hier: S. 141.

<sup>31</sup> The Chernobyl Forum (Hg.): Chernobyl's Legacy: Health, Environmental and Socio-Economic Impacts, S. 8.

<sup>32</sup> Fairlie et al.: The Other Report on Chernobyl (Torch), S. 68; Cardis, Elisabeth u. a.: Estimated Long Term Health Effects of the Chernobyl Accident. International Conference on One Decade After Chernobyl: Summing Up the Radiological Consequences of the Accident, <https://www.osti.gov/scitech/servlets/purl/381695> [letzter Zugriff: 17.03.2017].

<sup>33</sup> Fairlie et al.: The Other Report on Chernobyl (Torch), S. 69.

<sup>34</sup> Fairlie, Ian: Torch-2016. An Independent Scientific Evaluation of the Health-Related Effects of the Chernobyl Nuclear Disaster, [https://www.global2000.at/sites/global/files/GLOBAL\\_TORCH%202016\\_rz\\_WEB\\_KORR.pdf](https://www.global2000.at/sites/global/files/GLOBAL_TORCH%202016_rz_WEB_KORR.pdf), S. 8.

<sup>35</sup> Greenpeace (Hg.): The Chernobyl Catastrophe, S. 28.

auf medizinischer als auch auf politischer Ebene. Auf letzterer dient sie vor allem als Argument gegen die Kernkraft.<sup>36</sup>

Die Vertreter der „threshold“-Hypothese hingegen gehen davon aus, dass Strahlung erst ab einer gewissen Grenzhöhe (=threshold) mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eine schädliche Wirkung entfaltet, nämlich sobald die körpereigene Abwehrreaktion die von Strahlung verursachten Veränderungen an Zellen nicht mehr in vollem Umfang rückgängig machen kann.<sup>37</sup>

Zusammengefasst hängen also mit der Katastrophe von Tschernobyl mehrere große Forschungskontroversen zusammen, die von der grundsätzlichen Schädlichkeit der Strahlung bis zu den tatsächlichen Opferzahlen von Tschernobyl reichen und die bis heute intensiv diskutiert und erforscht<sup>38</sup> werden. Zu dem Thema sind zudem zahlreiche weitere wissenschaftliche, journalistische und belletristische Werke, beziehungsweise Internetbeiträge erschienen.<sup>39</sup>

---

<sup>36</sup> Sacks, Bill / Meyerson, Gregory / Siegel, Jeffrey A.: *Epidemiology Without Biology. False Paradigms, Unfounded Assumptions, and Specious Statistics in Radiation Science* (with Commentaries by Inge Schmitz-Feuerhake and Christopher Busby and a Reply by the Authors), in: *Biological theory* 11 (2016), S. 69–101, hier: S. 70–71.

<sup>37</sup> Ebd.

<sup>38</sup> Z.B. Dederichs, Herbert: *Langzeitbeobachtung der Dosisbelastung der Bevölkerung in radioaktiv kontaminierten Gebieten Weißrusslands. Korma-Studie*, Jülich, 2009; Röttger, Stefani: *Lungenfibrose bei radioiodbehandeltem kindlichen Schilddrüsenkarzinom nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl Entstehung und funktionelle Auswirkungen – eine Längsschnittstudie*, Würzburg, 2008.

<sup>39</sup> Zum Unfallhergang und der Bekämpfung der Folgen vor Ort: *Chernobyl.info: The Accident*, <http://chernobyl.info/en-US/Home/History-of-Chernobyl-Disaster/The-Accident.aspx> [letzter Zugriff: 17.03.2017]; Czakainski, Martin (Hg.): *Der Reaktorunfall in Tschernobyl. Unfallursachen, Unfallfolgen und deren Bewältigung, Sicherung und Entsorgung des Kernkraftwerks Tschernobyl*, Berlin, 2007; Ludwig, Gerd: *The Long Shadow of Chernobyl. Der lange Schatten von Tschernobyl*, Baden, 2014; Tkačuk, Anatolij N.: *Ich war im Sarkophag von Tschernobyl. Der Bericht des Überlebenden*, Wien [u.a.], 2011; Steinhart, Marion: *26.4.1986, der Super-Gau von Tschernobyl*, Augsburg, 2005. Zu den Auswirkungen auf die Sowjetunion und ihre Nachfolgestaaten: Aleksievič, Swetlana / Kolinko, Ingeborg: *Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft*, Berlin, 2013; Sahm, Astrid: *Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Černobyl' in der Republik Belarus', der russischen Föderation und der Ukraine eine Orientierungshilfe*, Frankfurt am Main, 1993; Sahm, Astrid: *Auf dem Weg in die transnationale Gesellschaft? Belarus und die internationale Tschernobyl-Hilfe*, in: *Ost-europa* 56 (2006) 4, S. 105–116; Vorob'ev, Andrej I. / Gogin, Evgenij J.: *Tschernobyl. Die Folgen eines Supergaus*, Berlin, 1993; Medvedev, Žores Aleksandrovič: *Das Vermächtnis von Tschernobyl*, Münster, 1991. Zu den Auswirkungen auf Deutschland: Brüggemeier, Franz-Josef: *Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung*, München, 1998; Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) (Hg.): *Der Supergau von Tschernobyl. Konsequenzen*

## 1.3 Forschungsstand zu den Auswirkungen in Deutschland

Die direkten physikalischen, meteorologischen und biologischen Folgen, genauer gesagt der Niederschlag des radioaktiven Fallouts und seine Anreicherung in der Umwelt und letztlich der Nahrungskette sind für Deutschland ausführlich erforscht worden. Viele Bundesländer und Großstädte gaben ihre eigenen Untersuchungen und Messungen in Auftrag, welche die Veröffentlichungen des Bundes<sup>40</sup> mit regionspezifischen Untersuchungen ergänzten.<sup>41</sup> Im Abstand von meist 10

---

zen für Natur, Mensch und Energiepolitik, Freiburg i. Br., 1986.; Haury, Heinz-Jörg: Leben nach Tschernobyl Belastung, Wirkung, Risiko, München, 1986.; Inst. und Museum für Geologie und Paläontologie (Hg.): Untersuchungen über die Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl auf Böden, Klärschlamm und Sickerwasser im Raum von Oberschwaben und Tübingen, Tübingen, 1990.; Knigge, Volkhard (Hg.): Fragen nach Tschernobyl. 12 Vorträge d. Univ. Oldenburg, Oldenburg, 1988; Maier-Leibnitz, Heinz: Lernschock Tschernobyl, Zürich [u.a.], 1986; Mez, Lutz (Hg.): Atomkraft als Risiko. Analysen und Konsequenzen nach Tschernobyl, Frankfurt am Main, 2010; Wirth, Hans-Jürgen (Hg.): Nach Tschernobyl. Regiert wieder das Vergessen?, Frankfurt am Main, 1989. Zu den Auswirkungen auf Österreich: Schönhofer, F.: Die Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl auf Österreich, Wien, ca. 1988; Scherer, Josef: Radioaktive Belastung von Böden in Vorarlberg Auswirkungen des Reaktorunfalles von Tschernobyl, Bregenz, 1994. Übergreifende Werke: Haury, H.-J. / Leser, B. (Hg.): Die Folgen von Tschernobyl für Deutschland und die ehemalige Sowjetunion. Journalistenseminar der Information Umwelt / GSF 18.03. - 193.03.1991, Neuherberg, 1992; Wendland, Anna Veronika: After Chernobyl. Projektgruppe „Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl“, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF); Arndt, Melanie (Hg.): Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. (Ost-)Europäische Perspektiven, Berlin, 2015; Sapper, Manfred (Hg.): Tschernobyl. Vermächtnis und Verpflichtung, Berlin, 2006.

<sup>40</sup> Baldauf, Daniela / Gumprecht, Detlef / Heller, Horst (Hg.): 20 Jahre nach Tschernobyl. Eine Bilanz aus Sicht des Strahlenschutzes, Berlin, 2006; Bayer, A. / Kaul, A. / Reiners, Chr.: Zehn Jahre nach Tschernobyl eine Bilanz; Seminar des Bundesamtes für Strahlenschutz und der Strahlenschutzkommission, München, 6. - 7. März 1996, Stuttgart, Jena, Lübeck, Ulm, 1996; Krause, Walter (Hg.): Radiologische Untersuchungen an Bundeswasserstraßen als Teil der radiologischen Umweltüberwachung. 15. Chemisches Kolloquium am 27. September 2006 in Koblenz, Koblenz, 2006.

<sup>41</sup> Frank, Thomas: Ursachen und mögliche Folgen der Strahlenbelastung des Menschen durch Radioaktivität unter besonderer Berücksichtigung des Beitrages radioaktiv kontaminierter Lebensmittel zur Gesamtexposition am Beispiel des Reaktorunfalls von Tschernobyl mit seinen Auswirkungen auf das Land Berlin, 1992; Becker, G. A.: Die Auswirkungen des Kernkraftwerkunfalles von Tschernobyl auf Nord- und Ostsee, Hamburg, 1987; Knöchel, Arndt: Folgen und Konsequenzen des Tschernobyl-Unfalls. Abschlußbericht d. Projekts "Aktiver Strahlenschutz für d. Bürger" d. Univ. Hamburg, Hamburg, 1988; Lindner, Gerhard: Tschernobyl, Auswirkungen auf die Bodensee-Region, Sigmaringen, 1988; Ministerium für Umwelt und Gesundheit Rheinland-Pfalz (Hg.): Dokumentation der Meßergebnisse der Auswirkungen des sowjetischen Reaktorunfalls im Land Rheinland-

und 20 Jahren folgten häufig aktualisierte Nachberichte.<sup>42</sup> Der Tenor war bereits in den ersten Berichten nach Tschernobyl weitgehende Entwarnung der Behörden.

Die Auswirkungen auf die deutsche Zivilgesellschaft auf Bundes- und Landesebene wurden in zahlreichen wissenschaftlichen Ausführungen behandelt, die teilweise bereits in den Jahren direkt nach der Katastrophe erschienen. Diese befassen sich neben den möglichen gesundheitlichen und psychologischen<sup>43</sup> Auswirkungen auch mit dem Handeln der Bundes- und Landesregierungen als Folge der Katastrophe, insbesondere mit der Informationspolitik und den Reaktionen der Zivilbevölkerung darauf. Die Forschungen werden bis heute fortgesetzt. Hier sind insbesondere die Arbeiten der Osteuropahistorikerin und Politikwissenschaftlerin Melanie Arndt zu nennen, die sich seit langem mit den Folgen von Tschernobyl im deutschen<sup>44</sup> und im postsowjetischen Raum<sup>45</sup> befasst und eine mittlerweile zur Referenz gewordene Überblicksdarstellung verfasst hat.<sup>46</sup>

---

Pfalz, [Mainz], 1988; Münch, Erwin / Paschke, Manfred / Feinendegen, Ludwig E.: Strahlenschutz - Radioaktivität und Gesundheit, München, 1991; Pauly et al.: Auswirkungen von "Tschernobyl" auf Mittelfranken. Bewertung am Beispiel Erlangen und Umgebung; Schlootz, Johannes (Hg.): Wir sind noch einmal davongekommen? Tschernobyl - 4 Jahre danach; Berichte aus Medizin, Chemie, Physik, Geologie, Meteorologie, Psychologie und Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, Berlin, 1990.

<sup>42</sup> Bayerisches Landesamt für Umwelt (Hg.): Tschernobyl. Bayern 20 Jahre danach, München, 2006; Böllmann, U., et al.: Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl auf Bayern, München, 1988; Goussios, Konstantinos: Strahlenhygienischer Jahresbericht 2000. Überwachung der allgemeinen Umweltradioaktivität in Bayern, München, 2000; Lindauer, Erwin (Hg.): ILK-Stellungnahme zu den Auswirkungen des Unfalls von Tschernobyl. Eine Bestandsaufnahme nach 20 Jahren, Augsburg, 2006; Pfister, H. / Leisgang, C. / Karakaya, S.: Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl im Stadtgebiet Erlangen. 10 Jahre Follow-up-Studie 1986-1996, Erlangen, 1997.

<sup>43</sup> Wirth, Hans-Jürgen / Richter, Horst-Eberhard / Anders, Günter (Hg.): Angst, Apathie und ziviler Ungehorsam über den Umgang mit existentiellen Bedrohungen am Beispiel von Tschernobyl, Gießen, 1999; Vester, Frederic: Bilanz einer Ver(w)irrung. Informationen, Berichte u. Argumente zum Umdenken nach Tschernobyl, München, 1986.

<sup>44</sup> Um nur einige aufzuführen: Arndt, Melanie: From Nuclear to Human Security? Prerequisites and Motives for the German Chernobyl Commitment in Belarus, in: Historical Social Research 35 (2010) 4, S. 289–308; Arndt, Melanie: Verunsicherung vor und nach der Katastrophe. Von der Anti-AKW-Bewegung zum Engagement für die „Tschernobyl-Kinder“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History (2010) 7, S. 240–258; Arndt, Melanie: Tschernobyl in Deutschland, in: Greiner, Bernd/Voß, Klaas (Hg.): Erbe des Kalten Krieges. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2013, S. 364–382.

<sup>45</sup> Arndt, Melanie: Auswirkungen der Katastrophe von Tschernobyl auf Deutschland, <http://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/tschernobyl/225086/auswirkungen-der-katastrophe-von->

Kaum erforscht ist hingegen die städtische Ebene der Auswirkungen der Katastrophe, auch die Erlanger Stadtgeschichte lässt Tschernobyl unerwähnt.<sup>47</sup> Diese Arbeit soll anhand der Betrachtung der Entwicklungen in der Stadt Erlangen nach dem 26.04.1986 einen Beitrag zur Verkleinerung dieser Lücke leisten.

## 1.4 Quellen

Wie bereits erwähnt, bietet sich Erlangen auf Grund der interessanten Akteurskonstellation für eine Untersuchung an. Dafür wurden verschiedene Quellenbestände verwendet.

Die Erlanger Ortsgruppe des Vereins „Mütter gegen Atomkraft“ hat dem Autor nach einer von ihm mitorganisierten Fotoausstellung des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt der Geschichte Osteuropas an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg anlässlich des 30. Jahrestags von Tschernobyl mit Bildern aus der Sperrzone im Erlanger Rathaus ihr Archiv<sup>48</sup> überlassen.

---

tschernobyl-auf-deutschland [letzter Zugriff: 26.03.2017]. Arndt, Melanie: Tschernobyl. Auswirkungen und Perzeptionen im deutsch-deutschen Vergleich, <http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/tschernobyl> [letzter Zugriff: 16.07.2017]. Arndt, Melanie: Tschernobyl. Ökologische Erinnerungsorte, <http://www.umweltunderinnerung.de/index.php/kapitel-seiten/entgrenzungen/103-tschernobyl> [letzter Zugriff: 19.03.2017]; Arndt, Melanie: Von der Todeszone zum Strahlen-Mekka? Die Erinnerung an die Katastrophe von Tschernobyl in Belarus, der Ukraine und Russland, [http://www.zeitgeschichte-online.de/sites/default/files/documents/arndt\\_tschernobyl.pdf](http://www.zeitgeschichte-online.de/sites/default/files/documents/arndt_tschernobyl.pdf) [letzter Zugriff: 24.11.2016]; Arndt, Melanie: Grün nach der Katastrophe? Die Entwicklung der Umweltbewegungen in Litauen und Belarus nach Tschernobyl, in: *ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung* (2010) S. 8-21; Arndt, Melanie: Memories, Commemorations, and Representations of Chernobyl. Introduction, in: *Anthropology of East Europe Review* 30 (2012) 1, S. 1-12; Arndt: Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl; Arndt, Melanie / Steinhausen, Margarethe (Hg.): *Wir mussten völlig neu anfangen. Opfer der Tschernobylkatastrophe berichten*, Bielefeld, 2011.

<sup>46</sup> Arndt: Tschernobyl.

<sup>47</sup> Stadt Erlangen: Blickpunkt Stadtgeschichte, [https://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1393/3362\\_read-24518/](https://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1393/3362_read-24518/) [letzter Zugriff: 03.05.2017]. Auch das „Erlanger Stadtlexikon“ lässt Tschernobyl unerwähnt: Stadt Erlangen: Stadtlexikon, <https://stadtarchiv-erlangen.iserver-online2.de/rech.FAU?sid=D5467EF13&dm=1&auf=0> [letzter Zugriff: 23.03.2019].

<sup>48</sup> Auf dem Archivmaterial ist nicht immer vermerkt, ob es von den Erlanger MgA, der Münchner Leitungsgruppe oder einer anderen Ortsgruppe erstellt wurde, aber alle in dieser Arbeit erwähnten Quellen der MgA stammen aus dem Archiv der Erlanger Mütter und wurden von diesen verwendet. An allen in dieser Arbeit erwähnten Aktionen der MgA war die Erlanger Ortsgruppe mindestens beteiligt und meistens federführend.

Damit konnte die Arbeit des in Erlangen bis 1992 aktiven Vereins untersucht werden.<sup>49</sup>

Das insgesamt 18 Ordner umfassende Archiv des Vereins enthält auch einige interne Dokumente der KWU, welche einen Einblick in die interne Handhabung der Katastrophe erlauben. Andere schriftliche Quellen zur KWU waren leider nicht zugänglich. Die Erkenntnisse aus den Dokumenten werden durch ein Zeitzeugeninterview mit zwei damaligen Mitarbeitern der KWU ergänzt.<sup>50</sup>

Die Arbeit der „Arbeitsgruppe“, des Zusammenschlusses von Kommunen, Firmen und der Landesregierung von Mittelfranken, die in Erlangen gegründet wurde, wird mittels deren Veröffentlichungen, sowie eines Zeitzeugeninterviews mit einer bereits damals beteiligten Mitarbeiterin des Erlanger Umweltamtes erschlossen.

Um Rückschlüsse auf die Gefühlslage der Erlanger Bevölkerung in den Monaten und Jahren nach der Katastrophe ziehen zu können, wurde das Archiv der Zeitung „Erlanger Nachrichten“ (im Folgenden: EN)<sup>51</sup> hinsichtlich aller die zivile Atomkraft betreffenden Nachrichten und Leserbriefe im Zeitraum vom 26.04.1986 bis 04.06.1989<sup>52</sup> durchsucht. Dafür wurden 2483 Artikel erfasst und sowohl qualitativ als auch quantitativ ausgewertet.

Ziel der Arbeit ist es also, die Ereignisse in Erlangen mit Bezug auf die einzelnen Akteursgruppen nachzuvollziehen, diese miteinander zu verknüpfen und somit letztlich einen Gesamtüberblick über die Ereignisse nach Tschernobyl im lokalen Raum zu gewinnen. Dies soll eine Einschätzung ermöglichen, ob die Anwesenheit und die Aktionen der Akteure die Debatte um die Folgen des Reaktorunfalls und die zivile Kernkraft im Vergleich zur Zeit vor dem 26.04.86 intensiviert haben.

---

<sup>49</sup> Interview mit Sabine Klier vom Verein Mütter gegen Atomkraft, Erlangen, 09.05.2016, S. 2.

<sup>50</sup> Interviewt wurden Wolfgang Breyer, Pressesprecher der KWU ab Juli 1986, nach 2000 Leiter der Unternehmenskommunikation Framatome und Areva und Christian Meyer zu Schwabedissen, Inbetriebsetzer der KWU von 1976 bis 1989, bis 1996 Kundenberater, danach Lobbyist. Interview mit Wolfgang Breyer und Christian Meyer zu Schwabedissen, 01:23-2:27 Min.

<sup>51</sup> Die Erlanger Nachrichten sind eine seit 1959 erscheinende Regionalausgabe der Nürnberger Nachrichten, ein sogenanntes „Kopfblatt“. Im Betrachtungszeitraum erschien eine weitere Zeitung in Erlangen, das „Erlanger Tagblatt“, dieses wurde aber seitdem eingestellt und war für den Autor nicht einsehbar.

<sup>52</sup> Letzteres Datum wurde als Ende der Betrachtungen gewählt, da in diesem Zeitraum der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf endgültig eingestellt wurde.

Dafür soll zunächst ein kurzer geschichtlicher Überblick über den Unfall selbst und die Reaktionen der Sowjetunion gegeben werden, die dann mit dem Eintreffen der Strahlung in Europa, bzw. in Deutschland und der Reaktion der Bundes- und Landesregierungen in Bezug gesetzt werden. Darauffolgend sollen die Debatten, welche die zivile Atomkraftnutzung betreffen und an welchen die Erlanger Bevölkerung über die Erlanger Nachrichten teilnehmen konnten, aufgezeigt werden, um dann auf die drei wichtigsten Akteure MgA, KWU und Arbeitsgruppe genauer einzugehen.

Es kann und soll hingegen nicht Ziel dieser Arbeit sein, die Kernkraft zu kritisieren oder zu verteidigen. Selbiges gilt für die endgültige Bewertung der Sinnhaftigkeit der von Bundes- und Landesregierung ergriffenen Maßnahmen zum gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung, bzw. den Argumenten ihrer Gegner. Dies ist durch die enorme Komplexität der Thematik und die Menge der involvierten Faktoren, wie bereits im Forschungsüberblick besprochen, nicht möglich.



## 2 Ereignisüberblick

Im folgenden Kapitel wird ein Überblick über die Entfaltung der Ereignisse gegeben. Dabei wird zunächst auf den Reaktorkomplex von Tschernobyl und seine technischen Eigenschaften eingegangen und dann der Unfallhergang und die Reaktion der sowjetischen Behörden darauf beleuchtet. Die weiteren Unterkapitel befassen sich mit dem Eintreffen der Strahlung in Europa und mit der Reaktion der Bundesregierung, der Bundesländer und Kommunen sowie der Zivilbevölkerung auf dieses Ereignis.

### 2.1 Der Reaktorkomplex von Tschernobyl

Das Reaktorunglück von Tschernobyl ereignete sich im Reaktorblock 4 des Kernkraftwerkkomplexes „Tschernobylskaja AES im. W.I. Lenina“ (Tschernobylker Atomkraftwerk W.I. Lenin). Der Komplex liegt 110 km nördlich der ukrainischen Hauptstadt Kiew, nahe der Grenze zu Weißrussland. Er liegt neben der eigens für die Reaktormitarbeiter und ihre Familien erbauten Muster-Atomstadt („Atomgrad“) Prypjat am Ufer des gleichnamigen Flusses, ist allerdings nach der viel älteren und ca. 18 km entfernten Stadt Tschernobyl benannt (vgl. Abb. 1). Die 1986 aktiven vier Reaktoren des Komplexes wurden zwischen 1970 und 1983 erbaut, der erste ging 1977 ans Netz. Zwei weitere Reaktoren befanden sich zum Zeitpunkt des Unfalls im Bau.<sup>53</sup> Das Kraftwerk diente hauptsächlich der Versorgung des Großraums Kiew und des riesigen



Abbildung 1: Die Lage des Kernkraftwerks Tschernobyl.<sup>7</sup>

<sup>53</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 33.

Überhorizonradars Duga-3, das aufgrund seines Strombedarfs nahe dem Reaktor errichtet wurde.<sup>54</sup>

In Tschernobyl kam der vom Ministerium für mittleren Maschinenbau ab den 1950er Jahren entwickelte Reaktortyp RBMK (Reaktor Bolschoi Moschtschnosti Kanalny, zu Dt. Hochleistungsreaktor mit Kanälen)<sup>55</sup> mit 1.000 Megawatt Leistung zum Einsatz. Der Reaktor funktioniert nach dem Prinzip eines graphitmoderierten Siedewasser-Druckröhrenreaktors:

[Der] Reaktorkern ist ein Graphitblock mit einer Spaltzone von 11,8 m Durchmesser und 7 m Höhe, der in einem Betonquader von 22 x 22 x 26 m Größe untergebracht ist. Der Graphitblock dient der Moderation, das heißt, die für den gewünschten Betrieb zu schnellen Neutronen werden durch den Graphit gebremst. Der Moderatorblock besteht aus rund 2.450 Säulen, die aus quadratischen Blöcken (250 x 250 mm) aufgebaut sind. Er wird vertikal von rund 1.7000 Druckröhren durchzogen, in denen sich je ein Brennelement befindet.<sup>56</sup>

Die Kernspaltung und somit die Wärmeerzeugung im Reaktorkern (vgl. Punkt 15, Abb. 2) werden durch das Ein- und Ausfahren der Graphitstäbe zwischen den Brennelementen gesteuert. Das Graphit bremst Neutronen ab und verlangsamt so die Kettenreaktion. Die Wärmeenergie verdampft Wasser, der Dampf gelangt durch (die in Abb. 2 rot markierten) Druckröhren in die Turbinenhalle und treibt dort die Turbinen an (vgl. Punkt 4, Abb. 2).<sup>57</sup> Anders als der innerhalb der sowjetischen Energiewirtschaft konkurrierende Reaktortyp WWER erlaubt der RBMK den Wechsel der Brennelemente im laufenden Betrieb und kann theoretisch für die Produktion von Kernwaffen-fähigem Plutonium benutzt werden, in Tschernobyl ist dies nicht geschehen. Aufgrund dieser Eigenschaft wurde der Reaktortyp auch nie nach außerhalb der Sowjetunion exportiert.<sup>58</sup> Die sowjetische Energiepolitik sah einen möglichst schnellen Ausbau der Kernenergie vor, daher war es aus dieser Perspektive ein großer Vorteil, dass der komplette Reaktor modular aufgebaut war. Dies bedeutete den Verzicht auf Großschmiedestücke und erlaubte einen vergleichsweise einfachen und schnellen Aufbau.

---

<sup>54</sup> Wikipedia: Woodpecker (Kurzwellensignal), [https://de.wikipedia.org/wiki/Woodpecker\\_\(Kurzwellensignal\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Woodpecker_(Kurzwellensignal)) [letzter Zugriff: 21.03.2017].

<sup>55</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 33.

<sup>56</sup> Informationskreis KernEnergie (Hg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl, Berlin, 2007, S. 9.

<sup>57</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 34.

<sup>58</sup> Informationskreis KernEnergie (Hg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl, S. 8–9.

Zudem hatte der Reaktortyp eine für sowjetische Anlagen hohe Verfügbarkeit und Auslastung, lief also im Normalbetrieb vergleichsweise zuverlässig.<sup>59</sup>

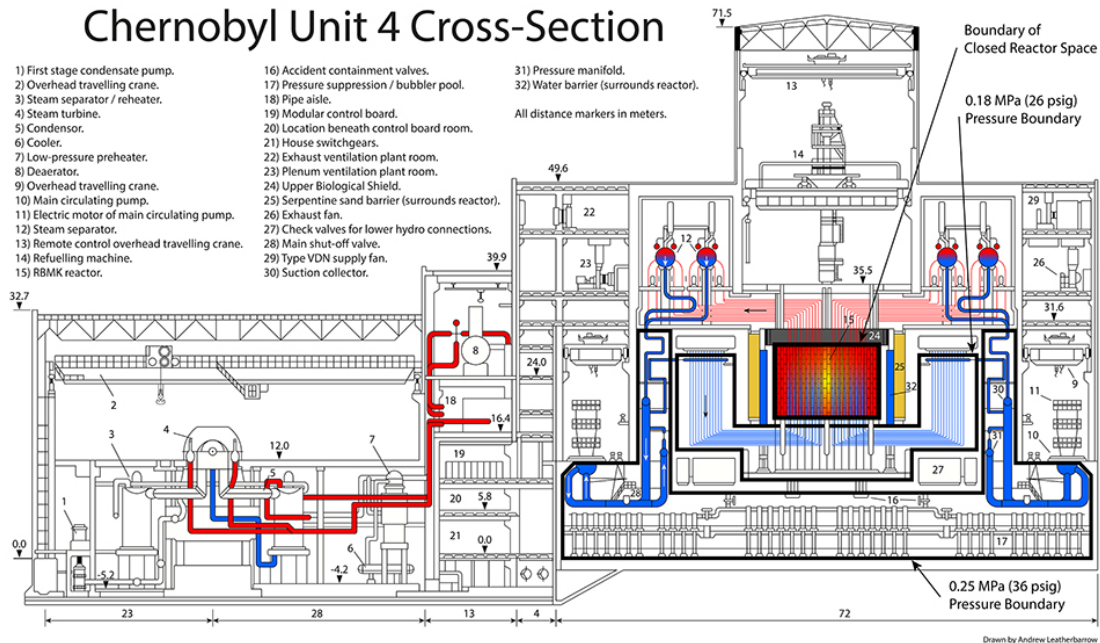


Abbildung 2: Schematische Darstellung von Reaktor 4.

Gleichzeitig hat der Reaktortyp allerdings einige schwerwiegende Konstruktionsmängel, welche den Reaktorunfall ermöglichten. Insbesondere der sogenannte „positive Dampfblasenkoeffizient“ des Reaktors, auch „Void-Koeffizient“ genannt, begünstigte den Unfall maßgeblich. Dieser Faktor sagt aus, dass bei einem Leistungs- und Temperaturanstieg im Reaktor sich gleichzeitig die Neutronenabsorption des Kühlwassers durch Dampfblasenbildung absenkt und somit die Reaktivität weiter erhöht, ein Prozess, der bei Reaktoren westlicher Bauart genau umgekehrt verläuft.<sup>60</sup>

Dazu verfügte der RBMK, anders als seine westlichen Gegenstücke, nicht vergleichsweise redundant ausgelegte Sicherheitssysteme und über einen druckfesten und gasdichten Sicherheitsbehälter (Containment), lediglich ein einfaches Stahldach trennte die Reaktorhalle von der Außenwelt (Abb. 2, bei der Höhenangabe 71,5).<sup>61</sup> Das fatalste Prob-

<sup>59</sup> Ebd., S. 9.

<sup>60</sup> Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Die Sicherheit unserer Kernkraftwerke, Bonn, 1988, S. 21.

<sup>61</sup> Informationskreis KernEnergie (Hg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl, S. 9.

lem war die Konstruktion der Graphitstäbe. Deren ebenfalls aus Graphit bestehende Spitze löst beim Einfahren der Stäbe in den Reaktorkern zum Reduzieren der Reaktivität im Kern zunächst einen gegenteiligen Effekt aus, die Reaktivität steigt kurzfristig stark an. Erst in fast vollständig eingefahrenem Zustand entfalten die Stäbe ihre reaktivitätsdämpfende Wirkung.<sup>62</sup> Diese Sicherheitsdefizite waren spätestens seit einem Störfall im baugleichen Atomkraftwerk Ignalia 1983 in Litauen einigen Experten bekannt,<sup>63</sup> dieses Wissen wurde aber wegen einer mangelhaften Sicherheitskultur nicht weitergegeben, in der eine „Tradition der Verheimlichung“<sup>64</sup> grassierte. Störfälle wurden zum Schutz des Prestiges der sowjetischen Kernenergie und der eigenen Karriere von Funktionären systematisch verschwiegen und die gewonnenen Erkenntnisse nicht in die Betriebsvorschriften übernommen.<sup>65</sup>

## 2.2 Der Unfallablauf

Der Unfall passierte im Reaktorblock 4 während eines Sicherheitstests, bei dem experimentell ermittelt werden sollte, ob die rotierende Masse der Dampfturbine des vierten Reaktors bei einem gleichzeitig mit einem Abbruch des Dampfdrucks erfolgenden Stromausfall noch genügend Energie erzeugen würde, um die Kühlwasserpumpen in den 40 Sekunden zu betreiben, welche die Diesel-Notstromaggregate zum Starten benötigen. Der Test hätte eigentlich durchgeführt werden müssen, bevor der Reaktor ans Netz ging, war aber für eine beschleunigte Inbetriebnahme des Reaktors verschoben worden. In Block 3 hatte man diesen Test bereits 1985 durchgeführt, er war damals jedoch wegen eines Spannungsabfalls abgebrochen worden. In Block 4 sollte der Test mit einem verbesserten Spannungswandler wiederholt werden und dieses Mal vorschriftswidrig während des laufenden Betriebes, um den Test im Zweifelsfall sofort wiederholen zu können.<sup>66</sup>

---

<sup>62</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 36.

<sup>63</sup> Eidgenössische Nuklearsicherheit: Artikelserie Tschernobyl: Die Ursache der Explosionen und des grössten Unfalls der Kerntechnik, <https://www.ensi.ch/de/2016/02/11/tschernobyl-die-ursache-der-explosionen-und-des-groessten-unfalls-der-kerntechnik/>.

<sup>64</sup> Medvedev, Grigorij: Verbrannte Seelen. Die Katastrophe von Tschernobyl, München, Wien u.a., 1991, S. 30. Medvedev war Chefingenieur der Konstruktion des Tschernobyl-Reaktorkomplexes und nach der Katastrophe an der Untersuchung des Hergangs beteiligt. In seinem Buch kritisiert er sowohl die Reaktion der sowjetischen Regierung auf den Unfall als auch die (Un-)Sicherheitskultur innerhalb der sowjetischen Atomenergiewirtschaft.

<sup>65</sup> Ebd., 30; 51.

<sup>66</sup> Informationskreis KernEnergie (Hg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl, S. 11.

Die Vorbereitungen für den Test begannen am Freitag den 25.04. um 1:00 Uhr nachts, als der Reaktor für die jährliche Revision und den Test heruntergefahren wurde. Um 13:05 Uhr wurden 50% der thermischen Leistung (1.600 MW) erreicht und eine der zwei Turbinen abgeschaltet. Um 14:00 wurde das Notkühlsystem abgeschaltet, damit es den Versuch mit der Turbine und dem Hauptkühlsystem nicht verfälschen konnte. Zu der Zeit kam von der Netzverwaltung in Kiew die Anweisung, den Versuch zu verschieben, da der Strom des Blocks 4 benötigt werde, um die Netzstabilität aufrechtzuerhalten. Das Notkühlsystem wurde aus Versehen nicht wieder aktiviert. Um 23:10 konnte das Abfahren des Reaktors fortgesetzt werden.<sup>67</sup>

Um Mitternacht trat eine neue Mannschaft ihre Schicht an. Eine halbe Stunde später fiel aus bislang ungeklärten Gründen die Nennleistung des Reaktors unter 1%. Jede Leistungsabsenkung führt vorübergehend zur Bildung von Xenon 135 im Reaktorkern, die sogenannte „Xenonvergiftung“.<sup>68</sup> Xenon absorbiert Neutronen und hemmt somit die Kettenreaktion. Der Reaktor hätte eigentlich schon bei einem Unterschreiten von 20% der Nennleistung komplett ausgeschaltet und neugestartet werden müssen, stattdessen wurde versucht, die Leistung durch das Ausfahren von Steuerstäben wieder anzuheben, um den Versuch fortsetzen zu können, dies gelang allerdings nur bis auf 7%. Zusätzlich wurde um 00:43 Uhr die automatische Notabschaltung deaktiviert, damit diese den Versuch nicht unterbrechen konnte. Um 1:19 Uhr wurde die Wasserzufuhr erhöht und Warnsignale zum Wasserstand und Druck im Reaktor überbrückt. Zwei Minuten später erreichte die Wasserzufuhr zwei Drittel des Sollstandes und stabilisierte sich dann. An dieser Stelle wäre dem Protokoll entsprechend erneut die Schnellabschaltung des Reaktors geboten gewesen.<sup>69</sup>

Um 1:23 wurde durch das Schließen der Turbinenschnellverschlüsse mit dem Experiment begonnen, was den Wasserdurchfluss reduzierte. Um die deswegen ansteigende Temperatur im Reaktor auszugleichen, wurden einige der Graphitstäbe eingefahren. Trotzdem stiegen Wassertemperatur und Reaktivität im Reaktor weiter, was wiederum zum Abbau des Xenons sowie vermehrter Dampfblasenbildung und damit

---

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> Wikipedia: Xenonvergiftung, <https://de.wikipedia.org/wiki/Xenonvergiftung> [letzter Zugriff: 05.04.2017].

<sup>69</sup> Informationskreis KernEnergie (Hg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl, S. 12.

zu einem weiteren Anstieg der Reaktivität führte. 36 Sekunden nach Testbeginn wurde der Notschalter gedrückt, was zum Einfahren aller Steuerstäbe in den Reaktor führte. Aufgrund des bereits erwähnten Konstruktionsfehlers der Spitzen der Graphitstäbe führte dies zu einem so großen Ansteigen der Reaktivität, dass es zu einer „prompten Kritikalität“ kam, also einer sich ohne Moderator selbst erhaltenden Kettenreaktion. Die Moderatorstäbe blieben allerdings aufgrund der thermischen Verformung des Reaktors nach wenigen Metern stecken.

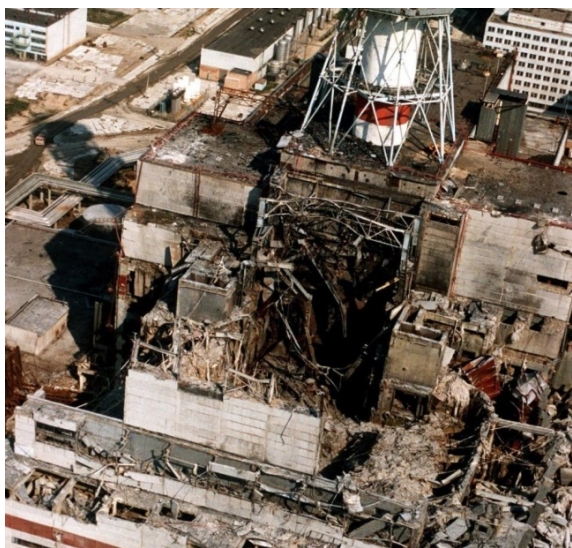


Abbildung 3: der zerstörte Reaktorblock 4.

reits angesprochenen Hallendaches sind unterhalb des Abluftturms gut zu erkennen und der zerstörte Reaktor liegt zur Außenwelt hin frei). Dabei wurden Teile der Brennstäbe und brennende Graphitbrocken aus dem Reaktor geschleudert. Der über 2.000 Grad heiße Graphitbrand sorgte in den Folgetagen für die Verfrachtung verschiedener leicht flüchtiger Radionuklide in große Höhenlagen, was die Verteilung dieser um den Globus ermöglichte. Am stärksten betroffen waren Weißrussland, wo etwa 70% des gesamten radioaktiven Fallouts niedergingen und 23% der Landesfläche signifikant verstrahlt wurden, sowie die Ukraine und Russland.<sup>71</sup>

Kurz darauf kam es im Reaktor zu einer sogenannten „nuklearen Leistungsexkursion“, bei welcher der Energieausstoß des Reaktors innerhalb von vier Sekunden auf das Hundertfache seiner Nennleistung anstieg.<sup>70</sup>

Es folgten zwei Explosionen, die vermutlich aus der Bildung von Knallgas aus Wasser resultierten und die das 1.000 Tonnen schwere biologische Schild (vgl. Punkt 24, Abb. 2) vom Reaktorkern abhoben, sowie das Dach des Reaktorgebäudes vollständig zerstörten (vgl. Abb. 3, die Reste des bereits angesprochenen Hallendaches sind unterhalb des Abluftturms gut zu erkennen und der zerstörte Reaktor liegt zur Außenwelt hin frei).

<sup>70</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 35–37; Informationskreis KernEnergie (Hg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl, S. 11–14.

<sup>71</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 37.

Die Werksfeuerwehr versuchte zunächst erfolglos, den Brand mit Löschwasser zu bekämpfen. Danach wurde versucht, den Brand mittels des Abwurfs von 2.400 Tonnen Blei, Sand und Borsäure zu ersticken, aber erst die Einleitung von Stickstoff brachte den Brand im Kern zum Erliegen und stoppte die Emission von Radionukliden. Dann wurde hastig mit dem Bau eines Mantels aus Beton und Stahl begonnen, der im November 1986 fertiggestellt wurde.<sup>72</sup>

### 2.3 Reaktion der sowjetischen Behörden

Die Reaktion der sowjetischen Behörden war zunächst von Fassungs- und Ahnungslosigkeit geprägt.<sup>73</sup> Moskau erreichte vom Kraftwerk zunächst die Nachricht, dass es einen Brand gegeben hätte, der Reaktor aber intakt sei, und man hielt eine völlige Zerstörung des Reaktors für technisch unmöglich. Erst als ein Expertenteam aus Moskau am Unglücksreaktor angekommen war und den Ernst der Lage erkannte, wurde Prypjat 36 Stunden nach dem Unfall evakuiert, die Bewohner waren bis dahin nicht über den Unfall informiert worden. In Folge wurden sukzessiv drei immer größere Sperrzonen eingerichtet, als Messungen das Ausmaß der Verstrahlung aufdeckten. Erst nach 30 Tagen wurde mit der Verteilung von Jodtabletten begonnen, welche die Schilddrüse gegen die Anreicherung von radioaktivem Jod 131 schützen sollten, angesichts der kurzen Halbwertszeit von nur 8 Tagen viel zu spät.<sup>74</sup>

Insgesamt wurde weder die sowjetische Bevölkerung, noch die Weltöffentlichkeit direkt nach dem Unfall informiert, wohl mit dem „Ziel, das Ansehen der UdSSR im Ausland und die innenpolitische Stabilität zu wahren. Panik sollte vermieden und die Fortsetzung des sowjetischen Atomprogramms nicht gefährdet werden“.<sup>75</sup>

Die Strahlung verteilte sich in den Wochen nach Tschernobyl ungleichmäßig (vgl. Abb. 4) über 42% der Fläche Westeuropas<sup>76</sup>, über dem 37% des gesamten Fallouts niedergingen, wie später ermittelt

---

<sup>72</sup> Ebd., S. 38–40.

<sup>73</sup> Medvedev: Verbrannte Seelen, S. 195–227.

<sup>74</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 41–44.

<sup>75</sup> Ebd., S. 46.

<sup>76</sup> Diese Zahlen gelten für alle europäischen Länder außer Weißrussland, die Ukraine und Russland.

wurde.<sup>77</sup> Zuerst registriert wurde sie am 28.04. von der Außenluftüberwachung des schwedischen Kernkraftwerks Forsmark und letztlich einer in der Sowjetunion liegenden Quelle zugeordnet. Am gleichen Tag veröffentlichte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine kurze Meldung über einen Störfall im Kraftwerk Tschernobyl und in der Nachrichtensendung „Wremja“ (russ. „Zeit“) fand er ebenfalls kurze Erwähnung.

Am 14.05. richtete Gorbatschow eine Fernsehansprache an die Sowjetbürger, in der die Schwere des Unfalls deutlich wurde, ohne allerdings Details zu nennen.<sup>78</sup>

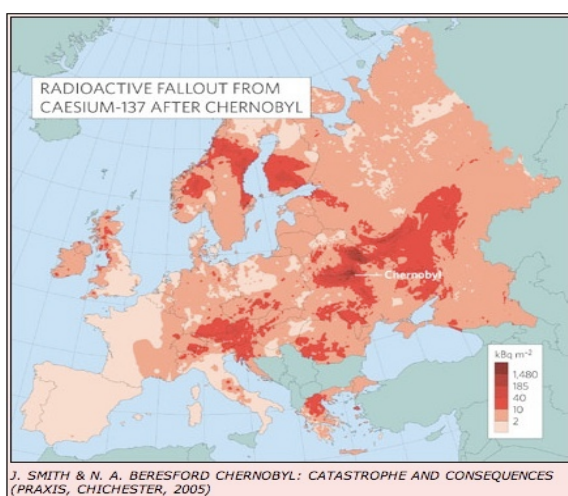


Abbildung 4: Karte des Cäsium 137-Fallouts auf Europa.

Zuge der glasnost-Politik begannen, die offiziellen Angaben der Katastrophe und des Katastrophenmanagements ihrer Behörden öffentlich zu hinterfragen. Ihr war es gelungen, geheime Dokumente zur Katastrophe vor der Vernichtung zu bewahren und zu veröffentlichen.<sup>80</sup>

Die Bedeutung des Unglücks für die Sowjetunion ist in der Forschung umstritten. Während etwa Feshbach und Friendly in Tschernobyl

Den Betroffenen war vermutlich bereits kurz nach der Katastrophe klar, dass ihnen Informationen vorenthalten wurden, aber erst in den Jahren ab 1989 gelangten langsam mehr Informationen über das tatsächliche Ausmaß der Katastrophe an die Öffentlichkeit und sowjetische Zeitungen veröffentlichten erste Karten der Verteilung des Fallouts. In den 90er-Jahren kam es laut Arndt zu einem „regelrechten Informations- und Aufklärungsboom“,<sup>79</sup> als Journalisten wie Alla Jaroshinskaja im

<sup>77</sup> Fairlie: Torch-2016, S. 8.

<sup>78</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 47–49.

<sup>79</sup> Ebd., S. 49.

<sup>80</sup> Jaroshinskaja, Alla: Verschlußsache Tschernobyl. Die geheimen Dokumente aus dem Kreml, Berlin, 1994.

einen der Hauptfaktoren für deren Zerfall sehen,<sup>81</sup> relativiert die Osteuropa-Historikerin Julia Obertreis dessen Bedeutung, da es zwar, wie oben bereits angesprochen, durch das „Informationsdesaster um den Super-GAU zur späteren Ausweitung der glasnost-Politik“ beigetragen habe. Andererseits habe Tschernobyl auch weltweit die Anti-Kernkraft-Bewegung (re)aktiviert, aber in der Sowjetunion hätte es diese weder zuvor gegeben, noch habe sie sich in der Folge dauerhaft etablieren können. Die Atomkraft sei im sowjetischen Kontext derart fest als Ausweis des Fortschritts konnotiert gewesen, dass dieser Zauber auch über Tschernobyl hinaus für viele angehalten habe.<sup>82</sup>

## 2.4 Eintreffen der Strahlung in Deutschland

Am 28.04. berichtete die Tagesschau zum ersten Mal über den Unfall: „In der Sowjetunion hat sich offenbar ein ernster Atomunfall ereignet. [...] Es wird aber nicht gesagt, wann sich das Unglück ereignet hat oder wodurch es verursacht wurde“.<sup>83</sup> In den zwei Tagen direkt nach Tschernobyl verschonte die Großwetterlage Deutschland, dies änderte sich aber, und ab 29.04 wurden Radionuklide nach Deutschland getragen. Am stärksten betroffen wurden Bayern und Baden-Württemberg. Die Strahlung wurde von den Regenschauern sehr ungleich verteilt; wie an der Strahlenkarte (Abb. 4) zu sehen, erreichte die Bodenradioaktivität durch z.B. Cäsium-137 stellenweise kurzzeitig ähnliche Werte wie in den betroffenen Gebieten Osteuropas.

Der Unfall in Tschernobyl war bald das Hauptthema in den Medien, zunächst mit Fokus auf die Sowjetunion, da anfangs kaum Messdaten für die Bundesrepublik zugänglich waren und völlige Unklarheit über die Art der in Deutschland ankommenden Radionuklide vorherrschte, und auch weil die Sowjetunion zu den Strahlenemissionen aus dem

---

<sup>81</sup> Feshbach, Murray / Friendly, Alfred: *Ecocide in the USSR. Health and Nature Under Siege*, New York, N.Y, 1993, S. 1.

<sup>82</sup> Obertreis, Julia: *Von der Naturbeherrschung zum Ökozid? Aktuelle Fragen einer Umweltgeschichte Ost- und Ostmitteleuropas*, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2012/id%3D4621> [letzter Zugriff: 05.04.2017], S. 6. Ebenfalls zu dem Thema: Dawson, Jane I.: *Eco-Nationalism. Anti-Nuclear Activism and National Identity in Russia, Lithuania, and Ukraine*, Durham, 1996; Malek, Martin / Schor-Tschudnowskaja, Anna: *Der Zerfall der Sowjetunion. Ursachen - Begleiterscheinungen - Hintergründe*, Baden-Baden, 2013.

<sup>83</sup> Tagesschau.de: *Tschernobyl in der Tagesschau 1986. Video Chronologie der Katastrophe*, <https://www.tagesschau.de/ausland/tschernobyl-tagesschau-videos-101.html> [letzter Zugriff: 23.03.2017].

havarierten Reaktor beharrlich schwieg. Zudem verfügten weder die Bevölkerung noch weite Teile der Politik über das Wissen, um die bald eintreffenden Nachrichten zur Strahlung in Deutschland und die dazugehörigen Messergebnisse korrekt einordnen und bewerten zu können.<sup>84</sup> Dies lag neben der verwirrenden Anzahl von mehr als 25 aufgetretenen Radionukliden und ihren unterschiedlichen Auswirkungen auf den menschlichen Organismus<sup>85</sup> vor allem auch an einem Einheitenwechsel in der Wissenschaft, der in der bisherigen Forschung zu den medialen und psychologischen Auswirkungen kaum Berücksichtigung fand. Erst im Dezember 1985 war eine EU-Richtlinie in Kraft getreten, welche die Einheiten Curie, Röntgen und Rem durch die SI-Einheiten<sup>86</sup> Becquerel, Coulomb und Sievert ersetzte. Der Umrechnungsfaktor von Curie auf Becquerel ist dabei z.B.  $1 \text{ Ci} = 3,7 \cdot 10^{10} \text{ Bq}$ .<sup>87</sup> Vormalig kleine Werte wurden somit zu deutlich größeren Zahlen, was eine sachliche Abschätzung des Gefährdungspotentials eines Messwerts für Laien deutlich erschwerte, auch weil im medialen Diskurs sowohl alte, als auch neue Einheiten zur Anwendung kamen. So berichteten die Erlanger Nachrichten am 01. Mai: „Als Maßeinheit für die biologische Auswirkung dieser Strahlen hat man sich auf ‚rem‘ geeinigt, die Abkürzung für, Röntgen Equivalent Man“, die EN verwendeten also zunächst die veraltete Einheit. Im selben Artikel wurde über die schrecklichen Folgen akuter Strahlenkrankheit berichtet:

Muss ein Mensch akut Radioaktivität bis 50 rem ertragen, lassen sich bereits geringe Veränderungen des Blutbilds feststellen. Bei etwa zehn Prozent derart intensiv Bestrahlter tritt Übelkeit auf. Dieser Anteil erhöht sich auf 50 bis 60 Prozent, wenn die Belastung bis zu 180 rem geht. Ab 200 rem sterben Lymph- und Knochenmarkszellen ab, treten die ersten Todesfälle

---

<sup>84</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 54–55.

<sup>85</sup> So ist etwa das radioaktive Jod 131 mit einer Halbwertszeit von nur 8 Tagen eine vergleichsweise kurzfristige Gefahr, die dafür umso gefährlicher sein kann, da der menschliche Körper das radioaktive Jod 131 mit dem harmlosen Jod verwechselt und in der Schilddrüse anreichert. Das deutlich langlebigere Cäsium 137 hingegen reichert sich in der Nahrungskette an und kann so auch über Jahre hinweg in den menschlichen Organismus gelangen.

<sup>86</sup> SI steht für *Système international d'unités* und bedeutet Internationales Einheitensystem. Wikipedia: Internationales Einheitensystem, [https://de.wikipedia.org/wiki/Internationales\\_Einheitensystem](https://de.wikipedia.org/wiki/Internationales_Einheitensystem) [letzter Zugriff: 24.03.2017].

<sup>87</sup> EUR-Lex: Council Directive 80/181/EEC of 20 December 1979 on the Approximation of the Laws of the Member States Relating to Unit of Measurement and on the Repeal of Directive 71/354/EEC, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:31980L0181> [letzter Zugriff: 24.03.2017].

auf. 20 Prozent überleben schon nicht mehr bei einer Intensität bis 400 rem, bis zu 700 rem beträgt die Todesrate 90 Prozent, ab tausend rem überlebt keiner mehr.<sup>88</sup>

In Deutschland wurde durch Tschernobyl niemand auch nur ansatzweise vergleichweisen Dosen ausgesetzt. Sobald aber Messwerte in Becquerel anstatt in rem angegeben wurden, wie es auch später in den Erlanger Nachrichten geschah, klangen diese vom rein numerischen Wert den eben erwähnten Dosen sehr ähnlich. Hinzu kam, dass über die gesundheitlichen Auswirkungen der Strahlung an sich nicht einmal unter Experten Einigkeit herrschte (siehe 1.2.), und sogar Unternehmen aus der Kernenergiewirtschaft die Einheiten manchmal falsch verwendeten, etwa in öffentlicher Werbung.<sup>89</sup>

Ein weiterer Faktor der Verwirrung war die generell hohe Zahl an Einheiten, die mit Strahlung zusammenhängen,<sup>90</sup> die folgende Tabelle ist dabei nicht erschöpfend:

Begriff	Definition	Maßeinheit
Aktivität	Anzahl der Atomkerne, die in einer Sekunde zerfallen	Becquerel (Bq)
Aktivitätskonzentration	Aktivität pro Masse oder Volumen	Becquerel pro Kilogramm (Bq/kg) oder Becquerel pro Liter (Bq/l)
Dosis	Maß für die Wirkung einer radioaktiven Strahlung	Sievert (Sv) Millisievert (mSv) = 1/1.000 Sv Mikrosievert (µSv) = 1/1.000.000 Sv
Dosisleistung	Dosis pro Zeiteinheit	Sievert pro Stunde (Sv/h)
Halbwertszeit	Zeit, nach der die Hälfte der ursprünglichen Menge des radioaktiven Stoffes zerfallen ist	Sekunde (s)

Abbildung 5: Übersicht verschiedener Einheiten der Strahlenphysik.

<sup>88</sup> Gemessen wird in rem. Natürliche Strahlung erreicht nur Tausendstel. Grenzen der menschlichen Belastbarkeit, 01./02.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

<sup>89</sup> So schrieb die DWK, die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen in einer in bayerischen Zeitungen veröffentlichten Werbung, dass erst Strahlendosen von 600.000-800.000 Millirem gefährlich seien und musste sich hinterher dafür entschuldigen, da solche Dosen bei Betroffenen in 90% aller Fälle innerhalb von zwei Wochen zum Tod führen. Fehler eingestanden. Falsche Zahlen in Pro-Kernkraft-Inserat. Briefe der WAA-Betreiber an Bevölkerung, 12.08.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 6.

<sup>90</sup> Siehe dazu etwa: Bayerisches Landesamt für Umwelt (Hg.): Radioaktivität und Strahlung. Vorkommen und Überwachung, München, 2016.

Die sachlichen Schwierigkeiten in Bezug auf Strahlung intensivierten für die Bevölkerung die emotionalen Belastungen, denen sie sich durch das Verfolgen der Medien aussetzte. Letztere trugen aufgrund der ihnen zugrundeliegenden Eigendynamiken erheblich zur Verwirrung der Bevölkerung bei, indem sie in rascher Abfolge Informationen aus verschiedenen, sich oft gegenseitig widersprechenden Quellen veröffentlichten. Die dabei verbreiteten Messwerte erfüllten laut Clemenz nicht die Funktion einer Informationsquelle, sondern die von „Beschwichtigungs- bzw. Beunruhigungsformeln“ für die Bevölkerung,<sup>91</sup> denn das Gros der bundesdeutschen Bevölkerung hatte aufgrund der erläuterten Komplexität des Themas Strahlung nicht die Möglichkeit, aus den auf sie einprasselnden Meldungen und Gerüchten, wie etwa, dass es in der UdSSR tausende Tote gegeben hätte, die für ein Gefühl der Sicherheit notwendige Informationsbasis zu entnehmen und fühlte sich zunehmend verunsichert und hilflos.<sup>92</sup> Dieses diffuse Bedrohungsgefühl war für die meisten Menschen eine völlig neue und umso intensivere Erfahrung, da sie sich erstmals einer Gefahr ausgesetzt sahen, die sinnlich nicht zu erfassen war.

## 2.5 Reaktion der Bundesregierung

Die Bundesregierung war genauso wenig auf ein derartiges Ereignis vorbereitet, wie es die Regierung der Sowjetunion war und tat sich schwer, der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit bzw. wenigstens der Kontrollierbarkeit der Eigengefährdung zurückzugeben. Zwar reagierten „sowohl Politik als auch Verwaltung relativ schnell auf die Katastrophe“,<sup>93</sup> indem sie umfangreiche Messungen in Auftrag gaben. Der Bundesregierung gelang es aber nicht, eine von der Bevölkerung als grundsätzlich glaubwürdig, informativ und ehrlich empfundene Informationspolitik zu verfolgen.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wusste etwa bereits am 28.04. von erhöhter Strahlung in West-Berlin und Bayern, dennoch erklärte er in einem Tagesschauinterview, dass eine Gefähr-

---

<sup>91</sup> Clemenz, Manfred: Tschernobyl - eine "normale Katastrophe". Sozialpsychologie Thesen zu den Auswirkungen der Kernenergie, in: Wirth, Hans-Jürgen/Richter, Horst-Eberhard/Anders, Günter (Hg.): Angst, Apathie und ziviler Ungehorsam über den Umgang mit existentiellen Bedrohungen am Beispiel von Tschernobyl, Gießen 1999, S. 77-98, hier: S. 84.

<sup>92</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 62-63.

<sup>93</sup> Ebd., S. 54.

„absolut auszuschließen [sei]. Denn eine Gefährdung besteh[e] nur in einem Umkreis von 30 bis 50 Kilometern um den Reaktor“.<sup>94</sup> Die ab dem 29.04. in den Medien erschienenen Berichte über das Eintreffen der Strahlung in Deutschland führten diese Aussage in den Augen der Bevölkerung ad absurdum und reduzierten die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in Bezug auf Tschernobyl von Anfang an.

Gleichzeitig unterstrich die Bundesregierung die Sicherheit der bundesdeutschen Kernkraftwerke und bezeichnete einen vergleichbaren Störfall in Deutschland als unmöglich,<sup>95</sup> doch auch hier schaffte es Zimmermann, sich und die Bundesregierung selbst zu diskreditieren, indem er versicherte: „Bei uns kann ein Jumbo auf ein Kernkraftwerk aufplatzen, und es wird dem Reaktor nichts passieren“,<sup>96</sup> eine Aussage, auf die sich nicht mal die Hersteller von Kernkraftanlagen festlegen lassen wollten und die mit zu dem Vorwurf beitrug, dass die Bundesregierung sich mehr um die Akzeptanz der Kernkraft sorgte, als um die Gesundheit der Bürger.<sup>97</sup> Dass die deutsche Reaktortechnik in Sicherheitsfragen der sowjetischen allerdings tatsächlich überlegen war, steht außer Frage. So kam es auch bald nach Tschernobyl auf Wunsch der sowjetischen Behörden zu Sondierungsgesprächen mit der KWU und anderen deutschen Kerntechnikexperten. Ziel war die Vereinbarung eines Wissensaustausches und eine Kooperation zur Aufwertung der sowjetischen Reaktoren durch deutsche Technik.<sup>98</sup> Die Art allerdings, mit der die Bundesregierung diese Argumentation oft vorbrachte, schadete stellenweise mehr, wie etwa mit dem zitierten Kommentar, als dass sie die Bevölkerung beruhigte.

---

<sup>94</sup> Tagesschau.de: Tschernobyl in der Tagesschau 1986.

<sup>95</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 56–57.

<sup>96</sup> Unbekannter Autor, 05.05.1986, in: Frankfurter Neue Presse, S. 1.

<sup>97</sup> Wirth et al.: Angst, Apathie und ziviler Ungehorsam über den Umgang mit existentiellen Bedrohungen am Beispiel von Tschernobyl, III.

<sup>98</sup> Kooperiert UdSSR mit der KWU?, 15./16.08.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 8.

Trotz aller Entwarnung folgte die Bundesregierung einer Empfehlung der Strahlenschutzkommission, des offiziellen Beratungsgremiums der Bundesregierung, und verhängte Kontrollen und teilweise Importverbote für Lebensmittel aus Osteuropa, dazu Arndt: „Dabei standen die Bilder von Beamten, manchmal sogar in Schutzanzügen, die LKW und Privatautos an den Grenzen zur Bundesrepublik wuschen oder sie mit Geigerzählern auf eventuelle Radioaktivität prüften, im krassen Gegensatz zu den Sicherheitsverlautbarungen“,<sup>99</sup> (vgl. Abb. 6) was einmal mehr die Glaubwürdigkeit der Regierung untergrub.



Abbildung 6: Dekontamination eines PKW an der innerdeutschen Grenze.

Diese geriet folglich auch unter heftige Kritik der Oppositionsparteien, also der SPD und der Grünen. Sie warfen der Regierung vor, zu wenige Messdaten bekannt zu geben, bezeichneten Bundesinnenminister Zimmermann als unfähig<sup>100</sup> und forderten ihn auf, sich weniger auf die Sicherheit der eigenen Reaktoren zu versteifen und stattdessen mehr für den Schutz der Bevölkerung zu tun.<sup>101</sup> Insbesondere hinsichtlich des Vorwurfs, Messdaten absichtlich zurückzuhalten oder zumindest zu wenige Messungen in Auftrag zu geben, lässt sich eine Parallele zu den bereits erläuterten Nachwirkungen des Unfalls in der Sowjetunion ziehen (siehe 2.3.).

Am 07.05. gab Zimmermann öffentlich zu, dass die Bundesregierung selbst über keine genaueren Informationen zur Situation verfüge, behauptete aber, dass alles unter Kontrolle sei, keine Gefahr für die Gesundheit bestehe und alle getroffenen Maßnahmen lediglich Vorsor-

---

<sup>99</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 57.

<sup>100</sup> Bonn will Wirrwarr der Kompetenzen beenden. Bund soll künftig Grenzwerte und Empfehlungen verbindlich vorschreiben - Kritik der FDP an Ressortchef Zimmermann: Verunsicherung mitverursacht - Baden-Württemberg sieht keinen Grund zur Entwarnung. Bundesinnenministerium droht nach der Reaktorkatastrophe den Ländern mit dem Rechtsweg, 14.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>101</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 57-58.

maßnahmen seien.<sup>102</sup> Den inhärenten Widerspruch des Eingestehens eines Mangels an belastbaren Informationen zur Lage und des gleichzeitigen kategorischen Ausräumens jeglicher Gesundheitsgefahr nannten die Kritiker der Bundesregierung u.a. „Informationskatastrophe“ und „Beschwichtigungsskandal“.<sup>103</sup> Er bot umso mehr Angriffsfläche, als die Bundesländer bald in Eigenregie davon abrieten, frisches Obst, Blattgemüse und Produkte aus ungetesteter Frischmilch zu verzehren und dazu rieten, Kinder vorerst nicht im Freien spielen zu lassen.<sup>104</sup>

Bei der Betrachtung des Handelns der Bundesregierung muss laut Arndt auch bedacht werden, dass Tschernobyl einen bisher in Deutschland nie dagewesenen Katastrophenfall darstellte. Weder die Regierung, noch die Strahlenschutzkommission konnten hier auf fertige Aktionspläne zurückgreifen, die bisherige Strahlenschutzordnung regelte lediglich den Betrieb von Kernkraftwerken. Zwar gab es einige Untersuchungen zu den Folgen radioaktiver Strahlung in Bezug auf Hiroshima und Nagasaki 1945 sowie Harrisburg 1979, diese waren der Bundesregierung aber augenscheinlich nicht sofort zugänglich.<sup>105</sup>

Die Bundesregierung musste somit ohne eine brauchbare Informationsbasis versuchen, aus der „Flut von unterschiedlich brauchbaren und realistischen Daten aus unterschiedlich ausgerüsteten und kompetenten Laboratorien mit mehr oder weniger geeigneten Messeinrichtungen“ belastbare Informationen zu ziehen.<sup>106</sup> Auf der Grundlage dieser äußerst inhomogenen, bruchstückhaften und teilweise widersprüchlichen Datenlage musste die Bundesregierung, bzw. die Strahlenkommission Verhaltensrichtlinien für die Bevölkerung herausgeben, die erste erschien dadurch bedingt auch erst mehr als zwei Wochen nach dem Eintreffen der Strahlung in Deutschland.<sup>107</sup>

Um zukünftig schneller und organisierter auf Umweltkatastrophen reagieren zu können und die entsprechenden Kompetenzen an einem Ort

---

<sup>102</sup> SWR.de: 1986. Tschernobyl und der Streit um die Atomkraft, <http://www.swr.de/swr2/wissen/archivradio/1986/-/id=2847740/did=5234672/nid=2847740/w56eor/index.html> [letzter Zugriff: 26.03.2017].

<sup>103</sup> Wirth et al.: Angst, Apathie und ziviler Ungehorsam über den Umgang mit existentiellen Bedrohungen am Beispiel von Tschernobyl, III.

<sup>104</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 66–69.

<sup>105</sup> Ebd., S. 59.

<sup>106</sup> Ebd.

<sup>107</sup> Ebd., S. 59–60.

zu bündeln, gründete die Bundesregierung am 06. Juni das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, erster Minister wurde Walter Wallmann (CDU). Im Dezember folgte die Verabschiedung des Strahlenschutzvorsorgegesetzes, das die Kompetenzen bei nuklearen Unfällen klar regelt und dem Umweltministerium die Messwerterfassung und Grenzwertbestimmung unterstellt.<sup>108</sup> Dieses Gesetz wurde von Seiten der Kernkraftgegner, wie etwa den Müttern gegen Atomkraft aufs Schärfste kritisiert. Sie befürchteten, dass dadurch die Grenzwerte allein „nach politischen und wirtschaftlichen Gutdünken“<sup>109</sup> und ohne Berücksichtigung des Strahlenschutzes der Bürger festgelegt werden würden.

## 2.6 Reaktionen der Länder und Kommunen

Die vor diesen Neuordnungen völlig unklare Kompetenzverteilung machte besonders den Behörden der Bundesländer und Kommunen zu schaffen, denn sie mussten auf die zunehmend besorgte Bevölkerung reagieren. Es herrschte weder Klarheit über Verantwortlichkeiten im Katastrophenmanagement, noch irgendeine Art von Kommunikationsstrategie zwischen Bund, Ländern und Forschungseinrichtungen, so dass oft Informationen von der Landesregierung veröffentlicht wurden, ohne dass die Kommunen vorher informiert wurden und umgekehrt. Auch war man sich keineswegs einig, was den Umgang mit und die Einschätzung der Strahlengefahr betraf, was zu deutlichen Unterschieden in den Richtlinien und Empfehlungen führte, welche Bund und Länder herausgaben. Darunter litten vor allem die Kommunen, welche die bald insbesondere telefonisch eintreffende Flut von Anfragen besorgter Bürger nicht nur kaum verarbeiten, sondern sie auch kaum zufriedenstellend beantworten konnten. Auch die Landesregierungen schafften es nicht, die Informationsgesuche der Kommunen ausreichend zu bedienen. Das Kompetenzchaos führte zu einem deutlichen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die städtischen und staatlichen Stellen, was die empfundene Hilflosigkeit der Bevölkerung weiter verstärkte. Um einen Ausweg aus dieser Situation zu finden, verlangten

---

<sup>108</sup> Ebd., S. 60–61.

<sup>109</sup> Vortrag über Ernährung für die Erlanger Gruppe im E-Werk, 22.01.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 2.

die Kommunen mehr Kompetenzen im Katastrophenschutz und die Ausstattung mit eigenen Messgeräten.<sup>110</sup>

Ein gutes Beispiel für die Unübersichtlichkeit der Lage ist die Festlegung von Grenzwerten für radioaktives Jod in Frischmilch. Die Strahlenschutzkommission hatte hier einen zulässigen Höchstwert von 500 Becquerel pro Liter vorgegeben, an den sich die meisten unionsgeführten Länder hielten, so auch das am stärksten betroffene Bayern. West-Berlin und Schleswig-Holstein hingegen legten 50 Becquerel als Obergrenze fest, das SPD-regierte Hessen sogar nur 20. Teilweise legten auch Landkreise selbst andere Grenzwerte fest, als die Landesregierung vorgab. Dies steigerte die Verwirrung und Unruhe in der Bevölkerung zusätzlich, da sich die Bürger in Bayern etwa fragten, warum für sie Milch mit höherer Strahlenbelastung als z.B. in Hessen sicher sein sollte.<sup>111</sup>

Auch die Vorsorgemaßnahmen unterschieden sich zwischen den Bundesländern stark. So wurde in Hessen die Freilandhaltung von Kühen untersagt, während sie im stärker vom Fallout betroffenen Baden-Württemberg noch auf die Weide durften. Hessen empfahl auch, Kinder nicht mehr draußen spielen zu lassen und ließ Außenfreizeitanlagen sperren. Während Baden-Württemberg keine Richtlinien zum Aufenthalt im Freien herausgab, folgte Bayern dem Beispiel Hessens teilweise und untersagte das Spielen im Freien, manche Freibäder wurden gesperrt. Für Kindergärten und Horte ordnete Bayern trotz der eigenen vergleichsweise hohen Grenzwerte für Milch die Umstellung auf H-Milch an, ließ oberirdisches Gemüse von den Speiseplänen nehmen und verbot das Betreten dieser Gebäude mit Straßenschuhen.<sup>112</sup>

## 2.7 Reaktionen der Zivilbevölkerung

Auf die Zivilbevölkerung wirkte also ein Bedrohungsgefühl ein, dessen Basiskomponente die sinnlich nicht erfassbare Strahlung war. Hinzu kam eine Kombination aus einem Bombardement aus Nachrichten, die außerdem für die Menschen aufgrund der Komplexität der Materie Strahlung kaum zu entschlüsseln waren, sowie die Hilflosigkeit der für sie zuständigen Behörden. Letztere verstärkten die Verwirrung durch

---

<sup>110</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 61–64.

<sup>111</sup> Ebd., S. 65–66.

<sup>112</sup> Ebd., S. 66–69.

unklare Kompetenzen und von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche Richtlinien und Maßnahmen. Insgesamt sahen sich viele der Bundesbürger einem durch das Gefühl der Hilflosigkeit<sup>113</sup> verursachten emotionalen Stress ausgesetzt, 58% fühlten sich „persönlich stark bedroht“.<sup>114</sup> Tschernobyl wurde laut verschiedenen psychologischen Untersuchungen als „Realitätsschock“<sup>115</sup> empfunden, der eine „langanhaltende Erschütterung, eine Veränderung der Gefühle, als auch des Denkens“<sup>116</sup> bewirkt habe.

Im konkreten Alltag der Bevölkerung wirkte sich die Katastrophe zunächst vor allem auf die Ernährung aus, Blattgemüse, wie Spinat und Salate, Rhabarber, Frischmilch, Wild und Pilze wurden bereits vor den später folgenden offiziellen Verkaufsverboten gemieden und es kam zu Hamsterkäufen von Jod-Tabletten, die innerhalb kürzester Zeit ausverkauft waren, und ABC-Schutzmasken<sup>117</sup> sowie Tiefgefrorenem, Konserven, H-Milch und Trockenmilch, letzteres vor allem durch stillende Mütter. Diese waren besonders besorgt, und ihre Anfragen machten einen Großteil der bei den Behörden eingehenden Anrufe aus. An dem Beispiel der Jod-Tabletten lässt sich die in der Bevölkerung teilweise vorherrschende Panik verdeutlichen, denn alle Bundesländer warnten bereits am 01.05.1986 davor, diese ohne ärztliche Auf-

---

<sup>113</sup> Laut einer Befragung von 559 Erwachsenen und Studenten in Bayern 1986 ist das hervorstechendste Gefühl Hilflosigkeit, gefolgt von Ärger, Wut, Angst und Furcht. Weiterhin ergab die Befragung eine hohe Betroffenheit, während Gleichgültigkeit und Vertrauen so gut wie nicht vorkamen. Lukesch, H. / Nölder, W. / Kischkel, K. H.: Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in psychologischer Sicht. Eine Untersuchung subjektiver Einschätzungen über Betroffenheit, Maßnahmen und Folgen des Reaktorunfalls an Erwachsenen und Studenten in Bayern, in: Arbeitsberichte zur Pädagogischen Psychologie am Institut für Psychologie am Institut für Psychologie der Universität Regensburg (1986) 25, hier: S. 11.

<sup>114</sup> Köcher, Renate: Eine atemraubende Wende. Seit der Katastrophe von Fukushima wenden sich immer mehr Deutsche von der Atomkraft ab: Der Anteil der vehementen Atomkraft-Gegner stieg in Westdeutschland von etwa 26 auf nun 42 Prozent, in Ostdeutschland auf 29 Prozent, 20.04.2011, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung.

<sup>115</sup> Noelle-Neumann, E.: Tschernobyl: Ein Schock ohne nachhaltige Wirkung, 06.06.1987, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, S. 1.

<sup>116</sup> Wirth, Hans-Jürgen: Deutsche Dumpfheit - deutsche Sensibilität. Über den besonderen Umgang der Deutschen mit existentiellen Bedrohungen, in: Psychosozial 9 (1986) 29, S. 48-56, hier: S. 32.

<sup>117</sup> Panikkäufe und ängstliche Telefonanrufe. Nürnbergs Stadtverwaltung richtet Informationsstellen ein - Landesgewerbeanstalt maß zofach höhere Werte. Bei den Apotheken ging innerhalb weniger Vormittagsstunden der normale Monatsbedarf an Jodtabletten weg, 01./02.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 13.

sicht einzunehmen, trotzdem führte die Eigenverabreichung in ganz Deutschland zu Jodvergiftungen.<sup>118</sup>

Die Ereignisse nach dem 26.04. ließen die Zahl der Kernenergiegegner massiv ansteigen, die meisten Deutschen waren nun gegen den Ausbau und Weiterbetrieb von Kernkraftwerken.<sup>119</sup> Die Beteuerungen der Bundesregierung, dass für die Bevölkerung keine Gefahr bestehe und die deutschen Kernkraftwerke absolut sicher seien, bewirkten eher das Gegenteil des gewünschten Effekts. Laut dem Sozialpsychologen Wirth entwickelte sich ein „psychodynamisches Wechselspiel“, je stärker die Abwiegung und das Herunterspielen der Gefahr durch die Bundes-, bzw. Länderregierungen geworden sei, desto mehr stiegen die Ängste und das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber diesen.

Und je größer die Ängste der Bevölkerung wurden, desto höher sei das Engagement der Politiker geworden, das bundesdeutsche Atomprogramm mit herbeigerufenen Experten zu verteidigen.<sup>120</sup> Ob das Eingestehen einer eigenen Unsicherheit durch die Politik eine andere Reaktion der Bevölkerung hervorgerufen hätte, lässt sich nicht sicher beantworten.<sup>121</sup> Die Studie von Peters ermittelte 1987, dass die „Glaubwürdigkeit der Bundesregierung, der Kernforschungszentren und der Industrie, die ‚Glaubwürdigkeit des Establishments‘ also, geringer als die Glaubwürdigkeit des ‚Anti-Eestablishments‘ war, zu dem Gruppierungen wie Bürgerinitiativen und das ‚Öko-Institut‘ gerechnet wurden“.<sup>122</sup> Die Kommunikationsstrategie der Bundesregierung nach Tschernobyl erwies sich letztlich als nicht erfolgreich.

Wie bereits erwähnt, führte das zu einem deutlichen Anstieg von Kernkraftgegnern, die zahlreiche Initiativen neugründeten, alleine 1986 wurden mindestens 139 gegründet.<sup>123</sup> In vielen Städten kam es daher

---

<sup>118</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 71–72; Strahlung von Tschernobyl fällt auf Europa. Ministeriumssprecher: Keine Gefährdung von Leben und Gesundheit - Vorzeitige Jod-Einnahme wäre gefährlich - die Lage in Skandinavien und Polen ist ernster - Moskau: 197 Verletzte in Behandlung, 01./02.05.1986, in: Erlanger Nachrichten.

<sup>119</sup> Arndt: Tschernobyl, S. 72.

<sup>120</sup> Wirth: Deutsche Dumpfheit - deutsche Sensibilität, IV.

<sup>121</sup> Wirth et al.: Angst, Apathie und ziviler Ungehorsam über den Umgang mit existentiellen Bedrohungen am Beispiel von Tschernobyl, IV.

<sup>122</sup> Peters, H. P.: Die Reaktionen der Bevölkerung auf die Ereignisse in Tschernobyl. Ergebnisse einer Befragung, in: KZfSS (1987) 4, hier: S. 21.

<sup>123</sup> Kirchhof, Astrid M.: Frauen in der Antiatomkraftbewegung. Am Beispiel der Mütter gegen Atomkraft, in: Ariadne (2013) 64, S. 48–57, hier: S. 49.

bald nach Tschernobyl zu kernkraftkritischen Kundgebungen, Protestveranstaltungen, Informationsveranstaltungen, Kinderdemonstrationen und Großdemonstrationen.<sup>124</sup> Doch die Erfahrung von Tschernobyl motivierte die Deutschen nicht nur zum Protest, sondern auch zur Solidarität mit den Menschen in den am schlimmsten verstrahlten Gebieten in Weißrussland und der Ukraine. Insbesondere nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gründeten sich nach und nach zahlreiche Vereine und Initiativen mit dem Ziel, ihnen zu helfen. Viele dieser Gruppen luden Kinder nach Deutschland ein, um diesen Erholung in nicht verstrahlten Gebieten zu ermöglichen.<sup>125</sup> Das in Deutschland von Tschernobyl ausgelöste Ausmaß der Betroffenheit, die Heftigkeit des Konflikts um die Kernkraft und das Engagement für die Opfer innerhalb der Sowjetunion übertrafen die der anderen westeuropäischen Länder, insbesondere Frankreichs und Englands aus verschiedenen Gründen, deren Betrachtung den Rahmen dieser Arbeit überschreiten würde, bei weitem.<sup>126</sup>

---

<sup>124</sup> Wirth et al.: Angst, Apathie und ziviler Ungehorsam über den Umgang mit existenziellen Bedrohungen am Beispiel von Tschernobyl, II.

<sup>125</sup> Siehe dazu: Homeyer, Burkhard / Gruševoj, Gennadij (Hg.): Den Kindern von Tschernobyl. Eine Ost-West-BürgerInnenbewegung in weltweiter Solidarität; den Kindern eine Zukunft - eine Chance dem Frieden - für eine Welt ohne atomare Bedrohung, Münster, 2001; Arndt: From Nuclear to Human Security?; Arndt: Verunsicherung vor und nach der Katastrophe, 240-258.

<sup>126</sup> Die Gründe hierfür sind gut erforscht, siehe dazu etwa: Kalmbach, Karena: Tschernobyl und Frankreich die Debatte um die Auswirkungen des Reaktorunfalls im Kontext der französischen Atompolitik und Elitenkultur, Frankfurt am Main [u.a.], 2011; Radkau, Joachim: Die Ära der Ökologie. eine Weltgeschichte, München, 2011, S. 214.

### 3 Die Berichterstattung der Erlanger Nachrichten

Die Erlanger Bevölkerung konnte die Ereignisse in der Zeitung „Erlanger Nachrichten“ verfolgen. Um nachvollziehen zu können, welche Themen die Erlanger über diese Zeitung verfolgen konnten und an welchen Diskursen sie sich per Leserbrief beteiligten, wurde das Archiv der EN im Zeitraum vom 26.04.1986 bis zum 04.06.1989 untersucht. Der Endzeitpunkt markiert dabei die journalistische Nachlese zum Ende der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, deren Bau am 31.05.1989 endgültig eingestellt wurde. Insgesamt wurden 2483 Artikel manuell eingescannt und erfasst, dabei wurden alle<sup>127</sup> Artikel berücksichtigt, die sich mit der zivilen Nutzung der Atomkraft weltweit befassten. Anhand ihrer soll ermittelt werden, welche Themen dieses Komplexes die Erlanger Bevölkerung neben Tschernobyl noch beschäftigten.

#### 3.1 Quantitative Analyse

Durch die Auswertung der Artikel ließ sich ermitteln, wie hoch das Artikelaufkommen in Bezug auf die zivile Atomkraft und damit zusammenhängende Ereignisse und somit das mediale „Konsumangebot“ dieser Zeitung war.

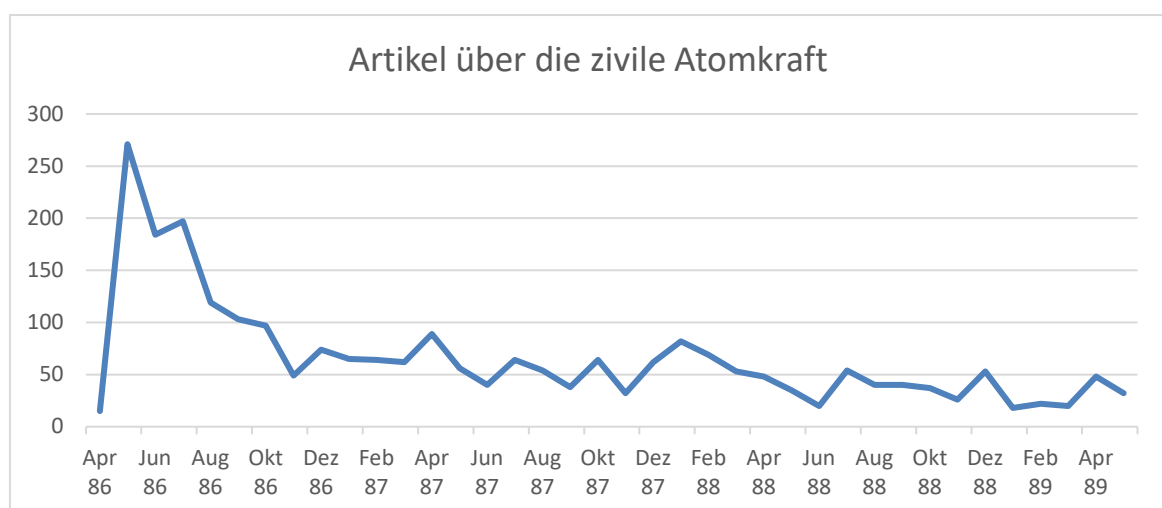


Abbildung 7: Zeitliche Verteilung der 2483 Artikel auf den Betrachtungszeitraum.

<sup>127</sup> Da das Archiv nur in gedruckter Form vorliegt, wird für das Heraussuchen der Artikel eine Fehlerquote durch Übersehen von 1% angenommen.

In den letzten vier Apriltagen erschienen 15 Artikel. Im Mai '86 erschienen mit 271 die meisten Artikel des gesamten Betrachtungszeitraums, im Juni 184, im Juli 197, im August 119, im September 103, im Oktober 97, danach sinkt die Anzahl etwas stärker. Von den insgesamt 2483 Artikeln erschienen 1109 im Jahr 1986. Damit erschienen im gewählten Zeitrahmen durchschnittlich 64 Artikel pro Monat, was etwa zwei pro Tag entspricht.

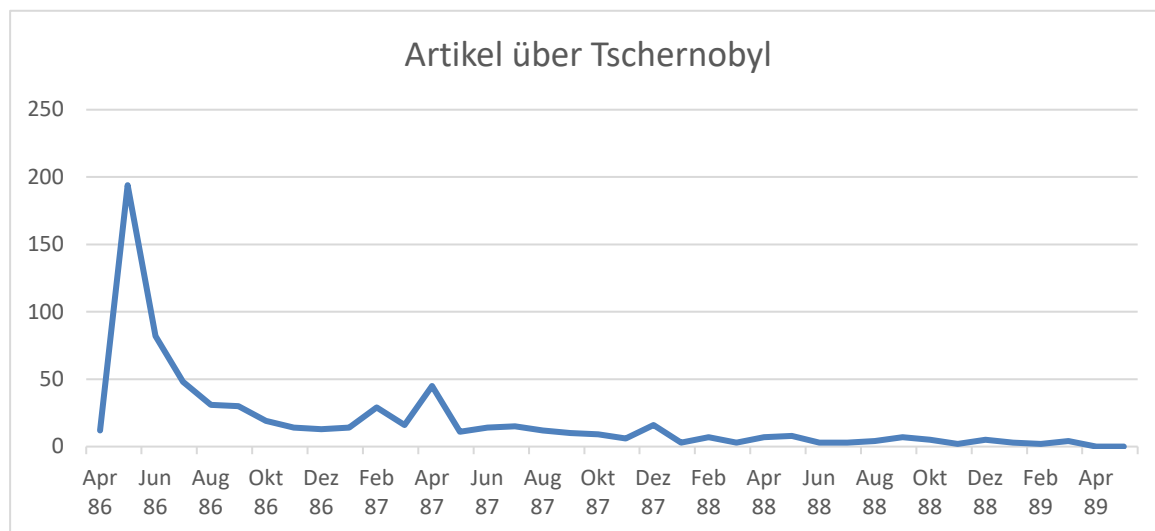


Abbildung 8: Zeitliche Verteilung der 707 Artikel über Tschernobyl.

Vergleicht man die Gesamtzahl mit der Anzahl der Artikel über Tschernobyl, zeigt sich deutlich, dass die Berichterstattung direkt nach der Katastrophe in der Tat einer Art „Bombardement“ der Leser mit Informationen zu Tschernobyl entspricht. Insgesamt wurden im Betrachtungszeitraum 707 Artikel zu Tschernobyl ermittelt, das damit zwar den Themenblock mit den meisten Artikeln zu einem Einzelereignis darstellt, allerdings machen die Artikel zu Tschernobyl aber weniger als ein Drittel, genauer gesagt 28,5% aller Artikel aus, zwei Drittel der Artikel befassen sich also mit anderen Themen der zivilen Kernkraft. In Kombination mit dem Verlauf der Kurve wird daraus deutlich, dass Tschernobyl die Debatte um die zivile Kernkraft sichtbar angeregt hat, denn bis einschließlich April 1987, also im ersten Drittel des Betrachtungszeitraumes, erschienen 56% aller Artikel. Auffällig ist auch der „Peak“ im April 1987, als ein Jahr nach der Katastrophe nochmal eine überdurchschnittliche Anzahl von Artikeln zu Tschernobyl erschien, danach nahm die Zahl der jeden Monat erscheinenden Artikel trotz der einzelnen Spitzen (dazu mehr am Ende von 3.1.) insgesamt ab.

Die Artikel, die sich nicht dem Thema Tschernobyl (TS) zuordnen ließen, wurden folgenden Themenblöcken zugeordnet: Zivile Nutzung der Atomkraft in Deutschland (D) mit insgesamt 733 Artikeln (29,5%), ausgenommen Artikel, welche die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf betreffen, die sich auf 646 Artikel (26%) belaufen. Weiterhin 233 globale Nachrichten (GL) zur Kernenergie (9,4%), sowie 125 (5%) zur Kraftwerk Union (KWU) und zu den Müttern gegen Atomkraft (MgA) mit 39 (1,6%). Für die einzelnen Themenblöcke ergaben sich für die Jahre 1986-88 folgende Diagramme:<sup>128</sup>

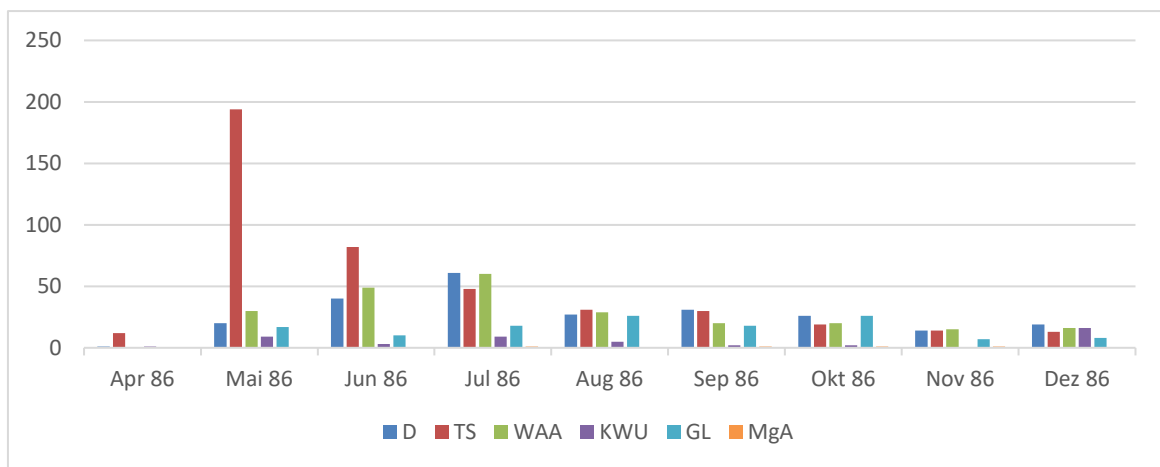


Abbildung 9: Verteilung der Artikel nach Themen 1986.

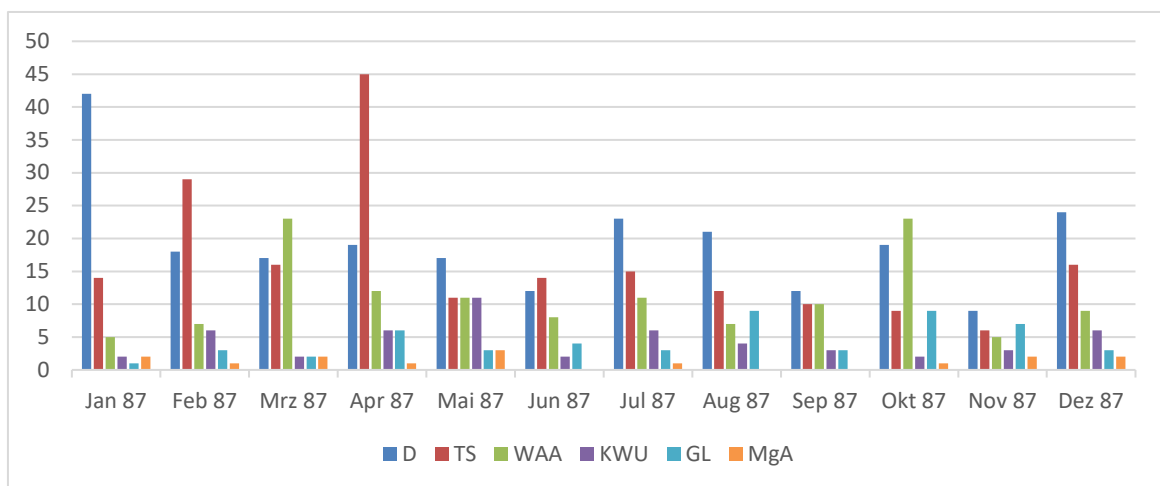


Abbildung 10: Verteilung der Artikel nach Themen 1987.

<sup>128</sup> An dieser Stelle sei auf die unterschiedliche Skalierung hingewiesen.

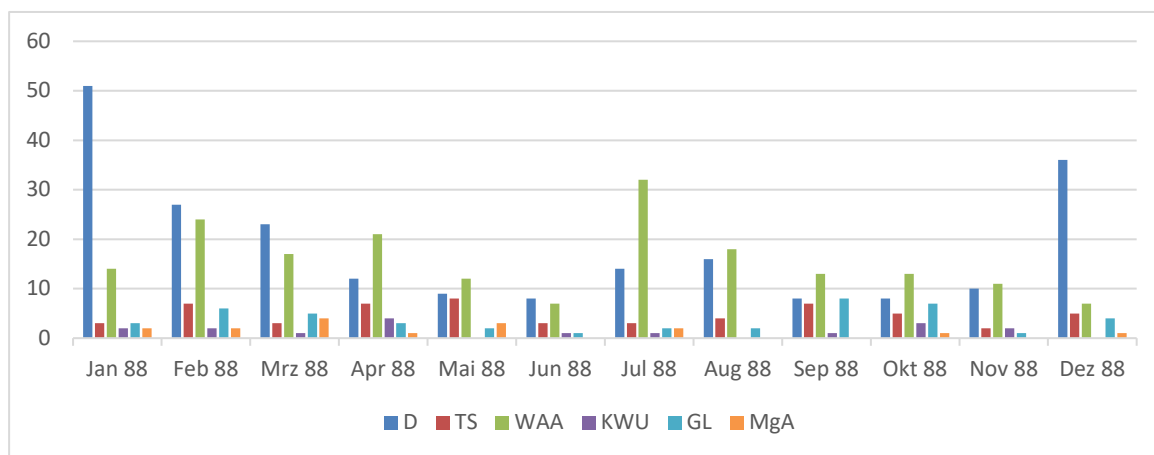


Abbildung 11: Verteilung der Artikel nach Themen 1988.

Neben dem Höchstaufkommen von Artikeln im Mai 1986 fallen insbesondere 1987 und 1988 in der Kategorie D noch eine Reihe von Spitzen auf, die mit Atomskandalen in der zivilen Nutzung der Kernkraft zusammenhängen. Der Ausschlag der Kategorie WAA im Juli 1988 ist hingegen auf das Erörterungsverfahren der zweiten Teilerrichtungsgenehmigung zurückzuführen, dazu mehr in Kapitel 3.3.

## 3.2 Hot Topics im Zusammenhang mit Tschernobyl

Während die an Erlangen gebundenen Themen der „Arbeitsgruppe“, der KWU und der Mütter gegen Atomkraft in Bezug auf Tschernobyl in eigenen Kapiteln behandelt werden, sollen im Folgenden nun die anderen „heißen“ Themen behandelt werden, die damals zahlreiche Schlagzeilen machten und auf verschiedene Weise auch die drei Akteure in Erlangen betrafen. Diese zeigen die vielfältigen und unerwarteten Herausforderungen, denen man sich nach Tschernobyl zu stellen hatte.

### 3.2.1 Grenzwertdebatte

Das bereits angesprochene Festsetzen verbindlicher Grenzwerte stellte sich nicht nur als Problem innerhalb Deutschlands heraus. Auch auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft (EG) war man bestrebt, einheitliche Grenzwerte festzulegen, um den freien Warenverkehr zwischen den zwölf Mitgliedsstaaten zu gewährleisten. Dabei waren die Grenzwerte für die zulässige Maximalbelastung von Lebensmitteln genauso umstritten, wie die Frage, ob diese grundsätzlich gelten oder nur

nach einem Ereignis wie Tschernobyl in Kraft treten sollten.<sup>129</sup> Die deutsche Regierung trat in der EG zusammen mit Dänemark und Portugal für die strengsten Grenzwerte ein, augenscheinlich um bei der deutschen Öffentlichkeit verlorenen Boden gutzumachen. Dabei stand sie unter anderem der italienischen, der englischen und der französischen Regierung entgegen, welche etwa einen Grenzwert von 1.000 Becquerel pro Kilo Blattgemüse für zulässig erklären wollte, während die BRD für 250 Becquerel eintrat.<sup>130</sup> Dabei wurde die Bundesregierung von allen Bundestagsparteien unterstützt.<sup>131</sup> Bei den Verhandlungen ging es allerdings nicht nur um den Schutz der Bürger vor verstrahlten Lebensmitteln. In einem Kommentar der EN wurde den EG-Staaten vorgeworfen, im Rahmen der Grenzwertverhandlungen in Wirklichkeit um Marktanteile zu kämpfen, anstatt die Gesundheit ihrer Bürger in den Vordergrund zu stellen.<sup>132</sup> Dahinter stünden wirtschaftliche Interessen:

Hohe Grenzwerte verharmlosen die latenten Risiken der Nukleartechnologie und führen zu einem Gewöhnungseffekt. Beides wird die Neigung des Verbrauchers dämpfen, zu seiner wirksamsten Waffe zu greifen und bei einer steigenden radioaktiven Belastung Konsumverzicht zu üben. Ganz ins Bild passt auch, dass die hinreichend bekannten Bremser Frankreich und Großbritannien sich die Hintertür offenlassen wollen, verseuchte Lebensmittel, die in der EG niemand mehr haben mag, zumindest noch an Drittstaaten verscherbeln zu dürfen.<sup>133</sup>

Nachdem sich die Möglichkeit abzeichnete, dass sich die Bundesregierung in der EG mit der Verlängerung der bisher gültigen, niedrigeren Grenzwerte nicht durchsetzen könnte, kündigte sie an, notfalls die Grenzwerte auf nationaler Ebene festzusetzen,<sup>134</sup> die bis dahin geltenden Grenzwerte wurden allerdings zunächst verlängert.<sup>135</sup> Gegen die

---

<sup>129</sup> EG uneins über Strahlengrenzen. Umstrittene Belastung von Lebensmitteln: Bonn strikt gegen Lockerung. Die Außenminister vertagten sich, 15.09.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>130</sup> EG vertagte Beschluss über Importstopp. Die Grenzwerte bei radioaktiv belasteten Nahrungsmitteln sind heftig umstritten. Italienische Regierung blockiert Entscheidung der Zwölfer-Gemeinschaft, 12.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>131</sup> Einig über Strahlengrenzen, 09.10.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 9.

<sup>132</sup> Skandalös. Das Feilschen um EG-Grenzwerte, 12.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

<sup>133</sup> Fatal. Streit um die Strahlengrenzwerte, 15.09.2017, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

<sup>134</sup> Streit um Strahlengrenzwerte, 26.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

<sup>135</sup> EG-Grenzwerte werden offenbar verlängert. Kompromiß der Botschafter über Höchstbelastung mit Radioaktivität bei Lebensmitteln. Die Regierungen müssen noch zustimmen, 27.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

Erhöhungen regte sich auch in der deutschen Bevölkerung Widerstand, mehrere Umweltverbände, unter ihnen die Mütter gegen Atomkraft, wandten sich öffentlich dagegen. Sie warfen den entsprechenden EG-Regierungen vor, die Grenzwerte hauptsächlich erhöhen zu wollen, um die Summe der Entschädigungsansprüche von geschädigten Bauern reduzieren zu können<sup>136</sup> und verfassten einen Musterbrief, der von Bürgern möglichst oft an deutschsprachige Mitglieder des Europäischen Parlaments geschickt werden sollte. In dem Brief wurden die Abgeordneten gefragt, ob sie sich der Gefahr eines erneuten Reaktorunglücks, der Langlebigkeit mancher Isotope und ihrer Verantwortung für die 320 Millionen Bürger der EG bewusst seien, für die ihre Entscheidung Konsequenzen haben werde. Dazu wurden sie an die Pflicht eines Abgeordneten erinnert, für die Gesundheit der Bevölkerung einzutreten und ihnen vorsorglich Pflichtversagen und Mitschuld am „Leid und Tod vieler Menschen“,<sup>137</sup> der „Verseuchung der Erde“<sup>138</sup> und der „Vergiftung unserer Lebensquellen“<sup>139</sup> vorgeworfen, sollten die Abgeordneten für die Aufweichung stimmen. Der Brief endete mit einem erneuten Gewissensappell und bat um Antwort.<sup>140</sup>

Die Verhandlungen scheiterten letztlich und die Bundesregierung behielt die bisherigen Grenzwerte bei.<sup>141</sup> An den Grenzwerten zeigt sich eindrücklich, wie hochpolitisiert und von verschiedenen Interessenskonflikten durchdrungen die Frage nach dem richtigen Umgang mit der Katastrophe und die Einigung auf einen einheitlichen Umgang mit der Strahlengefahr war.

### 3.2.2 Molke

Ein weiteres nach Tschernobyl wichtiges Thema ist das der radioaktiven Molke, welches die Deutschen noch mehrere Jahre nach der Katastrophe begleitete und medial hohe Wellen schlug. Obwohl die Molke

---

<sup>136</sup> Kampf um Becquerel. EG will die Margen teils drastisch ausdehnen. Verbände gegen höhere Strahlengrenzwerte, 11./12.07.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 19.

<sup>137</sup> Musterbrief für EG-Abgeordnete, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>138</sup> Ebd.

<sup>139</sup> Ebd.

<sup>140</sup> Antworten sind leider nicht eingetroffen oder zumindest nicht erhalten geblieben. Ebd.

<sup>141</sup> Verhandlung über Grenzwerte gescheitert. Außenminister unternehmen neuen Versuch - Franzosen und Engländer sperren sich. EG konnte sich nicht über eine Nachfolgeregelung für die Tschernobyl-Verordnung einigen, 10.11.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

Erlangen nicht materiell betraf, da hier nie strahlende Molke eingelagert wurde, ist das Thema trotzdem für die Betrachtung relevant, da es die Mütter gegen Atomkraft stark beschäftigte, die Anstoß an dem Umgang der verschiedenen staatlichen Behörden mit der Molke nahmen, wie im Folgenden erläutert wird.

Die radioaktiven Elemente Cäsium 134 und 137<sup>142</sup> gelangten als Fallout auf Wiesen und von dort rasch in die Milch der Kühe. In Bayern wurde den Molkereien gemäß der Empfehlung der Strahlenschutzkommission geraten, verstrahlte Milch nicht zu Milchprodukten wie Joghurt oder Frischmilch zu verarbeiten, sondern zu verkäsen, da die bei der Käseproduktion anfallende Molke Radionuklide bindet und sich so bis zu 90% des Cäsiums aus der Milch entfernen lassen. Durch Trocknung wurde die Masse der Molke verringert, welche danach Aktivitätskonzentrationen von bis zu 8.000 bq/kg erreichte. Somit ließ sich zwar ein Großteil der in den Tagen nach dem Fallout entstandenen Milch verwerten, allerdings überstieg die übrigbleibende Molke den Grenzwert für eine Weiterverwertung um bis das Vierfache. Ungefährliche Molke würde normalerweise für die Schweinefütterung und in der Lebensmittelindustrie als Zusatzstoff eingesetzt, was für die verstrahlte Molke nicht in Frage kam; diese wurde zunächst eingelagert. Die bayerische Regierung übernahm die Verantwortung für die Entsorgung der Molke und beantragte gemäß dem neuen Atomgesetz Entschädigungsgelder, um die Molke entsorgen zu können.<sup>143</sup>

Nun stellte sich allerdings die Frage, wie man 5046 Tonnen strahlende Molke vernichten sollte, die bei der Großmolkerei Meggle in Wasserburg angefallen waren, die einen großen Teil der bayerischen Milch weiterverarbeitete.<sup>144</sup> Es scheint im höchsten Interesse der bayerischen Regierung gelegen zu haben, die Molke nicht als äußerst teuer zu lagernden radioaktiven Sondermüll einzustufen, um keinen öffentlichen

---

<sup>142</sup> Auch andere Radionuklide gelangten in die Milch, das radioaktive Cäsium machte aber den überwiegenden Anteil aus.

<sup>143</sup> Molkepulver belastet. Entschädigung nach Atomgesetz gefordert. Hohe Cäsiumwerte in Milch-Nebenprodukt. Entschädigung nach Atomgesetz gefordert, 19.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 3.

<sup>144</sup> Natürlich waren auch andere Molkereien betroffen, allerdings war bis Februar 1987 nicht bekannt, wie viel strahlende Molke in anderen Molkereien als der der Firma Meggle angefallen waren. "Molke-Affäre beweist große Hilflosigkeit". BN-Beauftragter für spätere Endlagerung. Geeignetes Verfahren soll Menge verringern - Die Strontium-Messergebnisse fehlen völlig, 20.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 9.

Präzedenzfall für den Umgang mit anderen verstrahlten Substanzen, wie etwa Klärschlamm, zu schaffen.<sup>145</sup>



Abbildung 12: Umweltminister Dick probiert demonstrativ verstrahlte Molke.

als unethischen, verantwortungslosen Beschwichtigungsversuch eines in Strahlenfragen unqualifizierten Politikers.<sup>147</sup>

Die Lösung des Problems erwies sich jedoch als schwierig. Zunächst dachte die bayerische Regierung daran, die verstrahlte Molke mit sauberer zu verdünnen und dann als Dünger auf Felder auszubringen. Die Pläne wurden allerdings öffentlich und der folgende Protest, an dem sich auch die MgA lautstark beteiligten, weil sie die Ausbringung jeglicher Strahlenquellen unabhängig von deren Intensität auf die Felder strikt ablehnten,<sup>148</sup> verhinderte ihre Durchführung. Eine Ausbringung auf einer Hausmülldeponie kam nicht in Frage, da Molke beim Kompostieren eine enorme, weitreichende Geruchsbelästigung verursacht.<sup>149</sup> Außerdem ist Molke leicht wasserlöslich und hätte somit möglicher-

Dafür ging der bayerische Umweltminister so weit, auf einer Pressekonferenz eine Schüssel mit verstrahlter Molke vor sich auf den Tisch zu stellen und demonstrativ eine Fingerspitze davon zu essen (vgl. Abb. 12).<sup>146</sup> Laut einem damals kursierenden Gerücht habe er allerdings nicht den Finger abgeleckt, den er zuvor in die Schüssel mit der Molke gesteckt hatte. Die MgA kritisierten dieses öffentliche Sicherheitsbekunden in einem Brief an den damaligen bayerischen Innenminister Dr. Edmund Stoiber (CSU)

<sup>145</sup> Ein unwürdiges Lehrstück. Fall Molkepulver: Wie sich Behörden aus der Verantwortung stehlen, 03.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

<sup>146</sup> Brief an Innenminister Dr. Stoiber: Prozess um verstrahltes Milchpulver gegen die Firma Töpfer, 30.01.1990, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>147</sup> Ebd., S. 2.

<sup>148</sup> Ebd.

<sup>149</sup> Kein Platz für 6000 Tonnen verstrahltes Molkepulver, 08.08.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 6.

weise das Grundwasser belasten können. Zusätzlich wäre höchstwahrscheinlich mit Protesten der lokalen Bevölkerung zu rechnen gewesen, wenn die strahlende Masse auf eine Deponie in ihrer Nähe gebracht worden wäre. Als Interimslösung belud man insgesamt 260 ausgemusterte Eisenbahnwaggons mit der Molke und stellte sie auf Abstellgleise in Soyen bei Rosenheim und bei Waldkraiburg,<sup>150</sup> wovon die Bundesbahn durch Abstellgebühren profitierte. Nachdem ein in der Nähe des Abstellgleises wohnender Rosenheimer Stadtrat gegen die Abstellung der Waggons klagen wollte, wurden diese etwas weiter weg geparkt, um einer Klage zuvorzukommen.<sup>151</sup>

Vom bayerischen Umweltminister Alfred Dick (CSU) wurde eine Verbrennung im Rosenheimer Müllheizkraftwerk vorgeschlagen, dies lehnte der Rosenheimer Stadtrat sehr zum Unmut des Ministers allerdings entschieden ab, da der Rat das Kraftwerk nicht als Versuchslabor für die präzedenzlose Verbrennung radioaktiver Molke hergeben wollte, insbesondere da sich Radioaktivität nicht durch Verbrennung beseitigen lässt. Nachdem das Umweltministerium auch mit dem Versuch scheiterte, die Molke dauerhaft in einer gesicherten Lagerhalle unterzubringen, bezeichneten die EN die Angelegenheit als „Groteske“.<sup>152</sup> In Folge des Scheiterns ihres Vorhabens wandte sich die bayerische Regierung an das Bundesverteidigungsministerium und bat um die Einlagerung der Molke auf dem Grund der Bundeswehr innerhalb Bayerns. Die Anfrage wurde abgewiesen, da das Verteidigungsministerium keinen Präzedenzfall für die Lagerung von Giftmüll durch die Bundeswehr schaffen wollte.<sup>153</sup>

Ende Januar 1987 schien es so, als hätte sich eine Teillösung des Problems in Form der Firmen Grunau Industrieservice aus Bremen und Lopex aus Gießen gefunden. Diese kauften den Inhalt von 150 der 260 Waggons und somit einen großen Teil der Molke, um diese laut eigener

---

<sup>150</sup> Wohin mit dem Molkepulver?, 22.08.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 6.

<sup>151</sup> Alle haben Umweltminister im Stich gelassen. Das leidige Problem einer Beseitigung des radioaktiven Molkepulvers scheint sich zu einer Groteske zu entwickeln, 28.11.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 15.

<sup>152</sup> Becquerel auch in Dosen. Vorsorglich Kurzarbeit ohne Terminierung angemeldet - 350 Arbeiter betroffen. Allgäuer Alpenmilch-Werke rechnen mit Strahlenbelastung ihres Produkts, 22./23.11.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 28.

<sup>153</sup> Für den Verkauf frei. 400 Tonnen ins Milchwerk zurücktransportiert. Teil des Molkepulvers weniger verseucht, 09.12.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 19.

Aussage zu verdünnen und zu Tierfutter für den Export zu verarbeiten.<sup>154</sup> Bereits einen Tag später wurde der Kauf von der Bremer Firma rückgängig gemacht, die strahlende Molke war allerdings bereits außerhalb Bayerns und Privateigentum, die bayerische Regierung stritt von nun an jede Verantwortung für die verkaufte Molke ab. Durch den Verkauf dieses Teils der Molke waren nun auch Bremen und Nordrhein-Westfalen von der Affäre betroffen.<sup>155</sup>

Die bayerischen Grünen hatten zuvor ihre Bremer Parteikollegen über das Geschäft informiert, die im Anschluss sofort die Firma aufsuchten, weil sie vermuteten, dass die Molke unverdünnt nach Angola verkauft werden sollte. Nach dem Gespräch mit den Bremer Grünen bat die Firma die Gewerbeaufsicht um Messungen, welche 5836 bq/kg und damit einen Wert ergaben, der deutlich über dem für Verarbeitung und Export geltenden Grenzwert von 1850 bq/kg lag.<sup>156</sup> Die Bremer Kriminalpolizei leitete daraufhin Ermittlungen wegen umweltgefährdender Abfallbeseitigung ein. Die Grünen warfen dem bayerischen Umweltministerium deswegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, mangelndes Verantwortungsbewusstsein und Irreführung der Öffentlichkeit vor.<sup>157</sup> Es folgte ein massiver öffentlicher Aufschrei sowohl innerhalb Deutschlands, als auch in verschiedenen Ländern der „Dritten

---

<sup>154</sup> Die Suche geht weiter. Minister Stoiber blitzte bei der Bundeswehr ab. Verstrahltes Molkepulver bleibt Problem, 10./11.01.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 17.

<sup>155</sup> Der Freistaat hält sich raus. Gespräch in Bonn nicht vor Mittwoch - Von "Sauerei" und "Tollhausstück" die Rede. Streit um Strahlenmolke geht auf politischer Ebene unvermindert weiter, 03.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 16; Wirrwar um die Molke. Eine Firma bei Gießen kaufte das Zeug für den Export ab - Nicht nach Angola. 150 Waggons stehen in Bremen, weitere 50 in einem Kölner Vorortbahnhof, 31.01./01.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 20.

<sup>156</sup> Bundesdeutsche Firmen waren nicht die einzigen, die versuchten, aus verstrahlter Ware noch Profit zu ziehen. So wurden bei Köln knapp 90 Tonnen türkischen Tees sichergestellt, die mit über 20.000 bq/kg strahlten. Die türkische Regierung beantragte daraufhin, dass der Tee mit unbelastetem Tee vermischt werden sollte, dies wurde allerdings abgelehnt und der Tee zurück in die Türkei geschickt. Experten suchen nach einer Zwischenstation. Für das radioaktiv verseuchte Pulver. Ein Bundeswehrgelände mit Gleisanschluss in Bayern gilt als wahrscheinlichste Lösung, 09.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 4. Auch Österreich versuchte verstrahlte Molke zu exportieren, in diesem Fall sollte sie nach Venezuela verkauft werden. Trockenmilch zwischengelagert, 14.05.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

<sup>157</sup> Molkepulver verkauft. Güterwagendeponie in Rosenheim aufgelöst, 29.01.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 15; Die Molke kommt wieder. Bremen hat die Abnahme der bei Rosenheim deponierten Fracht verweigert. Bayern ist das strahlenverseuchte Milchserumpulver noch nicht los, 30.01.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 20.

Welt“, die Befürchtungen äußerten, dass die strahlende Molke zu Kindernahrung verarbeitet werden sollte und die sich als „Abfalleimer Deutschlands“ und Opfer der Geschäftemacherei auf Kosten ärmerer Länder missbraucht sahen.<sup>158</sup>

Daraufhin schaltete sich der Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) ein, der die Sache beenden wollte und alle Beteiligten zu Verhandlungen und zur Lösungsfindung aufrief.<sup>159</sup> Anfang Februar erklärte Wallmann dann, dass anscheinend im Hafen von Alexandria in Ägypten große Mengen kontaminierter deutscher Produkte lagern würden. Damit stand der zu klärende Verdacht im Raum, dass mit den eigentlich abgeschriebenen und mit Steuergeldern entschädigten verstrahlten Produkten weitere Geschäfte gemacht worden waren. Dem Bundesumweltminister gehe es dabei nicht um eine Rückforderung der Entschädigungen, sondern um die Wahrung des Ansehens der Bundesrepublik im Ausland. Daher müssten auch etwaige Gesetzeslücken geschlossen werden.<sup>160</sup> Die MgA schrieben im März 1987 Briefe an die Fraktionen im bayerischen Landtag<sup>161</sup> sowie an den Bundesumweltminister, in denen sie kritische Fragen zum bisherigen Umgang der bayerischen Staats- und der Bundesregierung mit der Molke stellten. Vom Bundesumweltminister erhielten sie darauf nur eine standardisierte Antwort, von den Fraktionen keine.<sup>162</sup> Unterdessen kam es zu einem verbalen Schlagabtausch zwischen den Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und Bayerns. Erstere gab der bayerischen Regierung die Hauptschuld an dem Skandal, da sie auf höchster Ebene alles getan hätte, um die eigentlich unverkäufliche Molke loszuwerden.<sup>163</sup>

---

<sup>158</sup> Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Betreff: Radioaktiv kontaminiertes Molkepulver, 09.04.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 3.

<sup>159</sup> Jetzt wird erst verhandelt. Weitgehende Neutralisierung oder Endlagerung? - Freistaat hat noch ein Problem. In den Streit um die verstrahlte Molke greift der Bundesumweltminister ein, 02.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 13.

<sup>160</sup> Export nach Ägypten? Verstrahlte Produkte angeblich in Alexandria. Wallmann: Molkepulver ist kein Einzelfall, 04.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>161</sup> Die bayerische SPD-Landtagsfraktion: Antwort auf Ihr Schreiben, 24.03.1988, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>162</sup> Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Betreff: Radioaktiv kontaminiertes Molkepulver, S. 1-4.

<sup>163</sup> Der Bund übernimmt die verstrahlte Molke. Wallmann: Nächste Woche ist die Sache erledigt - Zwischenlagerung und Vernichtung. Eine Lösung des Problems zeichnet sich an, 05.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 8.

Zur Lösung des Problems mit der Molke in Deutschland schlug Wallmann vor, dass die Molke in den Besitz des Bundes kommen und diese dann nach einer Zwischenlagerung als Sondermüll vernichtet werden solle, was alle betroffenen Bundesländer von der Verantwortung befreien würde.<sup>164</sup> Es verwundert nicht, dass die betroffenen Bundesländer und Firmen die Molke ohne Zögern an den Bund überschrieben. Wallmann vermeldete nach den Verhandlungen, „nächste Woche [sei] die Sache erledigt“.<sup>165</sup> Wallmanns Vorhaben fand auch die Zustimmung des Bundes Umwelt und Naturschutz, der das damit verbundene Ende des verantwortungslosen Handelns einiger Bundesländer lobte.<sup>166</sup>

Um möglichst schnell Zwischenlager für die Molke vorweisen zu können, wurde nun wieder die Option in Betracht gezogen, die Molke auf dem Grund der Bundeswehr zu lagern, was ja von der bayerischen Regierung bereits früher ohne Erfolg vorgeschlagen worden war.<sup>167</sup> Letztlich wurden verschiedene Gelände der Bundeswehr in Bayern und eins in Niedersachsen ausgewählt, die über einen Gleisanschluss verfügten und nicht an besiedeltes Gebiet angrenzten. Die Molke sollte für maximal drei Monate zwischengelagert und dabei von der Bundeswehr bewacht werden.<sup>168</sup> Um den zu erwartenden öffentlichen Widerstand möglichst gering zu halten, wurden die Standorte den betroffenen Kreisen erst wenige Stunden vor Ankunft der Waggons mitgeteilt. Trotz des Überraschungsmoments wehrte sich insbesondere der Kreis Meppen im Emsland erbittert gegen die Anlieferung. Die Kreisverwaltung forderte die Lagerung der Molke im Verursacherland Bayern und überlegte, die kreiseigene Bahnlinie zum lokalen Bundeswehrgelände zu sperren, wofür ihr aber letztlich die rechtlichen Mittel fehlten.<sup>169</sup>

---

<sup>164</sup> Bonn bietet Lösung an. Vernichtung nach Zwischenlagerung geplant. Wallmann will Gezerre um Molke beenden, 05.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>165</sup> Der Bund übernimmt die verstrahlte Molke, S. 8.

<sup>166</sup> Molke zunächst zur Bundeswehr? Hardthöhe bestätigte Anfrage nach der Verpackungsart des radioaktiven Pulvers. Wallmanns Ressort will künftigen Deponieort nach wie vor nicht nennen. Möglicherweise eine Zwischenlagerung auf einem Truppenübungsplatz, 07./08.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 5.

<sup>167</sup> Ebd.

<sup>168</sup> Experten suchen nach einer Zwischenstation, S. 4.

<sup>169</sup> Molke ist unterwegs zu den Zwischenlagern. 92 Waggons kommen auf Bundeswehrgelände bei Straubing - Widerstand im Emsland. Standorte in Bayern und in Niedersachsen, 11.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

Mitte Februar wurde dann bekannt, dass in einer Halle der Firma Meggle weitere 2.000 Tonnen verstrahlte Molke lagerten. Im Zuge der entsprechenden Pressemitteilung verwahrte sich die Firma Meggle auch gegen Vorwürfe der „Geschäftemacherei“ und erklärte, dass das Geschäft zum Verkauf der Molke ins Ausland ohne ihre Beteiligung und allein auf Betreiben der bayerischen Staatsregierung zustande gekommen sei.<sup>170</sup>

Nachdem die Zwischenlagerung geregelt war, musste nun eine dauerhafte Lösung für den Umgang mit der Molke gefunden werden. Dafür sammelte das Bundesumweltministerium Vorschläge. Der zu diesem Zeitpunkt vielversprechendste Vorschlag kam von der Fachhochschule Hannover.<sup>171</sup> Bei dem nach seinem Erfinder benannten „Roiner“-Verfahren wird zunächst das Molkepulver in Wasser gelöst, um dann die Radionuklide mit Filtern und einem Ionentauscher von der Molke zu separieren. Zurück bleiben praktisch Cäsium-freie Molke und insgesamt 2,5 t wässrige Lösung mit hoch konzentriertem Cäsium.<sup>172</sup> Diese sollte dann verfestigt und in Beton gegossen werden. Es erwies sich allerdings zunächst als unmöglich, eine Molkerei zu finden, die für dieses Unterfangen sowohl technisch geeignet war und über eine ausreichende Kapazität verfügte, als auch dazu bereit war, das neue Verfahren anzuwenden.<sup>173</sup> Die MgA kritisierten dabei, dass das Verfahren ohne langjährige Tests ausgewählt wurde, wie sie bei der Zulassung von Medikamenten üblich wären,<sup>174</sup> vermutlich weil sie fürchteten, dass auch über die gereinigte Molke je nach ihrer Verwendung wieder Strahlung in die Nahrungskette gelangen könnte.

Während sich die Lösung des Problems weiter verzögerte, lief für die Lagerung der Molke eine stetig steigende Summe auf. Allein die Lagerung

---

<sup>170</sup> Affäre um Molke weitet sich aus. Weitere 2000 Tonnen in Bayern. München übernimmt die Entsorgung - Firma Meggle attackiert Ministerien, 13.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>171</sup> Verstrahlter Salbei liegt im Bremer Hafen. Belastung von 1200 Becquerel pro Kilogramm - 30 Lösungsvorschläge für Molkepulver, 18.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

<sup>172</sup> Strahlenmolke wird entgiftet. Zuschlag für "Roiner"-Verfahren - Die Radioaktivität völlig entzogen, 31.03.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>173</sup> Endlagerung in Beton. Widrige Cäsium-Lösung als nuklearer Müll, 31.03.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 22.

<sup>174</sup> Antwort auf das Schreiben des Bundesumweltministers vom 09.04.1987, 10.05.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

und Bewachung von Februar bis Mai 1987 kostete 585.000 Mark,<sup>175</sup> die Dekontamination wurde mit 13 Millionen veranschlagt. Ende Juli wurde endlich eine Firma im hessischen Hungen gefunden, die bereit war, den Auftrag anzunehmen, dessen Bearbeitung sich über zwei Jahre hinziehen sollte.<sup>176</sup> Allerdings regte sich in Hessen sofort der Widerstand der Zivilbevölkerung und der Volksparteien gegen die Verarbeitung der Molke, weil Hungen über dem größten und für die Wasserversorgung Hessens wichtigsten Wasserschutzgebiet lag und das Verfahren möglicherweise die Hungener Bevölkerung gefährden hätte können.<sup>177</sup> Der Widerstand Hessens bewegte den neuen Bundesumweltminister Klaus Töpfer zur Aufgabe dieses Vorhabens.<sup>178</sup>

Stattdessen wurde nun ins Auge gefasst, die Entseuchung der Molke im stillgelegten Kernkraftwerk Lingen durchzuführen.<sup>179</sup> Es folgten langwierige Verhandlungen mit der Stadt Lingen, erst Mitte Mai 1988 stimmte diese dem Errichten der Anlage zu.<sup>180</sup> Es dauerte bis April 1989, bis eine erste Erprobung der Entseuchung in Lingen durchgeführt werden konnte, bis dahin liefen allein für die Lagerung und Bewachung Kosten in zweistelliger Millionenhöhe auf,<sup>181</sup> die Kosten für die gesamte Entseuchung wurden inzwischen auf 39 Millionen Mark geschätzt.<sup>182</sup> Die Erprobung des Verfahrens verlief erfolgreich und die Molke wurde nach der Errichtung der Großanlage in Lingen bis 1990 entseucht und letztlich als Dünger auf Feldern ausgebracht. Die rund 180 Fässer mit den sogenannten radioaktiven fixierten Ionenaustausch-

---

<sup>175</sup> Die Molke wird teuer. Käsereiprodukt strahlt noch vor sich hin, 30./31.05.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 22.

<sup>176</sup> Lösung ist in Sicht. Für das stark verstrahlte Molkepulver. Entseuchung durch eine hessische Firma, 23.07.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 3.

<sup>177</sup> Bedenken bekräftigt. Geplante Entseuchung der Strahlen-Molke. Übereinstimmung von Hessens CDU und SPD, 20.08.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

<sup>178</sup> Aus für Entseuchung in Hungen. Hessische Umweltministers spricht von nicht überwindbaren rechtlichen Bedenken. Die Bonner Pläne für radioaktiv belastete Molke vermutlich nicht realisierbar. Verantwortung liegt beim Bund – eine Giftmülldeponie Endlagerstätte, 22./23.08.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

<sup>179</sup> Entseuchung in altem Reaktor. Neuer Plan für die Strahlenmolke. Töpfer befürwortet stillgelegtes KKW Lingen – Prüfung positiv, 25.09.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>180</sup> Entseuchung gebilligt. Lingen stimmt dem Bau einer Pilotanlage zu. Verstrahlte Molke kann behandelt werden, 06.05.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>181</sup> Millionen für Molkelagerung, 02.12.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 24.

<sup>182</sup> Molke nicht entseucht. Die SPD erinnert Töpfer an Versprechen. 5000 t Pulver sind noch in Feldkirchen, 16./17.07.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 20.

harzen wurden zur Endlagerung in den Schacht Konrad in Salzgitter gebracht. Letztlich kostete die Bearbeitung der Molke ohne Bewachung und Transport 34 Millionen DM.<sup>183</sup>

Die Lösung des Problems mit der Molke zog sich also über vier Jahre und die Amtsperioden zwei Bundesumweltminister hinweg und begleitete in dieser Zeit die Deutschen über die Medien und beschäftigte auch die MgA. Die verstrahlte Molke stellte genau wie viele andere der Auswirkungen von Tschernobyl einen Präzedenzfall dar, dem sich die Politik zu stellen hatte. Nachdem die bayerische Landesregierung sich eher halbherzig um die Lösung bemühte und durch ihren Versuch, die Molke ohne großes Aufsehen nach Ägypten zu exportieren, einen öffentlichen Aufschrei auslöste, übernahm die Bundesregierung die Verantwortung, auch um den außenpolitischen Schaden zu begrenzen. Doch auch sie tat sich schwer, eine Lösung zu finden, da die Reinigung der Molke technisch anspruchsvoll war und sich die Auswahl des Standortes der nötigen Anlage durch den Widerstand der Bevölkerung vor Ort als schwierig erwies. In der öffentlichen Wahrnehmung scheinen weder der Umgang der bayerischen, noch der der Bundesregierung mit dem Problem als positiv und vertrauensschaffend empfunden worden zu sein. Dafür war ihre Art des Umgangs mit dem Problem maßgeblich verantwortlich, die vor allem darauf abzielte, möglichst wenig öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen, anstatt der Bevölkerung ihre Ängste zu nehmen. Diese Beobachtung speist sich sowohl aus den Berichten der EN, als auch aus zahlreichen und weitgehend kritischen Leserbriefen, die im Betrachtungszeitraum zu diesem Thema eingingen.<sup>184</sup> Auch die MgA konnten dem Umgang mit der Molke nichts Positives abgewinnen und sahen in diesem einen weiteren Beweis dafür, dass die Bundes- und Landesregierungen wirtschaftlichen Interessen eine höhere

---

<sup>183</sup> Deutsche Bundesregierung: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/7790. 30 Jahre Tschernobyl – Schadensbilanz für die Bundesrepublik Deutschland, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/079/1807996.pdf> [letzter Zugriff: 12.04.2017], S. 4.

<sup>184</sup> Einige Beispiele: Neben der Molke auch verstrahlte Butter und Käse? Besorgte Fragen von Bürgern auch nach der "Zwischenlagerung" des verseuchten Pulvers auf Bundeswehrgelände. Die Verunsicherung ist geblieben - Widerspruch zu einer Stellungnahme des Münchner Landwirtschaftsministeriums, 24.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 9; Das Ja zum Geschäft nur unter strengen Auflagen. Eine Stellungnahme der Staatsregierung. Molkepulver sollte nur als Futtermittelzusatz verwendet werden - EG-Wert maßgeblich, 13.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 21.

Priorität einräumten, als der Gesundheit der Bevölkerung. Dementsprechend versuchten sie, eine möglichst große öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu generieren, um den Druck auf die Verantwortlichen zu erhöhen.

### 3.2.3 Klärschlamm

Ein weiteres, der Thematik der Molke recht ähnliches Problem, das es auch auf die Titelseite der EN schaffte, war der Klärschlamm, der in Kläranlagen anfiel. Als Endprodukt des mehrstufigen Reinigungsvorgangs in Kläranlagen sammelte sich in ihm der Großteil aller Radionuklide, die nach dem Fallout durch Regenwasser oder auf anderem Wege in die Kanalisation gelangt waren. Unbelasteter Klärschlamm wurde als Dünger auf Feldern ausgebracht oder in Müllverbrennungsanlagen thermisch verwertet. Die Müllverbrennung wurde in München bereits Anfang Mai ausgesetzt, da der Klärschlamm Durchschnittswerte von 3.000 bis 4.000<sup>185</sup> und Höchstwerte von bis zu 244.000 bq pro kg Trockenmasse erreichte.<sup>186</sup> Auch der Klärschlamm in der Kläranlage



Abbildung 13: Radioaktiver Klärschlamm in der Kläranlage Erlangen.

Erangens wies eine hohe Belastung auf, unter anderem mit Ruthenium, Jod, Cäsium, Tellur, Barium und Lanthan. Daher wurde der Schlamm nicht an die Bauern verteilt, sondern erstmal eingelagert (vgl. Abb. 13).<sup>187</sup>

Diese Verwertungsstopps gingen allerdings auf die Initiativen einiger Kommunen zurück, die Staatsregierung Bayerns erließ kein generelles Verwertungsverbot. Im September 1986 forderte die SPD im bayeri-

<sup>185</sup> Große Probleme mit dem Klärschlamm. Wegen der oft hohen Strahlenbelastung. Gefährdung lässt sich noch nicht abschätzen - Bedenken gegen eine Verbrennung, 29./30.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>186</sup> Verbotene Lagerung. Jurist geht gegen den Klärschlamm vor. Die Abwasserrückstände werden vernichtet, 28.08.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 14.

<sup>187</sup> Klärschlamm wird gelagert. Auch in Erlangen ist das Problem bislang nur kurzfristig gelöst. Ansonsten weitere Abnahme der Gesamtaktivität - einzelne Isotope bleiben aber nach wie vor problematisch, 03.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 23.

schen Landtag die Regierungspartei CSU angesichts hoher im Juni gemessener Werte auf, die Bauern vor einer Ausbringung des Klärschlammes zu warnen, so sie diesen vor dem Auslieferungsstopp bekommen hätten, da sie sich sonst selbst gefährlichen Strahlendosen aussetzen würden. Weiterhin warf sie dem Umweltministerium vor, die Messwerte aus den Kläranlagen absichtlich zurückgehalten zu haben. Die CSU entgegnete, dass die veröffentlichten Werte überholt, die Strahlung in den Kläranlagen bis August bereits um 30% zurückgegangen und die Bodenbelastung durch Düngemittel größer wäre, als durch die Ausbringung des belasteten Klärschlammes.<sup>188</sup> Sie erklärte weiter, dass man der Empfehlung der Strahlenschutzkommission folgen werde, die für Klärschlamm eine Belastung von bis zu 75.000 bq/kg<sup>189</sup> als zulässig anführe, sowie dass sie die Ausbringung des unter dieser Grenze bleibenden Klärschlammes als Dünger auch in Zukunft nicht unterbinden werde.<sup>190</sup> Der in Erlangen anfallende Klärschlamm, der Belastungen von etwa 2.000 bq/kg aufwies, wurde hingegen von der Stadtverwaltung auch im Oktober und November weiterhin eingelagert.<sup>191</sup>

---

<sup>188</sup> Becquerel in Milliardenhöhe? SPD greift die Juni-Messwerte radioaktiver Strahlung im Klärschlamm auf. Landtagsabgeordneter Sepp Klasen verlangt Sofortwarnung der Bauern in Bayern, 27./28.09.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 19.

<sup>189</sup> Diese Werte wurden aufgrund des sogenannten Transferfaktors berechnet. Dieser Faktor besagt, wieviel der im Boden enthaltenen Radionuklide durch den Stoffwechsel der angebauten Pflanzen in die Nahrungskette übergehen. Dieser Faktor war laut der Strahlenschutzkommission und der bayerischen Regierung so niedrig, dass die Ausbringung von Klärschlamm mit bis zu 75.000 bq/kg als unbedenklich angenommen werden könne, wenn die unabhängig von Strahlungswerten geltenden Limitierungen für die maximale „Dosis“ Klärschlamm pro m<sup>2</sup> Acker beachtet würden. "Katastrophale Gesetzeslücke". SPD gegen Verwendung strahlenbelasteten Klärschlammes als Düngemittel. Umweltministerium sieht keine Notwendigkeit für Verbot - Vorstoß über Bundesrat, 13.11.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 17.

<sup>190</sup> Deponie vor Ministerium. Umweltschützer luden in Blitzaktion "verseuchten" Klärschlamm ab. Hochkontaminierter Schlamm sollte endgelagert werden - Minister widerspricht, 01.10.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 16.

<sup>191</sup> Nur geringe Radioaktivität in Lebensmitteln. Allerdings dürfte schon in Kürze die Belastungskurve bei Milchprodukten und Rindfleisch wieder ansteigen. "Die neuesten Messwerte ergeben noch ein günstiges Bild - Maronen auch um Erlangen stark verseucht - Klärschlamm-Düngung würde Felder beträchtlich "verstrahlen" - Landwirte sollten auf Fremdfutter wie Mais ausweichen - Gemüse fast unbelastet, 04./05.10.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 25.

Gegen die Politik der Staatsregierung gab es einige aufsehenerregende Protestaktionen. So verteilten etwa die Mitglieder der Antikernkraftinitiative „David gegen Goliath“ in weißer Schutzkleidung und mit Gasmasken „verseuchten“ Klärschlamm (vgl. Abb. 14) vor dem Umweltministerium in München, um ihrer Forderung nach Endlagerung des Klärschlammes Nachdruck zu verleihen.<sup>192</sup> Die Mütter gegen Atomkraft



Abbildung 14: Aktivisten von "David gegen Goliath" verteilen Klärschlamm vor dem Umweltministerium in München.

traten ebenfalls entschieden gegen die Ausbringung des Klärschlammes ein und forderten in einem Brandbrief an alle Fraktionen des bayerischen Landtages, diesen als unter das Atomgesetz fallenden Sondermüll deklarieren zu lassen.<sup>193</sup> Selbiges forderte die bayerische SPD und stellte zu diesem Zweck im bayerischen Landtag einen Dringlichkeitsantrag gegen die Ausbringung,<sup>194</sup> der allerdings von der CSU mit ihrer Mehrheit abgelehnt wurde.<sup>195</sup>

Von diesem Zeitpunkt an fanden sich im Betrachtungszeitraum keine weiteren Nachrichten zu dem radioaktiven Klärschlamm mehr. Es ist also davon auszugehen, dass dieser gemäß dem Willen der bayerischen Regierung weiter auf Felder ausgebracht, bzw. verbrannt wurde, wenn die Kommunen dies nicht ihrerseits unterbunden haben. In Erlangen wurde der Schlamm ab Dezember 1986 wieder zur Ausbringung freigegeben, da die Strahlenwerte inzwischen stark gefallen waren und für unbedenklich befunden wurden. Dies wurde von den Erlanger MgA als skandalös bezeichnet, sie forderten weiterhin die Einstufung des Klärschlammes als radioaktiven Abfall und dessen Einlagerung.<sup>196</sup> Der Verbleib des eingelagerten Klärschlammes konnte vom Autor nicht geklärt werden.

---

<sup>192</sup> Deponie vor Ministerium, S. 16. Weitere Informationen über die Initiative waren nicht ermittelbar.

<sup>193</sup> Brandbrief der MgA zum verseuchten Klärschlamm, 19.02.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>194</sup> "Katastrophale Gesetzeslücke", S. 17.

<sup>195</sup> Klärschlamm unbedenklich, 28.01.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 17.

<sup>196</sup> Vortrag über Ernährung für die Erlanger Gruppe im E-Werk, S. 3.

### 3.3 Die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf

Die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf in der Oberpfalz war eines der am heftigsten umstrittenen Bauprojekte in der Geschichte der Bundesrepublik. Zu dem Thema gibt es eine Reihe von Monographien,<sup>197</sup> Belletristik<sup>198</sup> und mindestens 16 Dokumentarfilme, allerdings sind alle<sup>199</sup> veröffentlichten Monographien klar atomkritisch, eine umfassende und neutrale historische Untersuchung ist somit ein Forschungsdesiderat, welches allerdings den Umfang dieser Arbeit bei weitem übersteigen würde. Dennoch ist eine Betrachtung der WAA interessant, nicht nur weil die Kraftwerk Union der Hauptauftragnehmer war, sondern auch weil viele Erlanger an Protesten gegen die WAA teilnahmen und es neben den Müttern gegen Atomkraft in Erlangen noch mindestens eine weitere Initiative gegen die WAA gab, das „WAA-Plenum Erlangen“.<sup>200</sup> Daher soll anhand der Berichterstattung der EN nachvollzogen werden, wie und warum dieses Thema die Gemüter der Deutschen so erregte und sie zum Widerstand gegen das Projekt anstachelte, zu dem aus ganz Deutschland Demonstranten anreisten und über Jahre hinweg den Aufstand gegen die bayerische Staatsregierung probten.

---

<sup>197</sup> Zierer, Dietmar: Radioaktiver Zerfall der Freiheit. "WAA Wackersdorf", Burglengenfeld, 1988; Rosenkranz, Gerd: Mythen der Atomkraft. Wie uns die Energielobby hinters Licht führt, München, 2010; Jungk, Robert: Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in d. Unmenschlichkeit, Reinbek bei Hamburg, 1986; Adamek, Sascha: Die Atom-Lüge. Getäuscht, vertuscht, verschwiegen; wie Politiker und Konzerne die Gefahren der Atomkraft herunterspielen, München, 2011; Cooke, Stephanie: Atom. Die Geschichte des nuklearen Irrtums, Köln, 2011; Baer, Willi: Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. Die AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf, 2011.

<sup>198</sup> Kreuz, Angela: Waahnsinnszeiten, Regensburg, 2009.

<sup>199</sup> Alle, die vom Verfasser ermittelt werden konnten.

<sup>200</sup> Über das WAA-Plenum ließen sich außer dem Beleg für seine Existenz keine weiteren Informationen finden. Kritik am "Vorreiter in den Plutonium-Staaten". Kraftwerk-Union wird vorgeworfen, auch jetzt schon in Erlangen mit hochgiftigem spaltbaren Material zu arbeiten - Export von Atomtechnologie ermögliche Diktaturen in der Dritten Welt den Zugang zur Atombombe, sagt Hauptredner Theo Ebert. Zweiter "KWU-Spaziergang" mit über 350 Teilnehmern am Sonntagnachmittag verlief ohne jeden Zwischenfall, 06.04.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 17.

### 3.3.1 Planung und Bau

Das mit der Errichtung der WAA verbundene Ziel war das Schließen des sogenannten „nuklearen Brennstoffkreislaufes“.<sup>201</sup> Sie sollte abgebrannte Brennelemente wiederaufarbeiten, so dass deren Material teilweise erneut in Kernkraftwerken zum Einsatz kommen könnte. Dies war schon länger Ziel der deutschen Energiepolitik. Zum einen wäre durch die Wiederaufarbeitung der Brennstäbe weniger Spaltmaterial als Abfallprodukt angefallen, zum anderen erhoffte man sich ursprünglich durch die Steigerung der Nachhaltigkeit einen Imagezugewinn für die Kernkraft. Zunächst war die Errichtung einer WAA vor allem ein Ziel der bundesdeutschen Energiepolitik, sobald tatsächlich mit der Realisierung der Anlage begonnen werden sollte, wurde sie vor allem Sache der um sie streitenden Bundesländer, insbesondere Bayerns.

Anfang der 1980er wurden verschiedene Standorte in Rheinland-Pfalz (Hambuch, Illerich), Hessen (Frankenberg-Wangershausen) und Niedersachsen (Gorleben) in Betracht gezogen, konnten aber nicht realisiert werden.<sup>202</sup> So kam es letztlich zu einem Tauziehen zwischen den Ministerpräsidenten Niedersachsens Ernst Albrecht (CDU) mit seinem zweiten Vorschlag Dragahn und seinem Rivalen um die Kanzlerkandidatur Franz Josef Strauß (CSU) mit dessen Vorschlag Wackersdorf.<sup>203</sup> Die WAA versprach milliardenschwere Investitionen und war deswegen unter den Politikern entsprechend begehrt. Strauß setzte sich letztlich vor allem aufgrund verhandlungstaktischer Fehler seines Gegenspielers durch, aber auch weil er mit stabilen politischen Verhältnissen (die CSU war seit mehreren Legislaturperioden mit komfortablen Mehrheiten an der Macht, während die CDU in Niedersachsen um ihre Wiederwahl bangen musste), sowie der Abgelegenheit von

---

<sup>201</sup> Für vertiefte Informationen dazu: Grunwald, Jürgen: Das Energierecht der Europäischen Gemeinschaften. EGKS-EURATOM-EG. Grundlagen – Geschichte – Geltende Regelungen, Berlin, 2003, S. 71; Wikipedia: Brennstoffkreislauf, [https://de.wikipedia.org/wiki/Brennstoff\\_kreislauf](https://de.wikipedia.org/wiki/Brennstoff_kreislauf) [letzter Zugriff: 15.04.2017].

<sup>202</sup> Rhein Zeitung: Wackersdorf: Eine Wiederaufbereitungsanlage wurde nie verwirklicht, 14.08.2013 [http://www.rhein-zeitung.de/dies-und-das\\_artikel,-wackersdorf-eine-wiederaufberaitungsanlage-wurde-nie-verwirklicht-\\_arid,1023592.html](http://www.rhein-zeitung.de/dies-und-das_artikel,-wackersdorf-eine-wiederaufberaitungsanlage-wurde-nie-verwirklicht-_arid,1023592.html) [letzter Zugriff: 15.04.2017].

<sup>203</sup> Der Spiegel: Atomfabrik. Auf dem Schlauch: Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht hat beim Kampf um die Wiederaufbereitungsanlage übertaktiert - und verloren, 11.02.1987 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13511797.html> [letzter Zugriff: 15.04.2017].

Wackersdorf warb, welche eine „rasche und ungestörte Realisierung des Projekts“<sup>204</sup> garantieren solle.<sup>205</sup>

### 3.3.2 Widerstand gegen die WAA

Allerdings sollte sich die proklamierte Ungestörtheit rasch als Illusion herausstellen: Im nahegelegenen Schwandorf hatte sich bereits kurz nach der Auswahl von Wackersdorf als möglichen Standort am 09.10.1981 eine Bürgerinitiative gegen die WAA gegründet und damit den Grundstein für den Widerstand gegen das Projekt gelegt. Die erste nennenswerte Demonstration mit etwa 3.000 Teilnehmern fand im Dezember 1981 statt, als in der Stadthalle Schwandorfs gerade versammelte CSU-Politiker auf die Linie der Partei eingeschworen wurden. Die WAA-Gegner argumentierten zunächst vor allem mit Argumenten des Umweltschutzes. So befürchteten sie, dass die geplante Entsorgung von leicht radioaktiven Abwässern das direkt unter dem geplanten Bauplatz liegende größte Trinkwasserreservoir der Oberpfalz, die „Bodenwöhrer Senke“ und den Fluss Naab, der in die Donau ausfließt, verseuchen könne, selbiges galt für radioaktive Abluft, die über einen 100 Meter hohen Schornstein abgegeben werden sollte. Die im laufenden Betrieb regelmäßig stattfindenden An- und Abtransporte von hochradioaktivem Brennstoffmaterial erregten auch in Nürnberg und Erlangen Besorgnis, da die Transporte stets Nürnberg als mittelfränkischer Eisenbahnknotenpunkt passieren müssten und durch Erlangen eine der wichtigsten Zubringerstrecken verläuft. Auch die von Kernkraftgegnern angenommene, aber technisch nicht realistische Eignung der Anlage zur Herstellung von waffenfähigem Plutonium wurde kritisiert. In dem betroffenen Landkreis Schwandorf sprachen sich eine breite Mehrheit aus allen Schichten der Bevölkerung und auch der Landrat Hans Schuierer (SPD) selbst gegen den Bau aus. Der SPD-regierte Ort Wackersdorf war letztlich der einzige in der Region, der den Bau der Anlage befürwortete. Viele seiner Bürger waren früher in der nahegelegenen Braunkohlegrube beschäftigt gewesen, seit der Schließung litt der Ort unter hohen Arbeitslosenzahlen von bis zu 20%.<sup>206</sup>

---

<sup>204</sup> Der Spiegel: „Wie sie ihre Wut loswerden...“, 26.05.1986, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519056.html> [letzter Zugriff: 15.04.2017].

<sup>205</sup> Ebd.

<sup>206</sup> taz: "Mir san die Chaoten" - Der Widerstand in Wackersdorf. Eine Chronologie des Widerstandes gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz bis zu dem gestern von

Dessen ungeachtet schritten die Planungen für die WAA voran, die Bauträger gründeten für deren Realisierung die „Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK)“ und der Auftrag für die technische Errichtung wurde der KWU erteilt. Dieser Auftrag war mit einem Volumen von ursprünglich 5,4 Milliarden Euro von außerordentlicher Bedeutung für die KWU,<sup>207</sup> allein am Standort Erlangen beschäftigten Entwicklung und Bau der WAA bis zu 350 Mitarbeiter. Die spätere Aussage eines Betriebsratsvorsitzenden, dass ein Aus der WAA die Stellen von 7 von 10 KWU-Mitarbeitern gefährden würde, scheint dennoch angesichts der in den 1980er Jahren laufenden anderen Bauprojekte der KWU eher eine rhetorische Übertreibung gewesen zu sein.<sup>208</sup> Als die DWK 1982 das sogenannte Raumordnungsverfahren zur Bauplatzbestimmung beantragte, kam es zu ersten Großdemonstrationen gegen die WAA mit etwa 15.000 Teilnehmern. Zum ersten öffentlichen Erörterungstermin der Teilerrichtungsgenehmigung (im Folgenden: TEG) im Februar 1984 wurden insgesamt 53.017 Einwendungen dagegen eingereicht. Nach drei Tagen des Erörterungsverfahrens zogen sich die WAA-Gegner unter Protest aus den Verhandlungen zurück, da sie die Leiter des Verfahrens als voreingenommen für die WAA ablehnten.<sup>209</sup> Im Februar 1985 demonstrierten bereits 35.000 Menschen in Schwandorf.<sup>210</sup> Im September 1985 erteilte das bayerische Umweltministerium dann die erste TEG, die Erteilung der Baugenehmigung wurde aber vom bereits erwähnten WAA-kritischen Schwandorfer Landrat Hans Schuierer verweigert. Um seine Kompetenzen zu umgehen, wurde vom bayerischen Landtag eigens ein Gesetz

---

der DWK verkündeten Baustopp, 31.05.1989, <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=1989/05/31/a0100> [letzter Zugriff: 15.04.2017].

<sup>207</sup> WAA wird doppelt so teuer. Gesellschaft für Wiederaufarbeitung erwarteten 9,4 Milliarden. Spiegel: Schwabens Stromerzeuger wollen nicht mehr mitmachen, 03.11.1988, in: Erlanger Nachrichten.

<sup>208</sup> Nein zur WAA kostet 300000 Arbeitsplätze. Sieben von zehn KWU-Mitarbeiter vom Erfolg des Projekts in Wackersdorf abhängig - Bei der KWU als Generalunternehmer liegt Koordination beim Bau der Anlage - Festpreis von 5,2 Milliarden DM - In Erlangen bis zu 350 Mitarbeiter zusätzlich beschäftigt. KWU-Betriebsratsvorsitzender Brüne Soltau zur Beschäftigungssituation um die Wiederaufarbeitungsanlage, 30.04.1986, in: Erlanger Nachrichten.

<sup>209</sup> taz: "Mir san die Chaoten" - Der Widerstand in Wackersdorf, 31.05.1989.

<sup>210</sup> Amberger Zeitung: 35.000 gegen die WAA, 23.02.2010 <http://www.onetz.de/amberg-in-der-oberpfalz/lokales/vor-25-jahren-es-stand-in-der-amberger-zeitung-d847047.html> [letzter Zugriff: 17.04.2017].

zum sogenannten „Selbsteintrittsrecht“ verabschiedet. Dieses erlaubte dem Umweltministerium, Genehmigungen durchzusetzen, die sonst der Zustimmung eines Landrates bedurft hätten.<sup>211</sup> Dieses Gesetz, von den WAA-Gegnern bald „Lex Schuierer“ getauft,<sup>212</sup> machte den Landrat endgültig zu einer Gallionsfigur des Widerstands.<sup>213</sup>

Aus den vergleichsweise spontanen Demonstrationen, zu denen sich die Demonstranten kurzfristig trafen, entwickelten sich ab 1984 auch regelmäßige, organisierte Proteste, die sogenannten „Sonntagsspaziergänge“.<sup>214</sup> Im Oktober 1985 fanden sich 50.000 Menschen zu einer Demonstration in München zusammen, bei der es zu gewalttätigen Ausschreitungen kam, 200 Demonstranten wurden festgenommen. Die TAZ schrieb dazu später, dass zivile Polizeibeamten die Gewalt initiiert hätten, um den Widerstand gegen die WAA in Verruf zu bringen,<sup>215</sup> der Wahrheitsgehalt dieser Aussage konnte vom Verfasser allerdings nicht überprüft werden. Am 10. Dezember 1985 wurde die Genehmigung zur Rodung des Taxöldener Forstes erteilt, in dem die WAA gebaut werden sollte, vier Tage später errichteten etwa 1.000 WAA-Gegner im Wald das erste Hüttendorf, genannt „Freie Oberpfalz“ und übernachteten dort bei Minusgraden. Zwei Tage später wurde das Camp von 3.700 Polizisten geräumt und 869 Personen vorübergehend festgenommen. Am 21. Dezember stand ein neues Hüttendorf, die „Freie Republik Wackerland“,<sup>216</sup> mit insgesamt 158 provisorischen Zelten, Hütten und Baumhäusern. Erst nach einem „Weihnachtsfrieden“, ein Begriff der auf den kurzen, inoffiziellen Frieden in den Schützengräben des

---

<sup>211</sup> Darunter fielen etwa verschiedene Rodungen und Erdbewegungen, die von der Polizei gefordert wurden, um militanten Demonstranten die Deckung zu entziehen, Baumaßnahmen, die sich nicht im genehmigten Bebauungsplan befanden. „Tribüne“ soll beseitigt werden. Landratsamt Schwandorf lehnte Rodungsantrag der DWK ab – Widerstand verlagert. Polizei will militanten WAA-Gegnern am Bauzaun weiteren Boden entziehen, 28./29.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 9.

<sup>212</sup> taz: „Mir san die Chaoten“ - Der Widerstand in Wackersdorf, 31.05.1989.

<sup>213</sup> Schuierer bekam sogar eine ihm gewidmete Lobschrift: Duschinger, Oskar: Unbestechlich - Hans Schuierer. Ein Leben für den Bürger und gegen die WAA, Burglengenfeld, 1986.

<sup>214</sup> taz: „Mir san die Chaoten“ - Der Widerstand in Wackersdorf, 31.05.1989.

<sup>215</sup> Ebd.

<sup>216</sup> Mittelbayerische Zeitung: Die Pfingstschlacht von Wackersdorf. Vor 30 Jahren, im Mai 1986, eskalierten die Auseinandersetzungen auf dem Baugelände der WAA. Die Entwicklungen im Überblick, 17.05.2016, <http://www.mittelbayerische.de/region/schwandorf/gemeinden/wackersdorf/die-pfingstschlacht-von-wackersdorf-21492-art1065615.html> [letzter Zugriff: 17.04.2017].

1. Weltkriegs an Heiligabend zurückgeht, wurde das Dorf von der Polizei geräumt, 1.000 Demonstranten wurden erkennungsdienstlich behandelt.<sup>217</sup> Dass auch WAA-Gegner aus Erlangen an der Bauplatzbesetzung teilgenommen haben, lässt sich aus der Veranstaltung eines „Anti-WAA-Plenums“ im Juni 1986 ablesen, bei dem Erlanger, denen wegen ihrer Teilnahme an der Besetzung im Dezember 1985 nun ein Gerichtsverfahren drohte, sich kostenlosen Rat von einer Rechtsanwältin einholen konnten.<sup>218</sup>

Die Verbindung zu dem Begriff „Weihnachtsfrieden“ kam nicht von ungefähr, denn die Lage um Wackersdorf nahm zumindest in den Augen der damaligen Betrachter zunehmend die Dimensionen einer kriegerischen Auseinandersetzung an. Die Polizei versuchte mit allen Mitteln, die Proteste zu unterdrücken und die Bauarbeiten abzusichern. So wurden Demonstrationsverbote verhängt, Bauernhöfe und ganze Dörfer umstellt und gestürmt, wenn diese Demonstranten Unterkunft gewährt hatten und über Jahre hinweg eine massive Polizeipräsenz in der Gegend aufrechterhalten, was zur Folge hatte, dass sich immer mehr Ortsansässige mit den Demonstranten solidarisierten, deren Zahl ebenfalls weiter stieg.<sup>219</sup> Im Zusammenhang mit den Protesten gegen die WAA gab es insgesamt drei Todesfälle. Am 02.03.1986 starb die 61-jährige Wackersdorferin Erna Sielka auf dem Baugelände an einem Herzinfarkt. Die folgende Ostermontagsdemonstration am 31.03.1986 erreichte erstmals über 100.000 Teilnehmer. Bei dieser Demonstration kam es bereits stellenweise zu Ausschreitungen zwischen einem Teil der Demonstranten und der Polizei, wobei diese erstmals Tränengas, das sogenannte CS-Gas verwendete. Damit stand wahrscheinlich der Asthmaanfall des Demonstranten Alois Sonnleitner in Zusammenhang, der diesem erlag.<sup>220</sup> Ein Polizist verlor ebenfalls sein Leben, als der Hubschrauber, in dem er saß, durch einen Pilotenfehler auf einem

---

<sup>217</sup> Die Zeit: Weck die tote Christenheit. Anfang dieser Woche wurden in Wackersdorf die Besetzer von der Polizei vertrieben, 21.11.2012, <http://www.zeit.de/1986/03/weck-die-tote-christenheit/seite-3> [letzter Zugriff: 17.04.2017].

<sup>218</sup> Treffen des Anti-WAA-Plenums, 14./15.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 7.

<sup>219</sup> Der Spiegel: „Haben wir denn schon Rußland?“. Wie Bayerns Polizei Bauernhöfe nach Kernkraftgegnern durchstößt, 07.04.1986, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516799.html>.

<sup>220</sup> taz: "Mir san die Chaoten" - Der Widerstand in Wackersdorf.

Gleisbett landete und die Maschine von einem Regionalzug erfasst wurde.<sup>221</sup>

Nach der Katastrophe von Tschernobyl intensivierte sich der Protest weiter und immer mehr Bürger schlossen sich den Demonstrationen an. Das Ziel, die WAA zum Schutz der Umwelt zu verhindern, wurde nun um eine politische Komponente erweitert, den Widerstand gegen die als zunehmend maßlos empfundene Art, mit der die Regierung von Franz Josef Strauß die WAA durchsetzen wollte. Außerdem waren, wie bereits erläutert, viele Bürger von der Reaktion der Bundes- und Landesregierungen auf Tschernobyl, bzw. von dem Ausbleiben eines Umdenkens in deren Energiepolitik enttäuscht und sahen im Protest gegen die WAA die Möglichkeit, ihren Zorn gegen das „Lieblingsprojekt“ von Strauß zu kanalisieren. Die Politisierung des Protests und der zahlenmäßige Anstieg der WAA-Gegner brachten auch mit sich, dass sich zunehmend gewaltbereite „Autonome“ den Demonstranten anschlossen. Diese blieben zwar zahlenmäßig stets nur ein Bruchteil der Gesamtmenge der Demonstranten, beeinflussten aber den Verlauf der Kundgebungen maßgeblich.



Abbildung 15: Vermummte Autonome schießen mit Stahlkugeln auf Polizisten.

Von ihnen gingen Provokationen aus, die am 18. Mai 1986 zur sogenannten „Pfungtschlacht“ führten, bei der mit Steinschleudern, Stahlkugeln (vgl. Abb. 15), Molotowcocktails, Feuerwerkskörpern und Knüppeln bewaffnete Radikale versuchten, den mit Stacheldraht bewehrten Bauzaun um die Baustelle zu durchbrechen und dabei Polizeifahrzeuge anzündeten und die Polizisten angriffen. Die zahlenmäßig deutlich unterlegene Polizei forderte daraufhin Hubschrauber an, die aus geringer Höhe CS-Gas-Kartuschen auf die Demonstranten warfen. Gleichzeitig versuchten die Beamten mit Wasserwerfern, deren Wassertanks

---

<sup>221</sup> Unglück unausweichlich. Pilot eines Polizeihubschraubers wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht. Maschine war an der WAA mit einem Zug zusammengestoßen – auf Gleis gelandet, 18.11.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 20.

ebenfalls mit dem CS-Gas versetzt worden waren, den Bauzaun zu verteidigen. Friedliche Demonstranten wurden dabei mit in die Gewalt hineingezogen und Einrichtungen des Roten Kreuzes und der Johanniter wurden von den Gas-Kartuschen getroffen. Insgesamt gab es auf beiden Seiten jeweils 200 Verletzte. Die Auseinandersetzungen auf dem Gelände zogen sich bis zum 20. Mai hin, an dem das Pfingstlager der Demonstranten von der Polizei geräumt wurde. Die Bilder der bürgerkriegsähnlichen Szenen (vgl. Abb. 16) lösten ein breites Entsetzen in der Gesellschaft aus und beide Seiten wurden aufs schärfste für die Eskalation kritisiert.<sup>222</sup>



Abbildung 16: Ein brennendes Polizeifahrzeug auf dem Gelände der WAA.

auch, dass die Polizei in der Gefährdungslage während der Pfingstschlacht seines Erachtens nach von der Schusswaffe Gebrauch hätte machen können. Weiterhin forderte die bayerische Regierung eine Verschärfung des Demonstrationsrechts durch ein Vermummungsverbot.<sup>224</sup> Der zuständige Polizeichef wurde ersetzt, da Franz Josef Strauß

skalation kritisiert.<sup>222</sup>

Die meisten Umwelt- und Protestverbände distanzierten sich zunächst umgehend von den Radikalen und von jeglichen Formen des gewaltsamen Protests.<sup>223</sup> Auf Seiten des Innenministeriums gab Minister Hillermeier (CSU) zu, die Situation unterschätzt zu haben. Man habe wegen des Slogans „Tschernobyl ist überall“ geglaubt, dass sich die Demonstrationen auf verschiedene Orte verteilen würden. Er sagte aber

---

<sup>222</sup> Schwere Zusammenstöße mit Demonstranten. Mindestens 400 Verletzte bei den Ausschreitungen um die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Randalierer gingen mit Molotow-Cocktails und Stahlkugeln gegen Bauzaun vor - Die Polizei setzte Wasserwerfer mit Reizgas gegen Kernkraftgegner ein - Bonn spricht von einer Attacke auf den Staat, 20.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1; Die Polizei hat nachgezogen. Zweiten Antrag zur Erweiterung des WAA-Sicherheitsbereichs gestellt. Wird Selbsteintrittsrecht gegen das Landratsamt Schwandorf erneut angewandt?, 01.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 7.

<sup>223</sup> Schwere Zusammenstöße mit Demonstranten, S. 1.

<sup>224</sup> Hillermeier räumt ein: Die Gefahr unterschätzt. "Union kündigt noch schärfere Gegenmaßnahmen an". Der bayerische Innenminister nahm die Parole: "Tschernobyl ist überall" zu wörtlich - Beamte gerieten in eine lebensbedrohliche Situation, deshalb Gaseinsatz aus

ihm persönlich Mitschuld an der Eskalation gab, weil er nicht von Anfang an hart genug durchgegriffen habe.<sup>225</sup> Die SPD und das Rote Kreuz hingegen kritisierten die Einsatzleitung der Polizei für den wahllosen Abwurf der Gas-Kartuschen aus der Luft, bei dem nicht zwischen friedlichen und gewalttätigen Demonstranten unterschieden worden sei,<sup>226</sup> sowie für die willkürliche Gefährdung junger Polizisten durch taktische Fehler der Einsatzleitung, weil zwei Hundertschaften der Polizei zur direkten Konfrontation mit den Demonstranten außerhalb der sicheren, umzäunten Baustelle geschickt wurden.<sup>227</sup> Minister Hillermeier wurde von der Polizeigewerkschaft und der Opposition wegen seiner Bemerkung zum Schusswaffengebrauch vorgeworfen, verantwortungslos Polizeigewalt zu propagieren.<sup>228</sup> Bis zu 100 Polizisten quittierten nach der Pfingstschlacht freiwillig den Dienst.<sup>229</sup>

Die gestiegene Gewaltbereitschaft beider Seiten machte sich allerdings auch zunehmend außerhalb der Demonstrationen bemerkbar. So berichteten Bewohner des Gebiets über Repressalien durch ständige Kontrollen, Demonstranten über Prügelattacken durch Polizisten und Tränengasbeschuss von Familien mit Kindern.<sup>230</sup> Auf der anderen Seite wurde unter anderem ohne Personenschaden ein Anschlag auf einen hohen SEK-Beamten verübt,<sup>231</sup> Polizeihubschrauber während ihren

---

Hubschraubern - Vorwürfe gegen SPD, Naturschützer und Bürgerinitiativen, 22.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 3.

<sup>225</sup> Härteren Zugriff verlangt. Franz Josef Strauß nannte Gründe der Ablösung. In Wackersdorf fehlte „verständnisvolle Führung“, 09.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 17.

<sup>226</sup> Polizei räumt das Pfingstcamp der WAA-Gegner in Wackersdorf. Heftiger Parteienstreit über das Vorgehen der Sicherheitskräfte - Bundeskanzler Kohl dankt den Beamten - SPD kritisiert Gaseinsatz, 21.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>227</sup> Hillermeier räumt ein: Die Gefahr unterschätzt, S. 3.

<sup>228</sup> "Verantwortungslose" Mitteilung. Gewerkschaft der Polizei kritisiert die Aussage Minister Hillermeiers, die Beamten hätten bei Krawallen in Wackersdorf auch schießen können - Camps verboten, 23.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

<sup>229</sup> Landräte gegen Gewalt. Militante Kernkraftgegner drohen Oberpfalz in schiefes Licht zu setzen. Die sieben Landkreischefs verfassten eine EntschlieÙung - deutliche Distanzierung, 09.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 16.

<sup>230</sup> Die WAA-Gegner beklagen jetzt "Polizei-Terror", 24./25.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 19; Polizei räumt das Pfingstcamp der WAA-Gegner in Wackersdorf; „Der Wald als Gaskammer“. Teilnehmer der Osterdemonstration in Wackersdorf berichteten im Landtag. Ein Hearing der SPD-Fraktion mit 30 Oberpfälzern - "ohne Vorwarnung geschossen", 04.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 16.

<sup>231</sup> Attentat auf hohen Polizisten. Berlin: Sprengkörper explodierte am Wohnhaus des SEK-Beamten. Keine Verletzte, aber Sachschaden - die Täter: „Rache für Wackersdorf“, 14.10.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

Patrouillen um das Gelände mehrfach mit Kleinkalibergewehren beschossen,<sup>232</sup> und ein Passagierzug mit einem Notsignal angehalten und verwüstet. Es wurden mehrere Brandanschläge unter anderem auf eine Polizeistation,<sup>233</sup> das Schwandorfer Amtsgericht, das Rathaus von Bodenwöhr<sup>234</sup> und an dem Bau beteiligte Baufirmen verübt, Strommasten wurden abgesägt<sup>235</sup>, was mehrfach zu Stromausfällen in Teilen der Oberpfalz führte,<sup>236</sup> sowie Krähenfüße auf Straßen ausgelegt, die zur WAA-Baustelle führten.<sup>237</sup>

Auf einer Versammlung verschiedener Landespolitiker der Union wurde deswegen beschlossen, die geforderte Verschärfung des Demonstrationsrechts und eine Wiedereinführung des Straftatbestands des Landfriedensbruches zu prüfen, sowie die Polizei mit neuen, nicht-tödlichen Distanzwaffen, den sogenannten Gummigeschossen, auszustatten,<sup>238</sup> des Weiteren sollten 20.000 neue CS-Granaten angeschafft werden.<sup>239</sup> Dafür und für die Einstellung von 400 zusätzliche Polizisten wurden Mitte 1986 21 Millionen Mark des bayerischen Haushalts umdisponiert. Auch wurden die Gefahrenzulage und die Reisekostenpauschale für

---

<sup>232</sup> WAA-Gegner entwickeln neue Strategie. Der Widerstand gegen das Atomprojekt in Wackersdorf droht eine weitere Stufe seiner Eskalation zu erklimmen. Geht es gegen die am Projekt beteiligten Firmen? Koordination in Klausur - Wasser ist Mangelware - Erste Schüsse, 20.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 16.

<sup>233</sup> Die WAA-Gegner beklagen jetzt "Polizei-Terror", S. 19; Wieder Brandanschlag auf Baustelle nahe der WAA, 02.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 19.

<sup>234</sup> Terror gegen Baufirmen. Die zur WAA schweigende Mehrheit sieht sich Repressalien ausgesetzt. „Gewalttätige Chaoten“ richteten im Raum Schwandorf 1,5 Millionen DM Schaden an, 03.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

<sup>235</sup> Schwere Zusammenstöße mit Demonstranten, S. 1.

<sup>236</sup> WAA-Widerstand schlug in Sabotage um. Kernkraftgegner setzten Anschläge auf die Stromversorgung der Oberpfalz fort und blockierten Verkehrswege. Sieben weitere Hochspannungsmasten fielen in einer Nacht - Angriffe auf die Infrastruktur des Projekts - SPD auf Distanz, 18./19.10.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 20.

<sup>237</sup> Ein Krähenfuß ist ein dem natürlichen Vorbild nachempfundenes Metallkonstrukt aus mehreren Metallspitzen, welches immer mit einer Nadel nach oben zeigt und so gegen Autoreifen eingesetzt werden kann.

<sup>238</sup> Union kündigt noch schärfere Maßnahmen gegen Gewalttäter an. Bundesregierung will das Demonstrationsrecht nochmals überprüfen. Notfalls im Alleingang neue Distanzwaffe für die bayerische Polizei, 22.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>239</sup> Bayern plant Kauf von Gummigeschossen. Einsatz bei gewalttätigen Demonstrationen. SPD spricht von Atom- und Polizeistaat - Bangemann (FDP) kritisiert Einreiseverbot, 03.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

Polizisten deutlich erhöht.<sup>240</sup> Interessanterweise kritisierte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Erhöhungen der Pauschalen, da sie befürchtete, damit bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als bekämen die Polizisten „Knüppelgeld“ für ihren Einsatz gegen die Demonstranten.<sup>241</sup>

Die Pfingstschlacht und ihre Auswirkungen bewegten auch die Leserschaft der EN außerordentlich, bei der Zeitung ging in den Wochen nach der Pfingstschlacht eine Vielzahl von Leserbriefen ein. Keiner hieß die Gewalt seitens einiger Demonstranten gut, allerdings war der Haupttenor vor allem völliges Unverständnis und Entsetzen über die Art, wie die Polizei gegen die Demonstration vorgegangen war.<sup>242</sup>

Am 07. und 08. Juni kam es dann deutschlandweit zu Demonstrationen gegen die Kernkraft, mit insgesamt über 100.000 Teilnehmern. Auch diese Demonstrationen wurden von Ausschreitungen mit über 500 Verletzten begleitet, die unter anderem wieder in Wackersdorf, aber auch in Hamburg tobten. Hier zeigte sich, dass das harte Durchgreifen der Polizei bei der Pfingstschlacht keineswegs zu einer zunehmenden Zurückhaltung seitens gewaltbereiter Demonstranten geführt hatte, sondern gerade das Gegenteil der Fall war.<sup>243</sup> Die erneuten Ausschreitungen wurden von Politikern aller Bundestagsparteien scharf kritisiert und Maßnahmen zur Unterbindung der Gewalteskalation gefordert, die auch als „einem Bürgerkrieg ähnlich“ beschrieben wurde. So wurde unter anderem vorgeschlagen und in Wackersdorf auch in die

---

<sup>240</sup> Die Polizei rüstet jetzt auf. Zur Verteidigung des WAA-Geländes werden jetzt alle Reserven ausgeschöpft. Aus dem laufenden Haushalt 1986 werden noch 21 Millionen DM bereitgestellt, 26.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 17.

<sup>241</sup> Österreicher empört über Einreiseverbot. Echo auf die Grenzsperrern für WAA-Gegner. Wien: gegen den Geist guter Nachbarschaft. Umweltschützer drohen Gegenmaßnahmen an, 28./29.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 3.

<sup>242</sup> Diskussion über den Einsatz der Polizei in Wackersdorf. Augenzeugen schildern Eindrücke und ziehen ihre Vorgehen der Beschützer des WAA-Geländes wird von vielen Leserbriefschreiber als unangemessen bezeichnet. Schlüsse – Kritik und Lob für Berichte und Kommentare unserer Zeitung, 05.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 24.

<sup>243</sup> Proteste gegen die Kernkraft von Ausschreitungen begleitet. Zusammenstöße am Rand der Kundgebungen in Wackersdorf und Brokdorf – 500 Verletzte auf beiden Seiten – Kritik an der Polizei. Fast 100.000 Bundesbürger beteiligen sich an Demonstrationen, 09.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

Tat umgesetzt, dass gewalttätige Demonstranten gleich vor Ort einem Staatsanwalt vorgeführt werden sollten.<sup>244</sup>

Dies bewegte allerdings die Teilnehmer eines bundesweiten Koordinierungstreffens der Anti-Atomkraftbewegung, an dem auch Vertreter der Grünen, der hessischen Jusos und des Bund Naturschutz teilnahmen, nicht dazu, sich dauerhaft von gewaltsamen Protestformen zu distanzieren. Dort wurde eine Resolution verabschiedet, welche alle Protestformen gegen Atomkraftwerke als „nicht kriminell“<sup>245</sup> bezeichnete und absichtlich auf „dogmatische Absagen an Gewaltaktionen“<sup>246</sup> verzichtete. „Die verschiedenen Initiativen seien in der Frage der Gewalt zwar nicht einer Meinung, wollten sich deswegen aber ‚nicht spalten lassen‘.“<sup>247</sup> Zwar distanzierte sich etwa der BUND nachträglich von der Resolution, dennoch war der Schaden für das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der beteiligten Initiativen beträchtlich, da viele ihren andauernden Protest bisher stets mit dessen grundsätzlicher Friedfertigkeit legitimiert hatten.<sup>248</sup> Die EN sahen in dem Konflikt, der auch nach ihrer Ansicht die Grenze zu „bürgerkriegsähnlichen Zustände[n]“<sup>249</sup> zu überschreiten drohe, die Substanz der Demokratie gefährdet, wenn es nicht gelänge, zwischen den zunehmend mit radikaleren Protestformen sympathisierenden WAA-Gegnern und der sich „auf eine Rundumverteidigung einstellen[den]“<sup>250</sup> bayerische Regierung zu vermitteln.

---

<sup>244</sup> Für die schnellere Bestrafung von gewalttätigen Demonstranten. Einhellige Forderung von Politikern der Koalition und SPD. Axel Wernitz verlangte nach den jüngsten Ausschreitungen härtere Urteile. Baum (FPD): Staatsanwälte sollten gleich vor Ort tätig werden, 10.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1; Staatsanwalt vor Ort. Bei Ermittlungen am WAA-Bauzaun. Junge Union zu Besuch auf dem Baugelände, 14./15.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 6.

<sup>245</sup> Keine Absage an die Gewalt. Beschluss von Kernkraftgegnern. Alle Protestformen „nicht kriminell“ – Kritik an der Grenzsperrung, 30.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>246</sup> Ebd.

<sup>247</sup> Ebd.

<sup>248</sup> BUND unterstreicht strikte Gewaltfreiheit bei Protesten. Umweltschutzorganisation distanziert sich entschieden von der Resolution des Frankfurter Koordinierungstreffens. Das bayerische Einreiseverbot kommt vor den Bundestag, 01.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>249</sup> Kraftprobe um Wackersdorf. Verantwortungsbewusstsein ist vielen Politikern abhandengekommen, 05./06.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

<sup>250</sup> Ebd.



Abbildung 17: Demonstration der MgA in Wackersdorf.

Die MgA nahmen an diesem Kongress teil, wussten 30 Jahre später aber leider nicht mehr, wie sie damals abgestimmt hatten.<sup>251</sup> Fest steht aber, dass sie seit der Vereinsgründung regelmäßig als friedliche Teilnehmer Demonstrationen gegen die WAA besuchten und auch selbst erfolgreich eine Demonstration auf dem Marktplatz von Wackersdorf anmeldeten, welche am 20. Juli 1986 unter dem Motto „Frauen gegen die WAA Wackersdorf – wir können die WAA verhindern“ stattfand, wie Abb. 17 belegt.<sup>252</sup> Weiterhin erstellten und verteilten sie umfangreiche Broschüren zur Funktion der WAA,<sup>253</sup> organisierten öffentliche Vorträge zur WAA<sup>254</sup> und öffentlichkeitswirksame Aktionen. So ließen sie etwa 300 Ballons in der Halle des Nürnberger Hauptbahnhofs aufsteigen, die einen Banner mit der Aufschrift „WAA NIE – Mütter gegen Atomkraft“ unter das Dach der Kuppel trugen.<sup>255</sup>

### 3.3.3 Widerstand aus Österreich

Der Konflikt um die WAA blieb nicht auf Deutschland beschränkt, denn, die Regierung Österreichs, dessen Bevölkerung sich erst kürzlich in einer Volksabstimmung gegen die Kernkraft entschieden hatte,

---

<sup>251</sup> Interview mit Sabine Klier vom Verein Mütter gegen Atomkraft, S. 2.

<sup>252</sup> Kirchhof: Frauen in der Antiatomkraftbewegung, S. 52.

<sup>253</sup> MgA: Warum Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen?, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>254</sup> Mütter gegen Atomkraft. Termine 1987, 1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>255</sup> Rundbrief der Mütter gegen Atomkraft Dezember 1987, 01.12.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 2.

sprach sich auf höchster Ebene gegen den Bau der WAA aus. Sie befürchtete Konsequenzen aus möglichen Störfällen für Österreich, insbesondere für den Donaulauf und das nur 180 km entfernte Salzburg.<sup>256</sup> Umweltaktivisten aus Österreich nahmen auch in zunehmender Zahl an den Demonstrationen gegen die WAA in der Oberpfalz teil, so reisten etwa zur Demonstration am 01.06.1986 über 3.000 Demonstranten aus Österreich an.<sup>257</sup>

Die Bundes- und die bayerische Landesregierung reagierten ungehalten auf die Bedenken aus dem Nachbarland. Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) konterte mit der Aussage, dass Österreich doch bitte bedenken möge, dass die Wirtschaft beider Nationen eng miteinander verzahnt seien und die meisten Touristen Österreichs aus Deutschland kämen. Diese Aussage wurde in Österreich als versteckte Erpressung gewertet und sorgte für massive Verstimmungen zwischen den Nationen. Strauß sprach Österreich auch das Fehlen jeglicher umweltpolitischen Vorbildfunktion ab, da Österreich Wasserkraftwerke exportiere, welche der Umwelt schaden würden.<sup>258</sup> Der Streit zwischen der bayerischen und der österreichischen Regierung intensivierte sich weiter. Ende Juni wurden erstmals mehr als 700 österreichische WAA-Gegner bei Einreisekontrollen an der bayerisch/österreichischen Grenze zurückgewiesen. Sie hatten an einer Demonstration in Wackersdorf teilnehmen wollen. Die Einreisesperre führte zu einem Verkehrschaos und einem 10 km langen Stau an der Grenze, als zurückgewiesene WAA-Gegner die Abfertigungsspuren blockierten.<sup>259</sup> Das bayerische Innenministerium begründete ihre Abweisung zunächst mit „Interessen der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung im

---

<sup>256</sup> Eine Denkpause verlangt. Immer mehr Unionspolitiker sehen im Bau der WAA ein riskantes Wagnis. Der Dillinger Landrat geht von einem Verzicht auf weitere Kernkraftwerke aus, 31.05./01.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 19.

<sup>257</sup> WAA-Widerstand kennt keine Grenzen. Schwandorf erlebte am Wochenende eine Invasion von 3000 Österreichern vorwiegend aus dem Salzburger Land. Die mit Sonderzug und Bussen angereisten Gäste wurden mit viel Applaus empfangen – eine Partnerschaft angetragen, 02.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 15.

<sup>258</sup> „Die Kritik aus Österreich ist unverständlich“. Zimmermann zu seiner Reaktion auf Bedenken gegen Wackersdorf. Wien: Vorwurf „versuchter Erpressung und unverhüllte Drohung“, 02.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>259</sup> Sitzblockaden und Mozartkugeln. Die aufgebrauchten Urlauber sollten beruhigt werden – Österreichische WAA-Gegner protestierten an Grenze gegen Einreiseverbot. Stau von 10 km – „wir wollen die Deutschen aufrütteln“ – Beamten zeigten sehr viel Verständnis, 30.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 3.

Lande“,<sup>260</sup> dann mit Einmischung in die inneren Angelegenheiten Bayerns, bzw. der Bundesrepublik.<sup>261</sup>

Der damalige Leiter der Staatskanzlei, Edmund Stoiber (CSU) drohte damit, bei weiterer „Einmischung“ den deutschen Luftraum für österreichische Militärmaschinen zu sperren, welche diesen zur Landung auf einem nahe der Grenze gelegenen, in der Zeitung nicht näher benannten Flughafen nutzen mussten.<sup>262</sup> Die SPD setzte dieses Verhalten mit dem autoritärer Staaten gleich<sup>263</sup> und ein österreichischer Staatssekretär, der auf dem „Wahnsinns“-Festival sprach, kritisierte die bayerische Regierung aufs Schärfste: „Es ist ein Wahnsinn, was Strauß um Wackersdorf herum plant, und alle, die dafür eintreten, sind Wahnsinnige“.<sup>264</sup> Strauß antwortete darauf mit dem Vorwurf, Österreich habe „abergläubische Vorstellungen“<sup>265</sup> über das Risiko und habe sich nicht richtig informiert.<sup>266</sup> Die Stadt Salzburg reichte daraufhin Klage gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung ein<sup>267</sup> und ging mit dem Landkreis Schwandorf eine „Anti-Atom-Partnerschaft“ gegen die WAA ein. Die Regierung der Oberpfalz drohte daraufhin dem Kreis mit rechtlichen Schritten, wenn diese nicht sofort wieder gekündigt würde, was den Kreis aber nicht zum Einlenken bewegte.<sup>268</sup> Die Fronten blieben weiter verhärtet, auch Gespräche zwischen dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem österreichischen Amtskollegen

---

<sup>260</sup> SPD rügt „Schikane“. Über 700 österreichische WAA-Gegner an der Grenze zurückgewiesen. Die CSU hält Einreisekontrollen im Interesse der Sicherheit für erforderlich, 25.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 18.

<sup>261</sup> Einreiseverbot für WAA-Gegner aus Österreich. Verfügung des bayerischen Innenministers für dieses Wochenende. „Einmischung in innere Angelegenheiten“ – Protest der SPD, 27.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>262</sup> Um Mäßigung bemüht. Bayerisch-Österreichischer Grenzkonflikt. Bonn und Wien wollen Spannungen abbauen, 05./06.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>263</sup> SPD: Vergleich mit autoritären Staaten. Fortsetzung von Seite 1 „keine Absage an Gewalt“. Bundesvorstand greift Strauß an – ein Autofahrer wollte Blockade durchbrechen, 30.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

<sup>264</sup> Beachtlicher Erfolg – auch finanziell. Der Verzicht der Rockstars auf Gagen lässt einen Reinerlös von 800.000 DM erwarten, 28.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

<sup>265</sup> Strauß lässt nicht locker. "Abergläubische Vorstellungen" Österreichs, 11.08.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

<sup>266</sup> Ebd.

<sup>267</sup> Salzburg klagt gegen WAA, 15.08.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 14.

<sup>268</sup> Regierung rügt den Kreis Schwandorf. Aufhebung binnen drei Monaten verlangt - Schuirer weist die Vorwürfe zurück. Anti-WAA-Partnerschaft mit Salzburg als "rechtswidrig" beanstandet, 30/31.08.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

Franz Vranitzky brachten nur die Erkenntnis, dass beide auf ihren Positionen beharrten.<sup>269</sup>

### 3.3.4 Anhaltender Widerstand

Innerhalb Deutschlands ging der Konflikt mit voller Härte weiter und Erlangen blieb nicht verschont. Die Erlanger Nachrichten kamen zusammen mit ihrem Mutterblatt<sup>270</sup> unter Beschuss der Staatsregierung, nachdem sie einen ausführlichen und emotionsreichen Erlebnisbericht der WAA-Gegnerin Kerstin Möller im Wochenendteil veröffentlicht hatten. Der Artikel beschrieb ihre Eindrücke von der Teilnahme an Demonstrationen in Wackersdorf, bei denen es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei gekommen war. Mit von ihr zitierten Formulierungen wie „So wie wir unsere Eltern nach Hitler fragen, werden unsere Kinder einst nach Franz Josef Strauß fragen“<sup>271</sup> und Vergleichen der WAA-Baustelle mit den Todesstreifen der Zonengrenze erregte der Artikel die Staatsregierung so sehr, dass der spätere bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) persönlich einen Brief an die EN schrieb, indem er den Artikel als blanke Agitation bezeichnete und ihm eine „Sprache des Hasses“<sup>272</sup> unterstellte. Er griff auch die EN direkt an und beklagte deren Mangel an Verantwortungsbewusstsein und journalistischer Sorgfaltspflicht und beschuldigte sie, dass sie sich zu Komplizen von gewalttätigen WAA-Gegnern machen würden. Damit verursachte er, was man heutzutage wohl als „Shitstorm“ bezeichnen würde, denn in den nächsten Wochen gingen bei den EN eine Flut von Leserbriefen ein, welche Stoiber unter anderem Scheinheiligkeit und den Versuch der Unterdrückung der Pressefreiheit unterstellten.<sup>273</sup>

---

<sup>269</sup> Starre Front beim Kanzlertreff am Wolfgangsee. Gespräch zwischen Vranitzky und Kohl über Wackersdorfer WAA brachte keine Annäherung der Positionen. Bonn beharrt auf dem Bau der Anlage, Wien auf nochmaligem Überdenken - Rau: Hoffentlich eine Entschuldigung, 21.08.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>270</sup> Die Kommunikation fand höchstwahrscheinlich mit dem Mutterblatt der EN, den Nürnberger Nachrichten statt. Wie bereits erwähnt, ließ sich aufgrund der fehlenden Angabe der Autoren der Artikel nicht genau nachvollziehen, ob sie aus der Zentrale in Nürnberg oder aus der Redaktion in Erlangen kamen.

<sup>271</sup> Möller, Kerstin: Walstatt des WAAhnsinns, 15./16.11.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 34.

<sup>272</sup> "Blanke Agitation" und "Sprache des Hasses". Zu der "Walstatt des WAAhnsinns" auf der Reportageseite im Wochen-Magazin, 22./23.11.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 10.

<sup>273</sup> Die Kritik Stoibers ruft einen Proteststurm hervor. Zahlreiche Leser machen dem Staatsminister heftige Vorwürfe wegen dessen Leserbrief zu einem WAA-Artikel. Mancher

Und auch die Stadt Erlangen selbst blieb von der Auseinandersetzung nicht verschont, denn die Stadt untersagte auf Anordnung des Oberbürgermeisters Dietmar Hahlweg (SPD) die Aufführung eines Anti-WAA-Films im von der Stadt bezuschussten Kulturzentrum „E-Werk“.<sup>274</sup> Als sich herausstellte, dass dem Aufführungsverbot des von „kommunistische[m] Gedankengut“<sup>275</sup> durchzogenen Films ein Brief von der KWU ans Rathaus vorangegangen war und der Film trotz des Verbots handstreichartig im E-Werk aufgeführt wurde, hatte die Stadt ihren eigenen kleinen Skandal.<sup>276</sup> Man einigte sich letztlich darauf, den Film nun offiziell erneut aufzuführen und im Anschluss eine Diskussionsrunde mit dem Oberbürgermeister und den Machern des Films zu veranstalten.<sup>277</sup>

Auch auf Bundes- und Landesebene setzte sich Widerstand fort, die SPD forderte etwa den Baustopp der WAA, um den gewalttätigen Auseinandersetzungen Einhalt zu gebieten.<sup>278</sup> Verschiedene Wege wurden beschritten, unter anderem wurde versucht, ein Volksbegehren über sie durchzuführen,<sup>279</sup> dieses wurde allerdings nicht zugelassen.<sup>280</sup> Auch die Popkultur wurde für den Protest herangezogen und bekannte

---

Schreiber sieht in den Äußerungen einen Angriff auf die Meinungsfreiheit - Die Eindrücke sind nachzuvollziehen, 27.11.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 28; Staatsminister Stoiber stößt noch immer auf Kritik. Neue Auswahl von Äußerungen aus unserem Leserkreis zum Protest des Münchner Politikers gegen einen Artikel. Ein Bürger fordert "weitere WAALD-Spaziergänge" Der Verfasserin wird attestiert, dass sie keine Stimmung "machte", 28.11.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 52; Einmal Zustimmung und noch viel Kritik. Zum letzten Mal: Diskussion um Edmund Stoibers Zuschrift zu einem WAA-Artikel, 05.12.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 9.

<sup>274</sup> Krach um Film über die WAA, 21.01.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 25.

<sup>275</sup> Beirat: Kein Satzungsverstoß. E-Werk-Gremien haben nichts gegen Aufführung des umstrittenen Anti-WAA-Films, 26.01.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 34.

<sup>276</sup> Der Anti-WAA-Film führt zum Scherbengericht für den OB. Einhellige Ablehnung des Hahlwegschen Vorgehens durch die SPD-Kreismitgliederversammlung – Brief aus der Siemens-Vorstandsetage zitiert – „Freiheitsrechte manipuliert“, 23./24.01.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 27.

<sup>277</sup> Beirat: Kein Satzungsverstoß, S. 34.

<sup>278</sup> WAA: Gewalt ohne Ende? Auch die SPD-Bundestagsabgeordneten sehen nur einen Ausweg: Baustopp, 25.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

<sup>279</sup> WAA-Volksbegehren beantragt. Initiative sammelte über 38000 Unterschriften gegen umstrittene Anlage. Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs weckt bei den Gegnern neue Hoffnung, 04./05.04.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 17.

<sup>280</sup> Kein WAA-Volksbegehren. Innenministerium reicht Antrag noch an Verfassungsgerichtshof weiter. Die erforderliche Zahl an Unterschriften lag vor – SPD warnt vor Zwischenlager, 16./17.05.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 19.

Künstler wie Herbert Grönemeyer, Udo Lindenberg, Haindling, Wolfgang Ambros und BAP engagierten sich gegen die WAA, indem sie zusagten, auf dem geplanten „5. WAAhnsinns“-Festival in Burglengenfeld ohne Gage und zu Gunsten der Anti-WAA-Initiativen aufzutreten. Das Festival wurde von der bayerischen Regierung mit der Begründung abgelehnt, dass „einige tausend Chaoten‘ zu erwarten seien“.<sup>281</sup> Deswegen forderte sie die Stadt Burglengenfeld auf, die Veranstaltung zu verbieten und drohte, andernfalls kommunalrechtliche Maßnahmen gegen die Stadt zu treffen.<sup>282</sup> Der Beschluss des Stadtrats, der sich für die Genehmigung des Festivals aussprach, wurde vom Bürgermeister der Stadt außer Kraft gesetzt. Dagegen zogen die Veranstalter vor Gericht und gewannen letztlich nach mehreren Instanzen vor dem bayerischen Verwaltungsgerichtshof.<sup>283</sup>

Das Festival zog zwischen 80.000 und 100.000 Besuchern an und verlief komplett friedlich.<sup>284</sup> Für die Gegner der WAA war dies ein enormer Erfolg, der durch die von den Popstars generierte Aufmerksamkeit und den erfolgreichen Widerstand gegen die Versuche der bayerischen Regierung, die Veranstaltung zu verhindern, noch verstärkt wurde. Der Verzicht der Stars auf Gagen bedeutete einen Gewinn von 800.000 bis 1.000.000 Mark für einen Prozesshilfefonds für WAA-Gegner.<sup>285</sup>

Dass es für einen derartigen Fonds Bedarf gab, zeigte sich an der Zahl von Gerichtsverfahren, die im Zusammenhang mit der WAA geführt werden mussten. Ende August 1986 lagen allein dem Schwandorfer Amtsgericht mehr als 2.000 unbearbeitete Fälle vor, die das Gericht vor massive Personal- und Raumprobleme stellten. Die häufigsten Anklagepunkte lauteten Nötigung, Widerstand gegen Vollzugsbeamte und unerlaubter Waffenbesitz. Zusätzliche Richterstellen mussten geschaf-

---

<sup>281</sup> Kein Rock im Wald? „WAAhnsinns“-Festival infrage gestellt. CSU befürchtet Chaoten-Aufmarsch an WAA, 05./06.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

<sup>282</sup> Umstrittenes Festival. Burglengenfeld soll WAA-Konzert verbieten. Von der Bezirksregierung dazu aufgefordert, 12./13.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 8.

<sup>283</sup> Rock-Protest gebilligt. Münchner Richter entscheiden endgültig. 35.000 Karten für Anti-WAA-Festival, 23.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>284</sup> Der Protest der über 80.000 verlief friedlich. Zwei Tage ohne Zwischenfälle beim Anti-WAA-Festival im oberpfälzischen Burglengenfeld. Rigorose Kontrollen behinderten die meisten Besucher bei der Anfahrt auf den Straßen – erstmals erhielt die Polizei die Erlaubnis, notfalls die umstrittenen Gummigeschosse als Distanzwaffe einzusetzen, 28.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>285</sup> Beachtlicher Erfolg – auch finanziell, S. 2.

fen werden und es wurde eine Erweiterung des Gerichts mit Bürocontainern in Erwägung gezogen.<sup>286</sup> Auch von Seiten der WAA-Gegner wurden unzählige Verfahren gegen die Polizei<sup>287</sup> und sämtliche baulichen Genehmigungen der WAA angestrengt, um diese zu verhindern oder wenigstens zu verlangsamen.

Dies betraf insbesondere die zweite Teilerrichtungsgenehmigung, deren Genehmigungsprozess im Frühjahr 1988 anstand. Teil des Genehmigungsprozesses war die Veröffentlichung eines Sicherheitsberichts durch die DWK, gegen den gemäß dem Atomrecht Einwendungen eingereicht werden konnten.<sup>288</sup> Dies nutzten die WAA-Gegner, um der Staatsregierung ihren Widerstand deutlich zu machen, in ganz Deutschland wurden von den Aktivisten Einwendungen gegen die WAA gesammelt, so auch in Erlangen, wo mehrere Erlanger Gruppen, darunter auch die Mütter gegen Atomkraft, einen gemeinsamen Informationsstand errichteten, um die Einwände der Bevölkerung zu sammeln.<sup>289</sup>



Abbildung 18: Einwände gegen die Teilerrichtungsgenehmigung werden gesammelt und gezählt.

Von den Kernkraftgegnern wurde zunächst mit etwa 100.000 Einwendungen gerechnet, letztlich unterzeichneten 880.000 Menschen auf 330.000 Einwendungsschreiben, von den Unterschriften kamen 350.000 aus Österreich und weitere 50.000 aus anderen Ländern.<sup>290</sup> Abb. 18 zeigt

---

<sup>286</sup> Prozesse in Containern. Schwandorfer Amtsgericht platzt durch WAA-Verfahren aus allen Nähten. Fertigbehausungen sollen Raumnot lindern - 2000 Verfahren gegen WAA-Gegner, 27.08.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 21.

<sup>287</sup> Klage gegen die Polizei. Grüner will jetzt das Verfahren erzwingen. Staatsanwalt hatte Ermittlungen eingestellt, 03.10.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 6.

<sup>288</sup> Flut von Einsprüchen? Bereits 250.000 DM für Prozesse ausgegeben. Sicherheitsbericht mobilisiert WAA-Gegner, 16.02.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 14.

<sup>289</sup> Einsprüche gegen WAA werden gesammelt, 11.03.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 31.

<sup>290</sup> Eine weltweite Ablehnung. Staatsregierung sieht sich vor internationaler Front von WAA-Gegner. Wissenschaftler und Künstler aus Europa und den USA meldeten Einwendungen an, 21.04.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 17; Massenandrang bei der WAA-Erörterung. Termin in Neunburg offiziell bestätigt. 850.000 Bürger unterschrieben Ein-

die gewaltigen Mengen von Einwendungsschreiben, die bearbeitet werden mussten.

Die Anhörung fand Mitte Juni 1988 in einem Saal in Neunburg statt, der für nur etwa 1.200 Personen ausgelegt war, der Andrang überstieg den vorhandenen Platz bei weitem.<sup>291</sup> Auch die MgA organisierten eine gemeinsame Teilnahme und waren an mehreren Verhandlungstagen präsent.<sup>292</sup> Als der Antrag der WAA-Gegner, die Anhörung in eine größere Halle zu verlegen, abgelehnt wurde, kam es seitens der Gegner zu „Pfeifkonzerten“ und Sprechchören, welche eine Fortführung der Verhandlung unmöglich machten. Nachdem daraufhin Polizeieinheiten den Saal betraten, wurde das Podium mit Eiern und Tomaten beworfen, die Anhörung wurde daher auf den nächsten Tag verlegt.<sup>293</sup>

Nachdem an den ersten beiden Verhandlungstagen keinem Antrag der WAA-Gegner zur TEG stattgegeben wurde, blieben bereits am dritten Tag viele Gegner der Verhandlung fern, da sie keine Chance für ihre Einwendungen sahen. Sie warfen dem Entscheidungsgremium Voreingenommenheit für die WAA vor und fühlten sich in ihrer Meinung zusätzlich bestätigt, als bekannt wurde, dass im Verwaltungsrat des für die technische Genehmigung zuständigen TÜV Bayern unter anderem ein Vorstandsmitglied der KWU, des ebenfalls am Bau beteiligten Bayernwerks und ein Abteilungsleiter des Umweltministeriums saßen.<sup>294</sup> Trotz Auftritten prominenter WAA-Gegner, wie etwa Carl Friedrich von Weizäckers und der österreichischen Umweltministerin, und der Einwände großer Kommunen wie etwa München, Nürnberg und Salz-

---

wendungen – Prozess gegen Info-Autoren eingestellt, 16.06.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 13.

<sup>291</sup> Tumulte beim Auftakt der Anhörung zur WAA. Die Stadthalle in Neunburg vorm Wald erwies sich als entschieden zu klein, der Saal war hoffnungslos überfüllt. Der Antrag auf eine Verlegung in einen größeren Saal in Schwandorf wurde abgelehnt – als die Polizei aufzog, flogen Tomaten und Eier auf das Podium – schließlich wurde die Erörterung der insgesamt über 880.000 Einwände auf morgen vertagt, 12.07.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>292</sup> MgA: Rundbrief der Mütter gegen Atomkraft Juli 1988, 01.07.1988, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 15.

<sup>293</sup> Tumulte beim Auftakt der Anhörung zur WAA, S. 1.

<sup>294</sup> CSU hält an Neunburg fest. Oppositionsanträge zur WAA-Anhörung wurden im Landtag abgelehnt. Hitzige Debatte – Grüne und SPD beklagten Filz – Dick: „üble Volksverhetzung“, 13.07.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 15; Ablehnung geplant? Bürgerinitiativen halten Mauker für befangen, Leiter der WAA-Erörterung in der Kritik, 15.07.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 15.

burg wurde die zweite TEG genehmigt.<sup>295</sup> Nach 23 Verhandlungstagen wurde die Verhandlung vom Umweltministerium überraschend mit der Begründung abgebrochen, dass alle Sachthemen erörtert worden sein.<sup>296</sup> Am Tag zuvor war bekannt geworden, dass Bauteile, die für Anlagen gebraucht wurden, welche Teil der zweiten TEG waren, bereits vor dem Ende der Anhörung und vor der Verkündung eines Ergebnisses von der DWK bestellt worden waren.<sup>297</sup>

### 3.3.5 Das Ende der WAA

Mit dem abrupten Ende des Verfahrens bestand für die DWK die Hoffnung, die zweite TEG noch vor dem Ende des Jahres 1988 zu erhalten. Diese wurde allerdings zunichtegemacht, als der stellvertretende Landrat des Landkreises Schwandorf Dietmar Zierer (SPD) die Baugenehmigung für die zweite TEG verweigerte, weil wesentliche Angaben wie etwa ein Abwasserkonzept fehlen würden. Dies bedeutete eine Verzögerung für die zweite TEG von mindestens einem Jahr.<sup>298</sup> Zudem erhöhten sich die Kosten für den Bau immer weiter, von ursprünglich 5,4 stieg die veranschlagte Summe auf über 9,4 Mrd. DM, was vor allem auf Lohn- und Materialkosten, sowie zusätzliche Sicherheitsauflagen beim Bau zurückzuführen war.<sup>299</sup> Am 13.04.1989 wurde dann bekannt, dass das Veba-Konsortium aus deutschen Energiefirmen, das hinter der DWK stand, den Ausstieg aus der WAA in Betracht zog. Stattdessen sollten die Brennelemente in der Wiederaufarbeitungsan-

---

<sup>295</sup> Flehentliche Bitte aus Franken. Vertreter des Großraums Nürnberg kamen bei WAA-Erörterung zu Wort. Nürnbergs Umweltreferent: „Stoppen Sie den Bau“ – große Gefährdung durch Atomtransporte und Unfälle – Carl Friedrich von Weizsäcker stahl allen die Schau, 20.07.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 3.

<sup>296</sup> Die WAA-Erörterung wurde überraschend abgebrochen. Das bayerische Umweltministerium sah nach 23 Anhörungstagen die wesentlichen Sachthemen abgehandelt. Bürgerinitiativen sprechen von Skandal, SPD und Grüne von Schlag gegen die Demokratie – Sondersitzung des Landtags, 13./14.08.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>297</sup> WAA-Gegner empört. Nicht genehmigte Anlagenteile bestellt. Anwalt: Erörterungstermin wird zur Farce, 12.08.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 6.

<sup>298</sup> Keine Baugenehmigung für Hauptprozessgebäude der WAA. Stellvertretender Schwandorfer Landrat Ziegler sieht gravierende Mängel in den Antragsunterlagen der DWK. „Wesentliche Angaben fehlen“ – Innenministerium: „Nacht-und-Nebel-Aktion“ – Betreiberfirma kündigt rechtliche Schritte an, 25.08.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>299</sup> WAA wird doppelt so teuer, S. 1.

lage La Hague in Frankreich aufbereitet werden.<sup>300</sup> Dies sei deutlich wirtschaftlicher als die Wiederaufarbeitung in der WAA in Deutschland.<sup>301</sup> Zudem wolle die Energiewirtschaft den „Zankapfel“ WAA loswerden, um die Ruhe in der Gesellschaft wiederherzustellen und den „Energiekonsens“ wiederzuerlangen.<sup>302</sup>

Die bayerische Regierung reagierte zunächst empört und sah sich von der Energiewirtschaft und der Bundesregierung im Stich gelassen. Für die KWU bedeutete das Ende der WAA den Verlust eines weiteren Großprojekts, nachdem kurz zuvor der „Schnelle Brüter“ in Kalkar eingemottet worden war.<sup>303</sup> Noch während sich die bayerische und die Bundesregierung über die Frage stritten, wer die Verantwortung für das Aus zu übernehmen hatte, wurden bereits Überlegungen an- und Forderungen aufgestellt, wie die unfertige WAA nun zu nutzen sei und wie hoch die Entschädigungen ausfallen sollten, die von der Betreiber-gesellschaft an Bayern zu zahlen seien.<sup>304</sup> Für Wackersdorf und den Landkreis endete ein jahrelanger Ausnahmezustand und man fand rasch zurück zur Normalität. Das Baugelände der WAA wurde umfunktioniert, es beherbergt heute ein erfolgreiches Industriegebiet, so dass Wackersdorf durch den Baustopp langfristig keine Nachteile hat hinnehmen müssen.<sup>305</sup>

### 3.3.6 Die WAA und Tschernobyl

Somit hatte sich der fast ein Jahrzehnt währende Widerstand gegen die WAA für deren Gegner ausgezahlt. Sie war von Anfang an ein persönliches Prestigeprojekt von Franz Josef Strauß und wurde von manchem

---

<sup>300</sup> WAA Wackersdorf steht vor dem endgültigen „Aus“. Stromwirtschaft plant Entsorgung in Frankreich. VEBA-Konzern will Vertrag mit dem Nachbarland verlängern – Staatsregierung verlangt Klarheit von Bonn, 13.04.1989, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>301</sup> Der Nürnberger OB empfindet Erleichterung. Gefahren von der Stadt abgewandt – Veba macht finanzielle Gründe für Verzicht geltend, 13.04.1989, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

<sup>302</sup> Streit zwischen München und Bonn über die WAA. Streibl verlangt von Kohl Richtlinienentscheidung. Bundeskanzler blieb eindeutige Antwort schuldig. Veba-Chef will „Zankapfel Wackersdorf“ beseitigen, 14.04.1989, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>303</sup> Lange reagiert sauer. Reaktionen von CSU und Kraftwerk Union. „Die Oberpfälzer stehen als die Blöden da“, 14.04.1989, in: Erlanger Nachrichten, S. 5.

<sup>304</sup> Ausgleich „für entgangene Freuden“. Unterschiedliche Vorstellungen über Entschädigungen bei WAA-Baustopp. München verlangt weitaus mehr als Bonn – noch keine konkreten Summen genannt, 09.05.1989, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

<sup>305</sup> Auer, Katja: Als die Bürger über die Politik siegten, 31.05.2014, in: Die Welt, S. 1.

Beobachter spöttisch sein „nukleares Neuschwanstein“<sup>306</sup> genannt, das er und seine Partei CSU mit allen Mitteln durchzusetzen versuchten. Das Ende der WAA erlebte Franz Josef Strauß nicht mehr. Er starb im Oktober 1988, wenige Monate, bevor die Veba den Ausstieg verkündete. Inwiefern sein Ableben den Durchhaltewillen der Partei zum Bau der WAA beeinflusste, lässt sich nicht sicher sagen, die Vermutung liegt aber nahe, dass sich das Ende der WAA weiter hinausgezögert hätte, wenn der „starke Mann“ der CSU nicht verschieden wäre.

Sicher ist hingegen, dass Tschernobyl einen entscheidenden Wendepunkt für den Widerstand gegen die WAA bedeutete. Die dadurch verursachten Ängste und Zukunftssorgen der Bevölkerung, sowie die Enttäuschung über die Hilflosigkeit der Behörden angesichts des nuklearen Niederschlags und seiner Folgen ließen in weiten Teilen der Bevölkerung Zweifel aufkommen, ob die Behörden in der Lage wären, bei Störfällen in einer neu entwickelten und ungetesteten Nuklearanlage im eigenen Land für die Sicherheit der Bürger zu garantieren. Viele zuvor unbeteiligte Deutsche schlossen sich den Widerständlern an und auch aus dem Nachbarland Österreich erhielt die WAA Gegenwind. Auch für Erlangen hätte ein Störfall in der WAA Konsequenzen haben können und die Castor-Transporte wären teilweise über die durch Erlangen verlaufende Eisenbahnstrecke transportiert worden. Daher verwundert es nicht, dass sich zahlreiche Erlanger Bürger an den Demonstrationen beteiligten und die Auseinandersetzungen um die WAA auch innerhalb der Bürgerschaft heftige Debatten auslösten. Die Mütter gegen Atomkraft waren auch selbst an der Organisation des Widerstandes gegen die WAA beteiligt. Wie aufgezeigt, kamen im Rahmen der Proteste einige Erlanger Bürger in den Konflikt mit dem Gesetz.

Die Härte, mit welcher die bayerische Staatsregierung auf verbaler Ebene, sowie mittels Polizei und Rechtsmitteln gegen die Gegner der WAA vorgingen, stachelte diese zusätzlich an, anstatt zur Deeskalation beizutragen. Noch Jahre nach dem Ende der WAA hatten sich deutsche Gerichte mit tausenden von Gerichtsfällen zu befassen, die vom Widerstand gegen die WAA herrührten. Doch auch der Widerstand hat sich zur Gewaltanwendung hinreißen lassen, denn er ließ zu, dass gewaltbereite Autonome friedliche Demonstrationen zu ihren Schlacht-

---

<sup>306</sup> „Ein nukleares Neuschwanstein“. Was soll nun aus der WAA werden? Zukunft vorläufig ungewiss – wie alles anfang vor mehr als einem Jahrzehnt, 14.04.1989, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

feldern umfunktionierten und solidarisierte sich sogar teilweise explizit mit diesen „alternativen Protestformen“. Die Gewaltentgleisungen im Zuge des Widerstands gegen die WAA hatten auch dauerhafte legislative Konsequenzen, wie etwa das 1985 beschlossene Vermummungsverbot und führte von Bayern ausgehend zu einer Aufrüstung der Polizei mit CS-Gas und Gummigeschossen.

### 3.4 Weitere Themen mit Kernenergiebezug in den Erlanger Nachrichten

Das Thema WAA war mit insgesamt mindestens 646 Zeitungsmeldungen im Beobachtungszeitraum das größte Thema nach Tschernobyl und somit praktisch ständig in der Zeitung präsent, allerdings bei weitem nicht als einziges. Aus Platzgründen können hier allerdings nur die wichtigsten Themen kurz erwähnt werden.

So gab es unter anderem eine Reihe von Skandalen um die Kerntechnikfirma Nukem und ihre Tochterfirmen Transnuklear, Alkem und RBU.<sup>307</sup> Dabei ging es unter anderem um fahrlässigen Umgang mit hochradioaktivem Material in Laboren der Firmen,<sup>308</sup> ungenehmigten Import von ca. 2.000 Fässern mit hochradioaktivem Abfall aus Belgien, der als leichtradioaktiv deklariert war,<sup>309</sup> Korruptionsvorwürfe gegen einige hochrangige Beamte, die für die Betriebsgenehmigungen der Produktionsstätten der Firmen verantwortlich waren,<sup>310</sup> sowie Vorwürfe, die Firmen hätten Technologie und Materialien nach Libyen und Pakistan geliefert, welche von diesen Ländern für die Entwicklung von

---

<sup>307</sup> Aus Platzgründen wird für jedes Ereignis nur ein Zeitungsartikel als Quellenbeleg angeführt. Für vertiefte Informationen: Traube, Klaus: Der Atom-Skandal. Alkem, Nukem u.d. Konsequenzen, Reinbek bei Hamburg, 1988; Stephany, Manfred: Zur Geschichte der NUKEM. 1960 bis 1987, Norderstedt, 2005; Hafner, Georg M. / Jacoby, Edmund (Hg.): Die Skandale der Republik. 1949 - 1989; von der Gründung der Bundesrepublik bis zum Fall der Mauer, Reinbek bei Hamburg, 1994.

<sup>308</sup> Plutonium-Unfälle in Hanauer Nuklearfirmen. Ein Beschäftigter der Nukem durch radioaktive Substanz belastet. Auch Alkem betroffen - Bonner Kritik an verspäteter Information, 14./15.03.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>309</sup> Der Skandal um Transnuklear weitet sich aus. Atommüll vertauscht: aus Belgien kamen Plutonium- und kobalthaltige Abfälle zurück. Umweltminister Töpfer spricht von „ungeheuerlichen Vorgang“ – Hintergründe ungeklärt, 17.12.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 4.

<sup>310</sup> Acht Beschäftigte durch Plutonium belastet. Die Auswirkungen des Unfalls bei der Hanauer Nukem waren größer als bisher vermutet. Weitere Untersuchungen - Ermittlungen um illegalen Betrieb auch gegen Minister Steger, 17.03.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 2.

Kernwaffen genutzt werden könnten.<sup>311</sup> Ein weiteres ständig präsent Thema waren Störfälle in deutschen Reaktoren wie etwa Biblis, bzw. die Meldepolitik der Betreiber, denen von Kernkraftgegnern eine Vertuschungs-, bzw. Verschleppungspolitik vorgeworfen wurde.<sup>312</sup>

Außerhalb Deutschlands machten vor allem der Bau eines Reaktors im französischen Cattenom nahe der deutschen Grenze, sowie ein schwerer Unfall mit alten Röntgengeräten im brasilianischen Goiânia Schlagzeilen. Dort stahlen 1987 Schrottdiebe aus einer verlassenen Klinik Teile eines Röntgengeräts und verkauften es an einen Schrotthändler. Dieser öffnete die Strahlenkapsel und nahm das bläulich leuchtende Cäsiumoxid mit nach Hause, um es seiner Frau zu zeigen. Über mehrere Stationen wurde das Cäsium in große Teile der Stadt verschleppt, 249 Menschen wurden kontaminiert, mindestens fünf starben an den Folgen.<sup>313</sup>

---

<sup>311</sup> Töpfer legt Hanauer Atomfirma Nukem still. Konsequenz aus den jüngsten Enthüllungen über den Skandal um Tochtergesellschaft Transnuklear. Weisung an den hessischen Amtskollegen – in illegale Entsorgungspraktiken verstrickt – erstmals Verdacht auf Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag – Uran 235 an Pakistan oder Libyen geliefert?, 15.01.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>312</sup> Störfall in Biblis? Angeblich Monate geheim gehalten. Bericht eines US-Fachblatts, 05.12.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

<sup>313</sup> Ein schwerer Strahlenunfall mit Cäsium 137. Dutzende kamen auf einem Schrottplatz in Brasilien mit dem Material in Berührung. Teile stammten aus abgerissener Klinik – starke Verbrennungen und andere Schädigungen, 02.10.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 11; Wikipedia: Goiânia-Unfall, <https://de.wikipedia.org/wiki/Goi%C3%A2nia-Unfall> [letzter Zugriff: 09.05.2017].



## 4 Die Reaktion der Stadt Erlangen auf Tschernobyl

Wie die Analyse der Berichterstattung der Erlanger Nachrichten zeigt, war die Kernkraft im Betrachtungszeitraum ein außerordentlich prominentes Thema, das in vielen einzelnen Facetten ständig für Schlagzeilen sorgte. Neben der Berichterstattung über Tschernobyl und die WAA gilt es aber natürlich auch, die Ereignisse in der Stadt Erlangen selbst zu untersuchen. Wie bereits erwähnt, wird die Betrachtung Erlangens gerade durch die besondere Konstellation der vorhandenen Akteure interessant, welche die gesamtgesellschaftliche Debatte auf lokalem Raum widerspiegeln. Daher soll in diesem Kapitel zunächst die Reaktion der Stadt Erlangen als Beispiel für den Umgang der Behörden mit Tschernobyl untersucht werden. In den folgenden Kapiteln werden stellvertretend der Verein „Mütter gegen Atomkraft“ für die Kernkraftgegner und die KWU für die Kernkraftbefürworter untersucht.

### 4.1 Die Katastrophe erreicht Erlangen

Von Tschernobyl ausgehende Radionuklide waren in Erlangen am 29.04.1986 niedergegangen, gemessen gegen 18 Uhr mit einem automatischen Luftüberwachungsgerät auf dem Werksgelände der Firma FAG Kugelfischer, welche diese Geräte unter anderem für die Außenüberwachung von Kernkraftwerken herstellte. Durch die Meldung der FAG wusste die Stadtverwaltung sehr früh, dass die Stadt von der Strahlung erreicht worden war. Am 30. April ermittelte das Institut<sup>34</sup> für Radiologie eine im Vergleich zur normalen Hintergrundstrahlung um den Faktor 3 bis 4 erhöhte Luftradioaktivität. Am 1. Mai wurde von den Messgeräten der FAG Kugelfischer und dem Physikalischen Institut ein weiterer massiver Radioaktivitätsanstieg um den Faktor 20 der natürlichen Strahlung ermittelt, welcher den im Radio verbreiteten offiziellen Verlautbarungen widersprach, die für ganz Deutschland einen Rückgang der Strahlenbelastung vermeldeten. Am Tag darauf informierte das Institut mittels der Erlanger Nachrichten die Öffentlichkeit über den Unterschied zwischen den öffentlichen Verlautbarungen der

---

<sup>34</sup> Alle genannten Institute sind Teil der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg.

Bundesregierung und den tatsächlichen Messwerten. Man begann mit kontinuierlichen Messreihen von Boden, Gras und Nahrungsmitteln, die Werte wurden an das Erlanger Umweltamt weitergeleitet.<sup>315</sup>

Dort gingen sofort nach dem Bekanntwerden des Eintreffens der Strahlung Anfragen von Bürgern ein, die unter anderem von Frau Ursula Mann<sup>316</sup> entgegengenommen wurden. Da das Umweltamt von den übergeordneten Behörden zu diesem Zeitpunkt keine Messwerte erhalten hatte, es noch keinerlei übergeordnete Koordinationsstellen und keine Reaktionspläne gab und man den Bürgern somit keine Auskunft geben konnte, wandte sie sich an Dr. Helmut Pfister<sup>317</sup>, der damals am Institut für Radiologie arbeitete und gleichzeitig für die unter dem Oberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg regierende SPD im Stadtrat saß. Pfister hatte daraufhin die Idee, die besonderen Voraussetzungen Erlangens mit den entsprechenden Firmen und der Universität zu nutzen, um zusammen mit anderen Kommunen Mittelfrankens eine Arbeitsgruppe zu gründen, welche dazu dienen sollte, sich selbst zu belastbaren Informationen und Empfehlungen zu Ernährung und Strahlenschutz zu verhelfen, damit man in dieser Hinsicht nicht weiter vollends auf die Landes- und Bundesregierung angewiesen war.

Diese Idee fand sofort die Zustimmung des Oberbürgermeisters und am 6. Mai fand das erste Koordinierungsgespräch zwischen den Städten Erlangen, Nürnberg, Fürth, Schwabach, dem Institut für Radiologie<sup>318</sup>, dem Institut für Arbeitsmedizin und dem Physikalischen Institut der Universität Erlangen-Nürnberg, dem staatlichen Gesundheitsamt und der Firma FAG Kugelfischer statt. Noch am selben Tag wurden erste Empfehlungen herausgegeben, die am 9. Mai nochmals ergänzt wurden.

Ebenfalls am 6. Mai richtete das Umweltamt einen permanenten telefonischen Informationsdienst ein, bei dem in den nächsten Wochen und Monaten zahllose Anrufe eingingen und bot den Erlangern ab dem 7. eine Untersuchungsstelle für Lebensmittel an, bei der Bürger selbst

---

<sup>315</sup> Pauly et al.: Auswirkungen von "Tschernobyl" auf Mittelfranken. Bewertung am Beispiel Erlangen und Umgebung, S. 42-44.

<sup>316</sup> Frau Ursula Mann wurde für diese Arbeit interviewt. Sie hat eine Fachschulausbildung zur Umwelttechnikerin und arbeitet noch heute im Umweltamt als Umweltingenieurin. Interview mit Ursula Mann, S. 1.

<sup>317</sup> Helmut Pfister konnte leider nicht interviewt werden, da er bereits verschieden ist.

<sup>318</sup> Heute das Institut für medizinische Physik.

Proben abgeben konnten. Insbesondere von dem Angebot, Muttermilch messen zu lassen, wurde reger Gebrauch gemacht, so dass sich bei Frau Mann „bald die Proben mit Muttermilch auf dem Schreibtisch stapelten“,<sup>319</sup> die Messungen ergaben allerdings keinerlei besorgniserregenden Ergebnisse. Ab dem 12. Mai lagerte die Stadt wie bereits erwähnt den anfallenden Klärschlamm ein, anstatt ihn zu verwerten. Zwei Tage später stellte die Stadtverwaltung drei Diplom-Physiker für Messungen und Untersuchungen der Strahlung ein.

Diese unterstützten die Arbeitsgruppe, der sich immer weitere Kommunen<sup>320</sup> und auch die KWU anschlossen. Mit großem Aufwand, persönlichem Einsatz und der fachkundigen Expertise der zwei Firmen, der Institute und des Umweltamtes wurden verschiedenste Messungen und Versuche durchgeführt. So wurde etwa in der vierten Ausgabe der Empfehlungen vom 22. Mai das damals viel diskutierte Spielen in Sandkästen als unbedenklich eingestuft. Laut Frau Mann kam man zu dieser Erkenntnis, nachdem man sorgfältig abgeschätzt hatte, wieviel Gramm Sand ein Kind in einer durchschnittlichen Spielphase isst, da die Ingestion von Radionukliden deutlich gefährlicher als äußerer Kontakt ist. Da die Strahlendosis durch die durchschnittliche Ingestion allerdings auch bei unrealistischen Mengen von gegessenem Sand vernachlässigbar war, konnte das Spielen für unbedenklich erklärt werden.

## 4.2 Der Bericht der Arbeitsgruppe

Bis August 1986 maßen die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe über 1.000 Proben von Luft, Boden, Bewuchs, Futter- und Nahrungsmitteln, Trinkwasser und anderen Umweltkompartimenten wie Gewässer und Klärschlamm.<sup>321</sup> In ihrem Auftrag erarbeiteten das Institut für Radiologie unter Prof. Dr. Pauly und das Physikalische Institut unter Prof. Dr. Witthuhn auf dieser Basis einen umfassenden Bericht, der im August 1986 veröffentlicht wurde. Dieser sollte den Bürgern umfassende Informationen zur Strahlungssituation aus einer Hand bieten, sowie ihnen erklären, wie diese Daten zu bewerten sind und welche Probleme sich dabei auftun.

---

<sup>319</sup> Ebd., S. 1.

<sup>320</sup> Wie bereits erwähnt, waren Ansbach, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Schwabach sowie die Landkreise Ansbach, Erlangen-Höchstadt, Forchheim, Fürth, Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim, Nürnberger Land und Roth beteiligt.

<sup>321</sup> Ebd., S. 1.

Dafür wurde zunächst das „Rem- und Bequerel-Wirrwarr“<sup>322</sup>, sowie die Einheiten Rad und Röntgen erklärt, um den Bürgern diese „völlig unnötige Verwirrung“<sup>323</sup> mit den neuen und alten Einheiten zu nehmen. Gleichfalls wurde erläutert, warum gemessene Radioaktivitätswerte nicht mit tatsächlicher Belastung der Bürger gleichzusetzen sind.<sup>324</sup> Die Messmethodik und ihre Grenzen wurden erklärt und ein Vergleich zwischen der natürlichen und der durch Tschernobyl entstandenen Strahlenexposition gezogen.<sup>325</sup> Basierend auf den Messwerten bot der Bericht Prognosen für die durchschnittliche Strahlenexposition aus verschiedenen Expositionswegen. Hier wurde zwischen interner Belastung durch Nahrung mit den Untergruppen Milch und Milchprodukte sowie Muttermilch, Fleischwaren, Obst und Gemüse, Trinkwasser und Atmung, sowie der externen Belastung unterschieden. Bei dieser wurde Liegen auf oberflächlich kontaminierten, versiegelten Flächen und das Spielen in Sandkästen berücksichtigt. Bei der Betrachtung des Aufenthalts auf Flächen wurde sogar die Belastung für 10 Tage Bergkirchweih mit jeweils 10 Stunden Aufenthalt auf Bierbänken berücksichtigt.<sup>326</sup>

Anhand dieser Analyse von verschiedenen Expositionssituationen und -quellen sollte der Bericht die Bürger in die Lage versetzen, selbst eine Abschätzung ihrer persönlichen Strahlenbelastung vorzunehmen, für den „Durchschnittserwachsenen“ und das „Durchschnittskleinkind“ wurden fertige Schätzungen für die kurz- und langfristige Exposition angeführt. Basierend auf Schätzungen der International Commission of Radiation Protection (ICRP) gibt der Bericht Schätzungen von 600-6.000 Krebstoten in Deutschland über die nächsten 50 Jahre und 240-2.400 Fälle von genetischen Schäden pro Generation an, ohne allerdings derartige Abschätzungen für Erlangen zu treffen.<sup>327</sup>

Dazu warnt er vor den sogenannten „Heißen Teilchen“, größeren Stücken reiner Radionuklide, welche in Erlangen in Luftfiltern aufgefun-

---

<sup>322</sup> Ebd., S. 3.

<sup>323</sup> Ebd.

<sup>324</sup> Die Erklärung dieses Sachverhalts ist zu komplex, um ihn an dieser Stelle anzuführen. Nachzuschlagen zum Beispiel unter: Wikipedia: Sievert (Einheit), [https://de.wikipedia.org/wiki/Sievert\\_\(Einheit\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Sievert_(Einheit)) [letzter Zugriff: 10.05.2017].

<sup>325</sup> Pauly et al.: Auswirkungen von "Tschernobyl" auf Mittelfranken. Bewertung am Beispiel Erlangen und Umgebung, S. 6.

<sup>326</sup> Ebd., S. 11-29.

<sup>327</sup> Ebd., S. 32-36.

den wurden. Diese Teilchen, die etwa in der Häufigkeit  $1/m^2$  Außenfläche vorlagen, strahlten besonders intensiv. Am Schuh eines Mitarbeiters der Radiologie wurde ein Teilchen reinen Rutheniums (Ru 103 und Ru 106) gefunden, das mit ca. 4.000 bq strahlte. In den Luftfiltern, wie sie etwa in Klimaanlage verbaut werden, fanden sich hohe Konzentrationen dieser Teilchen, da sich hier die Radionuklide großer Luftmassen konzentrierten. Diese Erkenntnis wurde vom Erlanger Umweltamt sofort an das Umweltministerium in München weitergegeben, zusammen mit der expliziten Warnung vor dem Ausbau der Filter ohne Schutzausrüstung. Das Ministerium verbreitete die Meldung erst mit mehreren Tagen Verzögerung und schlug zur Lösung des Problems vor, die Filter für zwei Monate einzulagern und dann im Hausmüll zu entsorgen.<sup>328</sup> Diese Empfehlung stellte „allerdings alle üblichen Verhaltensmaßregeln im Umgang mit radioaktiven Abfällen auf den Kopf und sollte von den kommunalen Verwaltungen nicht befolgt werden“,<sup>329</sup> wie die Arbeitsgruppe urteilte. Hier zeigte sich der bereits im Umgang mit der Molke deutlich gewordene Wille der bayerischen Landesregierung, strahlenden Abfall möglichst nicht als nuklearen Sondermüll einstuft zu lassen, um die teure Endlagerung zu umgehen.

1997 veröffentlichte die Arbeitsgruppe eine Follow-up-Studie, in der das Verhalten der langlebigeren Radionuklide in der Umwelt untersucht und daraus statistische Prognosen der langfristigen gesundheitlichen Folgen gezogen wurden. Sie ergab, dass die Strahlenexposition in Erlangen Ende Mai 1986 vor allem aufgrund der kurzen Halbwertszeit von Jod 131 rapide abnahm, und sich der Abbau danach verlangsamte. Für die langfristige Strahlenexposition zeichnete laut dem Bericht vor allem Cäsium 137<sup>330</sup> verantwortlich, welches sich je nach Bodenbeschaffenheit im Erdboden festsetzt und über Pflanzen, Pilze und Pflanzenfresser den Weg in die menschliche Ernährung finden kann. Zwei Jahre nach der Katastrophe ergaben die Messungen von Nahrungsmitteln in Erlangen fast ausschließlich Ergebnisse knapp über der gammaskopimetrischen<sup>331</sup> Nachweisgrenze und weit unterhalb der entsprechenden

---

<sup>328</sup> Ebd., S. 41–42.

<sup>329</sup> Ebd., S. 42.

<sup>330</sup> CS 137 war etwa für 90% der Bodenaktivität verantwortlich, CS 134 für 9% und Rh/RU 106 für 1%. Pfister et al.: Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl im Stadtgebiet Erlangen, S. 1.

<sup>331</sup> Verfahren zur Gamma-Aktivitätsmessung von Festkörpern.

Grenzwerte. Insgesamt betrug die durch Tschernobyl verursachte Strahlung des Bodens 1996 in Erlangen noch etwa 7% der Höhe der natürlichen Strahlung, die Gesamtexposition war durch den Reaktorunfall 10 Jahre später noch 0,5 bis 1,0% erhöht.<sup>332</sup> Die Langzeituntersuchung ergab, dass ein durchschnittlicher Erlanger Bürger, der im Jahr 1966 geboren wurde, insgesamt auf seine Lebenszeit verteilt 0,48 mSv zusätzliche Strahlungsdosis bekommen hat. Im gleichen Zeitraum erhielt er 2,12 mSv durch den Fallout von oberflächlich durchgeführten Kernwaffentests und 88 mSv durch natürliche Strahlung.<sup>333</sup> Die zusätzliche Dosis auf Lebenszeit entsprach etwa dem von vier Monaten natürlicher Strahlung, das zusätzliche Strahlenrisiko schätzte der Bericht somit als sehr niedrig ein. Damit stand das Risiko nicht in Relation zu der von Tschernobyl verursachten Panik, eine Aussage, die sich allerdings erst aus der wissenschaftlichen Langzeitbeobachtung ergab und in den Jahren nach Tschernobyl wohl von Teilen der Bevölkerung als „Beschwichtigungsversuch“ gewertet worden wäre.

### 4.3 Bewertung der Reaktion der Stadt Erlangen auf Tschernobyl

Die Stadt Erlangen stand nach Tschernobyl wie wahrscheinlich alle deutschen Kommunen vor einem Dilemma. Besorgte, manchmal panische Bürger verlangten Auskunft über die Gefahr, wollten Messwerte, Empfehlungen, Schutzvorkehrungen und Notfallpläne wissen, bzw. in Erfahrung bringen, wie sehr sie sich etwa bei einer Gartenfeier verstrahlt hätten, oder wieviel Strahlung ihre Kinder beim Spielen im Sandkasten getroffen hätte. Diesem Informationsbedarf stand man anfangs mit völlig leeren Händen gegenüber, da zunächst weder von der Bundes- noch von der Landesregierung brauchbare Informationen verteilt wurden. Anders als viele andere Kommunen verfügte Erlangen aber mit der Universität und den Firmen über die Mittel, sich diese Informationen selbst zu beschaffen. So war es folgerichtig, dass Erlangen die Arbeitsgruppe gründete und koordinierte, die zu einem Musterbeispiel für kommunale Kooperation und schnelle Reaktion auf eine bisher ungekannte Katastrophe wurde. Die unabhängigen Empfehlungen der Arbeitsgruppe widersprachen teilweise deutlich den Verlautbarungen der Bundes- und Landesregierung und halfen der Bevölkerung

---

<sup>332</sup> Ebd., S. 1–2.

<sup>333</sup> Ebd., S. 42.

Mittelfrankens durch diese zusätzlichen Informationen ihre eigene Gefährdung abzuschätzen und durch das Befolgen der Ratschläge deutlich zu reduzieren. Auch wenn dies natürlich nicht messbar ist, scheint es wahrscheinlich, dass die Arbeitsgruppe damit zum einen wesentlich zur Besänftigung von Ängsten von Teilen der Bevölkerung beigetragen hat. Zum anderen scheint es nicht weit hergeholt zu vermuten, dass der Widerspruch zwischen den Veröffentlichungen der Stadt und der Arbeitsgruppe zu den Verlautbarungen der Bundes- und Landesregierung das Misstrauen mancher Bürger gegenüber letzteren gesteigert und somit möglicherweise indirekt politischen Aktivismus in Teilen der Bürgerschaft gefördert hat.

Erlangen war natürlich nicht die einzige Großstadt, die sich mit der Strahlung und der dadurch verursachten Hilflosigkeit der Bevölkerung auseinandersetzen hatte. Allerdings war es laut den Recherchen des Autors bei weitem die kleinste Großstadt, die derart umfangreiche eigene Forschungen unternommen hat und die Ergebnisse in Berichten festhielt, die anderen ermittelten Berichte stammen aus Metropolen wie Hamburg, Bremen und München. Auch die Art des von der Arbeitsgruppe geschaffenen Zweckbündnisses, das Städte, Landkreise, Firmen und Institute der Friedrich-Alexander-Universität beinhaltete, scheint einzigartig gewesen zu sein.



## 5 Der Verein Mütter gegen Atomkraft (MgA)

Dass durch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe allerdings nicht sämtliche Bedürfnisse der Bürgerschaft erfüllt und alle Bedenken ausgeräumt werden konnten, zeigt sich an dem Verein Mütter gegen Atomkraft, der nach Tschernobyl gegründet wurde. Die Archivarin des Erlanger Ortsverbandes Frau Sabine Klier hat freundlicherweise, wie bereits erwähnt, das gesamte Vereinsarchiv des Ortsverbandes<sup>334</sup> für diese Arbeit zur Verfügung gestellt.

### 5.1 Vereinsgründung

Die Grundlage für die Entstehung des Erlanger Ortsverbandes der MgA wurde Anfang Juni 1986 geschaffen, als in Erlangen mit Fördermitteln der Stadt ein Mütterzentrum errichtet wurde, das unter anderem Informations- und Kulturveranstaltungen, sowie Kinderbetreuung für Mütter bot. In dessen Rahmen gründete sich der Arbeitskreis „Tschernobyl – was nun?“. In diesem „schlossen sich besorgte Mütter zusammen, die den Veröffentlichungen der Bundesregierung über die Harmlosigkeit der Wirkung radioaktiver Strahlung nicht so recht trauten und selber etwas tun wollten.“<sup>335</sup> Die Mütter fühlten sich mit einer plötzlichen Bedrohung für sich und das Leben ihrer Kinder konfrontiert und sahen sich von Bundes- und Landesregierung im Stich gelassen, wie Klier in einem Vortrag über die MgA beschrieb:

Es fing alles ganz harmlos an; ich hörte von einer Wolke, die von Tschernobyl aus nach Schweden zog und dachte mir nichts dabei. Erst als mein Sohn schon im verstrahlten Sand gespielt hatte – wir haben weder Fernsehen noch hörte ich damals intensiv Radio, wurde ich hellhörig. Ich fühlte in mir Wut, Angst und ein Gefühl der Ohnmacht aufsteigen, gegen diesen unseren Staat, der uns aus Rücksicht auf eigene Interessen in die Katastrophe hineinrennen ließ, weil wir viel zu spät informiert wurden. Nachts überlegte ich, ob mein damals noch ungeborenes Kind wohl gesund auf die Welt kommen würde. Welche noch unverseuchten Lebensmittel zu besorgen seien, wieviel rem mein Sohn wohl abbekommen hat usw. Jede Mutter wird in diesen Tagen gleiches durchgemacht haben!!!<sup>336</sup>

---

<sup>334</sup> Das Vereinsarchiv besteht aus 18 Ordnern.

<sup>335</sup> Arbeitskreis im Mütterzentrum Erlangen, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>336</sup> Vortrag von Sabine Klier über die Mütter gegen Atomkraft, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 2.

Um mit diesen Gefühlen umgehen zu können, beschlossen die Mütter, sich zunächst mit den Grundlagen der komplexen Materie der Kerntechnik und radioaktiver Strahlung zu befassen und sich somit in die Lage zu versetzen, die in den Medien kursierenden Messwerte und Argumente selbst zu bewerten.<sup>337</sup> Dadurch erfuhren sie, dass aus Kernkraftwerken auch im Normalbetrieb eine gewisse Menge Strahlung entweicht und dass die geplante WAA laut ihrer Gegner noch höhere Emissionen verursacht hätte. Daraufhin setzten sie sich das Ziel, auf „regionaler Ebene Einfluss auf politische Prozesse und Entscheidungen“<sup>338</sup> gegen die Atomkraft zu nehmen und schlossen sich dem Verein Mütter gegen Atomkraft an.

Der gegen Ende Mai 1986 in München eingetragene Verein hatte sich auf Initiative von Müttern aus Starnberg gegründet, die sich über die Schule ihrer Kinder kennen gelernt und in Folge beschlossen hatten, gegen die Kernkraft aktiv zu werden. Ihrem per Zeitungsannonce publizierten Aufruf, am 11.05.1986, dem damaligen Muttertag, ein Strahlenzeichen aus Muttertagssträußen (vgl. Abb. 19) auf dem Münchener Marienplatz niederzulegen, folgten etwa 1.000 Frauen.<sup>339</sup> Nachdem daraufhin zahllose besorgte Mütter bei der Gründerin Cornelia Blomeyer und



Abbildung 19: Niederlegung von Muttertagssträußen in München am 11.05.1986.

ihren Mitstreiterinnen anriefen, wurde ihnen klar, dass der offensichtlich existierende Informationsbedarf nur mit geordneten Strukturen und Arbeitsteilung bewältigt werden könnte, woraufhin sie den Verein gründeten. Sie wollten der Öffentlichkeit verlässliche Informationen zu Tschernobyl bieten, sowie auf den Atomausstieg und eine umwelt- und sozialverträgliche Energiepolitik hinarbeiten.<sup>340</sup>

---

<sup>337</sup> Arbeitskreis im Mütterzentrum Erlangen.

<sup>338</sup> Ebd.

<sup>339</sup> Website des Vereins Mütter gegen Atomkraft e.V., <http://www.muettergegenatomkraft.de/> [letzter Zugriff: 16.05.2017].

<sup>340</sup> Kirchhof: Frauen in der Antiatomkraftbewegung, S. 49.

Dafür gliederte sich der Verein in einen aus drei Frauen bestehenden Vorstand, in zentrale Arbeitsgruppen (genannt ZAGs), die Informationsmaterial erarbeiteten, das dann den Mitgliedern zur Verfügung gestellt wurde, sowie in regionale Arbeitsgruppen (RAGs), welche die Arbeit in den Ortsgruppen koordinierten. Die Arbeitsgruppen befassten sich spezialisiert mit jeweils einem der Kernthemen des Vereins, wie etwa Ernährung, Energie, Kinder von Tschernobyl, Öffentlichkeitsarbeit, Außenpräsentation oder Film. Eine Arbeitsgruppe hatte im Betrachtungszeitraum meist ca. 15 Mitglieder. Die Erlanger Ortsgruppe erreichte insgesamt eine Höchstzahl von etwa 50 Mitgliedern.<sup>341</sup> Der Verein erreichte 1988 mit 2.200 Mitgliedern seine größte personelle Stärke mit 41 Orts- und etwa 141 Regionalgruppen, die überwiegend, aber nicht ausschließlich in Bayern beheimatet waren. 2014 waren noch etwa 900 Mitglieder aktiv, der Erlanger Ortsverband stellte 1992 seine Arbeit ein, ohne sich offiziell aufzulösen.<sup>342</sup>

## 5.2 Verortung in der Umwelt- und Frauenbewegung

Die Entstehung der „Mütter gegen Atomkraft“ ist also untrennbar mit Tschernobyl verknüpft. Plötzlich von einer perzipierten Gefahr für das Leben ihrer Kinder bedroht, wurden auf einmal Mütter und werdende Mütter aktiv, die sich vorher oft nicht für die beruflich, wissenschaftlich und im gesellschaftlichen Diskurs von Männern dominierte Thematik der Kernenergie interessiert hatten und teilweise wie Frau Klier nach eigener Aussage nur wussten, „dass der Strom aus der Steckdose kommt“.<sup>343</sup> Dabei handelte es sich nicht um ein auf Erlangen und München beschränktes Phänomen. Die 1986 erschienene Broschüre „Tschernobyl Initiativen“ listete 139 neu gegründete Initiativen auf, von denen 37% reine Müttergruppen und weitere 27% die Wörter „Eltern“ oder „Mütter und Väter“ in Namen trugen. In 75% dieser Gruppierungen waren Frauen Initiatorinnen oder Kontaktpersonen.<sup>344</sup> Auch vorher gab es bereits rein weibliche Anti-Atomkraft-Initiativen, bzw. Umweltbewegungen wie etwa die „Neuen Hexen“.<sup>345</sup> Der Bezug auf das

---

<sup>341</sup> Interview mit Sabine Klier vom Verein Mütter gegen Atomkraft, S. 1.

<sup>342</sup> Kirchhof: Frauen in der Antiatomkraftbewegung, S. 49.

<sup>343</sup> Vortrag von Sabine Klier über die Mütter gegen Atomkraft, S. 2.

<sup>344</sup> Kirchhof: Frauen in der Antiatomkraftbewegung, S. 49.

<sup>345</sup> Ebd., S. 50.

essentialistische Konzept der Mütterlichkeit bzw. der Elternschaft war allerdings ein Alleinstellungsmerkmal der nach Tschernobyl gegründeten Initiativen. Diese scheint somit Frauen und insbesondere Mütter in besonderem Maße angesprochen, bzw. emotional betroffen zu haben.<sup>346</sup>

Auf den ersten Blick erscheint es dabei angesichts der Namensgebung des rein weiblichen Teils dieser Vereine in der Anti-Atomenergie-Bewegung überraschend, dass sich viele nicht oder nur teilweise mit der Frauenbewegung identifizierten. Dies galt auch für die MgA, die sich vor allem in ihrer Anfangszeit explizit nicht in der westdeutschen Frauenbewegung verorteten und die damit zusammenhängenden Themen laut eigener Aussage nie komplett in den Vordergrund ihrer Vereinstätigkeit gestellt haben.<sup>347</sup> Die MgA sahen sich stattdessen als Teil der Umwelt- und vor allem der Antikernkraftbewegung. Letztere entstand 1957 als lokaler Protest von Bürgermeister\*innen und Stadt- und Gemeindeverwaltungen gegen die Forschungsreaktoren in Jülich und Karlsruhe. Die ersten überregionalen Proteste gab es gegen das Kernkraftwerk in Würgassen, zur Massenbewegung wurde die Bewegung allerdings erst ab 1975 mit den Protesten gegen den Bau der Kernkraftwerke Wyhl und Gorleben.<sup>348</sup>

Die allgemeine Umweltbewegung hatte in den 1970ern ihre „Take-off-Phase“,<sup>349</sup> in der die Umweltbewegung eine bisher ungesehene Breitenwirkung und eine neue Ausrichtung mit „globalem geistigen Horizont“<sup>350</sup> entwickeln konnte und sich zunehmend vernetzte.<sup>351</sup> Radkau bezeichnete die 70er Jahre als „ökologische Dekade“<sup>352</sup> und die Umweltbewegung als „Signatur einer Ära“,<sup>353</sup> in der auch erst der Begriff „Umwelt“ in den Sprachgebrauch eingegangen sei.<sup>354</sup> Die Katastrophe

---

<sup>346</sup> Radkau: Die Ära der Ökologie, S. 222.

<sup>347</sup> Kirchhof: Frauen in der Antiatomkraftbewegung, S. 48.

<sup>348</sup> Radkau, Joachim: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 - 1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek bei Hamburg, 1983, S. 440-442. Arndt: Tschernobyl, S. 18-20.

<sup>349</sup> Auf die Details der Entwicklung der Umweltbewegung kann im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Als Einstieg in das Thema empfiehlt sich Radkau: Die Ära der Ökologie, S. 14-37.

<sup>350</sup> Ebd., S. 28.

<sup>351</sup> Ebd.

<sup>352</sup> Ebd., S. 23.

<sup>353</sup> Ebd., S. 7.

<sup>354</sup> Ebd., S. 16.

von 1986 nennt Radkau die tiefste historische Zäsur seit dem Zweiten Weltkrieg mit enormen Auswirkungen auf die Umweltbewegungen, der „Tschernobyl-Effekt“<sup>355</sup> habe große Teile der (west-)deutschen Bevölkerung politisiert und zu Umweltaktivisten gemacht, sowie der Umweltbewegung auch global neue Kräfte zugeführt.<sup>356</sup>

Die im Rahmen von Tschernobyl von Frauen gegründeten Initiativen sollten aber laut Kirchhoff entgegen deren überwiegender Selbstwahrnehmung durchaus nicht nur als Teil der Umweltbewegung, sondern auch im Rahmen der Frauenbewegung betrachtet werden, denn deren rein weibliche Vorläuferinitiativen seien bereits seit dem Beginn der großen Umweltbewegung in den 1970ern von ökofeministischen Positionen beeinflusst.<sup>357</sup> Diese hätten einen „essentiellen Zusammenhang zwischen den Kategorien ‚Frau‘ und ‚Natur‘ formuliert“<sup>358</sup> und die „Ausbeutung der Natur mit der Unterdrückung von Frauen gleichgesetzt“.<sup>359</sup> Das Durchsetzen einer „Ökologisierung im Umgang mit der Natur“<sup>360</sup> würde auch eine „Enthierarchisierung des Geschlechterverhältnisses“<sup>361</sup> mit sich bringen. Aus der reproduktiven Fähigkeit von Frauen leitete man eine größere weibliche Naturnähe ab und schrieb den Frauen dadurch eine wichtige Rolle im Kampf für die „ökologische Erneuerung“<sup>362</sup> und gegen das rücksichtslose, scheinbar männliche Ziel des technischen Fortschritts um jeden Preis zu.<sup>363</sup>

Diese Verflechtung von weiblichem Anti-AKW-Aktivismus und feministischen Aspekten trifft laut Kirchhoff auch auf die MgA zu. Diese hätten sich trotz des Fokus auf den Widerstand gegen die Kernkraft ständig mit

---

<sup>355</sup> Ebd., S. 500. Siehe auch: Opp, Karl-Dieter / Roehl, Wolfgang / Gern, Christiane: Der Tschernobyl-Effekt. Eine Untersuchung über die Ursachen politischen Protests, Opladen, 1990.

<sup>356</sup> Radkau: Die Ära der Ökologie, S. 500. Zur Geschichte der Antiatomkraftbewegung siehe auch: Engels, Jens Ivo: Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung; 1950 - 1980, Paderborn [u.a.], 2006; Paul, Reimar: Chronologie einer Bewegung, Hamburg, 2012; Radkau: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 - 1975.

<sup>357</sup> Kirchhoff: Frauen in der Antiatomkraftbewegung, S. 50; Uekötter, Frank: Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen, 2015.

<sup>358</sup> Kirchhoff: Frauen in der Antiatomkraftbewegung, S. 50.

<sup>359</sup> Ebd.

<sup>360</sup> Ebd.

<sup>361</sup> Ebd.

<sup>362</sup> Ebd.

<sup>363</sup> Ebd.

dem eigenen Geschlecht und den damit verbundenen Themen befasst: „Identitätssuche, Frauensolidarität, Schaffung herrschaftsfreier Räume, Kooperationen zu anderen Frauen und Frauengruppen“.<sup>364</sup> In ihrem Selbstverständnis bezogen sich die MgA sowohl auf die Frauen-, als auch auf die im Vereinsnamen enthaltene Mütterrolle:

Über lange Zeit verfochten wir die These, dass Frauen, insbesondere Mütter, einen „heißeren Draht zum Leben“ hätten, dass technokratisches Denken und Handeln vor allem den Männern eigen sei und zu den Ereignissen von Bhopal, Seveso und Tschernobyl geführt habe. Unser Wille, solche technokratischen Verhältnisse zu ändern, und die Tatsache, dass vor allem die sich um ihre Kinder und die Zukunft sorgenden Mütter überall im Land gegen Atomkraft tätig wurden, schienen dieser These recht zu geben. [...] Warum protestierten die Männer nicht auch so laut wie wir? Warum reagierten die Väter viel lauer, eben anders als die Mütter? Waren sie grundsätzlich autoritätshöriger, weniger mutig, weniger emotional?<sup>365</sup>

An dieser Aussage zeigt sich der Einfluss der sogenannten Differenztheorie, welche für die MgA vor allem in den Anfangsjahren den Kern ihrer Selbstlegitimation darstellte. Diese Theorie geht von sozialen und biologischen Unterschieden der Geschlechter aus und will das für „Frauen spezifische sichtbar [...] machen und als nichtdefizitär und dadurch nicht mehr als Abweichung von der männlichen Norm herausstellen“.<sup>366</sup> Durch die Aufwertung des weiblichen „Andersseins“ sollte positiv auf das mit der Mutterschaft verbundene „gemeinsame Frauensein“<sup>367</sup> Bezug genommen und daraus Legitimation für das politische Engagement gezogen werden.<sup>368</sup> Der nicht per definitionem aber de facto zumindest in Erlangen rein weibliche Verein bot somit Frauen den Rahmen, sich in einem kollektiven Lernprozess zu politisieren, sich über von Männern dominierte Themen wie die Kernkraft zu informieren, gemeinsam Konzepte zu postulieren und diese solidarisch politisch umzusetzen.

Um diese neu geschaffenen Freiheiten wahrnehmen zu können, mussten sowohl die Frauen im Verein, die insbesondere in Erlangen häufig mit „Siemensianern“ und somit teilweise auch mit Mitarbeitern der

---

<sup>364</sup> Ebd., S. 48.

<sup>365</sup> Mühlenhardt-Jentz, Kristin: 20 Jahre Leben mit Tschernobyl, in: Mütter Courage (2006), S. 81–87, hier: S. 84.

<sup>366</sup> Kirchhof: Frauen in der Antiatomkraftbewegung, S. 51.

<sup>367</sup> Ebd.

<sup>368</sup> Ebd.

KWU verheiratet waren<sup>369</sup> und solche, die Kontakt zu dem Verein aufnehmen wollten, häufig „massive familiäre Widerstände“<sup>370</sup> überwinden. Briefe, welche die Vereinsgründerin Cornelia Blomeyer archiviert hat, zeugen von der emotionalen Einsamkeit und Hilflosigkeit vieler Frauen, welche aufgrund ihrer Ängste von ihrem familiären Umfeld und Freundeskreis belächelt wurden.<sup>371</sup> Für die Frauen der MgA war ihr Verein somit auch ein Ort, an dem sie sich ohne Sorge um die Meinung Dritter austauschen konnten und der ihnen gegenseitige Bestätigung, emotionale Absicherung und gemeinsame Verteidigung gegen Kritik von außen bot.

Aber auch ihre differenztheoretische Selbstlegitimation als schützende Mütter selbst führte mit der über die Zeit schwindenden Aktualität von Tschernobyl und dem damit einhergehenden zunehmenden Verlust eines gesellschaftsweiten Bedrohungsgefühls zu Rechtfertigungsschwierigkeiten für das Engagement der MgA. Ansatzpunkt der Kritik war dabei stets das selbst gewählte Mutterkonzept des Vereines und die Erwartungen, welche Teile der damaligen deutschen Gesellschaft an eine „Mutter“ stellte. Nach Auffassung radikalerer Feministinnen traten die MgA nicht strikt genug für die Befreiung der Frau von der Rolle der Mutter und Hausfrau ein. Die aus diesen Differenzen entstehenden Spannungen lassen sich auch in Erlangen feststellen. So wurde auf dem 9. „Treffen der Erlanger Frauengruppen“ der Antrag der MgA auf Fördergelder mit der Begründung abgelehnt, dass der Verein keine frauenspezifische Zielsetzung für die „Bewusstmachung und die Aufhebung der Diskriminierung von Frauen“<sup>372</sup> habe und von der geplanten Verwendung der Gelder etwa zur Erstellung und Anforderung von Messwerten nicht nur Frauen profitieren würden. Auch die in der Satzung der MgA festgeschriebene, aber tatsächlich zumindest in Erlangen wie gesagt aus Mangel an männlichen Interessenten nicht praktizierte Möglichkeit der Aufnahme von Männern wurde kritisiert und als Grund für die Ablehnung aufgeführt. Man empfahl den MgA zu deren Unmut, sich doch in „Eltern gegen Atomkraft“ umzubenennen.<sup>373</sup>

---

<sup>369</sup> Interview mit Sabine Klier vom Verein Mütter gegen Atomkraft, S. 2.

<sup>370</sup> Kirchhof: Frauen in der Antiatomkraftbewegung, S. 53.

<sup>371</sup> Ebd.

<sup>372</sup> Hohn, Petra: 9. Treffen der Erlanger Frauengruppen, 04.02.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1.

<sup>373</sup> Ebd., S. 1–2.

Auch von anderen Seiten wurden sie kritisiert, manchen „Vor-Tschernobyl“-Aktivisten traten sie als „Emporkömmlinge“ nicht radikal genug gegen die Kernkraft ein, und von Seiten der Kernkraftbefürworter wurden sie als „ahnungslose Frauen“<sup>374</sup> und „unverantwortliche“<sup>375</sup> leichtfertige Mütter beschimpft, die gegen eine „nicht existierende Gefahr ohne Fachkenntnisse rein emotional und parteiisch“<sup>376</sup> protestieren würden, anstatt ihrer Rolle als Mutter nachzukommen, die ja traditionell weder mit den Attributen radikal, noch leichtfertig verbunden wurde.<sup>377</sup> Auch wenn diese Kritik sicherlich nicht gerechtfertigt war, mussten die MgA dennoch erkennen, dass die den differenztheoretischen Ansätzen inhärenten „Tendenzen zur Festschreibung von Frauen auf ihnen traditionell zugewiesene Funktionen im Geschlechterverhältnis“<sup>378</sup> zwar im Schatten des nuklearen Fallouts eine Legitimation für ihr Handeln geliefert hatte, langfristig aber deren Nachteile überwogen. Drei Jahre nach Tschernobyl begaben sich die MgA daher in Klausur und entschieden, ihren Namen zu behalten, aber nicht mehr den Fokus auf die schützenden und bewahrenden Aspekte des Mutterseins zu setzen, sondern offensiver dafür einzutreten, das traditionelle Mutterbild zu reformieren, da die „Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen [das] Ergebnis geschlechterspezifischer Sozialisation und Arbeitsteilung und nicht [...] biologischer Gegebenheiten“<sup>379</sup> sei. Damit verbanden sie das Ziel, aus der öffentlich wahrgenommenen „Mutter-Ecke“<sup>380</sup> hinauszutreten und sich zu einer „ernstzunehmenden außerparlamentarischen Opposition“<sup>381</sup> zu entwickeln.<sup>382</sup>

---

<sup>374</sup> Kirchhof: Frauen in der Antiatomkraftbewegung, S. 53.

<sup>375</sup> Ebd.

<sup>376</sup> Ebd.

<sup>377</sup> Ebd.

<sup>378</sup> Ebd., S. 54.

<sup>379</sup> Ebd., S. 55.

<sup>380</sup> Ebd.

<sup>381</sup> Ebd.

<sup>382</sup> Eine wissenschaftliche Bewertung der Frage, inwieweit sie dieses Ziel erreichen konnten, geht leider über die Möglichkeiten und den Betrachtungszeitraum dieser Arbeit hinaus und muss daher vorerst ein Forschungsdesiderat bleiben. Ebd.

## 5.3 Forderungen und Ziele

Das Engagement der MgA, die sich selbst als parteilos und unabhängig bezeichneten,<sup>383</sup> befasste sich also in den Anfangsjahren kaum mit feministischen Fragen zur Rolle der Mutter, sondern richtete sich hauptsächlich gegen Atomenergie und -waffen sowie gegen das Vergessen von Tschernobyl und seinen Folgen. Das Erinnern an Tschernobyl empfanden sie als besonders wichtig, da in einem Radius von 2.000 km um Erlangen mehr als 200 Atommeiler stünden. Von Anfang an verfolgte der Verein neben der akuten Schadensbegrenzung der Folgen von Tschernobyl durch den Schutz von Müttern, schwangeren Frauen und Kindern und der Hilfe zum Selbstschutz vor weiteren Katastrophen daher den Atomausstieg und forderte ein energiepolitisches Umdenken hin zu erneuerbaren Energien. Dazu wollte man bei den Müttern ein „Bewusstsein für die Gefährlichkeit der Atomenergie“<sup>384</sup> wecken und sie vor den „dümmlichen Anzeigen der Atomlobby“<sup>385</sup> warnen.

Zusätzlich forderten sie dazu auf, sich nicht länger ausschließlich auf die Behörden zu verlassen, da sogar die Erlanger Behörden das Mütterzentrum bereits zweimal „versehentlich“<sup>386</sup> von der Empfängerliste für Messdaten gestrichen hätten.<sup>387</sup> Dies trug mit dazu bei, dass das vor allem auf der „Kommunikationskatastrophe Tschernobyl“ beruhende Misstrauen gegenüber den als unehrlich und parteiisch empfundenen Behörden auch in Erlangen eins der zentralen Argumente des Vereins im Streit um die Nutzung der Kernenergie wurde, das jede Kommunikation der MgA mit staatlichen Stellen, Politikern und Kernkraftbefürwortern beeinflusste.

## 5.4 Politisches Engagement

Den MgA war klar, dass sie ihre Ziele nur durch politische Partizipation umsetzen können würden. Der Erlanger Ortsverband wurde daher sofort nach seiner Gründung politisch aktiv und überstellte dem Oberbürgermeister Dietmar Hahlweg im Oktober 1986 eine von 500 Perso-

---

<sup>383</sup> Vortrag von Sabine Klier über die Mütter gegen Atomkraft, S. 4.

<sup>384</sup> Ebd., S. 2.

<sup>385</sup> Ebd., S. 3.

<sup>386</sup> Ebd.

<sup>387</sup> Ebd., S. 2–3.

nen unterschriebene Petition für den Ausstieg aus der Kernenergie und gegen den Betrieb nuklearer Anlagen, die sich insbesondere gegen die kerntechnischen Labore der KWU in Erlangen richtete.<sup>388</sup>

Dem Erlanger Umwelt- und Gesundheitsamt übergab man einen Forderungskatalog mit Maßnahmen zur Für- und Vorsorge.<sup>389</sup> Dieser beinhaltet 1.) die Anschaffung eines eigenen Aersolmessgeräts zur Strahlenmessung durch die Stadtverwaltung. 2.) Die tägliche Veröffentlichung der neuesten Messergebnisse per Aushang, in Zeitungen und auf einem automatischen Anrufbeantworter. 3.) Messung aller Lebensmittelimporte. 4.) Ein Beratungsangebot hinsichtlich der Strahlengefahr für schwangere und stillende Mütter durch das Gesundheitsamt und Mütterberatungsstellen. 5.) Eine Aufklärungskampagne über strahlungsarme Ernährung basierend auf unabhängigen Quellen, wie etwa Ökoinstituten. Die zu erstellenden Broschüren sollen mehrsprachig vorliegen und an Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen verteilt werden. 6.) Die Beschaffung von unverseuchter Trockenmilch, Butter und Fleischprodukten durch die Stadt für Kleinkinder, Schwangere und Stillende, wie es in München geschehen sei. 7.) Die Ausweitung kostenloser Muttermilchuntersuchungen auf Pestizide auch auf Strahlung hin. 8.) Kostenlose, freiwillige jährliche Untersuchung der Schilddrüse, des Blutes und des Knochenmarks von Kindern bis 10 Jahren. 9.) Wöchentliche Messungen von Schulhöfen, Spielplätzen, Kindergärten, Bädern und Badeseen, sowie das regelmäßige Mähen von öffentlichen Wiesen. 10.) Förderung des Kernenergieausstiegs durch die Stadt, etwa durch Projekte zur Energieeinsparung. 11.) Anstellung eines „Energiesparingenieurs“. 12.) Verstärkte Kontrollen aller umweltbelastenden Betriebe, insbesondere der KWU. 13.) Schaffung einer zentralen Arbeitsgruppe durch die Stadt Erlangen, die für die Koordination aller mit Tschernobyl zusammenhängender Aufgaben zuständig sein sollte. 14.) Rasche Ausführung aller mit diesen Forderungen zusammenhängenden gefassten politischen Beschlüsse.<sup>390</sup>

Die Forderungen erschöpften sich aber nicht auf die im „Forderungskatalog“ enthaltenen. Weiterhin forderten sie den Austausch des Sandes sämtlicher öffentlicher Sandkästen in Erlangen, sowie die

---

<sup>388</sup> Ebd.

<sup>389</sup> Ebd.

<sup>390</sup> MgA: Forderungskatalog der Initiative "Mütter gegen Atomkraft", nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1-3.

dauerhafte Einlagerung des Klärschlammes, der in Erlangen wie erwähnt bis einschließlich November 1986 eingelagert wurde, danach anfallender Schlamm wurde wieder auf die Felder ausgebracht, da die Stadt ihn nach Messungen für unbedenklich erklärt hatte.<sup>391</sup> Während der Sand nach den bereits erwähnten Forschungen der Arbeitsgruppe nicht ausgetauscht wurde und auch der Widerstand gegen die Ausbringung des Klärschlammes letztlich nicht von Erfolg gekrönt war, wurden einige der anderen Forderungen von der Stadt schnell realisiert.<sup>392</sup> So schaffte die Stadt Erlangen ein Aerosolmessgerät an, mit dem Frau Mann vom Umweltamt über mehrere Jahre hinweg die Luft-radioaktivität erfasste<sup>393</sup> und die Stadt bot wie bereits erwähnt die Messung von Muttermilch an. Auch die Arbeitsgruppe wurde ins Leben gerufen (allerdings schon bevor die MgA diese Forderung öffentlich machten) und führte Messungen auf Außenflächen durch, deren Ergebnisse regelmäßig, wenngleich nicht täglich veröffentlicht wurden. Die Forderung der MgA zur Anschaffung und Verteilung von unverseuchtem Trockenmilchpulver durch die Stadt wurde nicht erfüllt, die Mütter organisierten sich letztlich selbst mehr als zwei Tonnen und verteilten es.<sup>394</sup>

Inwiefern die Forderungen der MgA die Entscheidungen der Stadt Erlangen und der Arbeitsgruppe im Detail beeinflusst haben, lässt sich nicht genau quantifizieren. Die Aktionen der MgA hatten auf jeden Fall das erklärte Ziel, öffentlichkeitswirksamen Druck auf die entsprechenden Stellen auszuüben. So verteilten sie 1987 unter dem Motto „Rufen Sie an! Stellen Sie unbequeme Fragen!“ einen mehrseitigen Fragenkatalog, mit dem man bei verschiedenen staatlichen und kommunalen Stellen anrufen sollte und diese hauptsächlich zu Details des Katastrophenmanagements im Falle eines erneuten nuklearen Gaus befragen sollte. Dabei gab es Fragen für die Landesregierung, das Ordnungs-, das Gesundheits- und das Schulamt, die Bundesbahn, kirchliche Behörden und die Polizei. Während des Gesprächs sollten sich die Anruferinnen alle gewonnenen Informationen, sowie auskunftsverweigernde

---

<sup>391</sup> Interview mit Ursula Mann, S. 1.

<sup>392</sup> Soweit im Folgenden nicht näher auf einzelne Forderungen eingegangen wird, wurden diese entweder bereits im Kapitel über die Arbeitsgruppe abgedeckt oder nicht von der Stadt realisiert.

<sup>393</sup> Ebd.

<sup>394</sup> Vortrag über Ernährung für die Erlanger Gruppe im E-Werk, S. 1.

Dienststellen notieren und diese an die Kontaktfrauen zur Auswertung weiterleiten.<sup>395</sup>

Auch Einzelpersonen des Politikbetriebes sollten direkt kontaktiert werden. Dazu veröffentlichten die MgA etwa die bereits im Kapitel 3.2.1. diskutierte Briefvorlage, die im Vorfeld der Abstimmung über neue, aufgeweichte Grenzwerte im Parlament der Europäischen Gemeinschaft (EG) an dessen deutsche Mitglieder verschickt werden sollte.<sup>396</sup> Ähnlich direkte Argumente und Gewissensappelle wären wohl auch bei einem von den Erlanger MgA 1987 angestrebten Treffen mit Umweltminister Töpfer im Bundesumweltministerium in Bonn angebracht worden, welches die MgA über direkten Kontakt zur Nürnberger Bundstagsabgeordneten Renate Schmidt (SPD) zu erreichen suchten, allerdings kam dieses Treffen im Betrachtungszeitraum nicht zustande.<sup>397</sup>

Gleichfalls versuchten sie auf das Wahlverhalten deutscher Frauen Einfluss zu nehmen. Dafür gingen sie in der Broschüre „Überlegungen vor der Wahl“ zunächst auf die Kernenergie und andere Quellen der Umweltverschmutzung ein und warnten vor der Gentechnik. Basierend auf diesen Gefahren warnten sie vor einer Bedrohung für Kinder und die zukünftigen Generationen und riefen Frauen dazu auf, ihre durch den weiblichen Bevölkerungsanteil von 52% gegebene zahlenmäßige Macht an den Wählern gegen die Parteien CDU/CSU als Förderer der Kernenergie zu nutzen, die sie auch für andere Umweltverschmutzungen verantwortlich machten.<sup>398</sup>

Vor den bayerischen Kommunalwahlen organisierten die MgA zusammen mit anderen großen und kleinen Vereinen<sup>399</sup> eine gemeinsame Kampagne mit dem Titel „300fach Tschernobyl und der Staat wird nichts tun – Eltern greifen zur Notwehr.“ Mit der Kampagne wurden die laut den Vereinen völlig unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen der Bundesregierung im nuklearen Katastrophenfall kritisiert. Ziel der

---

<sup>395</sup> Eine sich direkt auf diese Aktion beziehende Auswertung liegt im Archiv der MgA nicht vor, daher kann keine Aussage zu dem Ergebnis der Aktion gegeben werden. Frauen fragen Ämter und Behörden, 01.10.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>396</sup> Musterbrief für EG-Abgeordnete.

<sup>397</sup> Protokoll 27.7.97, 27.07.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>398</sup> Überlegungen vor der Wahl, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>399</sup> Beteiligte Vereine. Bund Naturschutz in Bayern e.V., Gesellschaft für aktives Umweltbewusstsein (GAU e.V.), Global Challenges Network e.V. (GCN), IPPNW Regensburg, Mütter gegen Atomkraft e.V.

Kampagne war die öffentlichkeitswirksame Errichtung eines Netzes von durch Vereine betriebenen Strahlenmessstationen. Dadurch sollte bei der Bevölkerung der Eindruck erzeugt werden, dass der bayerische Staat selbst nicht energisch genug ein Messnetz aufbaut und somit das Wahlverhalten der Bürger beeinflusst werden. Auch die MgA steuerten ein Messgerät zu dem Netzwerk bei.<sup>400</sup>

Der wahrscheinlich am weitesten entfernte Adressat von Aktionen der MgA war der ab 1991 amtierende ukrainische Ministerpräsident Leonid Krawtschuk. In einem Rundschreiben verbreiteten sie 1994 einen Musterbrief, der an den Präsidenten geschickt werden sollte. Sie forderten ihn darin auf, die weiterhin laufenden Reaktoren 1 bis 3 in Tschernobyl abzuschalten, weil sie diese für ein großes Gefahrenpotential hielten.<sup>401</sup>

## 5.5 Weitere Öffentlichkeitsarbeit

Neben ihrem politischen Engagement wandten die Frauen sich auch auf verschiedene Weise direkt an die Bürgerschaft, um ihre Agenda durchzusetzen. Dafür gründeten die Erlanger MgA drei RAGs, regionale Arbeitsgruppen, mit den Schwerpunkten Ernährung, Basiswissen Energieversorgung und Öffentlichkeitsarbeit.<sup>402</sup> Die Erlanger Bevölkerung wollten sie mit einer Reihe von Vorträgen und Diskussionsrunden ansprechen, bei denen vor allem Wissenschaftler der Universität Erlangen als Redner gewonnen wurden. Zusammen mit regelmäßig aufgestellten Infoständen sollten die Vorträge der Erlanger Bevölkerung die Möglichkeiten geben, sich über das Thema Radioaktivität und Kernenergie zu informieren.<sup>403</sup> Darüber hinaus nahmen die MgA an Sternfahrten und als Aussteller an Messen wie etwa der Consumenta teil,<sup>404</sup> organisierten große und kleine Demonstrationen, wie etwa gegen die WAA, hielten Mahnwachen, organisierten Anzeigenkampagnen und Fahrten zu Kernkraftwerken. Auch sammelten sie Unterschriften für eigene Initiativen und für solche, die in Kooperation mit anderen

---

<sup>400</sup> Gemeinsame Kampagne "300fach Tschernobyl und der Staat wird nichts tun", 19.10.1989, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>401</sup> Rundschreiben Jan/Feb 1994, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>402</sup> Mütter gegen Atomkraft.

<sup>403</sup> Um einige Vorträge exemplarisch zu nennen: Dr. Helmut Pfister, „Biologische Strahlenwirkung“; Helga Krause, „Möglichkeiten des Ausstiegs“; Dr. Matern, „Radioaktivität und Chemie“; Dr. Benno Splieth, „Plutonium“. Arbeitskreis im Mütterzentrum Erlangen, S. 1.

<sup>404</sup> Protokoll 27.7.97.

Verbänden initiiert worden waren, wie etwa die der Initiative Volksentscheid gegen Atomanlagen.<sup>405</sup> Sie vernetzten sich also von Anfang an stark mit anderen Umwelt- und Anti-Atomgruppen, dazu zählten neben den bereits genannten auch der Bund Naturschutz, die IPPNW (Ärzte gegen Atomwaffen) und andere.<sup>406</sup>

Bei ihren Aktionen kamen teilweise sehr kreative Protestformen zum Einsatz, so traten die Aktivistinnen etwa öffentlich in Strahlenschutzanzügen auf, formierten eine „Windel-Protest-Kette“<sup>407</sup> und veranstalteten ein „strahlendes Erntedankfest“, auf dem grau angemalte Äpfel und mit Strahlungswerten beschriftetes Gemüse auf dem Gabentisch ausgestellt wurden.<sup>408</sup> Es gelang ihnen auch, den bekannten Kinderbuchautor Paul Maar im Rahmen des 7. Jahrestags von Tschernobyl für eine Benefizveranstaltung zugunsten der Kinder von Tschernobyl zu gewinnen, die mit großer Resonanz im Erlanger E-Werk stattfand.<sup>409</sup>

Für die parallel zur Messe Consumenta 1987 stattfindende Ausstellung „Umwelt und Gesundheit“ erstellten die MgA in Kooperation mit weiteren Elterninitiativen<sup>410</sup> einen Stand, der praktisch das gesamte Programm des Vereins darstellen sollte und daher einen genaueren Blick wert ist (vgl. Abb. 20). Der Stand bestand aus einem achteckigen zent-

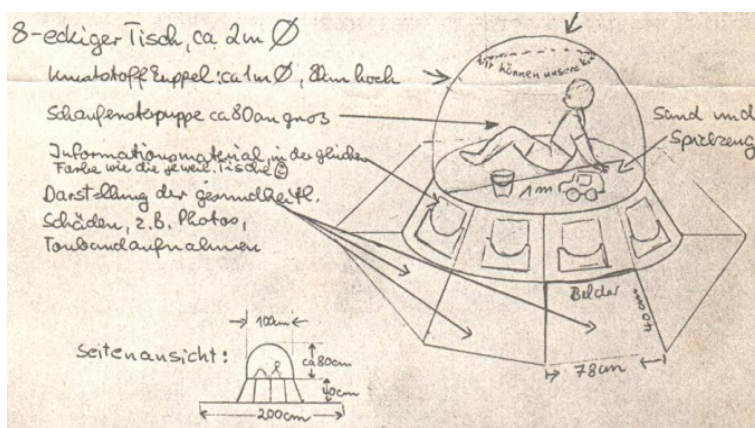


Abbildung 20: Konzeptzeichnung des Messestands.

<sup>405</sup> Brief an die Initiative Volksentscheid gegen Atomanlagen, 28.05.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>406</sup> Gemeinsame Kampagne "300fach Tschernobyl und der Staat wird nichts tun".

<sup>407</sup> Die bezweckte Aussage dieser Aktion konnte vom Autor leider nicht nachvollzogen werden, auch Frau Klier konnte sich nicht mehr erinnern.

<sup>408</sup> Kirchhof: Frauen in der Antiatomkraftbewegung, S. 50.

<sup>409</sup> Aktivitäten der Erlanger MgA 1993, 20.11.1993, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>410</sup> Beteiligte Initiativen: Elterninitiative umweltkrankes Kind, Elterninitiative Pseudokrapp, Initiative für umweltfreundliche Müllverwertung.

ralen Schaubild in der Mitte, das von acht Tischen mit einem Abstand von ca. zwei Metern kreisförmig umgeben wurde. Der gesamte Aufbau wurde mit etwa 70 m<sup>2</sup> Flächenbedarf geplant. Der achteckige Tisch im Zentrum sollte eine Plexiglaskuppel tragen, in der eine Kinderschaufensterpuppe auf Sand saß, um sie herum sollte Sandkastenspielzeug verteilt werden. Die Kuppel sollte die Aufschrift „Wir können unsere Kinder nicht unter eine Käseglocke setzen!“ tragen, was darauf anspielt, dass die Mütter ihre Kinder von vielfältigen Umweltgefahren zu jeder Zeit bedroht sahen. Darum herum sollte Informationsmaterial wie drastische Bilder und Broschüren über die durch Umweltverschmutzung verursachten Gesundheitsschäden aufklären. Die Quellen dieser Umweltverschmutzung bzw. -gefährdung wurde auf den acht Tischen dargestellt und diese mit Pfeilen auf dem Boden mit dem zentralen Tisch verbunden. Die Themen für die Tische lauteten 1. Kernenergie, dargestellt mit einem Modell-KKW, 2. Die WAA wurde ebenfalls als Modell mit stilisiertem Stacheldraht umgeben dargestellt und durch eine Übersicht über die Transportwege für das Spaltmaterial ergänzt, 3. Abgase aus Kraftfahrzeugen, dargestellt durch ein Spielzeugauto, das durch einen Luftbefeuchter ständig gefährliche „Abgaschwaden“ ausstieß, 4. Kohlekraftwerke, Industrieabgase und Hausbrand, 5. Müllverbrennungsanlagen und Deponien, 6. Wohngifte wie giftige Reinigungsmittel, 7. Belastete Lebensmittel und 8. Medikamentenmissbrauch, dargestellt durch einen Berg von Medikamentenschachteln. An diesem kreativen Standkonzept lässt sich gut veranschaulichen, wie die Gruppe bereits 1987 ihre umweltpolitische Agenda deutlich erweitert hatte und zusätzlich zu dem anfangs hauptsächlich auf Tschernobyl gesetzten Fokus neben der Kernkraft weitere Problemfelder bearbeiteten, die sie für ihre Kinder als bedrohlich empfanden (s. Kapitel 5.9).<sup>411</sup>

## 5.6 Beratungs- und Informationsangebot

Neben der politischen und öffentlichen Arbeit war ein weiterer von Anfang an wichtiger Bestandteil des Wirkens der MgA das Anbieten eines Beratungs- und Informationsangebots. Dieses hatten die Mütter in den Wochen nach Tschernobyl schmerzlich vermisst, sie waren in

---

<sup>411</sup> Konzept für den Stand der Elterninitiativen und Mütter gegen Atomkraft zur "Umwelt 87", 04.06.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V; Rundbrief der Mütter gegen Atomkraft Dezember 1987, S. 7–8.

dieser Zeit verzweifelt auf der Suche nach Informationen, wie sie sich und ihre Kinder durch Vorsorgemaßnahmen wie bewusste Ernährung vor gesundheitlichen Folgen durch die Strahlung schützen konnten. Das, was sie dazu letztlich von staatlicher Seite an Informationen erhielten, kritisierten sie als Beschwichtigungsversuche oder mindestens als unvollständig. Daher steckten sie viel persönliches Engagement in das Sammeln, Erstellen und Verbreiten von umfangreichen, für Mütter relevanten Informationen. Dafür machten sie sich in den Monaten nach Tschernobyl zunächst selbst mit der Materie der Strahlung vertraut und gaben Infoblätter heraus, auf denen sie ihre Erkenntnisse weitergaben. Diese enthielten etwa Details über die wichtigsten Radionuklide, ihre Halbwertszeiten, ihre Gefährlichkeit und wie sie auf den Körper wirken.<sup>412</sup>

In Bezug auf die Ernährung reichten den MgA weder staatliche, noch die Messungen von Dritten wie der Erlanger Arbeitsgruppe aus, denn diese waren zwar umfangreich in Bezug auf die Grundnahrungsmittel, die Mütter wollten aber genau wissen, welche Produkte sie kaufen konnten und welche nicht. Zusammen mit dem Bund Naturschutz und Verbraucherinitiativen forderten sie daher eine Kennzeichnungspflicht des Radioaktivitätsgehalts in Lebensmitteln.<sup>413</sup> Daher veröffentlichten sie neben allgemeinen Ernährungsempfehlungen für die Lebensmittelkategorien Milch und Milchprodukte, Fleisch, Süßigkeiten, Molke und pflanzlichen Nahrungsmitteln<sup>414</sup> umfangreiche Messlisten. In diesen vom Umweltinstitut München e.V. erstellten Listen wurden monatlich die Messergebnisse von verschiedenen Nahrungsmitteln und Konsumgütern veröffentlicht. Dabei wurde von Grundnahrungsmitteln bis Luxusgütern wie Rotwein über Baumaterialien wie Bauholz und Fliesen praktisch alles gemessen. Dazu verteilten sie Informationen zu öffentlichen Lebensmittelmessstellen und zu Geschäften und Betrieben, bei denen es gemessene Lebensmittel zu kaufen gab.<sup>415</sup>

Um ihre Mitglieder und andere Interessenten über den allgemeinen Fortschritt der Vereinsarbeit auf dem Laufenden zu halten, gaben

---

<sup>412</sup> Atomenergie - der gefährliche Weg, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>413</sup> Tätigkeitsbericht der MgA, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 2.

<sup>414</sup> Ernährungsempfehlungen, 01.02.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>415</sup> Wo kann man messen lassen?, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

die MgA zudem von 1989 bis 2012 eine eigene Zeitschrift heraus, die „Mütter Courage“. Diese beinhaltete die neusten Erkenntnisse der MgA, wie etwa Messlisten, informierte über anstehende Termine und berichtete über Ereignisse im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Atomkraft, sowie den anderen Umweltthemen des Vereins.<sup>416</sup>

## 5.7 Engagement für die Kinder von Tschernobyl

Ein weiterer Aspekt des Engagements der MgA zur Nachsorge von der Katastrophe war ihre Arbeit für die „Kinder von Tschernobyl“. Dazu sammelten sie nicht nur einmalige Spenden, sondern riefen in Kooperation mit dem Verein „Nachbarschaftshilfe Sowjetunion e.V.“ dazu auf, Patenschaften für von Tschernobyl betroffene Kinder aufzunehmen. Diese sollten mindestens 50 Mark im Monat betragen, die Spenden würden in Form von Lebensmitteln und Medikamenten geliefert werden. Die Patenschaft sollte auch Briefkontakt beinhalten, die der verantwortliche Verein jeweils übersetzen würde. Auch zu reinem Briefkontakt wurde aufgerufen, dafür würde der Verein Partner in Weißrussland mit deutschen oder englischen Sprachkenntnissen auswählen. Weiterhin wurde dazu aufgerufen, sich freiwillig für die zukünftige Aufnahme von Kindern aus der Sowjetunion für Erholungsaufenthalte in Deutschland zu melden.<sup>417</sup> Die MgA setzten sich auch das Ziel, selbst eine Gruppe von Kindern aus verstrahlten Gebieten in der Sowjetunion nach Erlangen einzuladen. 20 Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren sollten für vier Wochen in ein Zeltlager in der Fränkischen Schweiz eingeladen werden. Dafür veranschlagten die MgA 34.400 DM Kosten und baten die Stadt Erlangen um die vollständige Finanzierung des Unterfangens. Diese sagte finanzielle Unterstützung zu, wollte allerdings lieber Kinder aus Vladimir, der Partnerstadt Erlangens einladen, die MgA bestanden allerdings darauf, Kinder aus dem näheren Umfeld von Tschernobyl einzuladen, was dann auch geschah.<sup>418</sup> Auch noch 12 Jahre nach Tschernobyl organisierten sie einmal jährlich in Kooperation mit

---

<sup>416</sup> Mütter gegen Atomkraft: Mütter Courage, <http://www.muettergegenatomkraft.de/muetter-courage.html> [letzter Zugriff: 03.05.2017].

<sup>417</sup> Kinder von Tschernobyl - Wie können Sie helfen?, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>418</sup> Korrespondenz mit OB Dietmar Hahlweg bezüglich Erholungsaufenthalt für Kinder aus Tschernobyl, 25.02.1992, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1–2.

dem „Ukrainischen Pfadfinderverband München“ und anderen Ortsgruppen der MgA Hilfstransporte von Sachspenden in die Ukraine.<sup>419</sup>

## 5.8 Vorsorge gegen zukünftige Katastrophen

Neben der Nachsorge zu den Effekten von Tschernobyl beschäftigten sich die MgA aber auch mit der Vorsorge gegen eine erneute Katastrophe in einem Kernkraftwerk. Dafür richteten sie eine Telefonkette ein, mit der sie sich im Katastrophenfall möglichst schnell gegenseitig warnen wollten.<sup>420</sup> Um zur Erkennung von Strahlengefahr nicht auf die Medien angewiesen zu sein, und eigene Messreihen erstellen zu können, setzten sie sich früh das Ziel der Anschaffung eines eigenen Gamma-Scintillationszählers. Dafür sammelten sie Spenden, bis sie sich 1988 das ca. 6.000 Mark teure Gerät leisten konnten.<sup>421</sup> Dieses setzten sie fortan ein, um den Erlanger Bürgern kostenlose Messungen von Lebensmitteln zu ermöglichen und die Luftradioaktivität zu überwachen.<sup>422</sup>

Neben dem bereits erwähnten Fragenkatalog für Politiker und Behörden, mit dem die MgA versuchten, auch an Informationen über bestehende Vorsorgemaßnahmen und Katastrophenreaktionspläne zu gelangen, kontaktierten sie auch die evangelische und die katholische Kirche mit einer Reihe von Fragen dazu. So wollten sie unter anderem wissen, ob die Pfarrer in und um Erlangen auf die Beratung und Betreuung der Menschen im Fall eines Atomunfalls vorbereitet seien, wie sich die Pfarrer im Falle einer Evakuierung verhalten würden und ob die kirchlichen Kindergärten über zugewiesene Schutzräume und Notfall- und Evakuierungspläne verfügen würden. Des Weiteren boten die MgA die Zusammenarbeit mit den kirchlichen Friedensgruppen an.<sup>423</sup>

Interessant sind dabei vor allem die Antworten der Kirchen. Der Dekan der evangelischen Kirche antwortete zwei Monate nach dem Brief der

---

<sup>419</sup> Sammelaktion Kinder von Tschernobyl: Herbst 1998, 23.09.1998, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>420</sup> Frühwarnkette Radioaktivität, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1.

<sup>421</sup> Das Strahlenmessgerät haben die MgA Erlangen dem Autor zusammen mit dem Archiv überlassen.

<sup>422</sup> EN: "Mütter" messen Radioaktivität. Anti-Atomkraft-Initiative schaffte sich ein Messgerät für Strahlungen an. Bürger können kostenlos Proben abgeben - Monatlich eine Liste mit den Werten, 10.05.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 8.

<sup>423</sup> MgA: Brief an Dekan Dr. Seitz, 06.12.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1-2.

MgA und begründete die Verzögerung damit, dass er selbst erst noch Erkundigungen habe einholen müssen, da „in diesem Bereich weitgehend eine große Ratlosigkeit herrscht. [Er] habe veranlasst, dass ihre Fragen auf die Tagesordnung der nächsten Besprechung der Kindergartenleiterinnen gesetzt werden.“<sup>424</sup> Er schrieb weiterhin, dass weder die evangelischen Gotteshäuser, noch die Kindergärten über Schutzräume verfügten und dass „die Pfarrer auf die Beratung und Betreuung der Menschen im Falle eines Atomunfalls nicht mehr vorbereitet [seien], als die übrige Bürgerschaft“<sup>425</sup> und die Pfarrer im Evakuierungsfall genau wie alle anderen Menschen mitevakuiert würden. Auf das Engagement der MgA gegen die Kernenergie ging er nicht ein.<sup>426</sup> Eine Antwort der MgA ist nicht im Archiv enthalten.

Das für die Erlanger Katholiken zuständige Erzbistum Bamberg hingegen antwortete mit einem längeren Brief, in dem es die Forderung der MgA nach einem sofortigen Atomausstieg als „äußerst fragwürdig“<sup>427</sup> aufgrund seiner „absoluten Formulierung“<sup>428</sup> bezeichnete. Zur Vorbereitung der Pfarrer auf einen GAU schrieb es, dass „der Auftrag der Kirche könne sicherlich nicht in erster Linie darin gesehen werde, Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter/-innen zu umfassend ausgebildeten Experten für den Katastrophenschutz auszubilden“.<sup>429</sup> Die MgA kritisierten in ihrer Antwort, dass das Bistum keine einzige der konkreten Fragen beantwortet habe und dass sie sich von diesem mit ihren Sorgen hinsichtlich der Kindergärten alleine gelassen fühlten. Auch zeigten sie sich über eine der mitgesandten Schriften des Bistums entsetzt, in der stand: „Das Gefahrenrisiko ist selbst noch im Falle eines größten anzunehmenden Atomunfalls begrenzt“.<sup>430</sup> An den Reaktionen der Kirchen lässt sich ihre sehr unterschiedliche Herangehensweise an das Thema Kernenergie und die damit verbundenen Risiken ablesen. Während der Papst und die bayerischen Bischöfe der katholischen Kirche

---

<sup>424</sup> Evang.-Luth. Dekanat Erlangen: Antwort zur Anfrage der MgA, 02.03.1988, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>425</sup> Ebd.

<sup>426</sup> Ebd.

<sup>427</sup> Erzbischöfliches Ordinariat Bamberg: Antwort an Vereinigung "Mütter gegen Atomkraft in Erlangen", 04.01.1988, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1.

<sup>428</sup> Ebd.

<sup>429</sup> Ebd., S. 1–2.

<sup>430</sup> MgA: Antwort auf das Schreiben des Erzbistums Bamberg, 06.02.1988, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

die Kernkraft bis nach Fukushima unterstützten, forderte die evangelische Kirche in Deutschland bereits 1987 den Ausstieg aus der Kernenergie.<sup>431</sup>

Die MgA hinterfragten aber nicht nur die Vorsorgemaßnahmen von staatlichen und kirchlichen Stellen, sondern versuchten, einen eigenen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung zu leisten. Dazu veröffentlichten sie die Broschüre „Notmaßnahmen beim Super-GAU“. Ein etwas genauerer Blick auf diese erscheint lohnenswert, denn die von Wissenschaftlern<sup>432</sup> für die MgA erstellte Broschüre macht das Ausmaß der existentiellen Angst sehr plastisch deutlich, welche manche Deutsche nach Tschernobyl empfanden.

In der Broschüre wurde den Lesern zunächst auf einer Karte die Standorte aller Reaktoren in Westeuropa gezeigt, verbunden mit der Empfehlung, sich an die staatlichen Behörden zu wenden, um für den Notfall vorgehaltene Atomschutzbunker besichtigen zu können und entsprechende Schutzkonzepte kennenzulernen. Da es kaum entsprechende öffentliche Schutzräume gab, bot die Broschüre Hilfe zur Selbsthilfe. Sie empfahl als erste Vorsorgemaßnahme, sich auf mögliche Jod-Unverträglichkeiten ärztlich untersuchen zu lassen, um sicherzustellen, dass man im GAU-Fall Jod-Tabletten<sup>433</sup> verwenden könne. Diese solle man zusammen mit einigen anderen Medikamenten selber

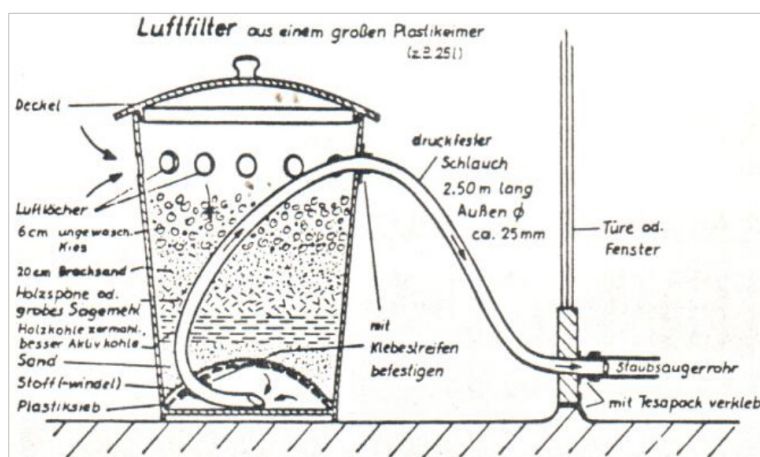


Abbildung 21: Improvisierter Luftfilter zum Schutz vor Strahlung.

<sup>431</sup> Die Meinungen der anderen katholischen Landesbischöfe waren uneinheitlich. AtomkraftwerkePlag: Kirchen und Atomkraft, [http://de.atomkraftwerkeplag.wikia.com/wiki/Kirchen\\_und\\_Atomkraft](http://de.atomkraftwerkeplag.wikia.com/wiki/Kirchen_und_Atomkraft) [letzter Zugriff: 16.07.2017].

<sup>432</sup> Diese Broschüre wurde von einer Diplomphysikerin, einer Ärztin und einem Professor am Institut für Umweltuntersuchungen Starnberg erstellt.

<sup>433</sup> Diese schützen die Schilddrüse vor der Einlagerung des radioaktiven Jod <sup>131</sup>.

vorrätig halten. Weiterhin solle man sich überlegen, welcher Raum im eigenen Haus der sicherste wäre, sprich welcher von möglichst dickem Mauerwerk umgeben sei und sich wenn möglich ein Strahlungsmessgerät anschaffen. Dazu kam eine Bauanleitung für einen eigenen Luftfilter (vgl. Abb. 21), sowie die Empfehlung stets fünf Einwegschutzanzüge mit Kapuze, Einweghandschuhe und Atemschutzmasken daheim vorrätig zu haben und ein weiteres Set im Auto mitzuführen. Ebenfalls beinhaltet war eine Liste der Lebensmittel, die man vorrätig halten sollte, sowie Empfehlungen für weitere Notmaßnahmen, die man vor dem Eintreffen der Strahlenwolken, nach deren Eintreffen und nach deren Abzug treffen sollte. Dies beinhaltete unter anderem Abkleben aller Fenster, Einrichten einer provisorischen Luftschleuse und Umfunktionsieren einer Mülltonne zur Toilette.

Laut Frau Klier wurden diese Empfehlungen, bzw. die Vorsorgemaßnahmen von den MgA zumindest teilweise durchaus befolgt, da man ein mit Tschernobyl vergleichbares Unglück zu jeder Zeit für möglich hielt, bzw. schon fast damit rechnete.<sup>434</sup> Die Mütter sammelten Meinungen und Kritik zu dieser Broschüre, die sehr bipolar ausfiel. Viele lobten die Broschüre, andere hielten sie für Panikmache, radikalere Kernkraftgegner unterstellten ihr hingegen sogar Verharmlosung, weil sie suggeriere, dass man sich mit vergleichsweise einfachen Maßnahmen gegen die Strahlung schützen könne. Die Meinungen dazu verdeutlichen das Ausmaß der Kontroverse zum Thema Kernenergie.

## 5.9 Wandel der Vereinsagenda

Nachdem die MgA bereits im Juli 1987 feststellten, dass das öffentliche Interesse am Thema Tschernobyl und Radioaktivität beachtlich nachgelassen hatte, und man mit dem reinen Sammeln und Veröffentlichenden von Informationen zur Kernkraft kaum neuen Widerstand gegen Atomenergie in der Bevölkerung erzeugen konnte, hinterfragten sie ihr bisheriges Konzept und beschlossen, sich in Zukunft das „fundierte Bewusstmachen der eigenen ethischen Verantwortung und der eigenen Verdrängungsvorgänge“<sup>435</sup> hinsichtlich der Kernkraft als Ziel der Öffentlichkeitsarbeit zu setzen. Zusätzlich wollten sie sich auch mehr

---

<sup>434</sup> Notmaßnahmen beim nächsten Super-Gau, 30.06.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1–5.

<sup>435</sup> MgA: Anlage zur Konferenz der Atommülltransporte und Nach-Tschernobyl-Initiativen, 1988, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

auf die anderen Punkte ihrer Agenda, darunter auch ihr Engagement für die Energiewende konzentrieren.<sup>436</sup> Damit verbanden sie die Forderung nach staatlicher Förderung von alternativen, regenerativen Energiequellen wie Wind- und Solar- und Biomasseenergie, verbunden mit der Einrichtung einer unabhängigen Energieberatung in den Gemeinden. Die Medien forderten sie auf, das Energiesparen als „hochrangiges Ziel von volkswirtschaftlicher und ethischer Bedeutung ins Bewusstsein der Bevölkerung“<sup>437</sup> zu bringen. Ebenfalls Teil der Agenda war der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und die Forderung nach der Entwicklung energiesparender Haushaltsgeräte.<sup>438</sup> Dies verbanden sie mit

ihrem anderen Engagement, kombinierten also oft die Veranstaltungen thematisch. Dazu boten sie auch spezielle Veranstaltungen nur zur Energiewende, wie Vortragsreihen und Schulungen an. Weiterhin erstellten und verteilten sie umfangreiches Infomaterial kostenlos oder zum Unkostenbeitrag und versuchten mittels Sammelbestellungen, die damals recht neuen und mit bis zu 40 Mark sehr teuren Energiesparlampen günstig an Mitglieder und andere Interessenten zu verkaufen.<sup>439</sup>

Auch auf lokaler Ebene versuchten sie den Umweltschutz voranzubringen. Dafür organisierten sie unter anderem Müllsammelaktionen, versuchten die Erlanger Bevölkerung über Weichspüler aufzuklären und forderten die Sparkasse Erlangen dazu auf, ihre Buchhaltung und Kontoauszugsdrucker auf Recyclingpapier umzustellen.<sup>440</sup> Daneben riefen sie das Erlanger Umweltamt auf, Maßnahmen zur Aufklärung der Bevölkerung über PCB-haltige Leuchtstofflampen zu ergreifen und sichere Entsorgungsmöglichkeiten anzubieten, sowie FCKW-haltige Kühlschränke nicht mehr als Sperrmüll, sondern als Sondermüll einzustufen.<sup>441</sup> Darüber hinaus kontaktierten sie die Stadtwerke, als sie aufgrund von Gerüchten über erhöhte Nitratwerte im Erlanger Trinkwasser befürchteten, dass das Wasser für Kleinkinder gesundheitsschäd-

---

<sup>436</sup> Protokoll 27.7.97.

<sup>437</sup> Mütter gegen Atomkraft Erlangen, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>438</sup> Ebd.

<sup>439</sup> Energiesparlampen zum Kennenlernen, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>440</sup> Brief an die Direktion der Sparkasse Erlangen, 20.06.1989, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>441</sup> Brief an das Erlanger Umweltamt, 01.12.1988, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

lich sein könnte,<sup>442</sup> was sich allerdings als unbegründet herausstellte. Dass die Bedenken seitens der Stadt durchaus ernst genommen wurden, lässt sich an der mehrseitigen Antwort auf die Bedenken ablesen, in der detailliert mit Bezug auf die entsprechenden Gesetze, welche die Grenzwerte für Nitrate im Wasser festlegen, erläutert wurde, warum das Erlanger Trinkwasser keinerlei Anlass zur Besorgnis gegeben habe.<sup>443</sup> Die MgA setzten sich also in ihrem Engagement für den Umweltschutz insgesamt bodenständige Ziele und gingen gegen Probleme vor Ort vor, während globalere Ziele wie beispielsweise die Rettung des Regenwaldes zumindest im Betrachtungszeitraum keine Rolle spielten. Der prägende Gedanke blieb stets der Kampf gegen Probleme, die als Bedrohung der eigenen Kinder wahrgenommen wurden.

Trotz dieser Konstante des Schutzes der Kinder vor Umweltgefahren wandelte sich die Selbstwahrnehmung und -darstellung in Bezug auf die namengebende Rolle der Mutter und der Verein trat in den späteren Jahren nach der Katastrophe stärker für die Etablierung einer neuen, emanzipierten, selbstbestimmten und selbständigen „Mutter“ ein (s. Kap. 5.2.). Dieser Wandel lässt sich auch an der Arbeit der Erlanger MgA nachvollziehen, die ab 1989 stärker als zuvor mit anderen Erlanger Frauengruppen verschiedenster Art kooperierten. Sie traten deren Dachverband, dem „Treffen Erlanger Frauengruppen“ bei und richteten im Juni 1989 zusammen mit 32 weiteren Initiativen und Organisationen<sup>444</sup> die „Frauenaktionswochen Erlangen“ aus. Dabei war die Hauptveranstaltung eine von der städtischen Gleichstellungsbeauftragten koordinierte „Fraueninformationsbörse“, bei der sich alle Initiativen mit einem eigenen Stand auf dem Erlanger Schlossplatz präsentierten.<sup>445</sup> Begleitet wurde die Börse von insgesamt 54 Vorträgen, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen, die MgA steuerten die Ausstellung

---

<sup>442</sup> Protokoll 27.7.97.

<sup>443</sup> Erlanger Stadtwerke AG: Nitratgehalt im Trinkwasser, 24.03.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1–4.

<sup>444</sup> Beteiligte Initiativen, bzw. Gruppen: Frauen bei den Grünen, Arbeitskreis sexueller Missbrauch, Müttertreff, Behinderte Frauen, Juristinnenbund, Filmfurien, ÖTV, Club e.V., Graue Panther, Stillgruppe, Frauenzentrum, Frauenhaus, DFI, KAB, AsF, Hausfrauenbund, IG Metall, Dritte-Welt Laden, beruflich selbständige Frauen, Deutsch- Internationaler Frauentreff, ELELE, E-Werk-Frauengruppe, Kinderschutzbund, Frauennotruf, Lebenshilfe, IAF, Gleichstellungsstelle und Schwangerenberatung der Stadt Erlangen, MgA.

<sup>445</sup> Plan der Erlanger Frauenaktionswoche 1989 auf dem Erlanger Schlossplatz, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

„Mütteralltag nach Tschernobyl“ und eine Filmvorführung zur WAA bei, in dem es um den Widerstand einer Ortsansässigen gegen die Wiederaufarbeitungsanlage ging.<sup>446</sup>

Im Rahmen ihres Engagements im „Treffen der Erlanger Frauengruppen“ unterzeichneten sie den Protestbrief an OB Hahlweg mit, in dem die wiederholte Nichtbesetzung der zweiten Gleichstellungsstelle für Frauenfragen im Erlanger Rathaus aufs schärfste kritisiert wurde, da die zweite Kraft dringend benötigt werde.<sup>447</sup> Auch unterstützten sie den Versuch des Erlanger Vereins Frauenzentrum e.V., einen reinen Frauenbadetag im Röthelheimbad einzurichten, was die Stadt Erlangen allerdings mit der Begründung zu hoher Frequentierung des Bades ablehnte.<sup>448</sup>

## 5.10 Verhältnis mit den Erlanger Nachrichten

Da diese und alle anderen Aktionen der MgA natürlich auch das Ziel hatten, möglichst viel öffentliche Aufmerksamkeit zu generieren, waren die MgA auf ein entsprechendes Kommunikationsmedium angewiesen. Im Fall der Erlanger MgA stellte dies vor allem die Zeitung Erlanger Nachrichten dar,<sup>449</sup> die regionale Ausgabe der Nürnberger Nachrichten. Die Mütter ließen nicht nur regelmäßig auf das Erscheinen neuer Messlisten hinweisen, sondern versuchten die Zeitung so gut wie möglich für die Werbung für ihre Aktionen zu nutzen und nahmen aktiv und Streitbar durch Leserbriefe an Debatten teil, zum Beispiel an einer Diskussion über die Giftigkeit von Plutonium.<sup>450</sup> Im Betrachtungszeitraum betrafen 40 Artikel die Erlanger MgA, eine für den Ortsverband eines Vereines beachtliche Zahl.

Trotz des zahlenmäßigen Erfolges der veröffentlichten Artikel scheint das Verhältnis des Vereins zu den Erlanger Nachrichten und insbeson-

---

<sup>446</sup> Treffen Erlanger Frauengruppen: Texte für das Programm-Faltblatt der Frauenaktionswochen 1989, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1–18.

<sup>447</sup> Treffen Erlanger Frauengruppen: Betreff: Unbesetzte Stelle für Gleichstellungsfragen, 10.12.1990, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>448</sup> Sport- und Bäderamt der Stadt Erlangen: Frauenbadetag - Anfrage vom 31.03.1992, 13.04.1992, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>449</sup> Damals erschien in Erlangen auch noch die „Erlanger Tagblatt“, diese wird allerdings nicht mehr publiziert und stand nicht für die Auswertung zur Verfügung.

<sup>450</sup> Klier, Sabine: Antwort auf den Leserbrief i.d.Ausgabe 23./24.05.1987, 25.05.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

dere zu ihrem damaligen Chefredakteur Udo Greiner kein leichtes gewesen zu sein. Bereits kurz nach Gründung der MgA schrieben sie einen Leserbrief an die Nürnberger Nachrichten, in dem sie sich über eine ausgebliebene Berichterstattung durch die EN über die Übergabe der bereits erwähnten Petition an OB Hahlweg beschwerten. Dabei hatten die EN durchaus in Form einer Ankündigung über die Übergabe berichtet, die bereits am Tag der Übergabe, dem 30. Oktober 1986 erschien.<sup>451</sup> Stein des Anstoßes der MgA war, dass die EN keinen Korrespondenten zur Übergabe selbst schickten und somit nicht über den Verlauf dieses Treffens berichteten.<sup>452</sup> Und nach einer von den MgA im Erlanger Kulturzentrum E-Werk veranstalteten Vortragsreihe stellten die Mütter zu ihrer Überraschung fest, dass die Berichterstattung der EN einen der Vorträge nicht erwähnte, der das Thema „Ausstieg aus der Kernenergie“ hatte. Durch Rückfrage bei Hrn. Greiner zeigte sich, dass dieser persönlich die Passage über diesen Vortrag gestrichen hatte, weil er sie für „zu politisch“<sup>453</sup> hielt. Die MgA schrieben daraufhin einen Beschwerdebrief an den übergeordneten Chefredakteur bei den Nürnberger Nachrichten und forderten ihn zu einem persönlichen Klärungsgespräch auf. In dem Brief kritisierten sie das Streichen des Artikelteils als „journalistische Fehlleistung“ und „krasse Verletzung journalistischer Grundregeln“. Sie führten weiterhin an, dass auch andere Erlanger Vereine, wie der Bund Naturschutz und der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) sich bereits über Hrn. Greiner beschwert hätten und unterstellten ihm bewusste Behinderung der Arbeit dieser Vereine:<sup>454</sup>

Inzwischen ist es stadtbekannt, dass Herr Greiner mit journalistischem Kalkül gerade kritisch engagierte Bürgerinitiativen mit unkorrekter Berichterstattung entgegenarbeitet oder durch Nichtveröffentlichung von Terminen und kurzen Selbstdarstellungen das Bekanntwerden im Erlanger Raum behindert.<sup>455</sup>

Leider kann aufgrund der Quellenlage weder der Inhalt des Vortrages oder die gestrichene Passage, noch die Antwort der NN auf den Brief

---

<sup>451</sup> Frauen überreichen OB einen Forderungskatalog. Mütter wenden sich gegen die Atomkraft, 30.10.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 21.

<sup>452</sup> Leserbrief an die Erlanger und Nürnberger Nachrichten, 31.10.1986, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>453</sup> MgA: An den Vorsitzenden der Chefredaktion der Nürnberger Nachrichten, 03.02.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>454</sup> Ebd.

<sup>455</sup> Ebd.

nachvollzogen werden. Die Betrachtung dieser Auseinandersetzung erscheint dennoch lohnenswert, da sie ein Schlaglicht auf das stellenweise sehr angespannte Verhältnis von MgA und EN wirft, welches an sich überrascht, weil die übergeordneten Nürnberger Nachrichten nach Meinung des Autors und der zwei interviewten ehemaligen KWU-Mitarbeiter durchaus als klar atomkritisch einzustufen sind. Die MgA unterstellten der EN, dass ihr Unwille zu „politisch“ über den Ausstieg aus der Kernenergie zu berichten, darauf beruhe, dass die KWU und ihr Mutterkonzern Siemens regelmäßig großflächige Anzeigen für die Kernenergie in den EN sowie Stellenanzeigen schalten würden.<sup>456</sup>

## 5.11 Die Mütter gegen Atomkraft und die Kraftwerk Union AG

Der lokale „Hauptfeind“ der Erlanger MgA in ihren Anstrengungen gegen die Kernkraft war die Kraftwerk Union AG (KWU), die in Erlangen einen ihrer wichtigsten Sitze hatte und in Erlangen-Bruck umfangreiche Forschungslabore betrieb. Auf deren eigenen Umgang mit Tschernobyl wird im letzten Kapitel eingegangen, an dieser Stelle werden die Aktionen der MgA gegen die KWU beleuchtet. Der Widerstand gegen die KWU gestaltete sich, wie bereits angeschnitten, für die zahlreichen Mitglieder der MgA, deren Männer bei Siemens oder der KWU arbeiteten, laut eigener Aussage schwierig: „Viele Frauen trauen sich nicht, sich gegen die Argumente ihrer Männer durchzusetzen oder glauben einfach, dass sich diese da wohl besser auskennen oder haben Angst, mit ihren Aktivitäten bei uns den Arbeitsplatz ihres Mannes zu gefährden.“<sup>457</sup> Dies hielt die MgA letztlich aber nicht von ihren Aktionen ab.

Hauptanstoßpunkt der MgA war dabei neben der generell enormen Bedeutung der KWU für die Kernenergie als Hersteller aller deutschen Kernkraftwerke und der WAA der Umgang mit Spaltmaterial in den Laboratorien der KWU in Erlangen. Dabei war es besonders die Lizenz der KWU, an diesem Standort mit Plutonium zu experimentieren und zu diesem Zweck 140 Gramm des Radionuklids vorrätig zu halten, welche die Sorge der MgA und anderer Erlanger Organisationen erregte.

---

<sup>456</sup> Klier, Sabine: Leserbrief an die Nürnberger Nachrichten, 13.11.1986, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>457</sup> Vortrag von Sabine Klier über die Mütter gegen Atomkraft, S. 4.

Plutonium ist sowohl toxisch, als auch ein starker Alphastrahler und kann durch Inhalation oder Ingestion bereits in Dosen im Nanogramm-Bereich zu Gesundheitsbeeinträchtigungen führen. Daher galt die Hauptsorge einem Entweichen von Plutonium über die Abluft bzw. das Abwasser der Labore. In diesem Zusammenhang bemängelten die Gruppe auch das Fehlen eines Katastrophen- und Evakuierungsplans für den Fall eines Unfalls auf dem KWU-Gelände. Die MgA organisierten deswegen 1987 eine „Kampagne gegen die KWU“. Hauptziele dieser waren die Nichterteilung der Betriebsgenehmigung und damit effektiv die Stilllegung des neuen radiochemischen Labors, in welchem der Umgang mit Plutonium stattfinden sollte, beziehungsweise wenigstens die Durchsetzung der Forderung, dass das damals laufende Genehmigungsverfahren für das Labor unter der Beteiligung der Öffentlichkeit, anstatt wie geplant unter deren Ausschluss stattfinden solle, sowie die Freigabe der Störfallverordnung.<sup>458</sup>

Dafür unterstützten sie öffentlich den grünen Philologieprofessor Theodor Ebert, der gegen die KWU eine letztlich erfolglose Anzeige mit der Begründung der „Sorge um Leib und Leben“ stellte, welche der KWU den angeblichen Betrieb von radiochemischen Laboren ohne entsprechende Genehmigungen vorwarf.<sup>459</sup> Ebenfalls um die Labore ging es bei dem zweiten<sup>460</sup> „KWU-Spaziergang“, eine Demonstration vor den Toren der Firma, welche die MgA am 05.04.1987 zusammen mit anderen Erlanger Organisationen wie der Ortsgruppe des Bund Naturschutzes und der Initiative „K.W.U. – Katastrophen Warnen Uns“ organisierten. Während dieser Demonstration forderten die MgA die KWU zu einer völligen Abkehr von der Atomenergie und einer entsprechenden Produktionsumstellung auf. Weiterhin begannen sie mit der Sammlung der ca. 1.700 benötigten Unterschriften, um eine Bürgerversammlung zum Thema KWU einberufen zu können.<sup>461</sup> Am 29.04.

---

<sup>458</sup> Zur Kampagne gegen die KWU in Erlangen 1987, nicht datiert, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

<sup>459</sup> Im Streit um KWU gescheitert. OLG Nürnberg sprach Theodor Ebert Recht auf Klage aus Sorge um Leib und Leben ab. Erlanger Professor unterlag vor Gericht, 12.01.1989, in: Erlanger Nachrichten, S. 9.

<sup>460</sup> Der erste KWU-Spaziergang, auch „Waldspaziergang“ genannt, war verboten worden. Da die Demonstrationen teilweise vor der Gründung der Erlanger MgA und teilweise ohne deren Mitorganisation erfolgten, wird hier nur auf die für die MgA direkt relevanten eingegangen und die anderen, für die KWU wichtigen, im entsprechenden Kapitel behandelt.

<sup>461</sup> Kritik am "Vorreiter in den Plutonium-Staaten", S. 17.

wurde in einer Bürgerfragestunde des Stadtrates eine Reihe von Fragen der MgA zur KWU beantwortet. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob und wenn ja, in welchem Ausmaß die KWU leicht radioaktive Abwässer in die Erlanger Kanalisation ableiten dürfe, bzw. ob dies geschehen sei und ob anderweitig Radioaktivität freigesetzt worden sei.<sup>462</sup> Die Sorgen basierten auch auf einem Zwischenfall in einem radiochemischen Labor der KWU in Karlstein, bei dem im Februar 1987 einige Mitarbeiter einer erhöhten Dosis Radioaktivität ausgesetzt wurden.<sup>463</sup> Die Stadt beantwortete all diese Fragen ausführlich aber abschlägig, es sei keinerlei Radioaktivität in irgendeiner Art freigesetzt worden.<sup>464</sup>

Am 02.05. organisierten die MgA zusammen mit anderen Erlanger Gruppen im Rahmen einer bundesweiten Aktion gegen die KWU anlässlich des 1. Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl eine Demonstration unter dem Motto „Kampf der Atommafia“.<sup>465</sup> Diese blieb nicht die einzige, die MgA beteiligten sich als Mitorganisatoren an zahlreichen weiteren Demonstrationen gegen die Firma im Betrachtungszeitraum.

Der Konflikt mit Siemens/KWU lässt sich auch auf der Vereinsebene nachvollziehen. Als die Mütter 1987 in Gespräche mit dem Erlanger Kinderschutzbund zwecks einer möglichen Kooperation traten, kamen massive Differenzen zwischen den Vereinen hinsichtlich der Atomenergie zum Vorschein. Der Vorsitzende des KSB, der laut den Aufzeichnungen der MgA beruflich als Jurist bei Siemens arbeitete, kritisierte, dass die Mütter mit ihrer Opposition gegen die Atomenergie potentiell Spannungen in Familien hervorrufen würden und die Kinder unnötigerweise in einen Konflikt hineinzögen, den sie noch nicht verstünden. Er riet ihnen ferner, sich doch in „Mütter für gesunde Ernährung“ umzubenennen. Die Gespräche wurden letztlich abgebrochen, ohne eine Kooperation zu vereinbaren.<sup>466</sup>

---

<sup>462</sup> Stadt Erlangen: Antworten auf Fragen der Bürgersprechstunde, 29.04.1989, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1–2.

<sup>463</sup> EN: Den Atomstaub eingeatmet. Keine akute Gesundheitsgefährdung - Ursache unklar - Arbeiten eingestellt, 05.02.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 17.

<sup>464</sup> Stadt Erlangen: Antworten auf Fragen der Bürgersprechstunde, S. 1–2.

<sup>465</sup> Erneute Demo gegen die Kraftwerk Union. Samstag um 11:00 Uhr vor KWU-Gelände, 01.05.-03.05.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 17.

<sup>466</sup> Protokoll "Mütter gegen Atomkraft" beim Kinderschutzbund, 17.03.1987, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.

## 5.12 Selbstwirksamkeitswahrnehmung des Vereins

Betrachtet man das gesamte Wirken der MgA, so erscheint es nach Meinung des Autors bedingt durch die Natur des Vereins als Anti-Atomkraft- und Umweltverein stets vom Konflikt gegen die Vertreter der Sache geprägt, gegen welche jeweils protestiert bzw. agiert wurde. Dies beinhaltete ein grundsätzliches Misstrauen gegen Vertreter der Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, der Politik, der Presse und natürlich auch der Industrie. In ihrem Handeln zeigten sich die Erlanger MgA sehr streitbar und suchten stets die verbale Konfrontation mit ihren Gegnern. Das führte, wie in den vorherigen Kapiteln aufgezeigt, zu verschiedenen Auseinandersetzungen der MgA in der Erlanger Öffentlichkeit. Sich ständig in der Opposition zu befinden, scheint dabei seinen Tribut von den Mitgliedern gefordert zu haben, die in interner Korrespondenz an verschiedenen Stellen ihre Frustration zum Ausdruck brachten, dass ihre Handlungen nicht den gewünschten Erfolg gehabt, ihre Veranstaltungen oft nicht die gewünschte Besucherzahl angezogen hätten und ihr Engagement generell von außen nicht genug gewürdigt worden sei. Aus letzterem Grund hatte sich auch die Archivarin der Erlanger MgA Frau Klier an den Lehrstuhl gewandt. Sie wollte wissen, warum man in der (Bilder-) Ausstellung des Lehrstuhls zu Tschernobyl<sup>467</sup> nicht auch den Verein berücksichtigt habe, man sei schließlich ein elementarer Teil der Geschichte von Tschernobyl in Erlangen, eine Aussage, die absolut zutreffend ist.

---

<sup>467</sup> Die Ausstellung dokumentierte nicht die Ereignisse in Erlangen, sondern zeigte Fotos aus der Sperrzone um Tschernobyl.



## 6 Die Kraftwerk Union AG

Als letzten Akteur gilt es die Seite des Kraftwerkherstellers KWU zu betrachten. Die KWU wurde 1969 als Gemeinschaftsunternehmen von Siemens und AEG gegründet. Ziel der Gründung war es, gemeinsam Produktionskapazitäten für die immer größer werdenden Bauelemente von Kraftwerken, Generatoren und Turbinen zu schaffen, die sonst beide Unternehmen einzeln hätten schaffen müssen. Aus dem gleichen Grund war auch die Transformatoren Union (TU) entstanden.<sup>468</sup> Die KWU stellte verschiedene Kraftwerkstypen her, hauptsächlich aber Kernkraftwerke. Die Produktion war in Mülheim und Berlin, Entwicklung und Planung waren in Offenbach und Erlangen angesiedelt. 1977 übernahm Siemens die KWU im Ganzen, nachdem sich die AEG wegen finanzieller Schwierigkeiten zurückgezogen hatte, ein Jahr später übernahm Siemens auch die TU.<sup>469</sup> Nachdem nun beide Unternehmen zu Siemens gehörten, wurden sie 1987 vollständig in die Siemens AG eingegliedert und verloren ihren Status als rechtlich selbstständige Firmen.<sup>470</sup> Ihre erfolgreichsten Geschäftsaktivitäten konnte die KWU in den frühen 1980er Jahren verzeichnen, weil sie mehrere Kraftwerksaufträge aus den 1970er Jahren zu erfüllen hatte,<sup>471</sup> 1986 beschäftigte die KWU in Erlangen 4817 Arbeitnehmer.<sup>472</sup> Danach blieben Aufträge für neue Kernkraftwerke aus, was die früheren Mitarbeiter der KWU mit den Reaktorunfällen von Three Mile Island 1979 und Tschernobyl begründeten.<sup>473</sup> 2009 verkaufte Siemens daher seine inzwischen Siemens SNP genannte Kernkraftabteilung an den französischen Staatskonzern Areva.<sup>474</sup>

---

<sup>468</sup> Interview mit Wolfgang Breyer und Christian Meyer zu Schwabedissen, 03:51-05:50 min

<sup>469</sup> Wikipedia: Kraftwerk Union AG, [https://de.wikipedia.org/wiki/Kraftwerk\\_Union](https://de.wikipedia.org/wiki/Kraftwerk_Union) [letzter Zugriff: 16.07.2017].

<sup>470</sup> Siemens ordnet Energiebereich neu. Arbeitsplätze sollen durch neue Aktivitäten sicherer werden - 12 DM Dividende. Kraftwerk Union und Trafo Union verlieren rechtliche Selbstständigkeit, 29.01.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 6.

<sup>471</sup> Wikipedia: Kraftwerk Union AG.

<sup>472</sup> Keine Aufträge für Umwelttechnik. Antwort des KWU-Betriebsratsvorsitzenden an MdL Hiersemann – 4817 Beschäftigte, 11.07.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 17.

<sup>473</sup> Interview mit Wolfgang Breyer und Christian Meyer zu Schwabedissen, 40:01-42:28 Min.

<sup>474</sup> Wikipedia: Kraftwerk Union AG.

## 6.1 Reaktion der KWU auf Tschernobyl

Nach der Katastrophe von Tschernobyl und der damit verbundenen Mobilisierung weiter Teile der Bevölkerung gegen die Kernkraft musste sich die KWU als deutscher Kernkraftmonopolist nicht nur einem generellen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Kernenergie stellen, sondern sah sich auch einem Ansturm von Kritik und Vorwürfen alter und neuer Kernkraftgegner, sowie Forderungen nach einem Ausstieg aus dem Geschäft mit der Kernenergie ausgesetzt. Das Unternehmen versuchte, sich dagegen entsprechend seiner Möglichkeiten zur Wehr zu setzen, bzw. das öffentliche Vertrauen wiederherzustellen.<sup>475</sup>

Am 05.05.1986 veröffentlichte daher der Vorstand ein vierseitiges Rundschreiben an alle Mitarbeiter der KWU. In diesem versicherte man zunächst den Beschäftigten, dass der nukleare Fallout keine unmittelbare Gesundheitsgefahr darstelle und man nicht beunruhigt sein müsse, wenn man die Vorsorgemaßnahmen der Strahlenschutzkommission beachten würde. Dann geht der Artikel detailliert auf die Unterschiede des russischen RBMK-Reaktors zu den deutschen Reaktoren ein und unterstreicht, dass der RBMK in Deutschland nicht genehmigungsfähig wäre und erläutert die Ziele der zukünftigen Öffentlichkeitsarbeit des Unternehmens nach Tschernobyl:<sup>476</sup>

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, durch objektive und umfassende Information das Vertrauen in unsere Kernkraftwerkstechnik zu erhalten, das durch diesen Unfall in der UdSSR möglicherweise in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Dabei werden wir uns vor Verharmlosung und vor Panikmache in gleicher Weise hüten.<sup>477</sup>

Ziel dieses Rundschreibens war es somit, den Mitarbeitern eine Argumentationsstrategie in Diskussionen mit Kernkraftgegnern zu liefern. Dafür waren in dem Rundschreiben auch Darstellungen eines deutschen Reaktortyps mit dessen Sicherheitsmaßnahmen und des RBMK

---

<sup>475</sup> Die Betrachtung der KWU basiert notgedrungen auf vergleichsweise wenigen Quellen, da von Seiten der KWU/Areva nicht an schriftliche Informationen zu der Zeit um 1986 zu kommen war. Die verwendeten schriftlichen Originalquellen sind über das Archiv der MgA in den Besitz des Autors gelangt, die anderen Informationen stammen aus einem Interview mit zwei ehemaligen Mitarbeitern der KWU. Siehe auch Fußnote 44.

<sup>476</sup> KWU: Information an alle Mitarbeiter. Reaktorunfall in Tschernobyl, 05.05.1986, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1–4.

<sup>477</sup> Ebd., S. 2.

mit dessen Schwachstellen abgedruckt.<sup>478</sup> Im Juni 1986 wurden dann alle in der Öffentlichkeitsarbeit tätigen Mitarbeiter auf einer Schulung direkt vom Vorstand über die Schwerpunkte der nach Tschernobyl erforderlichen Schritte informiert.

Das Unternehmen hatte zuvor feststellen müssen, dass die durch Tschernobyl „erneut aufgeflamnte Diskussion um den Ausstieg aus der Kernenergie [...] verstärkte Anstrengungen in der Öffentlichkeit“ erforderte. Im September 1986 gab man daher an alle Mitarbeiter ein umfangreiches Rundschreiben mit dem Titel „Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit“ heraus. In diesem wurden zunächst bereits laufende Aktionen wie Zeitungsanzeigen, Schulung von Firmenredakteuren und an den Standorten der Kernkraftwerke Pressegespräche, Besichtigungseinladungen an Nachbargemeinden und Vortragsveranstaltungen für die Mitarbeiter der Zuliefererfirmen genannt. Diese seien allerdings nicht ausreichend, um die angesichts der rasant gestiegenen Zahl der Kernkraftgegner nötige Breitenwirkung erzielen zu können.

Damit man den Kernkraftgegnern das Feld nicht kampflos überlasse, bat man die Mitarbeiter, sich zu überlegen, wie man das Vertrauen der Mitbürger in die Kerntechnik wieder steigern und diese dazu bringen könne, die „übertriebene Angst vor Kernkraftwerken“ abzulegen. Auch nach Anregungen für neue Werbegeschenke wurde gefragt. Dabei erwähnte das Rundschreiben ausdrücklich, dass gute und neue Ideen über das betriebliche Vorschlagswesen finanziell belohnt werden könnten. Öffentliche Vorträge von Kernkraftgegnern solle man bekannt geben, damit man Vertreter dorthin entsenden könnte, um den Standpunkt der Firma darzustellen. Dafür würden auch Freiwillige gesucht. Man solle in politischen Parteien, gesellschaftspolitisch wirksamen Gruppen und den Medien, sowie in seinem persönlichen Umfeld wie Familie, Freundeskreis und Vereinen selbst nach Möglichkeit Veranstaltungen planen, Gespräche auf das Thema lenken und Leserbriefe schreiben. Kernkraftkritische Flugblätter oder Zeitungsanzeigen solle man im Unternehmen einreichen, damit auf sie reagiert werden könne.

Das Rundschreiben wurde durch drei Anhänge ergänzt, eine Rede des KWU-Vorstands Klaus Barthelt, eine Zusammenfassung der KWU-Position zur Kernenergie nach Tschernobyl und eine Übersicht zu

---

<sup>478</sup> Ebd., S. 1–4.

energiewirtschaftlichen Faktoren der Nutzung der Kernenergie. Die elf Seiten umfassende Rede hatte Barthelt auf der erwähnten Schulung der Mitarbeiter zu Tschernobyl gehalten. Sie ist einen genaueren Blick auf ihre Formulierung wert, weil sie einen internen Blick auf die innere und äußere Situation der KWU in dieser Zeit gestattet.<sup>479</sup> Sie beginnt mit der Feststellung, dass es zwar schon immer klar gewesen sei, dass die KWU von einer nuklearen Katastrophe jeder Art als deutscher Monopolist deutlich stärker als andere Unternehmen betroffen sein würde, die tatsächlichen Ausmaße der Reaktionen der Bevölkerung aber schlimmer wären, als man es sich habe vorstellen können. Der „Weg der Kernenergie in die Normalität“<sup>480</sup> sei drastisch unterbrochen worden und die nun vor allen Mitarbeitern liegende Aufgabe der Rückkehr zum Status quo ante sei so schwierig und langfristig, der Schaden so gravierend, dass viele Mitarbeiter einen Erfolg wahrscheinlich nicht mehr vor ihrer Pensionierung im Unternehmen erleben würden.<sup>481</sup>

Es sei dem Vorstand völlig klar, dass die Kernkraft eine „Polittechnik“<sup>482</sup> sei, die ihren Vertretern mehr abverlange, als dies bei anderen Energieformen der Fall sei. Erfolg könne man nur haben, wenn man „ohne jede technische Arroganz und Überheblichkeit gegenüber den Mitbürgern, die Not und Sorge empfunden haben“,<sup>483</sup> vorgehe, davon hänge es ab, ob es eine Zukunft für die Kerntechnik, das eigene Unternehmen und dessen Arbeitsplätze geben werde. Der Vorstand habe daher beschlossen, es weder an Personal, noch an Geldern mangeln zu lassen. Schließlich sei die Kernenergie „ökonomisch und ökologisch notwendig und sicherheitstechnisch verantwortbar“,<sup>484</sup> insgesamt „eine der vernünftigsten Technologien, die sich der Mensch je geschaffen hat“<sup>485</sup> und ein Ausstieg sei hinsichtlich der zunehmenden Knappheit fossiler Brennstoffe nicht vertretbar, man habe die Pflicht, die Energiequelle Uran zu nutzen.<sup>486</sup>

---

<sup>479</sup> KWU: Die Öffentlichkeitsarbeit der KWU nach Tschernobyl. Vortrag von Dr. Klaus Barthelt, 19.06.1986a, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1–11.

<sup>480</sup> Ebd., S. 1.

<sup>481</sup> KWU: Die Öffentlichkeitsarbeit der KWU nach Tschernobyl. Vortrag von Dr. Klaus Barthelt., 19.06.1986b, in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1–2.

<sup>482</sup> Ebd., S. 1.

<sup>483</sup> Ebd., S. 3.

<sup>484</sup> Ebd.

<sup>485</sup> Ebd., S. 4.

<sup>486</sup> Ebd., S. 1–4.

In der Vertretung der eigenen Sache und Überzeugung habe man in der Vergangenheit durchaus Fehler gemacht, man habe nicht nur insgesamt zu wenig geleistet, sondern es sei leider auch innerhalb der KWU-Gruppe eine „weit verbreitete Einstellung, die Öffentlichkeitsarbeit der KWU insgesamt zu kritisieren“.<sup>487</sup> Damit greife man die bisher lediglich einstellige Zahl der ausschließlich in der Öffentlichkeitsarbeit tätigen Mitarbeiter zu Unrecht an, denn deren Arbeit gehe alle an und müsse in Zukunft auch möglichst von allen Mitarbeitern mitgeführt werden. Wer sich nicht beteilige, „möge bitte den Mund halten“<sup>488</sup> und habe „das Recht an Kritik verloren“.<sup>489</sup> Öffentlichkeitsarbeit sei von nun an auch eine Führungsaufgabe und man werde versuchen, die Zahl von bisher etwa 1.500 Veranstaltungen pro Jahr mit der Hilfe aller Mitarbeiter zu steigern. Dabei sei es nicht so wichtig, dass mit der letzten Perfektion gearbeitet werde und dass alle Formulierungen und Aussagen der Mitarbeiter feingeschliffen seien, auf diese Art ließe sich das zu Sagende aktuell nicht mehr rechtzeitig genug anbringen. Man müsse den „Mut zu mancher Unvollkommenheit und Lücke haben“,<sup>490</sup> dürfe dabei allerdings keine Aussagen „unter der Gürtellinie“<sup>491</sup> treffen.<sup>492</sup>

Mitarbeiter, die in „staatstragenden Parteien“<sup>493</sup> politisch tätig seien, was die Firmenleitung stets begrüßt habe, sollten auch dort für die Sache der Kernenergie eintreten. Dies schliesse explizit auch Mitglieder der SPD ein, die zwar gegen die Kernenergie sei,<sup>494</sup> was Barthelt sehr bedauere, allerdings könne man als Mitglied von innen eher etwas bewirken, als von außen. Ziel müsse es sein, dass die Volksparteien wieder zu einem „energiepolitischen Konsens“<sup>495</sup> gelangten, welcher die Kernenergie beinhalte. Das Engagement in Parteien, „die sich zum Ziel gesetzt hätten, das System, in dem wir leben, zu verändern“, lehne er hingegen entschieden ab.<sup>496</sup>

---

<sup>487</sup> Ebd., S. 4.

<sup>488</sup> Ebd., S. 5.

<sup>489</sup> Ebd.

<sup>490</sup> Ebd., S. 6.

<sup>491</sup> Ebd.

<sup>492</sup> Ebd., S. 4–6.

<sup>493</sup> Ebd., S. 6.

<sup>494</sup> Dazu mehr auf der nächsten Seite.

<sup>495</sup> Ebd.

<sup>496</sup> Ebd.

Hauptziel Eins der gesamten Öffentlichkeitsarbeit müsse sein, das Informationschaos und die damit zusammenhängende Panik und Hysterie, die nach Tschernobyl eingetreten seien, zu beseitigen, um wieder auf ein „einigermaßen eingependeltes Stimmungsniveau“<sup>497</sup> hinsichtlich der Kernenergie in der Bevölkerung zu kommen. Hauptziel Zwei solle sein, den Deutschen die großen sicherheitstechnischen Vorteile der KWU-Anlagen im Vergleich zu den sowjetischen klarzumachen, da man hier durch die Katastrophe viel verlorenen Boden wiedergutmachen habe. Dafür brauche man „Öffentlichkeitsarbeit ‚mit Herz‘“,<sup>498</sup> die „Brücken baut, Gräben überwindet, Vertrauen aufbaut und die zuhören kann“,<sup>499</sup> die offen und ehrlich, aber auch kämpferischer als zuvor alle personellen und medialen Mittel ausschöpfe.<sup>500</sup>

An dieser Rede, die in ihrer Dringlichkeit etwas an eine Feldherrenrede vor dem Kampf gegen einen übermächtigen Feind erinnert, lässt sich ablesen, dass die Katastrophe von Tschernobyl als existentielle Gefahr für das Kernenergiegeschäft der KWU eingestuft wurde. Sie führte nicht nur zu einer massiven Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, in welche gleich einer Generalmobilisierung alle Mitarbeiter mit einbezogen werden sollten, sondern auch zu einem Hinterfragen der bisherigen Kommunikationspolitik des Unternehmens. Man wollte umfangreicher, zahlreicher und aktueller auf Kritik reagieren und war dafür bereit, den Mitarbeitern in der Wahl ihrer Formulierungen weitgehend freie Hand zu lassen, was den Ernst der Lage für das Unternehmen zusätzlich deutlich macht. Die Rede zeigt aber auch, dass sich die KWU prinzipiell durchaus selbst die Fähigkeit und die Möglichkeiten zuschrieb, mit erhöhten Anstrengungen die Stimmung in ganz Deutschland langfristig wieder zugunsten der Kernkraft zu drehen, was die außerordentliche Machtposition der KWU im deutschen Energiekonflikt unterstreicht.

---

<sup>497</sup> Ebd., S. 8.

<sup>498</sup> Ebd., S. 9.

<sup>499</sup> Ebd.

<sup>500</sup> Ebd., S. 9–11.

## 6.2 Aktionen von Kernkraftgegnern gegen die KWU in Erlangen

Im Betrachtungszeitraum gab es, wie bereits im Kapitel über die MGA angeschnitten, eine Reihe von Protestaktionen und Demonstrationen gegen die KWU in Erlangen. So gab es bereits am 17.05.1986 eine Demonstration mit dem Titel „Aktionstage gegen Siemens und KWU“, bei denen gegen angebliche kriegsvorbereitende Aktivitäten der Unternehmen in Hinblick auf den Bau einer Atombombe demonstriert werden sollte,<sup>501</sup> eine Aktion vor allem linker und grüner Gruppen. Die Erlanger Grünen hatten im Vorfeld mit Flugblättern mit Parolen wie „Feuer und Flamme für diesen Staat“<sup>502</sup> und „Dirndel und Leder Hand



Abbildung 22: Demonstration gegen Siemens und die KWU am 20.05.86.



Abbildung 23: Die Polizei löst eine ungenehmigte Versammlung auf dem Hugenottenplatz auf, im Hintergrund ist die Universitätsbibliothek zu sehen.

<sup>501</sup> Messstellen rund um die Uhr tätig. Hohe Cäsiumwerte im Salat registriert. Demonstrationen in Erlangen gegen Siemens und KWU angekündigt - Polizeiaufgebot, 16.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 9.

<sup>502</sup> Spiel mit dem Feuer. Zur Demonstration am Pfingstsamstag, 20.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 13.

in Hand, die KWU wird abgebrannt“<sup>503</sup> zu einer aufgeheizten Stimmung beigetragen, während sich der Erlanger OB Dr. Hahlweg (SPD) öffentlich von der Demonstration distanzierte.<sup>504</sup> Die Demonstration, für die wegen befürchteter Ausschreitungen durch angereiste Gewalttäter 1.000 Polizisten und drei Wasserwerfer in Erlangen zusammengezogen wurden, ging letztlich mit etwa 5.000 Teilnehmern halbwegs friedlich vonstatten (vgl. Abb. 22),<sup>505</sup> obwohl am Vortag Säcke mit Steinen in der Nähe des Siemens-Geländes versteckt gefunden worden waren.<sup>506</sup>

Als für den 15.12.1986 wieder eine Demonstration von den Grünen, der



Abbildung 24: 500 Demonstranten auf dem Hugentotenplatz.

„Waldspaziergang“ vor der KWU angemeldet wurde, verbot die Stadt diese aus Sicherheitsgründen (vgl. Abb. 23). Dagegen protestierten neben anderen Vereinen die Erlanger Mütter gegen Atomkraft, die an dem Protest hatten teilnehmen wollen und sich nun „als Kriminelle abgestempelt“ sahen.<sup>507</sup> Die Polizei befürchtete trotz des Verbotes Ausschreitungen und riet den Bürgern, das KWU-Gelände an dem

---

<sup>503</sup> Ebd.

<sup>504</sup> Polizei befürchtet Ausschreitungen. Morgen Demonstration durch Innenstadt - OB distanziert sich von Aufruf. Über tausend Teilnehmer erwartet, 16.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 11.

<sup>505</sup> 5000 Kernkraftgegner demonstrierten in Erlangen, 20.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 20.

<sup>506</sup> Starke Polizei verhinderte Gewalt. Trotz bisher größter Demonstrationsteilnahme gab es beim Protestzug gegen Siemens keine Ausschreitungen. Mindestens 4000 Menschen, darunter zahlreiche Vertreter autonomer Gruppen aus der gesamten Bundesrepublik beteiligt - Außer abgebrannter Fahne und eingeschlagener Fensterscheibe nichts passiert - Wasserwerfer brauchten nicht zum Einsatz kommen, 20.05.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 13.

<sup>507</sup> "Das KWU-Gelände meiden". Beschwörende Bitte des Polizeipräsidenten an die Bevölkerung. Trotz Verbots der Demonstration wird mit Auseinandersetzungen gerechnet - Gericht bestätigt Beschluss der Stadtverwaltung - "Molotow-Cocktails" gefunden, 13./14.12.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 15.

Tag zu meiden.<sup>508</sup> Letztlich blieben zwar größere Krawalle erneut aus, es kam allerdings zu ungenehmigten Versammlungen vor der KWU und später auf dem Erlanger Schlossplatz, die von der mit etwa 2.000 Mann vertretenen Polizei teilweise mit Schlagstockeinsatz aufgelöst wurden, auch ein Polizeihubschrauber kam über der Stadt zum Einsatz.<sup>509</sup>

Es folgten weitere Demonstrationen mit Titeln wie dem bereits erwähnten „Kampf gegen die Atommafia“<sup>510</sup> (vgl. Abb. 24), die sich vor allem gegen die radiochemischen Labore der KWU richteten und der „Kreuzweg für die Schöpfung“, der auf seinem Weg von Wackersdorf nach Gorleben auch halt vor der KWU in Erlangen machte.<sup>511</sup>

### 6.3 Auswirkungen auf die Mitarbeiter der KWU

Laut den zwei interviewten ehemaligen Mitarbeitern der KWU, welche diese Offensive mittragen sollten, bedeutete Tschernobyl zunächst vor allem viele Überstunden. Die KWU nutzte damals ihre Messgeräte und Expertise, um der Erlanger Bauernschaft mit der Strahlenmessung ihrer Produkte zu helfen, die sich hilfeschend an die KWU gewandt hatte und nahm an den Untersuchungen der Arbeitsgruppe der Stadt Erlangen teil. Die Mitarbeiter nahmen auch privat tragbare Strahlenmessgeräte mit nach Hause und leisteten damit Nachbarschaftshilfe. Auch gingen sie in ihrer Freizeit am Wochenende mit den Messgeräten auf den Markt und maßen kostenfrei Gemüse.<sup>512</sup> Man suchte den Kontakt mit den Erlanger Bürgern, indem man auf dem Hugenottenplatz kurz nach Tschernobyl einen Stand eröffnete, von dem aus man Informationen zu Tschernobyl verteilte und Werbung in eigener Sache machte,

---

<sup>508</sup> Kundgebung vor KWU verboten. Aus Sorge um Sicherheit in Erlangen. Anlass ist ein angekündigter "Waldspaziergang" nach der Aktion am Sonntag, 12.12.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 13.

<sup>509</sup> Der befürchtete "heiße Sonntag" blieb aus. Einigen hundert "illegalen" Demonstranten standen rund 2000 Polizisten gegenüber - Transparente wurden beschlagnahmt. Nach friedlich verlaufender Kundgebung am KWU-Gelände kam es in der Erlanger Innenstadt zu Zusammenstößen, 15.12.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 9.

<sup>510</sup> Erneute Demo gegen die Kraftwerk Union, S. 17.

<sup>511</sup> Christliche Werte statt Tanz ums goldene Kalb. Der „Kreuzweg für die Schöpfung“ machte auf seinem Weg von Wackersdorf nach Gorleben Station in Erlangen. Andacht und Baumpflanzung vor dem KWU-Gelände verlief ohne Komplikationen – statt Transparente ein Holzkreuz mitgeführt, 05.04.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 19.

<sup>512</sup> Interview mit Wolfgang Breyer und Christian Meyer zu Schwabedissen, 42:05-43:53 Min.

weiterhin entsandte man Vertreter zu Vorträgen, Diskussionsrunden und Podiumsdiskussionen.<sup>513</sup> Die Hilfeleistungen und Informationsangebote der KWU und der Mitarbeiter konnten allerdings nicht in Sympathien für die KWU umgemünzt werden, von Seiten der Kernkraftgegner wurde ihnen vorgeworfen, lediglich die Folgen eines Problems zu bekämpfen, für das sie moralisch mitverantwortlich seien.<sup>514</sup>

Wie in den Interviews deutlich wurde, fühlten sich die KWU-Mitarbeiter nach Tschernobyl sowohl beruflich, als auch privat noch mehr in die Defensive gedrängt (wie auch die nötige Bewachung des KWU-Gebäudes bei Demonstrationen in Abb. 25 zeigt), als dies bereits nach den ersten großen Anti-AKW-Protesten in den 70ern und der Studentenrevolution der Fall gewesen war. In den Medien hätten sie sich nun ständiger Kritik ausgesetzt gesehen. Die Wahrnehmung der KWU nach Tschernobyl sei für sie eine „offene Wunde gegenüber den Medien“, denn es hätte praktisch nie eine durchgehend angenehme, seriöse Berichterstattung gegeben, sondern nur ins Extreme gekehrte Darstellungen, sowohl gegen die Kernenergie als auch für sie.<sup>515</sup>



Abbildung 25: Polizeikordon vor dem KWU-Hauptgebäude in der Paul-Gossen-Straße 1, 15.12.1986.

Im Betrachtungszeitraum erschienen in den Erlanger Nachrichten 125 Artikel zur KWU, 5% aller dort veröffentlichten Nachrichten zur zivilen Atomkraft befassten sich also mit ihrem Arbeitgeber. Insbesondere die Berichterstattung der Nürnberger Nachrichten, des Mutterblattes der Erlanger Nachrichten, blieb den Mitarbeitern unangenehm in Er-

---

<sup>513</sup> Ebd., 1:51:30-1:52:00 Std.

<sup>514</sup> Ebd., 43:53-44:30 Min.

<sup>515</sup> Ebd., 12:00-13:50 Min.

innerung, ohne nachzudenken konnten sie dreißig Jahre später die Namen der als am schlimmsten empfundenen Redakteure aufzählen.<sup>516</sup> Diese hätten in Artikeln mit Titeln wie „Ein Trojanisches Pferd am Rand der Stadt?“<sup>517</sup> und Beschreibungen der KWU als „nukleare Zeitbombe“<sup>518</sup> „in ihrem Selbstverständnis gewählt“.<sup>519</sup> Zwar versuchten die Mitarbeiter sich etwa mittels Leserbriefen in der EN zu wehren, die sich unter anderem auch direkt gegen die MgA und den von ihnen unterstützten Professor Ebert wandten. In einer direkten Antwort auf den obigen Zeitungsartikel bezeichneten sie die oben zitierten Bezeichnungen der KWU als diffamierend und wiesen die Vorwürfe der MgA zurück, man würde schlechte Öffentlichkeitsarbeit leisten, denn man habe allein im vergangenen Jahr etwa 60 Gruppen mit mehr als 300 Besuchern durch das radiochemische Labor geführt.<sup>520</sup>

So lud man etwa den Umweltausschuss des Erlanger Stadtrats und den Oberbürgermeister zur Besichtigung der Labore ein (vgl. Abb. 26), der umfangreiche Artikel der EN verglich die Mitarbeiter mit den Erbauern der ersten Nuklearwaffen: „Dabei geht es den Chemikern und Physikern bei der KWU wie den Vätern der Atombombe: Man kann vieles

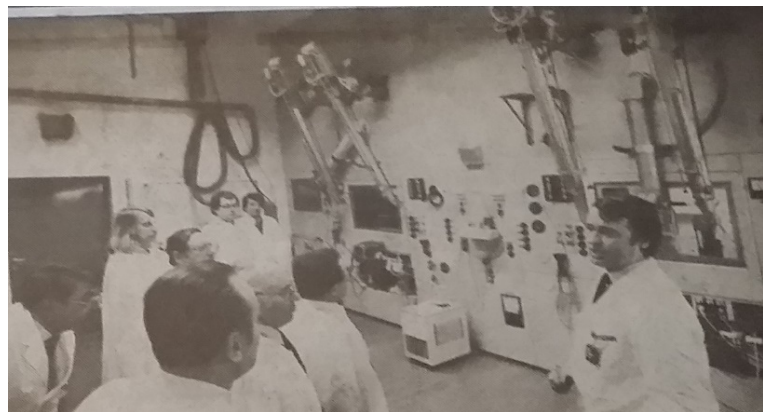


Abbildung 26: Stadtrat und Oberbürgermeister bei der KWU.

---

<sup>516</sup> Ebd., 10:29-11:45 Min.

<sup>517</sup> Ein trojanisches Pferd am Rand der Stadt? Bürger kritisieren schlechte Informationspolitik von KWU und Behörden zum Erlanger Forschungszentrum. Der Umgang mit gefährlichen radioaktiven Stoffen in den Versuchslabors macht Sorgen – Ausmaß der Gefahr ist unklar, 04.12.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 13.

<sup>518</sup> Ebd.

<sup>519</sup> Interview mit Wolfgang Breyer und Christian Meyer zu Schwabedissen, 12:00-13:50 Min.

<sup>520</sup> Stets zur Information bereit. Eine Verteidigung der KWU gegen Vorwürfe. Strenge Sicherheitsvorkehrungen für Versuche, 18.12.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 24.

berechnen, aber man möchte es auch ausprobieren“.<sup>521</sup> Trotz aller Verteidigung hätten diese ständigen Angriffe auf ihre Arbeit und Überzeugungen mit ihrer nach Tschernobyl stark steigenden Anzahl zu einer großen emotionalen Belastung für alle KWU-Mitarbeiter beigetragen.<sup>522</sup>

Erschwerend sei hinzugekommen, dass sich das Klima in der Stadt bereits vor Tschernobyl zuungunsten der KWU gewandelt habe. Dies begründeten Breyer und Schwabedissen mit dem Umschwenken der SPD gegen die Kernkraft. Diese hatte noch unter Helmut Schmidt die Kernkraft unterstützt, diesen Kurs dann aber parallel zu den zunehmenden Anti-AKW-Protesten in den 1970ern aufgegeben.<sup>523</sup> Da Erlangen in den 1980ern SPD-regiert war, habe dies das Verhältnis zur Stadt stark belastet.<sup>524</sup> Teilweise sei das Verhältnis so angespannt gewesen, dass die Stadt Sponsorengelder für kulturelle Veranstaltungen wie das Poetenfest ablehnen wollte und sich nur nach Verhandlungen mit dem Sponsor umstimmen ließ.<sup>525</sup> Aus dem gleichen Grund habe die Stadt den von Siemens und der KWU angestrebten Bau einer Schwebebahn, der sogenannten „H-Bahn“ in Erlangen abgelehnt, obwohl Siemens für die Betriebskosten aufgekommen wäre.<sup>526</sup> Der bereits vorgestellte SPD-Stadtrat Helmut Pfister sei auch maßgeblich an den Versuchen der KWU-Gegner beteiligt gewesen, die KWU-Labore schließen zu lassen,<sup>527</sup> was wie bereits erwähnt auch ein Ziel der Erlanger MgA war. Mit dem SPD-Landtagsabgeordneten und damaligen Spitzenkandidaten der bayerischen SPD Karl-Heinz Hiersemann lieferten sich der KWU-Vorsitzende Barthelt und der Betriebsrat wiederholt Wortgefechte,<sup>528</sup>

---

<sup>521</sup> Bau 34 – 2 Stunden aus Glas. Dem radiochemischen Labor des neuen Siemens-Unternehmenspreis galt das Interesse von Kernkraft-Befürwortern mit deren Gegnern – hohe Sicherheit. Erweiterter Umweltausschuss des Stadtrats besuchte Kraftwerk Union, 02.03.1988, in: Erlanger Nachrichten, S. 22.

<sup>522</sup> Interview mit Wolfgang Breyer und Christian Meyer zu Schwabedissen, 12:00-13:50 Min.

<sup>523</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschland: Atomkraft, <https://www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Atomkraft> [letzter Zugriff: 07.05.2017].

<sup>524</sup> Ebd., 32:16-32:40 Min.

<sup>525</sup> Ebd., 1:09:43-1:14:08 Std.

<sup>526</sup> Ebd., 35:02-38:15 Min.

<sup>527</sup> Ebd., 1:53:20-1:54:45.

<sup>528</sup> Keine Baugenehmigung für Hauptprozessgebäude der WAA. Stellvertretender Schwandorfer Landrat Ziegler sieht gravierende Mängel in den Antragsunterlagen der DWK. „Wesentliche Angaben fehlen“ – Innenministerium: „Nacht-und-Nebel-Aktion“ – Betreiberfirma kündigt rechtliche Schritte an, 06.04.1987, in: Erlanger Nachrichten, S. 23.

nachdem Hiersemann die Erlanger KWU zur Umstellung auf alternative Energien aufgerufen hatte.<sup>529</sup>

Aber auch das Verhältnis der KWU mit dem Mutterkonzern Siemens war kein leichtes, denn innerhalb des Siemens-Konzerns wurde sie als Belastung für das Image des Unternehmens angesehen, weil Kernkraftgegner auch gegen das Mutterunternehmen Siemens wegen dessen Tochterunternehmen KWU Vorwürfe erhoben und zu einer Boykottaktion gegen Siemensprodukte wie beispielsweise Waschmaschinen aufgerufen hatten. Dies habe zu ständigen verbalen Angriffen und Feindseligkeiten gegenüber der KWU innerhalb des Unternehmens geführt. Der Unmut des Mutterkonzerns über das „schwarze Schaf“ sei so weit gegangen, dass der Siemens-Vorstand KWU-Geschäftsführer Barthelt aufgefordert habe, das Wort „Kernkraft“, bzw. „Kernenergie“ nicht mehr in öffentlichen Reden zu verwenden, was dieser allerdings als völlig unmöglich abgelehnt habe. Da die KWU aber in den 1980ern ordentliche Gewinne verzeichnen konnte, war man zu diesem Zeitpunkt nicht gewillt, das Kernkraftgeschäft aufzugeben, der Konflikt belastete aber natürlich die Mitarbeiter der KWU ebenfalls.<sup>530</sup>

Die Mitarbeiter hätten sich aber nicht nur im eigenen Unternehmen, sondern auch im eigenen sozialen Umfeld verteidigen müssen, denn der Streit um die Kernkraft sei durch Familien und Freundeskreise hindurchgegangen und habe dort zu teils massiven Spannungen geführt, da man auch dort stets als KWU-Mitarbeiter wahrgenommen und behandelt worden sei.<sup>531</sup> An mehreren Stellen in der Stadt, unter anderem auf dem Weg zur Arbeit von Schwabedissen habe es „Macht die KWU zu!“ - Graffiti auf Garagenwänden gegeben, Poster mit der gleichen Aufschrift seien überall im Stadtbild zu sehen gewesen.<sup>532</sup> Man habe oft schiefe Blicke, teilweise auch Beleidigungen bei öffentlichen Auftritten erfahren müssen. In einigen Fällen ging die Animosität gegen die KWU so weit, dass Kinder in der Schule wegen der Tätigkeit ihrer Eltern Mobbing erdulden hätten müssen.<sup>533</sup>

---

<sup>529</sup> „KWU ist unsicherer Faktor“. Hiersemann erwartet bei Erlanger Unternehmen wachsende Probleme. Der SPD-Landtagsabgeordnete referierte über „die Zukunft der Arbeit in der Region“. Er befürchtete große Freisetzung von Arbeitnehmern, 04.06.1986, in: Erlanger Nachrichten, S. 15.

<sup>530</sup> Interview mit Wolfgang Breyer und Christian Meyer zu Schwabedissen, 55:01-57:24 Min.

<sup>531</sup> Ebd., 12:00-13:50 Min.

<sup>532</sup> Ebd., 1:40:00 -1:40:54 Std.

<sup>533</sup> Ebd., 41:29-41:47 Min.

## 6.4 Bewertung der Auswirkungen von Tschernobyl auf die KWU

Tschernobyl bedeutete für die KWU und die von ihr vertretene Kernenergie einen massiven Rückschlag, der Wandel breiter Bevölkerungsteile zu Kernkraftgegnern machte sich auch in Erlangen direkt vor den Toren der KWU und in den Erlanger Nachrichten bemerkbar. Das Unternehmen stufte die Auswirkungen der Katastrophe für das Image der Kernenergie als existenzbedrohend ein und mobilisierte alle Ressourcen um den Schaden zu begrenzen, dafür setzte es sich auch direkt mit Kernkraftgegnern vor Ort, wie den MgA auseinander. Dennoch konnte sie das Aus der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, bei der die KWU für den Bau der Generalunternehmer war und für den alleine in Erlangen 350 Mitarbeiter tätig waren,<sup>534</sup> nicht verhindern. Aus den Erzählungen der zwei Mitarbeiter geht hervor, dass sie diese Zeit als besonders schwierig und emotional belastend empfunden haben. Sie sahen sich aufgrund ihres Berufes und ihrer Überzeugung in einen fortdauernden Konflikt verwickelt, der besonders nach der Katastrophe auf allen Ebenen ihres Lebens ausgetragen wurde. Im Gespräch drückten sie auch ihre Frustration über die „Lebensackgasse“<sup>535</sup> aus, welche ihr gesamtes Berufsleben letztlich durch das endgültige Aus für die Kernenergie nach Fukushima für sie dargestellt habe.<sup>536</sup>

---

<sup>534</sup> Nein zur WAA kostet 300000 Arbeitsplätze, S. 44.

<sup>535</sup> Interview mit Wolfgang Breyer und Christian Meyer zu Schwabedissen, 2:16:35-2:17:27 Std.

<sup>536</sup> Ebd.

## 7 Fazit: Tschernobyl in Erlangen

Nach dem Bekanntwerden des Eintreffens der von Tschernobyl ausgehenden Strahlung entfaltete sich in Deutschland eine Katastrophe. Obwohl diese wahrscheinlich in gewissen, bis heute höchst umstrittenen Ausmaßen Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland hatte, stellt sie sich in der Retrospektive vor allem als psychologische Katastrophe mit sozialer Komponente dar. In ungekanntem Maße löste die sinnlich nicht wahrnehmbare Strahlung Ängste aus, die durch eine unglaubliche Anzahl teilweise höchst widersprüchlicher Medienberichte verstärkt wurden. Die Komplexität der mit der Strahlung zusammenhängenden Einheiten, die kurz vor der Katastrophe erst auf neue, deutlich feinere Einheiten umgestellt worden waren, hinderte einen Großteil der Bevölkerung zudem an der Entschlüsselung der publizierten Werte. Durch die ungeschickte und rasch als unseriös und unzureichend empfundene Informationspolitik der auf eine derartige Katastrophe nicht vorbereiteten Bundesregierung gelang es nicht, die Ängste und die Hilflosigkeit zu mindern, sie wurden durch den Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Bundesregierung eher noch vergrößert. Die Landesregierungen behandelten je nach regierender Partei insbesondere die Frage der Grenzwertfestlegung unterschiedlich, und diese Uneinheitlichkeit verwirrte die Bürger zusätzlich. Sie wandten sich daher an die kommunalen Behörden vor Ort, die sich vor Anfragen kaum retten konnten, aber selber zunächst über keinerlei Informationen verfügten.

Die angesichts des Informationsbedarfs der Bevölkerung auf allen Ebenen des Staates wahrgenommene Hilflosigkeit führte zu einem massiven Anstieg der Zahl der Kernkraftgegner in Deutschland. Diese Entwicklung wurde durch die stetige Präsenz von mit Tschernobyl oder der zivilen Nutzung der Kernenergie allgemein zusammenhängenden Zeitungsartikeln zusätzlich verstärkt, die häufig Negativschlagzeilen über die Kernkraft beinhalteten. Die quantitative Analyse der Erlanger Nachrichten ergab, dass im Betrachtungszeitraum durchschnittlich 64 Artikel pro Monat zu dem Themenbereich Kernkraft erschienen, also etwa zwei pro Tag.

Aus den vielen Unterthemen der Kernkraft, die in der Öffentlichkeit Bedeutung erlangt hatten, wurden vier *Hot Topics* ausgewählt, welche sowohl für die deutsche Öffentlichkeit als auch für die drei betrachteten

Hauptakteure dieser Arbeit in unterschiedlicher Kombination besonders relevant waren und die sicherlich auch von vielen Erlanger Bürgern über die Zeitung verfolgt wurden. An der Debatte zu deutschen und europaweiten Grenzwerten für die radioaktive Belastung von Lebensmitteln nahmen die Mütter gegen Atomkraft (MgA) teil und versuchten aktiv das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu beeinflussen. Sie befürchteten, dass es in der Debatte entgegen den Verlautbarungen der Bundesregierung vor allem um (Agrar-)Marktanteile und die Verhinderung von Entschädigungsansprüchen von geschädigten Bauern ging und nicht um die Gesundheit der Bürger. Obwohl die Bundesrepublik auf im Vergleich zu anderen europäischen Staaten relativ niedrigen Grenzwerten beharrte, gingen diese Kernkraftgegnern wie den MgA nicht weit genug, sie forderten weit niedrigere Werte.

Auch das Problem der Entsorgung der radioaktiven Molke, welches nach der Verkäsung der nach Tschernobyl entstandenen verstrahlten Milch gelöst werden musste, wurde von den MgA aufgegriffen. Die bayerische Regierung suchte zunächst lange nach einer Möglichkeit, die Molke zu entsorgen, ohne sie als radioaktiven Abfall einzustufen und somit einen Präzedenzfall für den Umgang mit verstrahlten Lebensmitteln zu schaffen. Nachdem ihr dies nicht gelang, versuchte sie die Molke ohne viel Aufsehen als Futtermittel ins Ausland zu exportieren. Dies schlug fehl, als die bayerischen Grünen das Vorhaben aufdeckten, und es folgte ein öffentlicher Aufschrei. Da die Molke zu dem Zeitpunkt Privatbesitz der Exportfirmen war und Bayern bereits verlassen hatte, weitete sich das Problem so zu einer bundesweiten Angelegenheit aus, in die sich letztlich der Bundesumweltminister einschaltete, der die Lösung des Problems versprach und die Molke in den Besitz der Bundesregierung überführte. Nach einer vier Jahre andauernden Lösungssuche, die eine kostenintensive Zwischenlagerung notwendig machte, wurde die Molke schließlich in einem stillgelegten Kernkraftwerk von den Radionukliden separiert und als Dünger auf Felder ausgebracht. Der Umgang der Bundes- und der beteiligten Landesregierungen mit der Molke wurde von der Öffentlichkeit überwiegend negativ aufgefasst. Für die MgA waren der Umgang der bayerischen Regierung mit der Molke und der dadurch ausgelöste Skandal eine Bestätigung für ihr Misstrauen gegen die Regierung, und der Skandal wurde von ihnen auf Demonstrationen und anderen öffentlichen Veranstaltungen als Angriffspunkt verwendet.

In allen deutschen Gebieten, die von dem radioaktiven Fallout betroffen waren, akkumulierten sich im Klärschlamm der Kläranlagen hohe Konzentrationen von Radionukliden, so auch in Erlangen. Während die bayerische Landesregierung weiterhin die Ausbringung des Klärschlammes auf Felder als Dünger für unbedenklich hielt, lagerte die von der SPD regierte Stadt Erlangen ihn sofort ein, nachdem die erste Messung erhöhte Strahlenwerte ergeben hatte. Dies setzte sie bis November fort, anschließend wurde der inzwischen als unbedenklich eingestufte Schlamm wieder ausgebracht. Die MgA forderten hingegen eine weitere Einlagerung des Klärschlammes, weil sie die Ausbringung selbst geringster Strahlenmengen auf die Felder und deren Integration in die Nahrungskette vermeiden wollten. Diese Forderung wurde allerdings nicht erfüllt.

Diese drei Themen wurden als direkte Folge von Tschernobyl in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Diskussionen verdeutlichen die enormen und präzedenzlosen Herausforderungen, welche die Katastrophe in der Ukraine in Deutschland verursachte, sowie die Reaktionen der Bundes-, der beteiligten Landesregierungen und der Erlanger Stadtverwaltung. Anhand der Rezeption dieser Probleme durch die Mütter gegen Atomkraft und ihrer Reaktion auf den als überwiegend negativ empfundenen Umgang der Regierungen mit diesen lässt sich der Anspruch der Gruppe zeigen, auf allen Ebenen der Politik, vom Europaparlament bis zum Erlanger Umweltamt, politisch aktiv zu werden. Das Verhalten dieser greifbaren Gruppe von Antikernkraftaktivistinnen wurde stellvertretend für die gesamte Kernkraft- und Umweltbewegung untersucht, welche die Themen sicherlich ähnlich aufmerksam verfolgte.

Letzteres gilt auch für das von der Zahl der Zeitungsberichte und vom Ausmaß der erregten öffentlichen Aufmerksamkeit größte der *Hot Topics*, den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Diese sollte den nuklearen Brennstoffkreislauf schließen und war als Prestigeprojekt von Franz Josef Strauß nach Bayern geholt worden. Bereits vor 1986 hatte sich gegen den Bau der Anlage in der Oberpfalz wegen verschiedener Umweltbedenken zunehmend Widerstand geregt, und es war zu Demonstrationen mit bis zu 50.000 Teilnehmern und Bauplatzbesetzungen gekommen. Die Auseinandersetzungen zwischen WAA-Gegnern und der Polizei, die teilweise Bauernhöfe und ganze Dörfer umstellte und in deren Rahmen es zu ersten Einsätzen von CS-Gas in der Bundesrepublik kam, wurden also bereits damals als eine Art „Krieg“ wahrgenommen, bei dem es auch indirekt Tote zu verzeichnen

gab. Während der Auseinandersetzungen starb eine Demonstrantin an einem Herzanfall, ein Demonstrant an einem vermutlich von dem Gas verursachten Asthmaanfall und ein Polizist, der in einem Hubschrauber saß, der auf einem Gleis landete und von einem Zug gerammt wurde.

Tschernobyl und die Enttäuschung weiter Teile der Bevölkerung über die Reaktionen der Bundes- und Landesregierungen darauf vervielfachten die Zahl der WAA-Gegner, und die Demonstrationen wurden größer und wütender. Auch die österreichische Regierung schaltete sich in den Konflikt auf Seiten der WAA-Gegner ein, und österreichische Demonstranten nahmen zu Tausenden an Veranstaltungen in Deutschland teil. Dabei richteten sich die Proteste auch gegen die als immer maßloser wahrgenommene Weise, mit der Strauß sein Prestigeprojekt durchsetzen wollte. Zunehmend schlossen sich allerdings auch gewaltbereite Autonome den Demonstrationen an, deren Gewaltakte am 18.05.86 zur sogenannten „Pfungstschlacht“ führten, bei der die Polizei mit massiver Gegengewalt reagierte und das Gelände um die WAA aus Hubschraubern mit CS-Gaskartuschen bombardierte. Insgesamt gab es über 200 Verletzte auf beiden Seiten. Dies führte deutschlandweit zu einer Kontroverse über Polizeigewalt und über die Frage der Legitimität von Gewalt als Protestform und wie man beides verhindern könne. Während die bayerische Regierung ihre Polizeikräfte mit nicht tödlichen Distanzwaffen ausstattete und letztlich erfolgreich ein Vermummungsverbot forderte, solidarisierte sich eine Reihe von Umweltbewegungen und Vereinen auf einer Konferenz indirekt mit gewaltsamen Protestformen.

Weitere gewaltsame Ausschreitungen auf Demonstrationen und zahlreiche Fälle von schwerem Vandalismus zeigten, wie sehr sich die Stimmung nach Tschernobyl aufgeheizt hatte. Das Ende der WAA kam allerdings eher aus wirtschaftlichen Gründen als wegen des gesellschaftlichen Widerstands. Nachdem die Kosten sich im Laufe der Zeit fast verdoppelten, beschloss man stattdessen die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in Frankreich mit zu nutzen. Die Erlanger MgA nahmen seit ihrer Gründung an zahlreichen Protesten gegen die WAA vor Ort und vor der KWU in Erlangen, dem Generalunternehmer der WAA, teil und organisierten auch selbst Demonstrationen an beiden Lokalitäten. Die MgA und andere Erlanger Verbände beteiligten sich nicht nur aktiv an der Kontroverse um Wackersdorf, damit in Zusammenhang stehende Proteste spielten sich auch direkt in Erlangen ab. Während das Ende der WAA für die KWU einen schweren Schlag

bedeutete, war es für die MgA der erste große Sieg gegen ein Kernkraftprojekt, an dem der Verein seit seiner Gründung aktiv beteiligt war.

Diese vier *Hot Topics* beschäftigten die in dieser Arbeit untersuchten Akteure in unterschiedlichem Maße. Ein weiteres Ziel dieser Arbeit war darüber hinaus, Ereignisse mit Bezug auf die Handlungen, Reaktionen und Interaktionen der drei ausgewählten Akteure zu erforschen.

Die Stadtverwaltung Erlangens wusste durch die Luftüberwachung der Firma FAG Kugelfischer praktisch sofort vom Eintreffen der Strahlung am 29.04.86 und konnte mit Hilfe der FAG und der KWU die Entwicklung der Luftradioaktivität kontinuierlich überwachen. Die gewonnenen Erkenntnisse standen im krassen Widerspruch zu den Meldungen der Bundesregierung und man informierte die Öffentlichkeit über die tatsächlichen, deutlich höheren Werte. Sofort danach riefen unzählige besorgte Bürger, darunter besonders viele Mütter, beim Erlanger Umweltamt an und wollten Auskünfte über die möglichen Gefahren, Messwerte und empfohlene Maßnahmen. Da man selbst dazu bisher keine belastbaren Informationen hatte und von der Bundes- und Landesregierung keine zu bekommen waren, gründete man auf Initiative aus Erlangen die „Arbeitsgruppe“. Dieser ursprünglich aus verschiedenen Städten Mittelfrankens, zwei Instituten der Universität und der FAG Kugelfischer bestehende Zusammenschluss begann sofort mit Messungen und gab bereits am 06.05.86 die ersten Verhaltensempfehlungen und Messwerte für die Bevölkerung heraus. Es folgten zahlreiche weitere Empfehlungen sowie zwei große, zusammenfassende Berichte. In den folgenden Wochen traten etliche weitere Städte und die KWU der Arbeitsgruppe bei, die somit letztlich Teilnehmer aus ganz Mittelfranken umfasste.

Die Stadt Erlangen, die sich denselben Problemen wie alle anderen Kommunen in den betroffenen Gebieten Deutschlands zu stellen hatte, schaffte es somit durch schnelle Eigeninitiative und die besonderen Voraussetzungen mit der Universität und den ansässigen Firmen FAG Kugelfischer und KWU eine Vorreiterrolle zu übernehmen und das Fehlen belastbarer Informationsangebote seitens der Bundes- und Landesregierung zu kompensieren. Indem sie innerhalb von wenigen Tagen auf den Informationsbedarf der Bürger reagierte, versuchte sie zur Beruhigung der Bevölkerung beizutragen und durch ihre Empfehlungen mögliche gesundheitliche Auswirkungen von Tschernobyl für

die Bürger aller teilnehmenden Städte möglichst gering zu halten. Die bereits kurz nach der Katastrophe veröffentlichten Erkenntnisse der Stadt und der Arbeitsgruppe standen teilweise in eklatantem Widerspruch zu den Verlautbarungen der Bundes- und Landesregierung. Somit konnten die Erlanger Bürger über eine überdurchschnittlich breite Informationsbasis verfügen und sich eine eigene Meinung bilden. In Kombination mit dem hohen Durchschnittseinkommen und Bildungsniveau der Bevölkerung, beides Faktoren, welche politisches Engagement begünstigen, hat das von der Arbeitsgruppe bereitgestellte Informationsangebot zu einer besonders lebhaften öffentlichen Diskussion über die Folgen von Tschernobyl beigetragen.

Stellvertretend für die Seite der Kernkraftgegner wurden die Entstehung und das Handeln des Vereins Mütter gegen Atomkraft, insbesondere seiner Erlanger Ortsgruppe, untersucht. Die Katastrophe von Tschernobyl scheint Mütter in besonderem Maße betroffen zu haben, wie die Namensgebung von zahlreichen der nach April 1986 gegründeten Initiativen belegt. Sie machten sich angesichts der nicht wahrnehmbaren Strahlung Sorgen um das Leben ihrer Kinder und waren unzufrieden mit den Informationen, die von Bundes- und Landesregierung zu bekommen waren. Daher schlossen sie sich zusammen, um sich das nötige Wissen selbst anzueignen, die Messwerte und die daraus resultierende Gefährdungslage einschätzen zu können und dieses Wissen an andere weiterzugeben.

In ihrer Arbeit sahen sie sich selbst trotz ihrer Namensgebung nicht als Frauenbewegung, sondern als Teil der Umweltbewegung. Trotz dieses inhaltlichen Fokus befassten sie sich zwangsläufig auch mit feministischen Aspekten, insbesondere nachdem ihre differenztheoretische Selbstlegitimation als schützende Mutter zunehmend sowohl von radikaleren Feministinnen als auch von Seiten mancher Befürworter der Kernenergie unter Beschuss geriet. Daher überdachten sie nach drei Jahren ihr Selbstkonzept und versuchten dann offensiver für eine Reformierung des „traditionellen“ Mutterbilds einzutreten, was sich auch direkt in der Vereinsarbeit niederschlug.

Hauptziel ihrer Arbeit war dem Namen entsprechend der langfristige Schutz ihrer Kinder, die sie von der Atomkraft und anderen Umweltgefahren gefährdet sahen. Neben dem Atomausstieg forderten sie daher ein energiepolitisches Umdenken hin zu erneuerbaren Energien. Zur Durchsetzung ihrer Agenda kooperierten sie häufig mit anderen

gleichgesinnten Eltern-, Umwelt- und Anti-Atomgruppen. Direkt nach der Vereinsgründung wurden sie politisch aktiv und stellten eine Reihe von Forderungen an die Stadt Erlangen, aber auch an andere politische, behördliche und kirchliche Entscheidungsträger bis hinauf zu Abgeordneten des Europaparlaments. Auf verschiedene Weise versuchten sie das Wahlverhalten der Deutschen zu beeinflussen. Daneben organisierten sie eine breite Palette verschiedener öffentlicher Aktionen vor allem gegen die Kernkraft, boten umfangreiches Infomaterial wie Listen mit sauberen Lebensmitteln und Anweisungen zur Vorsorge gegen zukünftige nukleare Katastrophen an.

Ein wichtiger Teil ihrer Arbeit als Kernkraftgegner war der Konflikt mit Kernkraftbefürwortern, den die MgA keinesfalls scheute. Dies zeigte sich zum einen in der Auseinandersetzung mit dem damaligen Chefredakteur der Erlanger Nachrichten, dem sie mehrfach absichtliche Behinderung ihrer Arbeit durch ausbleibende Berichterstattung vorwarfen, und zum anderen natürlich im Kampf gegen den wichtigsten Stellvertreter der Kernkraft, die KWU und ihren Erlanger Sitz, gegen die sie mit Demonstrationen und einer PR-Kampagne vorzugehen versuchten.

Die KWU wurde als dritter und letzter Akteur und wichtigster wirtschaftlicher Vertreter der Kernkraft in Deutschland untersucht. Der durch Tschernobyl verursachte Vertrauensverlust weiter Teile der Bevölkerung in die Kernenergie und der dadurch bedingte enorme Anstieg der Zahl von Antikernkraftaktivisten bedeutete für die KWU einen massiven Rückschlag für ihre Bemühungen, die Kernkraft in Deutschland dauerhaft zu etablieren und ihren Fortbestand langfristig zu sichern. Die Heftigkeit der Reaktionen aus Teilen der Bevölkerung überstieg alles, was man für den Fall eines Unfalls in einem Kernkraftwerk erwartete hatte, und das Unternehmen stufte den entstandenen Imageschaden als existenzbedrohend ein. Alle Mitarbeiter sollten nun in der Öffentlichkeit für den Erhalt ihres Unternehmens kämpfen und wurden aufgefordert, sich Gedanken über neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Auf allen Ebenen ihres Lebens, von der Familie und dem Freundeskreis bis hin zur Parteiarbeit, sollten sie für ihre Sache eintreten, um nicht den Kernkraftgegnern alleine das argumentative Feld zu überlassen. Um flexibel auf deren Aktionen gegen die KWU und die Kernkraft reagieren zu können, war das Unternehmen bereit, die Kontrolle über die Feinheiten der Äußerungen ihrer Mitar-

beiter in der Öffentlichkeit weitestgehend aufzugeben. Hingegen galt für Kritiker aus den eigenen Reihen keine Toleranz.

Der Meinungsumschwung traf die KWU in Erlangen besonders, genauer gesagt vor der Niederlassung des Unternehmens. Dort fanden mehrere Demonstrationen statt, die zwar alle größtenteils friedlich blieben, allerdings wurde eine Veranstaltung wegen befürchteter Krawalle durch angereiste Autonome verboten und weitere mit massivem Polizeiaufgebot begleitet. Die Demonstrationen richteten sich dabei sowohl gegen die allgemeine Bedeutung der KWU für die Kernkraft als auch gegen das radiochemische Labor in Erlangen.

Während Tschernobyl für die Mitarbeiter der Stadt Erlangen und der von ihr gegründeten Arbeitsgruppe vor allem unzählige Überstunden bedeutete, in denen sie versuchten, die Folgen der „psychologischen Katastrophe“ von Tschernobyl, nämlich die dadurch ausgelösten, in diesem Ausmaß seit dem Zweiten Weltkrieg präzedenzlosen Existenz- und Zukunftsängste und die daraus resultierende Hilflosigkeit abzumildern, stellt der durch Tschernobyl heftig wieder entfachte Kampf um die Kernkraft die „soziale Komponente“ der Katastrophe dar. Sowohl für Gegner als auch Befürworter war das Eintreten für ihre Überzeugungen mit dem Überwinden öffentlicher und privater Widerstände und daraus resultierenden, über Jahre hinweg anhaltenden Belastungen verbunden, denn der Konflikt fand auf allen Ebenen des Lebens statt, von der Politik und den Medien über Vereine bis hinunter zu Freundeskreis und familiärem Umfeld und verursachte überall Spannungen und Zerwürfnisse.

In der vergleichsweise kleinen Stadt Erlangen vollzog sich also der Kampf um die Kernkraft in all den Facetten, die so auch in der nach Tschernobyl deutlich intensivierten gesamtdeutschen Debatte zu beobachten waren. Durch die Veröffentlichungen der Arbeitsgruppe, welche teilweise den Verlautbarungen der Bundes- und Landesregierung widersprachen und die Präsenz der KWU als wichtigstem Vertreter der deutschen Kernenergie verfügte Erlangen allerdings über Faktoren, die für eine besondere Intensität der lokalen Debatte um Tschernobyl und die Kernkraft sprechen. Innerhalb der Bevölkerung fand nach der auf den Interviews basierenden Ansicht des Autors eine starke Polarisierung statt: Praktisch jeder glaubte aufgrund der ausführlichen öffentlichen Diskussion der Katastrophe für oder gegen die Kernkraft Stellung beziehen zu müssen. Durch die Anwesenheit der KWU und

der damals außerordentlich aktiven und gut untersuchbaren Vereinigung Mütter gegen Atomkraft konnte diese Auseinandersetzung aufgrund des vorliegenden Materials auf der bisher kaum untersuchten lokalen Ebene nachvollzogen werden. Ein Aspekt, dessen Untersuchung diese Arbeit gut ergänzen würde, ist die Reaktion der Erlanger Studentenschaft auf Tschernobyl und ihr Verhältnis zur Kernkraft. Zu diesem ließen sich im Rahmen der Recherchen für diese Arbeit keine belastbaren Quellen finden, was vermutlich mit der geringen Archivierung der Schriftstücke damals aktiver studentischer Gruppierungen zu begründen ist. Auch Auswirkungen auf Lehrmeinungen und Lehrveranstaltungen im universitären Betrieb wären weiterer Forschung wert. Das Thema bietet auch über Erlangen hinaus ein umfangreiches Forschungspotential, so wäre etwa ein Vergleich von Erlangen und anderen Städten oder die Beleuchtung der Haltung der Erlanger Grünen interessant.

2016 jährte sich die Katastrophe von Tschernobyl zum 30. Mal. Im selben Jahr wurde der Ersatz für den alten Sarkophag, das sogenannte „New Safe Confinement“ über den ganzen Reaktorblock Nummer vier geschoben. Mit einer auf 100 Jahre ausgelegten Haltbarkeit soll dieses größte mobile Gebäude aller Zeiten den Ursprung einer der größten Umweltkatastrophen aller Zeiten umschließen und so den wahrscheinlich mehrere Generationen dauernden Rückbau des Reaktors ermöglichen.<sup>537</sup> Auch wenn also drei Jahrzehnte nach Tschernobyl die Angst vor den Folgen zumindest in Deutschland weitestgehend erloschen ist, ist das Thema noch lange nicht abgeschlossen und genauso wenig abschließend erforscht.

---

<sup>537</sup> Greenpeace (Hg.): Tschernobyl: 30 Jahre danach. Die Lage am Standort - Keine Lösung in Sicht, [http://www.greenpeace.org/switzerland/Global/switzerland/publications/Greenpeace/2016/Atom/tschernobyl\\_report\\_april\\_2016.pdf](http://www.greenpeace.org/switzerland/Global/switzerland/publications/Greenpeace/2016/Atom/tschernobyl_report_april_2016.pdf) [letzter Zugriff: 17.03.2017].



# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: *Die Lage des Kernkraftwerks Tschernobyl*. Informationskreis KernEnergie (Hg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl, Berlin, 2007, S. 11.

Abbildung 2: Schematische Darstellung von Reaktor 4. Leatherbarrow, Andrew: Chernobyl Unit 4 Cross-Section [letzter Zugriff: 14.03.2017], <https://www.offgridweb.com/survival/nuclear-near-miss-draining-the-chernobyl-reactor/>.

Abbildung 3: Der zerstörte Reaktorblock 4. Welt.de: Tschernobyl-Reaktor wird unter Sarkophag begraben [letzter Zugriff: 14.03.2017], <https://www.welt.de/img/vermishtes/weltgeschehen/mobile101902324/2472503917-ci102l-w1024/kami-tschernobyl-7-DW-Vermishtes-Tschernobyl-jpg.jpg>.

Abbildung 4: Karte des Cäsium 137-Fallouts über Europa. Smith, J. / Beresford N. A.: Chernobyl - Catastrophe and Consequences, Chichester, 2005, S. 24.

Abbildung 5: *Übersicht verschiedener Einheiten der Strahlenphysik*. Bayerisches Landesamt für Umwelt (Hg.): Radioaktivität und Strahlung. Vorkommen und Überwachung, München, 2016, S. 3.

Abbildung 6: *Dekontamination eines PWK an der innerdeutschen Grenze* [letzter Zugriff: 14.03.2017], [http://www.bpb.de/cache/images/6/225166-3x2-article 620 .jpg?1B24E](http://www.bpb.de/cache/images/6/225166-3x2-article%20620.jpg?1B24E).

Abbildung 7: Zeitliche Verteilung der 2483 Artikel auf den Betrachtungszeitraum. Graphik erstellt vom Verfasser.

Abbildung 8: Zeitliche Verteilung der 707 Artikel über Tschernobyl. Graphik erstellt vom Verfasser.

Abbildung 9: *Verteilung der Artikel nach Themen 1986*. Graphik erstellt vom Verfasser.

Abbildung 10: *Verteilung der Artikel nach Themen 1987*. Graphik erstellt vom Verfasser.

Abbildung 11: *Verteilung der Artikel nach Themen 1988*. Graphik erstellt vom Verfasser.

Abbildung 12: Umweltminister Dick probiert demonstrativ verstrahlte Molke [letzter Zugriff: 14.03.2017], [https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/\\_Resources/Persistent/3822b25dff540c10154228360459e03d2b8280bo/alfredDick\\_Tschernobyl\\_molke\\_dpa-529x760.jpg](https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/_Resources/Persistent/3822b25dff540c10154228360459e03d2b8280bo/alfredDick_Tschernobyl_molke_dpa-529x760.jpg).

Abbildung 13: *Radioaktiver Klärschlamm in der Kläranlage Erlangen.* Klärschlamm wird gelagert. Auch in Erlangen ist das Problem bislang nur kurzfristig gelöst. Ansonsten weitere Abnahme der Gesamtaktivität – einzelne Isotope bleiben aber nach wie vor problematisch (03.06.1986), in: Erlanger Nachrichten, S. 23.

Abbildung 14: *Aktivisten von "David gegen Goliath" verteilen Klärschlamm vor dem Umweltministerium in München.* Deponie vor Ministerium. Umweltschützer luden in Blitzaktion "verseuchten" Klärschlamm ab. Hochkontaminierter Schlamm sollte endgelagert werden - Minister widerspricht (01.10.1986), in: Erlanger Nachrichten, S. 16.

Abbildung 15: *Vermummte Autonome schießen mit Stahlkugeln auf Polizisten.* Schwere Zusammenstöße mit Demonstranten. Mindestens 400 Verletzte bei den Ausschreitungen um die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Randalierer gingen mit Molotow-Cocktails und Stahlkugeln gegen Bauzaun vor - Die Polizei setzte Wasserwerfer mit Reizgas gegen Kernkraftgegner ein - Bonn spricht von einer Attacke auf den Staat (20.05.1986), in: Erlanger Nachrichten, S. 1.

Abbildung 16: *Ein brennendes Polizeifahrzeug auf dem Gelände der WAA.* Polizei räumt das Pfingstcamp der WAA-Gegner in Wackersdorf. Heftiger Parteienstreit über das Vorgehen der Sicherheitskräfte - Bundeskanzler Kohl dankt den Beamten - SPD kritisiert Gaseinsatz (21.05.1986), in: Erlanger Nachrichten.

Abbildung 17: *Demonstration der MgA in Wackersdorf.* Kirchhof, Astrid M.: Frauen in der Antiatomkraftbewegung. Am Beispiel der Mütter gegen Atomkraft, in: Ariadne (2013) 64, S. 52.

Abbildung 18: *Einwände gegen die Teilerrichtungsgenehmigung werden gesammelt und gezählt.* Einsprüche gegen WAA werden gesammelt (11.03.1988), in: Erlanger Nachrichten, S. 31.

Abbildung 19: *Niederlegung von Muttertagssträußen in München.* Kirchhof, Astrid M.: Frauen in der Antiatomkraftbewegung. Am Beispiel der Mütter gegen Atomkraft, in: Ariadne (2013) 64, S. 49.

- Abbildung 20: *Konzeptzeichnung des Messestands*. Konzept für den Stand der Elterninitiativen und Mütter gegen Atomkraft zur "Umwelt 87" (04.06.1987), in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V.
- Abbildung 21: *Improvisierter Luftfilter zum Schutz vor Strahlung*. Notmaßnahmen beim nächsten Super-Gau (30.06.1987), in: Archiv der Mütter gegen Atomkraft e.V., S. 1–5.
- Abbildung 22: *Demonstration gegen Siemens und die KWU*. 5000 Kernkraftgegner demonstrierten in Erlangen (20.05.1986), in: Erlanger Nachrichten, S. 20.
- Abbildung 23: *Die Polizei löst eine ungenehmigte Versammlung auf dem Hugenottenplatz auf, im Hintergrund ist die Universitätsbibliothek zu sehen*. Kein „heißer“ Sonntag, aber trotzdem Schlagstockeinsatz. Starkes Polizeiaufgebot sicherte KWU-Gelände und die Innenstadt (15.12.1986), in: Erlanger Nachrichten, S. 19.
- Abbildung 24: *500 Demonstranten auf dem Hugenottenplatz*. Protest gegen die Atommafia. Rund 500 Menschen demonstrierten gegen die Kraftwerk Union in Erlangen (04.05.1987), in: Erlanger Nachrichten, S. 15.
- Abbildung 25: *Polizeikordon vor dem KWU-Hauptgebäude in der Paul-Gossen-Straße 1, 15.12.1986*. Der befürchtete "heiße Sonntag" blieb aus. Einigen hundert "illegalen" Demonstranten standen rund 2000 Polizisten gegenüber - Transparente wurden beschlagnahmt. Nach friedlich verlaufender Kundgebung am KWU-Gelände kam es in der Erlanger Innenstadt zu Zusammenstößen (15.12.1986), in: Erlanger Nachrichten, S. 9.
- Abbildung 26: *Stadtrat und Oberbürgermeister bei der KWU*. Bau 34 – 2 Stunden aus Glas. Dem radiochemischen Labor des neuen Siemens-Unternehmenspreis galt das Interesse von Kernkraft-Befürwortern mit deren Gegnern – hohe Sicherheit. Erweiterter Umweltausschuss des Stadtrats besuchte Kraftwerk Union (02.03.1988), in: Erlanger Nachrichten, S. 22.



## Quellenverzeichnis

Archiv der Mütter gegen Atomkraft Erlangen (beinhaltet auch alle schriftlichen Quellen zur KWU, einsehbar am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt der Geschichte Osteuropas in Erlangen).

Erlanger Nachrichten vom 26.04.86 – 04.06.1989.

Interview mit den ehemaligen KWU-Mitarbeitern Wolfgang Breyer und Christian Meyer zu Schwabedissen am 20.03.2017, Mitschnitt.

Interview mit Sabine Klier vom Verein Mütter gegen Atomkraft Erlangen am 09.05.2016, Mitschrift.

Interview mit Ursula Mann vom Umweltalt Erlangen am 14.03.2017, Mitschrift.

Pauly, H. / Witthuhn, W.: Auswirkungen von "Tschernobyl" auf Mittelfranken. Bewertung am Beispiel Erlangen und Umgebung, Erlangen, 1986.

Pfister, H. / Leisgang, C. / Karakaya, S.: Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl im Stadtgebiet Erlangen. 10 Jahre Follow-up-Studie 1986-1996, Erlangen, 1997.



# Literaturverzeichnis

- Adamek, Sascha: Die Atom-Lüge. Getäuscht, vertuscht, verschwiegen; wie Politiker und Konzerne die Gefahren der Atomkraft herunterspielen, München, 2011.
- Aleksievič, Swetlana / Kolinko, Ingeborg: Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft, Berlin, 2013.
- Amberger Zeitung: 35.000 gegen die WAA [letzter Zugriff: 17.04.2017], <http://www.onetz.de/amberg-in-der-oberpfalz/lokales/vor-25-jahren-es-stand-in-der-amberger-zeitung-d847047.html>.
- Arndt, Melanie: Tschernobyl. Auswirkungen und Perzeptionen im deutsch-deutschen Vergleich [letzter Zugriff: 16.07.2017], <http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/tschernobyl>.
- Arndt, Melanie: Tschernobyl. Ökologische Erinnerungsorte [letzter Zugriff: 19.03.2017], <http://www.umweltunderinnerung.de/index.php/kapitelseiten/entgrenzungen/103-tschernobyl>.
- Arndt, Melanie: Von der Todeszone zum Strahlen-Mekka? Die Erinnerung an die Katastrophe von Tschernobyl in Belarus, der Ukraine und Russland [letzter Zugriff: 24.11.2016], [http://www.zeitgeschichte-online.de/sites/default/files/documents/arndt\\_tschernobyl.pdf](http://www.zeitgeschichte-online.de/sites/default/files/documents/arndt_tschernobyl.pdf).
- Arndt, Melanie: From Nuclear to Human Security? Prerequisites and Motives for the German Chernobyl Commitment in Belarus, in: *Historical Social Research* 35 (2010) 4, S. 289–308.
- Arndt, Melanie: Grün nach der Katastrophe? Die Entwicklung der Umweltbewegungen in Litauen und Belarus nach Tschernobyl, in: *ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung* (2010) S. 8–21.
- Arndt, Melanie: Verunsicherung vor und nach der Katastrophe. Von der Anti-AKW-Bewegung zum Engagement für die „Tschernobyl-Kinder“, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* (2010) 7, S. 240–258.
- Arndt, Melanie: Memories, Commemorations, and Representations of Chernobyl. Introduction, in: *Anthropology of East Europe Review* 30 (2012) 1, <https://scholarworks.iu.edu/journals/index.php/aeer/issue/view/178>, S. 1–12.

- Arndt, Melanie: Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, Erfurt, 2012.
- Arndt, Melanie: Tschernobyl in Deutschland, in: Greiner, Bernd/Voß, Klaas (Hg.): Erbe des Kalten Krieges. Studien zum Kalten Krieg (Studien zum Kalten Krieg Bd. 6), Hamburg 2013, S. 364–382.
- Arndt, Melanie (Hg.): Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. (Ost-) Europäische Perspektiven (Kommunismus und Gesellschaft), Berlin, 2015.
- Arndt, Melanie: Auswirkungen der Katastrophe von Tschernobyl auf Deutschland [letzter Zugriff: 26.03.2017], <http://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/tschernobyl/225086/auswirkungen-der-katastrophe-von-tschernobyl-auf-deutschland>.
- Arndt, Melanie / Steinhausen, Margarethe (Hg.): Wir mussten völlig neu anfangen. Opfer der Tschernobylkatastrophe berichten, Bielefeld, 2011.
- AtomkraftwerkePlag: Kirchen und Atomkraft [letzter Zugriff: 16.07.2017], [http://de.atomkraftwerkeplag.wikia.com/wiki/Kirchen\\_und\\_Atomkraft](http://de.atomkraftwerkeplag.wikia.com/wiki/Kirchen_und_Atomkraft).
- Auer, Katja: Als die Bürger über die Politik siegten (31.05.2014), in: Die Welt, <https://www.welt.de/regionales/muenchen/article128555295/Als-die-Buerger-ueber-die-Politik-siegten.html>.
- Baer, Willi: Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. Die AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf (Bibliothek des Widerstands Bd. 18), 2011.
- Baldauf, Daniela / Gumprecht, Detlef / Heller, Horst (Hg.): 20 Jahre nach Tschernobyl. Eine Bilanz aus Sicht des Strahlenschutzes (Berichte der Strahlenschutzkommission (SSK) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 50), Berlin, 2006.
- Bayer, A. / Kaul, A. / Reiners, Chr.: Zehn Jahre nach Tschernobyl eine Bilanz; Seminar des Bundesamtes für Strahlenschutz und der Strahlenschutzkommission, München, 6. - 7. März 1996, Stuttgart, Jena, Lübeck, Ulm, 1996.
- Bayerisches Landesamt für Umwelt (Hg.): Tschernobyl. Bayern 20 Jahre danach, München, 2006.

- Bayerisches Landesamt für Umwelt (Hg.): Radioaktivität und Strahlung. Vorkommen und Überwachung, München, 2016.
- Becker, G. A.: Die Auswirkungen des Kernkraftwerkunfalles von Tschernobyl auf Nord- und Ostsee (Meereskundliche Beobachtungen und Ergebnisse), Hamburg, 1987.
- Bödeker, Sebastian: Die ungleiche Bürgergesellschaft – Warum soziale Ungleichheit zum Problem für die Demokratie wird, <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/189941/die-ungleiche-buergergesellschaft?p=all>.
- Böllmann, U., et al.: Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl auf Bayern (Schriftenreihe / Bayerisches Landesamt für Umweltschutz), München, 1988.
- Brüggemeier, Franz-Josef: Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung (20 Tage im 20. Jahrhundert), München, 1998.
- Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) (Hg.): Der Supergau von Tschernobyl. Konsequenzen für Natur, Mensch und Energiepolitik (Öko 13), Freiburg i. Br., 1986.
- Cardis, Elisabeth u. a.: Estimated Long Term Health Effects of the Chernobyl Accident. International Conference on One Decade After Chernobyl: Summing Up the Radiological Consequences of the Accident [letzter Zugriff: 17.03.2017], <https://www.osti.gov/scitech/servlets/purl/381695>.
- Chernobyl.info: The Accident [letzter Zugriff: 17.03.2017], <http://chernobyl.info/en-US/Home/History-of-Chernobyl-Disaster/The-Accident.aspx>.
- Claußen, Angelika / Paulitz, Henrik / Pflugbeil, Sebastian / Schmitz-Feuerhake, Inge: Gesundheitliche Folgen von Tschernobyl. 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe [letzter Zugriff: 14.12.2016], [https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Gesundheitliche\\_Folgen\\_Tschernobyl.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Gesundheitliche_Folgen_Tschernobyl.pdf).
- Clemenz, Manfred: Tschernobyl - eine "normale Katastrophe". Sozialpsychologie Thesen zu den Auswirkungen der Kernenergie, in: Wirth, Hans-Jürgen/Richter, Horst-Eberhard/Anders, Günter (Hg.): Angst, Apathie und ziviler Ungehorsam über den Umgang mit existentiellen Bedrohungen am Beispiel von Tschernobyl, Gießen 1999, S. 77–98.

- Cooke, Stephanie: Atom. Die Geschichte des nuklearen Irrtums, Köln, 2011.
- Czakainski, Martin (Hg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl. Unfallursachen, Unfallfolgen und deren Bewältigung, Sicherung und Entsorgung des Kernkraftwerks Tschernobyl, Berlin, 2007.
- Das Tschernobyl-Forum (Hg.): Einflüsse auf Gesundheit, Umwelt sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Empfehlungen für die Regierungen von Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine, Wien, 2005.
- Dawson, Jane I.: Eco-Nationalism. Anti-Nuclear Activism and National Identity in Russia, Lithuania, and Ukraine, Durham, 1996.
- Dederichs, Herbert: Langzeitbeobachtung der Dosisbelastung der Bevölkerung in radioaktiv kontaminierten Gebieten Weißrusslands. Korma-Studie (Schriften des Forschungszentrums Jülich Reihe Energie & Umwelt Bd. 31), Jülich, 2009.
- Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Die Sicherheit unserer Kernkraftwerke, Bonn, 1988.
- Der Spiegel: Atomfabrik. Auf dem Schlauch: Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht hat beim Kampf um die Wiederaufarbeitungsanlage übertaktiert - und verloren [letzter Zugriff: 15.04.2017], <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13511797.html>.
- Der Spiegel: „Wie sie ihre Wut loswerden...“ [letzter Zugriff: 15.04.2017], <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519056.html>.
- Der Spiegel: „Haben wir denn schon Rußland?“. Wie Bayerns Polizei Bauernhöfe nach Kernkraftgegnern durchstöbert, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13516799.html>.
- Deutsche Bundesregierung: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN– Drucksache 18/7790. 30 Jahre Tschernobyl – Schadensbilanz für die Bundesrepublik Deutschland [letzter Zugriff: 12.04.2017], <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/079/1807996.pdf>.
- Die Zeit: Weck die tote Christenheit. Anfang dieser Woche wurden in Wackersdorf die Besetzer von der Polizei vertrieben [letzter Zugriff: 17.04.2017], <http://www.zeit.de/1986/03/weck-die-tote-christenheit/seite-3>.

- Duschinger, Oskar: Unbestechlich - Hans Schuierer. Ein Leben für den Bürger und gegen die WAA, Burglengenfeld, 1986.
- Eidgenössische Nuklearsicherheit: Artikelserie Tschernobyl: Die Ursache der Explosionen und des grössten Unfalls der Kerntechnik, <https://www.ensi.ch/de/2016/02/11/tschernobyl-die-ursache-der-explosionen-und-des-groessten-unfalls-der-kerntechnik/>.
- Engels, Jens Ivo: Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung; 1950 - 1980, Paderborn [u.a.], 2006.
- EUR-Lex: Council Directive 80/181/EEC of 20 December 1979 on the Approximation of the Laws of the Member States Relating to Unit of Measurement and on the Repeal of Directive 71/354/EEC [letzter Zugriff: 24.03.2017], <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:31980L0181>.
- Fairlie, Ian: Torch-2016. An Independent Scientific Evaluation of the Health-Related Effects of the Chernobyl Nuclear Disaster, [https://www.global2000.at/sites/global/files/GLOBAL\\_TORCH%202016\\_rz\\_WEB\\_KORR.pdf](https://www.global2000.at/sites/global/files/GLOBAL_TORCH%202016_rz_WEB_KORR.pdf).
- Fairlie, Ian / Sumner, David: The Other Report on Chernobyl (Torch). An Independent Scientific Evaluation of Health and Environmental Effects 20 Years After the Nuclear [letzter Zugriff: 17.03.2017], <http://www.chernobylreport.org/torch.pdf>.
- Feshbach, Murray / Friendly, Alfred: Ecocide in the USSR. Health and Nature Under Siege, New York, N.Y, 1993.
- Frank, Thomas: Ursachen und mögliche Folgen der Strahlenbelastung des Menschen durch Radioaktivität unter besonderer Berücksichtigung des Beitrages radioaktiv kontaminierter Lebensmittel zur Gesamtexposition am Beispiel des Reaktorunfalls von Tschernobyl mit seinen Auswirkungen auf das Land Berlin, 1992.
- Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg: Ein Streifzug durch 271 Jahre Universitätsgeschichte [letzter Zugriff: 12.04.2017], <https://www.fau.de/universitaet/das-ist-die-fau/geschichte-der-fau/>.
- Goussios, Konstantinos: Strahlenhygienischer Jahresbericht 2000. Überwachung der allgemeinen Umweltradioaktivität in Bayern, München, 2000.

- Greenpeace (Hg.): The Chernobyl Catastrophe. Consequences on Human Health [letzter Zugriff: 17.03.2017], [http://www.greenpeace.to/publications/Chernobyl\\_Health\\_Report.pdf](http://www.greenpeace.to/publications/Chernobyl_Health_Report.pdf).
- Greenpeace (Hg.): Tschernobyl: 30 Jahre danach. Die Lage am Standort - Keine Lösung in Sicht [letzter Zugriff: 17.03.2017], [http://www.greenpeace.org/switzerland/Global/switzerland/publications/Greenpeace/2016/Atom/tschernobyl\\_report\\_april\\_2016.pdf](http://www.greenpeace.org/switzerland/Global/switzerland/publications/Greenpeace/2016/Atom/tschernobyl_report_april_2016.pdf).
- Grunwald, Jürgen: Das Energierecht der Europäischen Gemeinschaften. EGKS-EURATOM-EG. Grundlagen – Geschichte – Geltende Regelungen, Berlin, 2003.
- Hafner, Georg M. / Jacoby, Edmund (Hg.): Die Skandale der Republik. 1949 - 1989; von der Gründung der Bundesrepublik bis zum Fall der Mauer, Reinbek bei Hamburg, 1994.
- Haury, H.-J. / Leser, B. (Hg.): Die Folgen von Tschernobyl für Deutschland und die ehemalige Sowjetunion. Journalistenseminar der Information Umwelt / GSF 18.03. - 193.03.1991, Neuherberg, 1992.
- Haury, Heinz-Jörg: Leben nach Tschernobyl Belastung, Wirkung, Risiko, München, 1986.
- Homeyer, Burkhard / Gruševoj, Gennadij (Hg.): Den Kindern von Tschernobyl. Eine Ost-West-BürgerInnenbewegung in weltweiter Solidarität; den Kindern eine Zukunft - eine Chance dem Frieden - für eine Welt ohne atomare Bedrohung (Arbeitsbücher für Schule und Bildungsarbeit Bd. 4), Münster, 2001.
- Informationskreis KernEnergie (Hg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl, Berlin, 2007.
- Inst. und Museum für Geologie und Paläontologie (Hg.): Untersuchungen über die Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl auf Böden, Klärschlamm und Sickerwasser im Raum von Oberschwaben und Tübingen (Tübinger geowissenschaftliche Arbeiten), Tübingen, 1990.
- International Atomic Energy Agency (Hg.): Chernobyl [letzter Zugriff: 16.07.2017], <https://www.iaea.org/newscenter/focus/chernobyl>.
- International Atomic Energy Agency (Hg.): INSAG 7- The Chernobyl Accident. A report by the International Nuclear Safety Advisory Group, Vienna, 1992.

- International Atomic Energy Agency (Hg.): Environmental Consequences of the Chernobyl Accident and their Remediation. Twenty Years of Experience, Wien, 2006.
- IPPNW (Hg.): 30 Jahre Leben mit Tschernobyl - 5 Jahre Leben mit Fukushima. Gesundheitliche Folgen der Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima [letzter Zugriff: 17.03.2017], [https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/IPPNW\\_Report\\_T3\\_o\\_F5\\_Folgen\\_web.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/IPPNW_Report_T3_o_F5_Folgen_web.pdf).
- Jaroshinskaja, Alla: Verschlussache Tschernobyl. Die geheimen Dokumente aus dem Kreml, Berlin, 1994.
- Jungk, Robert: Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in d. Unmenschlichkeit, Reinbek bei Hamburg, 1986.
- Kalmbach, Karena: Tschernobyl und Frankreich die Debatte um die Auswirkungen des Reaktorunfalls im Kontext der französischen Atompolitik und Elitenkultur, Frankfurt am Main [u.a.], 2011.
- Kirchhof, Astrid M.: Frauen in der Antiatomkraftbewegung. Am Beispiel der Mütter gegen Atomkraft, in: Ariadne (2013) 64, S. 48–57.
- Knigge, Volkhard (Hg.): Fragen nach Tschernobyl. 12 Vorträge d. Univ. Oldenburg, Oldenburg, 1988.
- Knöchel, Arndt: Folgen und Konsequenzen des Tschernobyl-Unfalls. Abschlußbericht d. Projekts "Aktiver Strahlenschutz für d. Bürger" d. Univ. Hamburg, Hamburg, 1988.
- Köcher, Renate: Eine atemraubende Wende. Seit der Katastrophe von Fukushima wenden sich immer mehr Deutsche von der Atomkraft ab: Der Anteil der vehementen Atomkraft-Gegner stieg in Westdeutschland von etwa 26 auf nun 42 Prozent, in Ostdeutschland auf 29 Prozent (20.04.2011), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/aktuell/politik/energiepolitik/umfrage-fuer-die-f-a-z-zur-atomkraft-eine-atemraubende-wende-1628015.html>.
- Krause, Walter (Hg.): Radiologische Untersuchungen an Bundeswasserstraßen als Teil der radiologischen Umweltüberwachung. 15. Chemisches Kolloquium am 27. September 2006 in Koblenz, Koblenz, 2006.
- Kreuz, Angela: Waahnsinnszeiten, Regensburg, 2009.

- Lindauer, Erwin (Hg.): ILK-Stellungnahme zu den Auswirkungen des Unfalls von Tschernobyl. Eine Bestandsaufnahme nach 20 Jahren, Augsburg, 2006.
- Lindner, Gerhard: Tschernobyl, Auswirkungen auf die Bodensee-Region, Sigmaringen, 1988.
- Ludwig, Gerd: The Long Shadow of Chernobyl. Der lange Schatten von Tschernobyl, Baden, 2014.
- Lukesch, H. / Nölder, W. / Kischkel, K. H.: Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in psychologischer Sicht. Eine Untersuchung subjektiver Einschätzungen über Betroffenheit, Maßnahmen und Folgen des Reaktorunfalls an Erwachsenen und Studenten in Bayern, in: Arbeitsberichte zur Pädagogischen Psychologie am Institut für Psychologie am Institut für Psychologie der Universität Regensburg (1986) 25.
- Maier-Leibnitz, Heinz: Lernschock Tschernobyl (191), Zürich [u.a.], 1986.
- Malek, Martin / Schor-Tschudnowskaja, Anna: Der Zerfall der Sowjetunion. Ursachen - Begleiterscheinungen - Hintergründe, Baden-Baden, 2013.
- Medvedev, Grigorij: Verbrannte Seelen. Die Katastrophe von Tschernobyl, München, Wien u.a., 1991.
- Medvedev, Žores Aleksandrovič: Das Vermächtnis von Tschernobyl, Münster, 1991.
- Mez, Lutz (Hg.): Atomkraft als Risiko. Analysen und Konsequenzen nach Tschernobyl, Frankfurt am Main, 2010.
- Ministerium für Umwelt und Gesundheit Rheinland-Pfalz (Hg.): Dokumentation der Meßergebnisse der Auswirkungen des sowjetischen Reaktorunfalls im Land Rheinland-Pfalz, [Mainz], 1988.
- Ministry of Ukraine of Emergencies and Affairs of Population Protection (Hg.): 20 Years After Chornobyl Catastrophe. Future Outlook, National Report of Ukraine, Kyiv, 2006.
- Mittelbayerische Zeitung: Die Pfingstschlacht von Wackersdorf. Vor 30 Jahren, im Mai 1986, eskalierten die Auseinandersetzungen auf dem Baugelände der WAA. Die Entwicklungen im Überblick. [letzter Zugriff: 17.04.2017], <http://www.mittelbayerische.de/region/schwandorf/>

- gemeinden/wackersdorf/die-pfingstschlacht-von-wackersdorf-21492-art1065615.html.
- Mühlenhardt-Jentz, Kristin: 20 Jahre Leben mit Tschernobyl, in: Mütter Courage (2006), S. 81–87.
- Münch, Erwin / Paschke, Manfred / Feinendegen, Ludwig E.: Strahlenschutz - Radioaktivität und Gesundheit, München, 1991.
- Mütter gegen Atomkraft: Mütter Courage [letzter Zugriff: 03.05.2017], <http://www.muetergegenatomkraft.de/muetter-courage.html>.
- Noelle-Neumann, E.: Tschernobyl: Ein Schock ohne nachhaltige Wirkung (06.06.1987), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- Obertreis, Julia: Von der Naturbeherrschung zum Ökozid? Aktuelle Fragen einer Umweltgeschichte Ost- und Ostmitteleuropas [letzter Zugriff: 05.04.2017], <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2012/id%3D4621>.
- Opp, Karl-Dieter / Roehl, Wolfgang / Gern, Christiane: Der Tschernobyl-Effekt. Eine Untersuchung über die Ursachen politischen Protests, Opladen, 1990.
- Paul, Reimar: Chronologie einer Bewegung (Bibliothek des Widerstands 19), Hamburg, 2012.
- Peters, H. P.: Die Reaktionen der Bevölkerung auf die Ereignisse in Tschernobyl. Ergebnisse einer Befragung, in: KZfSS (1987) 4.
- Radkau, Joachim: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 - 1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek bei Hamburg, 1983.
- Radkau, Joachim: Die Ära der Ökologie. eine Weltgeschichte, München, 2011.
- Ramana, M. V.: Nuclear Power: Economic, Safety, Health, and Environmental Issues of Near-Term Technologies, in: Annual Review of Environment and Resources 34 (2009), <http://mvramana.yolasite.com/resources/annurev.environ.033108.092057.pdf>, S. 127–152.
- Rhein Zeitung: Wackersdorf: Eine Wiederaufbereitungsanlage wurde nie verwirklicht [letzter Zugriff: 15.04.2017], [http://www.rhein-zeitung.de/dies-und-das\\_artikel,-wackersdorf-eine-wiederaufberaitungsanlage-wurde-nie-verwirklicht-\\_arid,1023592.html](http://www.rhein-zeitung.de/dies-und-das_artikel,-wackersdorf-eine-wiederaufberaitungsanlage-wurde-nie-verwirklicht-_arid,1023592.html).

- Rosenkranz, Gerd: Mythen der Atomkraft. Wie uns die Energielobby hinters Licht führt, München, 2010.
- Röttger, Stefani: Lungenfibrose bei radioiodbehandeltem kindlichen Schilddrüsenkarzinom nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl Entstehung und funktionelle Auswirkungen – eine Längsschnittstudie, Würzburg, 2008.
- Sacks, Bill / Meyerson, Gregory / Siegel, Jeffrey A.: Epidemiology Without Biology. False Paradigms, Unfounded Assumptions, and Specious Statistics in Radiation Science (with Commentaries by Inge Schmitz-Feuerhake and Christopher Busby and a Reply by the Authors), in: *Biological theory* 11 (2016), S. 69–101.
- Sahm, Astrid: Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Černobyl' in der Republik Belarus', der russischen Föderation und der Ukraine eine Orientierungshilfe, Frankfurt am Main, 1993.
- Sahm, Astrid: Auf dem Weg in die transnationale Gesellschaft? Belarus und die internationale Tschernobyl-Hilfe, in: *Osteuropa* 56 (2006) 4, S. 105–116.
- Sapper, Manfred (Hg.): Tschernobyl. Vermächtnis und Verpflichtung (*Osteuropa* 56, 4), Berlin, 2006.
- Scherer, Josef: Radioaktive Belastung von Böden in Vorarlberg Auswirkungen des Reaktorunfalles von Tschernobyl (Schriftenreihe Lebensraum Vorarlberg), Bregenz, 1994.
- Schloutz, Johannes (Hg.): Wir sind noch einmal davongekommen? Tschernobyl - 4 Jahre danach; Berichte aus Medizin, Chemie, Physik, Geologie, Meteorologie, Psychologie und Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, Berlin, 1990.
- Schönhofer, F.: Die Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl auf Österreich, Wien, ca. 1988.
- Shoigu, S. K. / Bolshov, L. A. (Hrsg.): Twenty Years of the Chernobyl Accident. Results and Problems in Eliminating Its Consequences in Russia 1986–2006. Russian National Report, Moskau, 2006.
- Smith, J. / Beresford N. A.: Chernobyl - Catastrophe and Consequences, Chichester, 2005.
- Sozialdemokratische Partei Deutschland: Atomkraft [letzter Zugriff: 07.05.2017], <https://www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Atomkraft>.

- Stadt Erlangen: Blickpunkt Stadtgeschichte [letzter Zugriff: 03.05.2017], [https://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1393/3362\\_read-24518/](https://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1393/3362_read-24518/).
- Stadt Erlangen: Statistik aktuell. Monatsbericht November 1986, [https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/o8o\\_stadtverwaltung/dokumente/statistik/3oS\\_B\\_MB\\_1986\\_11.pdf](https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/o8o_stadtverwaltung/dokumente/statistik/3oS_B_MB_1986_11.pdf).
- Stadt Erlangen: Demographischer Wandel in Erlangen. Entwicklungen und Tendenzen: Ein Jahrhundert im Zeitraffer [letzter Zugriff: 14.03.2017], [https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/o8o\\_stadtverwaltung/dokumente/statistik/3oS\\_b\\_2014\\_08.pdf](https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/o8o_stadtverwaltung/dokumente/statistik/3oS_b_2014_08.pdf).
- Steinhart, Marion: 26.4.1986, der Super-Gau von Tschernobyl, Augsburg, 2005.
- Stephany, Manfred: Zur Geschichte der NUKEM. 1960 bis 1987, Norderstedt, 2005.
- SWR.de: 1986. Tschernobyl und der Streit um die Atomkraft [letzter Zugriff: 26.03.2017], <http://www.swr.de/swr2/wissen/archivradio/1986/-/id=2847740/did=5234672/nid=2847740/w56eor/index.html>.
- Tagesschau.de: Tschernobyl in der Tagesschau 1986. Video Chronologie der Katastrophe [letzter Zugriff: 23.03.2017], <https://www.tagesschau.de/ausland/tschernobyl-tagesschau-videos-101.html>.
- TAZ: "Mir san die Chaoten" - Der Widerstand in Wackersdorf. Eine Chronologie des Widerstandes gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz bis zu dem gestern von der DWK verkündeten Bau-stopp [letzter Zugriff: 15.04.2017], <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=1989/05/31/a0100>.
- The Chernobyl Forum (Hg.): Environmental Consequences of the Chernobyl Accident and Their Remediation. Twenty Years of Experience. Report of the UN Chernobyl Forum Expert Group „Environment“ (EGE), Vienna, 2005.
- The Chernobyl Forum (Hg.): Chernobyl's Legacy: Health, Environmental and Socio-Economic Impacts. And Recommendations to the Governments of Belarus, the Russian Federation and Ukraine. Second Revised Edition, Vienna, 2006.
- The Chernobyl Forum (Hg.): Health Effects of the Chernobyl Accident and Special Health Care Programmes. Report of the UN Chernobyl Forum Expert Group "Health", Geneva, 2006.

- The Chernobyl Forum (Hg.): Sources and Effects of Ionizing Radiation. Band 2. Annex D – Health Effects Due to Radiation From the Chernobyl Accident, New York, 2008.
- The Government of Belarus (Hg.): 20 Years After the Chernobyl Catastrophe. The Consequences in the Republic Belarus and Their Overcoming: National Report, Minsk, 2006.
- Tkačuk, Anatolij N.: Ich war im Sarkophag von Tschernobyl. Der Bericht des Überlebenden, Wien [u.a.], 2011.
- Traube, Klaus: Der Atom-Skandal. Alkem, Nukem u.d. Konsequenzen, Reinbek bei Hamburg, 1988.
- Uekötter, Frank: Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen, 2015.
- Umweltinstitut München e.V. (Hg.): Säuglingssterblichkeit nach Tschernobyl in der BRD. Untersuchung der Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl im April 1986 auf die Säuglingssterblichkeit in schwach- und hochbelasteten Gebieten der Bundesrepublik Deutschland, München, 1991.
- Unbekannter Autor (05.05.1986), in: Frankfurter Neue Presse.
- UNSCEAR (Hg.): Sources and Effects of Ionizing Radiation. United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation, 2008.
- Vester, Frederic: Bilanz einer Ver(w)irrung. Informationen, Berichte u. Argumente zum Umdenken nach Tschernobyl, München, 1986.
- Vorob'ev, Andrej I. / Gogin, Evgenij J.: Tschernobyl. Die Folgen eines Supergaus, Berlin, 1993.
- Wendland, Anna Veronika: After Chernobyl. Projektgruppe „Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl“, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), 07.04.2011.
- Wikipedia: Auslegungsstörfall [letzter Zugriff: 31.07.2017], <https://de.wikipedia.org/wiki/Auslegungsstörfall>.
- Wikipedia: Brennstoffkreislauf [letzter Zugriff: 15.04.2017], <https://de.wikipedia.org/wiki/Brennstoffkreislauf>.
- Wikipedia: Goiânia-Unfall [letzter Zugriff: 09.05.2017], <https://de.wikipedia.org/wiki/Goi%C3%A2nia-Unfall>.

- Wikipedia: Internationales Einheitensystem [letzter Zugriff: 24.03.2017], [https://de.wikipedia.org/wiki/Internationales\\_Einheitensystem](https://de.wikipedia.org/wiki/Internationales_Einheitensystem).
- Wikipedia: Kraftwerk Union AG [letzter Zugriff: 16.07.2017], [https://de.wikipedia.org/wiki/Kraftwerk\\_Union](https://de.wikipedia.org/wiki/Kraftwerk_Union).
- Wikipedia: Sievert (Einheit) [letzter Zugriff: 10.05.2017], [https://de.wikipedia.org/wiki/Sievert\\_\(Einheit\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Sievert_(Einheit)).
- Wikipedia: Woodpecker (Kurzwellensignal) [letzter Zugriff: 21.03.2017], [https://de.wikipedia.org/wiki/Woodpecker\\_\(Kurzwellensignal\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Woodpecker_(Kurzwellensignal)).
- Wikipedia: Xenonvergiftung [letzter Zugriff: 05.04.2017], <https://de.wikipedia.org/wiki/Xenonvergiftung>.
- Wirth, Hans-Jürgen: Deutsche Dumpfheit - deutsche Sensibilität. Über den besonderen Umgang der Deutschen mit existentiellen Bedrohungen, in: Psychosozial 9 (1986) 29, S. 48–56.
- Wirth, Hans-Jürgen (Hg.): Nach Tschernobyl. Regiert wieder das Vergessen?, Frankfurt am Main, 1989.
- Wirth, Hans-Jürgen / Richter, Horst-Eberhard / Anders, Günter (Hg.): Angst, Apathie und ziviler Ungehorsam über den Umgang mit existentiellen Bedrohungen am Beispiel von Tschernobyl, Gießen, 1999.
- World Health Organization (Hg.): Chernobyl: The True Scale of the Accident. 20 Years Later a UN Report Provides Definitive Answers and Ways to Repair Lives, <http://www.who.int/mediacentre/news/releases/2005/pr38/en/>.
- Zierer, Dietmar: Radioaktiver Zerfall der Freiheit. "WAA Wackersdorf", Burglengenfeld, 1988.

Nachdem am 26.04.1986 Reaktorblock 4 des Kernkraftwerkskomplexes Tschernobyl aufgrund eines fatalen Zusammenspiels von menschlichem Versagen, einer mangelhaften Sicherheitskultur in der sowjetischen Atomenergie und Konstruktionsfehlern des Reaktortyps explodierte, wurden tagelang hochgiftige Radionuklide aus dem brennenden Reaktorkern in die Atmosphäre getragen. Sie verseuchten nicht nur Teile der Ukraine und Weißrusslands, sondern wurden von Windströmungen über großen Teilen Europas verteilt.

Dies traf auch die Universitätsstadt Erlangen in Bayern und führte zu vielfältigen Reaktionen und Entwicklungen in der Bevölkerung, die, so eine der Thesen dieser Arbeit, besonders gut am Beispiel Erlangens untersucht werden können. Erlangen war nicht nur einer der wichtigsten Entwicklungsstandorte des deutschen Kernkraftwerksherstellers KWU (Kraftwerk Union AG, heute Areva) und ein bedeutender Hochschulstandort, sondern auf Betreiben der Stadtverwaltung wurde es auch das Zentrum einer kommunalen „Tschernobyl-Selbsthilfegruppe“, die regional eine führende Rolle im Umgang der Behörden mit der Katastrophe einnahm. Darüber hinaus politisierte Tschernobyl weite Teile der Bevölkerung und insbesondere Mütter, die sich daraufhin zum Verein „Mütter gegen Atomkraft“ zusammenschlossen. Diese spannende Akteurskonstellation, ihr Handeln und ihre Interaktionen stellen die Grundlage dieser Arbeit dar. Sie wird ergänzt von umfangreichen, vor allem auf ca. 2500 ausgewerteten Zeitungsartikeln basierenden Informationen zur öffentlichen Debatte um Tschernobyl, aber auch um die daraus resultierende Probleme des radioaktiven Klärschlammes, der verstrahlten Molke, deren Handhabung durch die Landes- und Bundesregierung einem Krimi gleicht und um den durch Tschernobyl angefachten Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf. Somit konnte der damalige Kampf um die Kernkraft in allen Facetten beleuchtet werden, die so auch in der gesamtdeutschen Debatte zu beobachten waren.

